

Quartiersforschung

RESEARCH

Olaf Schnur · Matthias Drilling
Oliver Niermann *Hrsg.*

Quartier und Demokratie

Theorie und Praxis lokaler
Partizipation zwischen
Fremdbestimmung und Grassroots

OPEN



Springer VS

Quartiersforschung

Reihe herausgegeben von

Olaf Schnur, Berlin, Deutschland

Dirk Gebhardt, Barcelona, Spanien

Matthias Drilling, Basel, Schweiz

Das Wohn- oder Stadtquartier hat in unterschiedlichsten Bereichen der Stadtforschung einen wachsenden Stellenwert. Neue Schwerpunkte auf Quartiersebene sind sowohl in der Praxis, etwa in Stadtentwicklung und Immobilienwirtschaft, als auch in stärker theoretisch orientierten Bereichen zu finden. In der dazwischen liegenden Grauzone hat die wissenschaftliche Begleitforschung Konjunktur, die sich mit den immer vielfältigeren planungspolitischen Interventionen in Quartieren beschäftigt. Diese Reihe möchte sich den inzwischen existierenden pluralistischen, oft auch kritisch geführten Diskurslinien der Quartiersforschung mit ihren zahlreichen Überschneidungen und Widersprüchen widmen. Sie bietet Raum für Quartiersforschung im weitesten Sinn – von Arbeiten mit theoretisch-konzeptionellem Schwerpunkt über empirisch-methodisch orientierte Studien bis hin zu explizit praxisorientierten Arbeiten über Quartiers-Themen aus dem Blickwinkel verschiedener Paradigmen der Quartiersforschung. So soll ein Forum entstehen, in dem sich Interessierte aus allen Bereichen – vom Quartiersmanager bis zum Wissenschaftler – über das Themenfeld „Quartier“ auch über den eigenen Horizont hinaus informieren können. Quartiersforschung wird innerhalb dieser Reihe interdisziplinär und multidisziplinär verstanden, wobei geographische und sozialwissenschaftliche Ansätze einen Schwerpunkt darstellen.

Reihe herausgegeben von

Dr. Olaf Schnur
vhw – Bundesverband für Wohnen
und Stadtentwicklung e.V.
Berlin, Deutschland

Dr. Dirk Gebhardt
Universität Pompeu Fabra
Barcelona, Spanien

Dr. Matthias Drilling
Hochschule für Soziale Arbeit
Basel, Schweiz

Weitere Bände in dieser Reihe <http://www.springer.com/series/12681>

Olaf Schnur · Matthias Drilling ·
Oliver Niermann
(Hrsg.)

Quartier und Demokratie

Theorie und Praxis lokaler
Partizipation zwischen
Fremdbestimmung und Grassroots

OPEN

 **Springer** VS

Hrsg.

Olaf Schnur
vhw – Bundesverband für Wohnen und
Stadtentwicklung e.V.
Berlin, Deutschland

Matthias Drilling
Hochschule für Soziale Arbeit, FHNW
Basel, Schweiz

Oliver Niermann
Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft
Rheinland Westfalen e.V.
Düsseldorf, Deutschland

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.



ISSN 2626-3300
Quartiersforschung

ISBN 978-3-658-26234-1

ISSN 2626-3319 (electronic)

ISBN 978-3-658-26235-8 (eBook)

<https://doi.org/10.1007/978-3-658-26235-8>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dn-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en) 2019. Dieses Buch ist eine Open-Access-Publikation.

Open Access Dieses Buch wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Buch enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Vorwort

Demokratische Gesellschaftsentwürfe sind in den vergangenen Jahren nicht nur auf der nationalen oder supranationalen Ebene unter Druck geraten. Auch auf der lokalen Ebene sind neue Friktionen beobachtbar. Deshalb schien es für den Arbeitskreis Quartiersforschung an der Zeit, sich dem Thema „Quartier und Demokratie“ explorativ anzunähern.

Der vorliegende Band geht auf die Jahrestagung des Arbeitskreises Quartiersforschung der Deutschen Gesellschaft für Geographie zurück, die vom 28. bis 29. September 2017 in Berlin zu diesem Themenfeld stattfand. Einerseits sollten theoretische Ansätze für die Quartiersforschung eruiert und Forschungsperspektiven aufgezeigt, andererseits auch deren praktische Konsequenzen fruchtbar gemacht werden. Umgekehrt sollten praxisbezogene Ansätze (z. B. deliberative Dialoginstrumente) im Hinblick auf ihren Beitrag zu einer demokratiethoretischen Weiterentwicklung im Kontext der Quartiersebene untersucht werden. Die über einen Call for Papers entwickelte Tagung erwies sich als fruchtbares Forum, um genau diese Themen zu diskutieren.

Aus der lebhaften Debatte an einem kreativen Ort, der Alten Kantine in Berlin-Wedding, und auf der tagungsbegleitenden Exkursion mit den „Ghettostreibern on Tour“ (ein herzlicher Dank an Dua, Kujtim und Zeynep) sowie mit dem Verein „Demokratie in der Mitte“ (ein ebenso herzlicher Dank an Bettina Pinzl und Lina Respondek) entstand dieser Sammelband. Bis auf wenige Ausnahmen hatten sich alle Referent*innen der Tagung schnell dazu bereit erklärt, mit einem eigenen Textbeitrag das Buch möglich zu machen. Auch dafür möchten wir als Herausgeber allen Beteiligten ganz herzlich danken!

Weiterhin gilt unser Dank Britta Göhrisch-Radmacher, die unsere Buchreihe seitens Springer VS schon seit Jahren begleitet und immer mit großer Gelassenheit sowie Rat und Tat zur Stelle ist! Die Konferenz sowie das vorliegende Buch wurden vom vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. in Berlin großzügig gesponsert. Der Verband, der sich selbst für die Stärkung der lokalen Demokratie in Forschung und Fortbildung einsetzt, hat damit zu einer gelungenen Veranstaltung an einer schönen Location und zu einer zügigen Buchproduktion beigetragen. Von Priska Schorlemmer haben wir ein hervorragendes Korrektorat

– tatkräftig begleitet durch Patrick Senkel seitens des vhw – und einen perfekten Drucksatz erhalten. Nicht zuletzt hat uns unsere Kollegin und Mitautorin Kirsten Krüger maßgeblich im gesamten Prozess der inhaltlichen und formalen Endredaktion unterstützt. Danke vielmals!

Berlin im November 2018
Olaf Schnur, Matthias Drilling, Oliver Niermann

Erläuterung zur Genderregelung:

Im vorliegenden Band wird in der Regel ein Asterisk als Gender-Symbol verwendet („Gender-Sternchen“). Damit werden nicht nur die männliche und die weibliche Form, sondern alle sozialen Geschlechter sowie Geschlechtsidentitäten gleichermaßen repräsentiert. Der Asterisk wurde im Hinblick auf die Lesbarkeit behutsam und insbesondere dann eingesetzt, wenn keine anderen, neutralen Bezeichnungen möglich waren.

Inhalt

Quartier und Demokratie – eine Einführung.....	1
<i>Olaf Schnur, Kirsten Krüger, Matthias Drilling, Oliver Niermann</i>	
Teil A Theoretische und konzeptionelle Zugänge.....	27
Lokale Demokratie	29
<i>Thomas Kuder</i>	
Demokratie als Leerformel urbaner Partizipation im Quartier? Zum Verständnis von Urbanität und postdemokratischen Tendenzen in einem Wiener Gemeinschaftsgarten.	39
<i>Johanna Leitner</i>	
Ein soziales und inklusives Quartier für Alle: zur Aktualität von Lucius Burckhardts Planungsverständnis und der Forderung nach demokratischer Teilhabe an Planungsprozessen.....	53
<i>Stephanie Weiss</i>	
Gemeinwesenarbeit als demokratiefördernde Brückenbauerin.....	67
<i>Milena Riede</i>	
Nachbarschaften machen. Qualifizierung von Stadträumen zu Orten der interkulturellen Begegnung – Praxisbeispiele des lokalen Integrationsmanagements in Berlin	89
<i>Dominik Haubrich</i>	
Zwischen Recht auf Stadt und Creative City – das Projekt „Alm DIY“.....	105
<i>Fabian Sandholzer</i>	

Teil B Akteur*innen und Beteiligungskultur	123
Das Projekt Interkulturanstalten. Die Transformation einer Refugees-Welcome-Initiative in einen kulturellen Begegnungsort	125
<i>Sebastian Beck</i>	
Vorhang auf! Über die Akteurs- und Kommunikationsvielfalt in quartiersbezogenen Stadtentwicklungsprozessen	141
<i>Friederike Fugmann, Sarah Ginski, Fee Thissen</i>	
Demokratie beginnt in der Nachbarschaft und endet nicht am Wahltag.....	153
<i>Günter Rausch</i>	
Bildung gemeinsam gestalten – der Dialog „Bildungslandschaft Neckarstadt-West“ in Mannheim. Ein Praxisbericht aus dem vhw-Städtenetzwerk zur Stärkung der lokalen Demokratie.....	171
<i>Jürgen Aring, Fabian Rohland</i>	
Lagerplatz Winterthur.....	185
<i>Benjamin Zemann, Barbara Buser</i>	
Der PlanBuden-Prozess: das Interesse des Stadtteils als Grundlage von Planung	203
<i>Renée Tribble, Patricia Wedler</i>	
Autor*innen	215



Quartier und Demokratie – eine Einführung

Olaf Schnur, Kirsten Krüger, Matthias Drilling, Oliver Niermann

Partizipatorische Ansätze haben in der Stadtentwicklung eine lange Tradition, die bis weit ins 19. Jahrhundert zu den Ursprüngen der Gemeinwesenarbeit und des Community Organizing zurückreicht. Methodische Ansätze werden vor allem seit den 1970er-Jahren vertieft exploriert und entwickelt. Neben die Verfahren formeller Bürgerbeteiligung sind insbesondere informelle Instrumente wie Bürgerversammlungen, Foren, Ideenworkshops, Befragungen, Open Space, World Cafés, Zukunftskonferenzen oder Planungszellen bis hin zu neuen Varianten, die sich technologischer Möglichkeiten wie Social Media, Augmented Reality, Prototyping etc. bedienen, getreten. Ziel ist es stets, eine möglichst inklusive Teilhabe zu organisieren.

Trotz dieser Methodenvielfalt in den Partizipationsformaten wird der damit verbundene Demokratiediskurs seit Jahren v. a. als Krisendiskurs geführt: Immer mehr Menschen wenden sich von politischen Institutionen ab und es ist schwierig, sie zur Beteiligung zu motivieren. Aus dieser Situation heraus werden folgerichtig eine Legitimations- sowie eine Repräsentationskrise abgeleitet. Aber es gibt auch andere Narrative, die weniger eine Erosion als einen Wandel demokratischer Formen und Phänomene betonen und die eine Kritik an der Demokratie als Regierungsform nicht gleichsetzen mit der Ablehnung demokratischer Prinzipien (vgl. Oehler 2016: 31 f.; vgl. Beck & Schnur 2016). Interessant ist dabei die Frage, ob gerade *lokale* Politik in dieser Gemengelage ein besonderes Potenzial für die Stärkung der Demokratie bieten könnte. Doch auch hier treten Widersprüche zutage: Während die bisherigen, begrenzten wissenschaftlichen Befunde diesbezüglich zu vorsichtigem Optimismus Anlass geben (vgl. Vetter 2011), zeigen Meinungsumfragen, dass viele Menschen quer durch soziale Milieus glauben, auf der lokalen Ebene gehe die „demokratische Mitbestimmung Stück für Stück verloren“ (42 % der Befragten, Sinus-Milieu-Bus 25.5.18, n = 1.000). Was genau unter „lokal“ zu verstehen ist, wird meist nicht näher spezifiziert.

Aus zwei Gründen wird im vorliegenden Band das Quartier im Mittelpunkt des „Lokalen“ stehen – und nicht primär die Kommune als Ganze: Zum einen ist es für viele der genannten Planungsmodi charakteristisch, dass sie in einem sozialräumlichen Kontext (Quartier) wirksam werden. Zum anderen treten hier verstärkt Bewohner*innen auf, welche die Entwicklung ihrer Nachbarschaft und ihres Quartiers nicht den Planer*innen überlassen, sondern in die eigene Hand nehmen

wollen – z. B. im Rahmen von virtuellen Netzwerken, neuen Vereinen, Projekten oder sozialen Bewegungen. Dieser Blick auf Quartier und Demokratie steht deshalb im Mittelpunkt des vorliegenden Bandes, der demokratietheoretische Fragestellungen mit partizipatorischen Erfahrungen aus Quartieren zusammenbringt. Der Band soll in seiner Vielfalt der einzelnen Artikel als Diskussionsbeitrag verstanden werden, der das Feld der lokalen Demokratie aus verschiedenen Blickwinkeln skizziert und verortet.

1 „Bizim Kiez – unser Quartier“: Spiegel neuer gesellschaftlicher Rahmenbedingungen

Wie die Ebene des Quartiers mit Demokratie interferiert (oder umgekehrt), mag folgende Meldung beispielhaft verbildlichen. Sie stammt aus dem Tagesspiegel-Newsletter „Checkpoint“, der stets auch die täglichen Demonstrationen in Berlin ankündigt – hier für den 17. Juni 2015:

- „9–16 Uhr, Tiergarten: Vor dem Bundeskanzleramt wird an das ‚Massensterben im Mittelmeer‘ erinnert (20 Teilnehmer) /
- 10 Uhr, Wilmersdorf: Greenpeace protestiert vor der Shell-Tanke in der Bundesallee gegen Ölbohrungen des Konzerns in der Arktis, 10 Teilnehmer erwartet /
- 18.30 Uhr, Kreuzberg: 200 Personen protestieren in der Wrangelstraße gegen die Kündigung des Gemüseladens [...] Bizim Bakkal und Mieterverdrängung im Allgemeinen“ (Maroldt 2015: o. S.).

Für Ereignisse aus der unmittelbaren Nachbarschaft lassen sich manchmal mehr Teilnehmende mobilisieren als gegen Fluchtkatastrophen im Mittelmeer oder verheerende Umweltzerstörungen durch Großkonzerne. In diesem Beispiel waren es laut Veranstalter sogar 600 Personen, die gegen die Verdrängung des Ladengeschäfts und Spekulantenwillkür in ihrem Quartier erfolgreich auf die Straße gegangen sind. Das Geschäft durfte infolge der Proteste schließlich am vertrauten Standort bleiben.

Das singuläre Fallbeispiel hat zunächst keinen besonderen empirischen Mehrwert und soll über die Tatsache, dass immer wieder auch Großdemonstrationen zu translokalen politischen Fragen gelingen, nicht hinwegtäuschen. Dennoch mag eine derartige – wiederum nicht selten vorzufindende – kleinräumige Politisierung andeuten, dass sich demokratische Konstellationen verändern und vielfältigere Formen annehmen als bisher. Obwohl hier vermeintlich nicht die „großen gesellschaftlichen Fragen“ zur Diskussion stehen, nimmt das politische Moment im Quartiersmaßstab oft beachtliche Ausmaße an.

Warum das so ist, zeigt ein Blick auf den derzeitigen sozialen Wandel. Die heutigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen auf lokale Demokratie lassen sich gut am Beispiel des Berliner Wrangelkiezes festmachen:

- Während im Übergang von der Moderne zur Post- oder Spätmoderne die soziale Ungleichheit allgemein zugenommen hat, werden bestimmte Gruppen marginalisiert und Städte zusehends fragmentiert. Durch Segregation entstehen benachteiligte Quartiere, aber auch Gentrifizierungsgebiete und neue Reichenenklaven – der Wrangelkiez ist an einer umkämpften Schnittstelle dieser Prozesse zu verorten.
- Homogenisierungsprozesse vollziehen sich bei zunehmender sozialer Heterogenität, welche eine immer diversere Gesellschaft „statistisch“ mit sich bringt – nur vordergründig ein Paradoxon. Während im Wrangelkiez beispielsweise fast die Hälfte der Bewohner*innen einen Migrationshintergrund hat, konzentrieren sich im Quartier zunehmend Milieus, die einen urbanen Lebensstil präferieren. Fragmentierungen entstehen aber auch vor dem Hintergrund eines soziodemografischen Wandels, der u. a. zu Singularisierungs- und Alterungsprozessen führt. Dies bringt u. a. auch das Altern von Menschen mit Migrationshintergrund mit sich, das bei gleichzeitiger Auflösung traditioneller Familienstrukturen zu einer zunehmenden Herausforderung wird.
- Die ökonomische Globalisierung, steigende Mobilität (z. B. Billigflüge, Tourismus) und Internet-Technologien (z. B. Smartphones, Social Media) sind weitere wichtige Faktoren, welche die Bedeutung des Orts schwächen und die Rahmenbedingungen demokratischer Prozesse auf der lokalen Ebene erschweren. „Airbnb verhökert Kreuzberg“, titelte die *FAZ* am 13.12.2014 und meinte dabei explizit den Wrangelkiez. Auch die „Mediaspree“-Entwicklung in der unmittelbaren Nachbarschaft des Quartiers – Ausdruck einer internationalisierten und aus der Bewohnenden-Perspektive mitunter als Provokation empfundenen Investitionsstrategie des Berliner Senats – gehört in diesen Bereich. In diesem Kontext sind schwindende Wahlbeteiligungen auf der lokalen Ebene, aber auch Politiker- und Institutionenverdrossenheit nachvollziehbar, denn der Eindruck kann entstehen, dass die wirklich relevanten Entscheidungen anderswo auf dem Globus getroffen werden.

Das Wrangelkiez-Beispiel kann also bestätigen: Marginalisierung, Heterogenisierung, Gentrifizierung und Globalisierung überlagern sich – prototypisch – auf der Mesoebene des Quartiers (vgl. Schnur 2016). Einem derart durch externe Akteur*innen bestimmten Machtgefüge, so scheint es, ist die lokale Zivilgesellschaft

hilflos ausgeliefert. Doch die Annahme, dass deshalb die „Zivilität“ im Kiez erodieren würde, wird man hier nicht bestätigen können. Denn parallel zu einem Bedeutungsverlust des Lokalen kommen – nicht nur im Fallbeispiel – auch gegenläufige Glokalisierungseffekte auf (Robertson 1998). Kiez-Initiativen und Neo-Intermediäre haben hohe und steigende Ansprüche an Beteiligung und machen diese Ansprüche geltend (vgl. Beck & Schnur 2016). Der Wrangelkiez ist geradezu ein idealer Schauplatz dieser Prozesse: Investorendruck auf eine lokale Immobilie in einer heterogenen, vielfältigen Nachbarschaft (symbolhaft: der Gemüseladen Bizim Bakkal) führt zur Bildung einer Quartiersinitiative („Bizim Kiez – Unser Kiez. Für den Erhalt der Nachbarschaft im Wrangelkiez“), die sich explizit und dauerhaft politisch einmischt und dafür die lokale Öffentlichkeit nutzt und organisiert.

Derartige im Quartier entstehende soziale und politische Initiativen und Bewegungen sind nicht neu, im Gegenteil: Die Stadtgeschichte ist reich an Beispielen, wie etwa frühe städtisch-ökologische Oppositionsbewegungen, Hausbesetzungen und Instandbesetzungen sowie quartiersbezogene Globalisierungskritik, Anti-Gentrification-Initiativen oder Transition-Town-Bewegungen zeigen (vgl. hierzu auch Mayer 2008). Die Kontexte haben sich jedoch gewandelt und damit auch die Themen und Formen des Engagements.

2 Demokratie? Quartier? Definitionen und Begriffsbestimmungen

Die Bezeichnungen „lokale Demokratie“ und „Quartier“ werden im fachöffentlichen Diskurs häufig benutzt. Hinter den Begrifflichkeiten stehen jedoch wirkmächtige, nicht immer eindeutige und oftmals nicht weiter reflektierte Konzepte. Beiden Termini wohnt eine räumliche Ebene inne: dem Quartier als Wohnort mit entsprechenden lokalen Charakteristika und der lokalen Demokratie als Demokratieform, die sich von ihren translokalen Varianten unterscheiden lässt. Während bei der Verwendung des Begriffs „Quartier“ oft (städte)bauliche oder verwaltungsspezifische Kriterien dominieren (z. B. Baustruktur, statistische Abgrenzung), werden mit dem Terminus „lokale Demokratie“ häufig auch spezifische demokratische Varianten, wie etwa Formen der direkten Demokratie, assoziiert. Umso wichtiger ist es, im Rahmen dieses Beitrags einige definitorische Grundlagen vorzuschlagen, damit zwischen den Konzepten Brücken gebaut werden können.

Was also ist unter „lokaler Demokratie“ zu verstehen? Weil es bereits keine eindeutige Definition von „Demokratie“ gibt, sondern eher einen Kanon an Paradigmen, der ganze Bücher zu füllen vermag, ist es auch mit einer klaren Definition der Variante „lokale Demokratie“ schwierig. Manchmal wird die lokale Demokratie als „kleine“ Demokratie bezeichnet, abzugrenzen von der „großen“ Demokratie, auf deren Ebene (meist Land, Bund oder EU) Angelegenheiten von übergeordneter Relevanz verhandelt werden (vgl. Stiftung Mitarbeit 2018). Die „kleine“

Demokratie ist in diesem Fall dann das, was die Bürgerschaft vor Ort miteinander selbst aushandelt, und setzt damit ein erweitertes Demokratieverständnis voraus, wie es etwa John Dewey vorgeschlagen hat: Für ihn stellt Demokratie eine Art dialogischen Habitus dar, der bereits in der alltäglichen Lebenswelt und in der Nachbarschaft greift (Dewey 2001: 129, 177). In der Literatur wird die lokale Demokratie stets etwas undeutlich im „Bereich des Kommunalen“ verortet und meist als repräsentativ-demokratisches System interpretiert (vgl. Wiesner 2018: 30). Dabei lässt sie sich sowohl top-down aus einer Government-Perspektive als auch bottom-up bzw. aus Governance-Sicht denken: In einem klassischen Top-down-/Government-Verständnis wird der kommunalen Ebene eine große Bedeutung beigemessen, denn in Deutschland ist die kommunale Selbstverwaltung gesetzlich garantiert. Dies gilt in Abstufungen ebenso in anderen Staaten der Europäischen Union und in der Schweiz, nicht zuletzt mit der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung von 1985. Als Fundament der lokalen Demokratie dienen kommunale Institutionen, etwa Stadträte, die als gewählte Repräsentanten der Bürger*innen der Gemeinde auftreten. Darin ist auch die parteipolitische Komponente eingeschrieben. Als intermediäre Akteur*innen wirken z. B. Verbände und Vereine vermittelnd zwischen den verschiedenen politischen, ökonomischen und zivilgesellschaftlichen Sphären. Die Zivilgesellschaft und die einzelnen Bürger*innen gelten als die zentralen Akteur*innen der lokalen Demokratie und gleichzeitig als die „Adressat*innen“ der kommunalen Institutionen. Das Charakteristische an der lokalen Form der Demokratie ist, dass hier neben der repräsentativ-demokratischen Variante auch andere Varianten (z. B. der direkten Demokratie) zum Einsatz kommen.

Aus der Bottom-up-Perspektive ist die lokale Ebene für die einzelne Bürgerin bzw. den einzelnen Bürger besonders wichtig, denn hier werden Entscheidungen gefällt, von denen die Menschen oftmals unmittelbar betroffen sind (z. B. Einrichtung einer Tempo-30-Zone, Festlegung eines Sanierungsgebiets). Außerdem bringt die lokale Ebene auch Herausforderungen mit sich, die mit dem direkten Zusammenleben vor Ort zu tun haben. Derartige (Interessen-)Konflikte werden dann vor Ort im lokal-demokratischen System bzw. in flexiblen Governance-Konstellationen ausgehandelt und im besten Fall institutionell geklärt. Es geht also im Prinzip um die Funktionalität eines lokalen Gemeinwesens bzw. um die Zivilgesellschaft und deren lokales Sozialkapital (vgl. Schnur 2003). Eine besondere Rolle spielt hierbei die Ebene des Quartiers, weswegen auch die Städtebauförderung (z. B. Programm Soziale Stadt) zum guten Teil auf die Quartiersebene ausgerichtet worden ist (u. a. Leipzig Charta 2007 auf EU-Ebene). Auch in diesem Förderinstrumentarium sind lokal-demokratische Aspekte enthalten, etwa die Idee partizipativer Budgets mit Quartiersräten o. ä. vor Ort (vgl. Roth 2017; vgl. auch Rodrigues Mororó 2014). Oftmals haben wir es hier mit nicht institutionalisierten Formen der Bürgerbeteiligung zu tun (vgl. Roth 1997: 436 ff.).

Auch wenn es an klaren Definitionen lokaler Demokratie mangelt, können doch einige Dimensionen identifiziert werden, welche deren Funktionsweise bestimmen (vgl. Abb. 1).

Akteure	Prozesse
<ul style="list-style-type: none"> • Kommunalpolitik z. B. demokratisch gewählte Räte, Lokalparlament, Parteien • Kommunalverwaltung Fachpersonal für exekutive kommunale Aufgaben wie z. B. Stadtplanende • Intermediäre Instanzen z. B. soziale Träger, Mieter*innengemeinschaft • Institutionalisierte Zivilgesellschaft z. B. Vereine • (Wahl-)Bürgerschaft und "Citizens" z. B. individuelles freiwilliges Engagement • Privatwirtschaft und Medien z. B. lokaler Einzelhandel, Wohnungsunternehmen, internationale Investor*nnen 	<ul style="list-style-type: none"> • Kommunalwahlen repräsentativ-demokratisch via Parteiensystem, orientiert an Staatsbürgerschaft • Beteiligung und Dialog formal, informell – mithilfe vielfältiger Formate von der öffentlichen Auslegung von Planunterlagen über Bürger*innendialoge bis hin zu Bürger*innenentscheiden oder partizipativen Budgets • Abstimmung und Interessenausgleich Einbettung in Multi-Level-Governance mit Region, Land, Bund, EU sowie vielfältigen Akteur*innen; "Gegenstromprinzip" • Gemeinwesenentwicklung zielt auf Sozialkapital ab, das als Voraussetzung funktionierender lokaler Demokratie gelten kann, z. B. Nachbarschaft und Quartier als häufigste Kontexte von Beteiligungsanlässen und politischen Momenten, vgl. Programm Soziale Stadt

Abbildung 1: Dimensionen lokaler Demokratie

Quelle: eigene Darstellung

Zum Quartiersbegriff gibt es eine ganze Reihe von Definitionsversuchen. Je nach Paradigma, Disziplin und Verwendungszweck unterscheiden sich diese Zugänge z. T. stark (vgl. Schnur 2014). Eine aktuelle Definition, die ebenfalls keinen Allgemeingültigkeitsstatus für sich beanspruchen kann, beschreibt das Quartier als einen

„kontextuell eingebettete[n], durch externe und interne Handlungen sozial konstruierte[n], jedoch unscharf konturierte[n] Mittelpunkt-Ort alltäglicher Lebenswelten und individueller sozialer Sphären, deren Schnittmengen sich im räumlich-identifikatorischen Zusammenhang eines überschaubaren Wohnumfelds abbilden“ (Schnur 2014: 43).

Hier werden mehrere wichtige Dimensionen betont (vgl. auch Abb. 2): Kein Quartier ist eine Insel. Vielmehr sind Quartiere immer in einem Kontext zu sehen, als Teil einer Gesamtstadt, als Teil einer Region, vielleicht sogar aus einer globalen Perspektive (z. B. wenn ein internationaler Investor hier Wohnungen oder eine Shopping Mall bauen möchte).

Konstruiertheit	Lebenswelt
<ul style="list-style-type: none"> • soziale Konstruktion d. h., Quartier ist Gegenstand sozialer und subjektiver Regionalisierungen und bringt z. B. varierende Images und Bedeutungszuschreibungen mit sich • unscharfe Konturierung weil Quartier ein soziales Konstrukt darstellt, überlagern sich – je nach Perspektive – viele individuelle Abgrenzungen; die administrative Grenze reiht sich hier ein; Quartier wird zu einem "fuzzy place" • kontextuelle Einbettung d. h., dass sich im Quartiersmaßstab viele Prozesse überlagern und auswirken, die nicht ohne translokale Strukturen zu verstehen sind 	<ul style="list-style-type: none"> • alltäglich-lebensweltlicher Bezug d. h., im Quartier verorten sich Alltagsprozesse des Wohnens, d. h. es besteht eine direkte Betroffenheit der Bürger*innen bzw. Bewohner*innen • Mittelpunkt-Funktion d. h., im Quartier befindet sich aus subjektiver Sicht die eigene Wohnung, die für die meisten Menschen einen Lebensmittelpunkt darstellt • Überschaubarkeit d. h., dass sich der Quartiersmaßstab z. B. auch anhand fußläufiger Erreichbarkeit oder lokal überschaubarer sozialer Netzwerke herausbildet • Schnittmenge sozialer Sphären d. h., sich überlagernde individuelle Netzwerke mit lokalen Anteilen verdichten sich zu einem Quartierskontext und führen z. B. über das Phänomen der Nachbarschaft zu mehr oder zu weniger kohärenten Gemeinwesen

Abbildung 2: Dimensionen von Quartier

Quelle: nach Schnur 2014: 43 ff.

Gleichzeitig ist ein Quartier immer ein Ort der Mitte, nämlich die überschaubare Lebenswelt im Umfeld der eigenen Wohnung, die idealerweise auch ein Identifikationsort sein kann. Es ist der zentrale Ort, um den herum sich der Alltag entfaltet und ein lokaler Anteil der weiter gefassten individuellen Netzwerke wirksam werden kann (z. B. ein Nachbarschaftsnetzwerk). Die soziale Konstruiertheit hat mehrere Folgen: Die Bewohner*innen oder auch Externe schreiben jedem Quartier höchst unterschiedliche Bedeutungen zu, was auch dazu führt, dass sie das Quartier unterschiedlich nutzen und behandeln. Davon ist auch die Abgrenzung von Quartieren betroffen. Während die amtliche Statistik mit präzisen Gebietsgrenzen

arbeitet, ist ein Quartier nach dieser Definition ein „fuzzy place“, der je nach Betrachtung immer wieder neu und unterschiedlich bestimmt wird. Diese Definition bildet eine sozialgeographische Perspektive ab, die anders als andere Quartiersbegriffsbestimmungen auch neuere sozial- und raumtheoretische Konzepte beinhaltet. Damit wird die Perspektive auf das „Quartier“ wesentlich differenzierter, aber auch komplexer zu handhaben.

3 Lokale Demokratie und Quartier: konzeptionelle Schnittstellen

Zu der konzeptionellen Paarung „Demokratie und Raum“ – oder auch zu ihrem hier betrachteten lokalen Pendant „lokale Demokratie und Quartier“ – existieren nur punktuell theoretische Konzeptualisierungen; ebenso gibt es nur wenig empirische Evidenz. Ausnahmen bilden z. B. die Debatte um Demokratie und öffentlichen Raum, der Scale-Diskurs oder die Diskussion um Multi-Level-Governance, die inzwischen vielfach auch wissenschaftlich bearbeitet wurden (z. B. Berding et al. 2017; Brenner 2000; Wiesner 2018). Darüber hinaus kann auf umfangreiche Praxiserfahrungen (z. B. mit Bottom-up-Initiativen, Dialogprozessen) zurückgegriffen werden, für die jedoch kaum systematische Auswertungen vorliegen. Anhand der hier vorgenommenen konzeptionellen Vorbetrachtung werden bereits zahlreiche Schnittstellen zwischen Quartier und lokaler Demokratie sichtbar und es ergeben sich interessante Themen und Fragen:

- So treffen lokal-demokratische Prozesse im Quartiersmaßstab auf vielfältige Repräsentationen davon, was konkret „Quartier“ für die Menschen im Wohnumfeld eigentlich bedeutet („soziale Konstruktion“). Deshalb sind ein Austausch und eine Verständigung allein darüber oft schon erste wichtige Schritte zu einer erfolgreichen, partizipativen, inklusiven Quartiersentwicklung. Diese Multiperspektivität findet man überall vor: Nicht nur in der Bewohnerschaft gibt es vielfältige Sichtweisen auf das „Quartier“, sondern auch bei den an dessen Entwicklung beteiligten lokal-demokratischen Akteur*innen.
- Dass die soziale Konstruiertheit von Quartieren eine Relevanz für die Praxis der lokalen Demokratie hat, zeigt sich bereits in den konkreten Plan- und Programmdokumenten, z. B. bei der Abgrenzung der Gebietskulissen im Programm Soziale Stadt. Wenn die lokale Demokratie mit ihren Institutionen im oder für ein Quartier mit allzu starren administrativen Grenzen arbeitet (vgl. Franke 2011; Nagel 2012), können Exklusionsprozesse befördert werden. Es zeigt sich in der Praxis, dass Quartiere aus lebensweltlicher Sicht unscharf – „fuzzy“ – konturiert sind. Wenn professionelle kommunale Akteur*innen

diese lebensweltlichen Zusammenhänge wertschätzen und auf sie eingehen, kann sich dies bereits positiv auf die lokal-demokratische Atmosphäre auswirken. Wenn Teilhabe jedoch an „objektiven“ (administrativen) Grenzen scheitert, wo eine subjektive Zugehörigkeit reklamiert wird, belastet ein solcher, als Willkür empfundener Ausschluss auch das Vertrauen in lokal-demokratische Institutionen.

- So problematisch es ist, Quartiersgrenzen durch zusammenhängende sozial-räumliche Kontexte zu ziehen, so schwierig ist es auch, das Quartier als „einsame Insel“ in der Stadt zu betrachten. Quartiere stellen wichtige Teileinheiten in der Stadtregion dar, die intern und extern beeinflusst werden (vgl. Schnur 2015) und in translokale Governance-Prozesse und -Konstellationen kontextuell eingebettet sind (Multi-Level-Governance). Diese Einbettung der Quartiere einer Stadt und die entsprechenden Schnittmengen, verbindenden Elemente, übergreifenden Infrastrukturen etc. sind nur durch die kommunale, quartiersübergreifende Ebene oder durch noch darüber liegende weitere Ebenen zu koordinieren. Es gilt also, die quartierliche Mesoebene mit den vielfältigen Bezügen zu Mikro- und Makroebenen gemeinsam zu denken.
- Neben derartigen Systembezügen spielen auch die lebensweltlichen, sozial-räumlich eingebetteten Faktoren eine gewichtige Rolle beim Gelingen lokaler Demokratie. Alltagsthemen im Quartier sind oft buchstäblich greifbar, denn sie betreffen das tägliche Leben der Menschen mit allen Anforderungen, die sich aus ihnen je nach Lebenslage, Lebensstil oder Lebensphase ergeben. Institutionen der lokalen Demokratie gewinnen hier den Zugang zu den unterschiedlichsten Gruppen (z. B. Transferempfänger*innen, Hochbetagten oder neu Hinzugezogenen) mit unterschiedlichen Bedürfnissen, denen Gehör verschafft werden sollte. Der Sozialraumbezug ermöglicht professionellen Akteur*innen aus der lokal-demokratischen Arena damit eine konsequente Orientierung an den Bedürfnissen und Potenzialen der Menschen, die vor Ort auch bereits in irgendeiner Form aktiv sind – und in der Regel nicht mehr „aktiviert“ werden müssen (vgl. Hinte 1998; Häußermann 2005).
- Auch dass das Quartier für die Bewohnerschaft allein wegen der Funktion als Wohnort einen wichtigen Mittelpunkt ihres Alltags darstellt (ggf. neben dem Arbeitsplatz o. ä.), ist wichtiger, als es auf den ersten Blick erscheint. Aus dieser Mittelpunktfunktion ergibt sich vielfach eine direkte „Betroffenheit“ bzw. ein Interesse an dem, was in der Umgebung geschieht – ein Ansatzpunkt für beteiligende Prozesse im Kontext lokaler Demokratie. Dabei sind die Herausforderungen im Quartier selten simpel, aber oft doch noch überschaubar und noch nicht überkomplex. Das bedeutet, dass die Wahrscheinlichkeit höher ist, hier auch positive Selbstwirksamkeitserfahrungen zu machen und damit Vertrauen in lokal-demokratische Prozesse aufzubauen.

- Auch aus der Koexistenz von Menschen mit unterschiedlich gestalteten individuellen Netzwerken im Quartier („Schnittmenge sozialer Sphären“) und darüber hinaus entsteht ein Vielfaltseffekt, der in der Praxis der lokalen Demokratie produktiv in Wert gesetzt werden kann (z. B. als überbrückendes Sozialkapital). Generell können die lokalen sozialen Netzwerke als lokales Potenzial vor Ort nicht zu hoch eingeschätzt werden. Mit zunehmendem Sozialkapital steigen auch die Chancen für eine lebendige lokale Demokratie.

Man kann festhalten, dass die hier skizzierten strukturellen Verknüpfungen zwischen Quartier und lokaler Demokratie vielfältige Potenziale versprechen. Es stellt sich jedoch die Frage, wie in der Praxis vor Ort damit umgegangen wird.

4 Postdemokratie und Raum: Überlegungen zum „Demokratiemachen“ im Quartier

Die heutige Praxis des „Demokratiemachens“ in den Städten und Quartieren zu bewerten, ist schwierig, denn – wie oben bereits angedeutet – professionelle Akteur*innen in den Kommunen versuchen immer wieder, top-down die Beteiligung zu verbessern und inklusiver zu machen, während sich Grassroots-Initiativen vielerorts in der Stadtentwicklung „von unten“ engagieren. Gleichzeitig sehen sich etwa Lokalpolitiker*innen oder Stadtplaner*innen mit Menschen konfrontiert, die frustriert sind, kein Vertrauen mehr in die staatlichen Institutionen haben, nicht mehr zur Wahl gehen und damit die Legitimität des repräsentativ-demokratischen Systems infrage stellen. Vielleicht hat sich gerade deshalb eine kritische Debatte v. a. auf einer Metaebene entwickelt: Einerseits werden die Verfahren kritisiert. Die Verfahrensabläufe und deren systemische Einbettung, so die Auffassung, perpetuierten eher die bestehenden Verhältnisse sozialer Ungleichheit. Andererseits wird auch die Frage gestellt, inwieweit gesamtgesellschaftliche Schief lagen auf einer kleinräumigen Ebene verhandelt werden können. Hier wird die Funktionalisierung sozialräumlicher Bezüge, z. B. über „area based politics“ im Quartier, kritisch unter die Lupe genommen.

Im Folgenden soll deshalb dieses Spannungsverhältnis zwischen Systemimmanenz, „guter“ demokratischer Praxis und den Potenzialen räumlicher Bezüge anhand zweier verschiedener demokratietheoretischer Makropositionen diskutiert werden.¹

1 Der folgende Abschnitt basiert auf Teilen der Veröffentlichung Drilling, M., Oehler, P. und Schnur, O. (2015): Über den emanzipatorisch-utopischen Gehalt von Sozialraumorientierung. Widersprüche 35 (135): 21-39. (geändert und gekürzt)

4.1 Postdemokratisierung und Quartier

Als prominenteste Denkrichtung ragt hier der Postdemokratie-Diskurs heraus, als dessen Hauptvertreter u. a. der Soziologe Colin Crouch sowie der Philosoph Jacques Rancière gelten (vgl. Ritzi 2014: 11 ff.). Bei allen hier nicht darstellbaren Unterschieden (vgl. hierzu die ausführliche Analyse von Ritzi 2014) gehen beide Autoren von der Annahme aus, dass die Verbreitung neoliberaler Regierungsformen spätestens seit den 1980er-Jahren – und verstärkt seit der globalpolitischen und -ökonomischen Zäsur des Falls der Berliner Mauer – einen Machtverlust der Bürgerschaft und eine Demokratiekrise mit sich bringe. Während Colin Crouch v. a. die Akteur*innen, deren Motive und die Symptome postdemokratischer Entwicklungen ausarbeitet (vgl. Crouch 2008), hat Jacques Rancière ein umfassendes theoretisches Konzept entwickelt (vgl. Swyngedouw 2013; Mullis & Schipper 2013; Rosemann 2013). Rancières poststrukturalistischer Ansatz fußt u. a. auf der Diskurs- und Hegemonietheorie von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau (nach Glasze & Mattisek 2009), die einen objektiven Wahrheitsanspruch ablehnen und die Realität als diskursiv produziertes Machtkonstrukt verstehen. Rancière sieht „echte“ Demokratie als eine Form des Strukturbruchs an (ein „demokratisches Moment“), der sich in drei Schritten manifestiert (vgl. Rosemann 2013: 46 f.; Rancière 2002: 110):

1. Politische Bewegungen werden in einer „Erscheinungssphäre“ eines Volks sichtbar, also an einem Ort, der dies überhaupt erst ermöglicht („Erscheinung“).
2. Es existieren vernachlässigte oder exkludierte Personen und Gruppen („nicht identitäre Subjekte“), die sich weder staatlichen noch gesellschaftlichen Logiken verpflichtet fühlen und sich ihrer Außenseiterrolle bewusst sind („Selbstdifferenzierung“).
3. Nicht identitäre Subjekte stellen auf der „Bühne der Erscheinung“ die bestehende Ordnung infrage und provozieren Konflikte („Streithandel“).

Alle drei Schritte sieht Rancière durch die von ihm angenommene, derzeit herrschende, postdemokratische Ordnung gefährdet, d. h., durch eine emergente Depolitisierung unserer Gesellschaften wird das Aufkommen „demokratischer Momente“ erschwert. Dies geschieht durch die Simulation von allumfassender Gemeinsamkeit und Gemeinschaftlichkeit in einer Gesellschaft, in der alles als sichtbar und vieles als alternativlos dargestellt wird (wie etwa die bestehende ökonomische Ordnung, welche wiederum die Staatlichkeit zunehmend ihrer Einflussbereiche beraubt):

- Wo alles als sichtbar gilt, wird das „Erscheinen“ widerständiger und konfliktreicher politischer Ideen erschwert (vgl. Rosemann 2013: 49).
- Wo scheinbar alle Menschen vollständig repräsentiert sind, können marginalisierte Gruppen („Anteilslose“) nicht selbstdifferent wirksam werden, d. h., die für einen Protest notwendige Selbsterkenntnis, zu einer benachteiligten Gruppe zu gehören, wird erschwert.
- Wo scheinbar alle Probleme „konsensual“ gelöst werden (sollen), wird der nicht auflösbare Kerndissens verdeckt. Der „Streithandel“ selbst wird problematisiert und durch Wissenschaftler*innen, Jurist*innen oder andere Professionelle „objektiviert“, analysiert und seiner Grundlage beraubt (vgl. ebd.: 50). Widersprüche werden also konsequent „externalisiert“ (Swyngedouw 2013: 147).

Interessant ist, wie Rosemann das Konzept Rancières mit stadträumlichen Gegebenheiten verknüpft (vgl. auch Dikeç 2002): „Räumliche Postdemokratie wäre dann die Verschließung einer räumlichen Ordnung und der Produktionsweise des Raumes, indem diese Ordnung und Produktionsweise zunehmend unveränderbar erscheinen und alternative Raummodelle unsichtbar bleiben“ (Rosemann 2013: 51). Die zunehmende stadtpolitische Orientierung an Quartier und Sozialraum könnte man in diesem Sinne als Teil eines hegemonialen Diskurses kritisieren, der (soziale) Stadtentwicklung als „alternativlos“ darstellt, letztlich aber der höheren persistenten Ordnung zuarbeitet. Diese Perspektive wird auch von Autoren vertreten, die das poststrukturalistische Gouvernementalitätskonzept Michel Foucaults bzw. die Idee des „Regierens durch Community“ von Nikolas Rose aufgreifen (vgl. Rose 2000; vgl. auch Kamleithner 2009; Lanz 2009). Durch eine Herunterskalierung der (sozialen) Stadtpolitik auf kleinräumliche Kontexte (Quartiere, Sozialräume) wird dieser Sichtweise zufolge lediglich die gängige „neoliberale Regierungstechnologie“ verfeinert. Die im sozialen Gewand erscheinende neue Politik des „Empowerment“ und der „Aktivierung“ benutzt dieser Lesart zufolge Werte wie Selbstverantwortlichkeit und Gemeinschaftlichkeit als Instrumente der Disziplinierung und des Ausschlusses (vgl. Gomes de Matos 2013 am Beispiel Barcelonas) – mit anderen Worten: „Sozialraum“ wird als Mittel zur Machtproduktion herangezogen.

Jedoch: Wenn es im Sinne Rancières demokratische Momente braucht, dann müsste das Quartier eine dafür prädestinierte Ebene sein. Wie am Beispiel „Bizim Kiez“ (s. o.) sollten sich diese Momente hier am deutlichsten zeigen und dazu geeignet sein, die lokale Demokratie mit Leben zu füllen.

4.2 *Quartier und Re-Demokratisierung*

Die zweite Denkrichtung könnte man als eine „linke“ kommunitaristische Perspektive bezeichnen. Dass wir in einer postmodernen „Gesellschaft der Ichlinge“ lebten, so der Tenor, sei zu pauschal: „Die Selbsthilfegesellschaft ist keine Utopie. Es gibt sie wirklich. Sie funktioniert im Nahmilieu“ (Keupp 2013: 8, vgl. auch Keupp 2000 oder Hüther 2013) – also mit anderen Worten: im Quartier, im Wohnumfeld oder im Sozialraum. Bürgerschaftlichem Engagement und neuen ehrenamtlichen Beteiligungsformen wird hier ein zivilgesellschaftliches Potenzial zugesprochen, was sich in empirischen Untersuchungen und Surveys immer wieder feststellen lässt. In diesen Bereich fallen zahlreiche heterogene theoriegeleitete Perspektiven, die sich u. a. mit Lebenswelten, sozialen Netzwerken und Sozialkapital beschäftigen (vgl. zusammenfassend Franzen & Freitag 2007). Der amerikanische Politologe Robert Putnam fasst es so zusammen: „Building social capital will not be easy, but it is the key to making democracy work“ (Putnam 1993: 185).

Zu diesem erweiterten Kontext zählt auch eines der bekanntesten Konzepte partizipativer Demokratie – das des amerikanischen Politologen Benjamin Barber, mit dem dieser u. a. konkrete Ideen für eine bodenständige, im Quartier verankerte Partizipationspraxis anbietet (vgl. Schnur 2003). Er nennt seinen Ansatz „starke Demokratie“ (Barber 1994) und meint dies im Sinne einer „Praxis des alltäglichen Miteinanders“ (Weber 2012: 232). Anders als der radikaldemokratische Rancière folgt Barber der Vorstellung einer auf einem gewissen Konsens basierenden Form von Politik. Diese verbindet er mit der Forderung nach umfassender Bürgerbeteiligung im weitesten Sinne, dies jedoch in Abgrenzung zu den krisenhaften Formen, welche Benjamin Barber selbst mit „thin democracy“ (Barber 2003) umschrieben hat. Als Partizipation können in diesem Sinne auch Formen des „zivilen Ungehorsams“ oder „symbolischer Gewaltanwendung“ gelten, also durchaus Formen, die auch im rancièreschen Sinne „echte“ Politik darstellten (Weber 2012: 223).

Barbers Ausgangspunkt ist die Diagnose einer Selbst- und Weltentfremdung der Menschen und des damit einhergehenden Sinnverlusts. Er stellt fest, dass insbesondere durch die ökonomische Globalisierung Subjekte immer weniger eine politische Bürger*innen - und immer mehr eine entpolitisierte Konsument*innenrolle tragen (vgl. Weber 2012: 232) – ein Aspekt, der auf die Quartierspolitiken der „Sozialen Stadt“ in Deutschland, der „Projets Urbains“ in der Schweiz oder der „Politique de la Ville“ in Frankreich übertragbar ist, wo „Bewohner“ als „Zielpersonen“ oder „Zielgruppen“ „aktiviert“ und „motiviert“ werden und „Selbstverantwortlichkeit lernen“ sollen (vgl. Guhl 2015).

Das Partizipationsverständnis von Barber ist transformativ und intrinsisch zugleich. Nach Barber hat die vielfach diagnostizierte Politikverdrossenheit weniger mit mangelndem politischen Interesse zu tun als mit einem Gefühl geringer Selbstwirksamkeit. Diese Selbstwirksamkeit, so Barber, ließe sich am besten in der alltäglichen Lebenswelt vor Ort, also z. B. im Sozialraum bzw. im Quartierskontext, erfahren (vgl. Weber 2012: 235f). Transformativ könnte dies nach Barber wirken, indem ausgehend von der lokalen Ebene auch die Gesamtgesellschaft reformiert würde, d. h., ausgehend von einer Demokratisierung z. B. in Quartieren und Nachbarschaften kann auch auf der Makroebene eine demokratische Erneuerung im Sinne einer Emanzipation stattfinden (bottom-up). Dieses Verständnis findet sich z. B. in der aktuellen Resilienz- und Transformationsdiskussion wieder (vgl. Schnur 2013).

Barber geht davon aus, dass individuelle Freiheit ihren Ursprung in der Praxis kooperativen Handelns und in der Urteilskraft hat (nicht im subjektiven „Willen“) und sich darüber hinaus Partizipation v. a. in der lokalen Selbstverwaltung manifestiert. Handeln stellt nach Barber Kommunikation dar, ist aber nicht auf maximalen Konsens oder gar Wahrheitsfindung ausgerichtet: Vielmehr können auch konflikthafte sowie auf einer bestmöglichen Urteilskraft beruhende politische Aushandlungsformen im Mittelpunkt stehen. Dieser Maßstab setzt hohe selbstreflexive Anforderungen an den Sprechakt voraus, was vielfach als überfordernd und nicht umsetzbar kritisiert wurde (vgl. Weber 2012: 237 f.). Barber jedoch vertraut auf die Wirkungen des Learning by Doing und auf einen geradezu „ansteckenden“ Effekt von Partizipation auf der lokalen Ebene, welcher der Entfremdung entgegenwirke (vgl. ebd.: 238; vgl. auch Hüther 2013). Auch diese Ideen wurden oft als zu idealistisch kritisiert: „Seine Erwartung, durch Partizipation könnten das Konfliktpotenzial vermindert und ‚Fremde‘ zu ‚Nachbarn‘ [...] werden, beruht auf der These einer rein partizipativen Gemeinschaftsbildung [...], die utopisch anmutet [...]“ (Weber 2012: 244).

Barbers Demokratietheorie unterscheidet sich als positive Utopie von vielen anderen Ansätzen (insbesondere auch von postpolitischen Ansätzen, die weithin in einer dystopischen Gegenwartsanalyse verbleiben oder sich nur sehr allgemeine Empfehlungen abringen) darin, dass sie auch konkrete Organisations- und Handlungsoptionen für eine neue partizipativ-demokratische Ausrichtung vor Ort beireithält. So werden sogenannte Nachbarschaftsversammlungen vorgeschlagen, in denen lokale Probleme diskutiert und gelöst werden sollen (vgl. Barber 1994: 241 ff.). Höhere Entscheidungsebenen sollen zugänglicher gemacht werden, indem z. B. Ämter per Losverfahren vergeben und Schöffengerichte eingeführt werden. Durch unterstützende Maßnahmen, z. B. im Bereich der Stadtplanung, der Architektur, der Gestaltung öffentlicher Räume oder auch des Bildungswesens, soll darüber hinaus ein partizipationsfreundliches Klima geschaffen werden. Dies

soll durch entsprechende Kommunikationskampagnen und Wissensvermittlung auch durch elektronische Medien begleitet werden (von Barber in der Originalausgabe 1984 „Teledemokratie“ genannt).

Auch wenn Benjamin Barbers Ansatz einer „starken Demokratie“ bereits über 30 Jahre alt ist, hat Barber die Relevanz technologischer Neuerungen bereits erkannt und in sein quartiersorientiertes Modell integriert – auch wenn aus dem TV-Teletext inzwischen Smartphones und Social Media geworden sind. Barber kombiniert seinen Idealismus mit einem sehr konkreten Pragmatismus, was vor Ort zu tun sei, um die Demokratie zu stärken. Diese konstruktive Grundhaltung macht seinen Ansatz attraktiv für eine Weiterentwicklung.

5 Quartiere als demokratische Heterotopien

Geht man davon aus, dass postpolitische Ansätze bisweilen als zu dystopisch (oder sogar „normativ defätistisch“ [Jörke 2010, o. S.], vgl. auch Oehler 2016: 34) und partizipativ-demokratische oder kommunitaristische Ansätze letzten Endes doch als zu utopisch erscheinen, um sie direkt umzusetzen, stellt sich die Frage, worin eine echte, demokratisch-emanzipatorische Perspektive für die künftige Stadtentwicklung bestehen könnte.

Swyngedouw plädiert für eine offene Haltung gegenüber urbanen Utopien, die neue Wege und Gesellschaftsentwürfe aufzeigen und benennen können (vgl. Swyngedouw 2013: 154). Darüber hinaus betont er die Relevanz von „Zwischenräumen“ und „Fragmenten“ in der Stadt, in denen die „Rancièresche Ordnung“ zumindest temporär nicht greifen mag und in denen sich neue, ggf. wegweisende soziale und kulturelle Praktiken entfalten können (ebd.: 154f.), wie etwa in Sojas „Dritten Räumen“ (Soja 1996) oder Foucaults „Heterotopien“ (Foucault 1991). Derartige Situationen sind z. B. bei Community-Organizing-Aktivitäten in benachteiligten Quartieren, in systemabweichenden Organisationen wie z. B. Miethäuser-Syndikaten oder ungeplanten Entwicklungen wie etwa bei Hausbesetzungen zu beobachten, in denen „Anteilslose“ – temporär oder dauerhaft – Strukturen aufbauen und sich Gehör (und Raum) verschaffen können.

Versteht man Raum (das Quartier, den Sozialraum) als eine durch diskursiv konstruierte Machtstrukturen geschaffene Ordnungsstruktur, so kann man anknüpfend an Rancière die (sozial)räumliche Ordnung auch als eine emanzipative Sphäre des „Demokratiemachens“ verstehen (vgl. Rosemann 2013: 48) – als Nische der Re-Demokratisierung und einer „lebendigen“ Demokratie mit einer produktiven politischen Kultur (siehe Abb. 3).

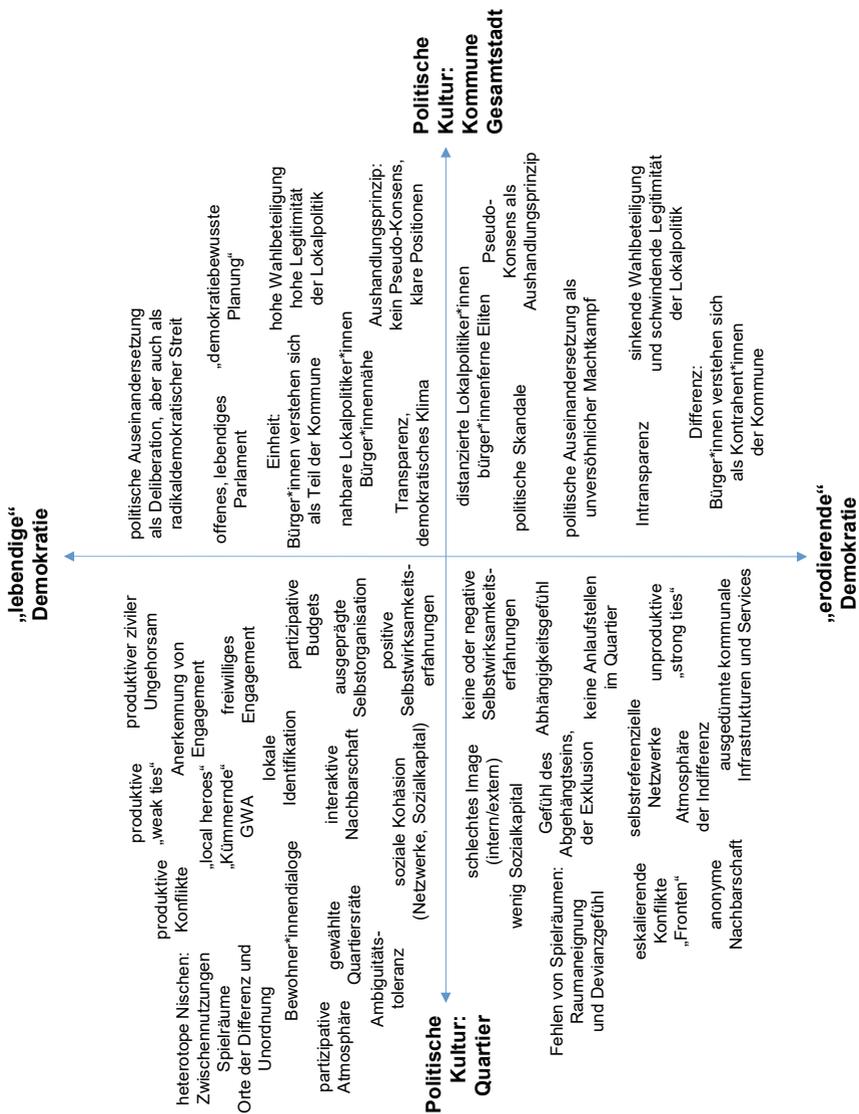


Abbildung 3: „Lebendige“ Demokratie in Stadt und Quartier

Quelle: eigener Entwurf

Zwar könne, wie Rosemann betont (ebd.: 53 ff.), angesichts der gängigen Planungspraxis (konsensorientiert, kommunikativ etc.) mit Rancière auch hier selten von „echten“ demokratischen Gelegenheiten gesprochen werden; es sei aber zumindest möglich, bewusst im Kontext einer demokratischen Idee zu handeln. Gerade in der Praxis gibt es immer wieder Situationen, in denen demokratische Momente im Sinne Rancières aufkommen (um dann bald wieder „geglättet“ zu werden). Rosemann plädiert deshalb für eine „demokratiebewusste Planung“, also „eine Planung, die möglichst wenige politische Momente unterdrückt und Konflikt und Subjektivierung ermöglicht“ (ebd.: 56). Quartiers- bzw. Sozialraumorientierung könnte so – im Sinne eines „genius loci et communitatis“ (Schnur 2003: 342 f.) – als ein Nukleus einer gesamtgesellschaftlichen Erneuerung und demokratischen Emanzipation verstehbar werden.

Elemente demokratiebewusster Planung lassen sich auch in den Beiträgen dieses Bandes immer wieder entdecken. Darüber hinaus werden weitere theoretische Zugänge sowie vielfältige Beispiele des „Demokratiemachens“ auf der Quartiersebene skizziert.

6 Die Beiträge in diesem Band

Der Sammelband gliedert sich im Folgenden in zwei größere Themenblöcke. Im ersten Abschnitt werden zunächst theoretische und konzeptionelle Zugänge zum Thema „Demokratie und Quartier“ in den Blick genommen. Im zweiten Abschnitt werden die Akteur*innen sowie die Beteiligungskultur vor Ort in den Mittelpunkt gerückt. Die große Vielfalt der einzelnen Beiträge hätte diverse Abfolgen möglich gemacht. Die hier gewählte Reihenfolge ist deshalb möglichst nicht als statisch zu betrachten: Nicht nur zieht sich die Mischung von theoretischen Grundgedanken und praktischen Beispielen durch den ganzen Band und seine beiden Abschnitte; auch finden sich immer wieder mögliche Querbezüge zwischen den verschiedenen Artikeln.

Mit seinem Beitrag „Lokale Demokratie“ schließt **Thomas Kuder** an die eingangs skizzierten Beobachtungen zum Thema an, denn er macht zwei signifikante Prozesse aus, die heute erheblich zum Wandel des kommunalpolitischen Gefüges der Bundesrepublik beitragen: Die bewährten Formen der lokalpolitischen Willensbildung in der repräsentativen Demokratie erfahren einerseits einen erheblichen Bedeutungsverlust, während andererseits die vielgestaltigen Formen der Bürgerbeteiligung eine beachtliche Karriere aufweisen und immer mehr an Bedeutung gewinnen. In den vergangenen Jahren habe sich deutlich gezeigt, dass die bekannten Ausprägungen der politischen Ungleichheit im repräsentativen System, z. B. bei der Mitwirkung in den Parteien oder bei der Wahlbeteiligung, in der klassi-

schen Bürgerbeteiligung meist ebenso stark zu finden sind. Vor diesem Hintergrund, so folgert der Beitrag, ist es zur Stärkung der lokalen Demokratie erforderlich, sich nicht nur für eine qualitativ hochwertige, sondern auch für eine gesellschaftlich inklusive Bürgerbeteiligung stark zu machen. Konkrete Ansätze und Potenziale dafür sieht Kuder v. a. im sozialräumlichen Kontext der Quartiere.

Der Beitrag von **Johanna Leitner** „Demokratie als Leerformel urbaner Partizipation im Quartier? Zum Verständnis von Urbanität und postdemokratischen Tendenzen in einem Wiener Gemeinschaftsgarten“ greift noch einmal die Thematik der Postdemokratie auf. Postdemokratie wird hier mit theoretischen Ansätzen der Produktion des Raumes und der Urbanität von Henri Lefebvre und David Harvey in Verbindung gebracht. Dazu wurden empirische Untersuchungen in einem Wiener Gemeinschaftsgarten durchgeführt. Der Beitrag schlägt eine Brücke zwischen der Aufarbeitung, dem Ausleben und dem Aufbrechen des Urbanen sowie den Möglichkeiten und Grenzen von Partizipationsprojekten im Quartier. Daraus resultierend hinterfragt er schließlich kritisch, inwiefern partizipative Stadtgartenprojekte einen Teil (post)demokratischer, simulativ-demokratischer oder repolitizierender Entwicklungen darstellen.

Der darauffolgende Artikel „Ein soziales und inklusives Quartier für alle: zur Aktualität von Lucius Burckhardts Planungsverständnis und der Forderung nach demokratischer Teilhabe an Planungsprozessen“ von **Stephanie Weiss** stellt das soziale Planungsverständnis des Schweizer Soziologen, Ökonomen, Architektur- und Planungstheoretikers Lucius Burckhardt vor. Das Werk von Burckhardt wurde in der Sozialgeografie, insbesondere in der Quartiersforschung, bislang eher marginal aufgenommen und der Beitrag möchte Impulse für eine weitere Rezeption geben. Mit der Vorstellung einiger seiner zentralen Aussagen werden design- und demokratietheoretische Grundlagen und Perspektiven zu einem nutzerzentrierten und inklusiven Planungsverständnis skizziert und für aktuelle Fragestellungen der Stadt- und Quartiersforschung anwendbar gemacht. Zu inklusiven Designkonzepten, zu aktuellen Fragen der sozialen Inklusion als demokratisches Recht auf Teilhabe sowie zu einer partizipativen Grundhaltung in Planungsprozessen werden von Burckhardt ausgehend methodische und anwendungsorientierte Bezüge für die Sozialgeographie und die Quartiersforschung hergestellt.

Auf der Suche nach Ansätzen und Aktivitäten, die eine Stärkung der lokalen Demokratie im Stadtteil oder Quartier bewirken können, plädiert **Milena Riede** mit ihrem Artikel „Gemeinwesenarbeit als demokratiefördernde Brückenbauerin“ weniger für ein soziales Planungsverständnis als für eine Rückbesinnung auf die Gemeinwesenarbeit. In vielen Stadtteilen und Nachbarschaften sei das Zusammenleben vielfältiger und heterogener geworden, wobei die Vorerfahrungen im Umgang mit Vielfalt sehr verschieden seien. Gemeinwesenarbeit (GWA) wird in

ihrem Beitrag als ein Handlungsfeld der Sozialen Arbeit vorgestellt, das auf langjährige Erfahrung in der Verbesserung und strukturellen Weiterentwicklung von Nachbarschaften im Sinne der dort lebenden Menschen blicken kann. Hierbei arbeiten Gemeinwesenarbeiter*innen mit allen Personengruppen und Menschen vor Ort und eröffnen Möglichkeitsräume für Selbsthilfe, Teilhabe und Demokratieentwicklung. Durch ihre basisdemokratische Arbeit kann der Brückenbau zwischen verschiedenen Menschen und Gruppen gefördert und die Kommunikation der Akteur*innen im Stadtteil untereinander verbessert werden. Dabei bewege sich der konzeptionelle Ansatz der Gemeinwesenarbeit zwischen Grassroot-Bewegungen und Fremdbestimmung durch öffentliche Institutionen. Erfahrungen mit der Umsetzung von Gemeinwesenarbeit im Quartier finden sich darüber hinaus im Beitrag von Rausch im zweiten Abschnitt dieses Bandes.

Auch **Dominik Haubrich** beschäftigt sich mit der Entwicklung von Nachbarschaften. In seinem Artikel „Nachbarschaften machen. Qualifizierung von Stadträumen zu Orten der interkulturellen Begegnung – Praxisbeispiele des lokalen Integrationsmanagements in Berlin“ betrachtet er den öffentlichen Freiraum des Tempelhofer Feldes in Berlin, der u. a. für die Unterbringung von Geflüchteten genutzt wird. Er beschreibt ihn als lokalräumlichen Schnittpunkt, an dem sich die krisengebeutelte, kommunale Integrationspolitik von 2015 und 2016 kontextualisiert, und geht der Frage nach, wie sich die gesellschaftspolitische Maxime der Willkommenskultur in das diskursive und anwendungsorientierte Feld der Begegnung und Teilhabe einwebt. Mit dem Aufbau der temporären Gemeinschaftsunterkunft ging ein Auftrag zum Aufbau einer Vernetzungs- und Kommunikationsstruktur einher, woraus sich vor Ort Freiräume für die Gestaltung der niedrigschwelligeren Begegnungsarbeit ergaben. In praktiken-theoretischer Lesart der empirischen Fallbeispiele skizziert der Beitrag schließlich die Pluralität der Akteurs- und Handlungszusammenhänge in der Praxis des lokalen Integrationsmanagements als innovatives Feld des Nachbarschaften-machens.

Der Beitrag von **Fabian Sandholzer** „Zwischen Recht auf Stadt und Creative City – das Projekt ‚Alm DIY‘“ greift noch einmal Theorien des französischen Philosophen Henri Lefebvre auf. Ausgehend von Lefebvres „Recht auf Stadt“ nimmt der Beitrag das sogenannte Alm-DIY-Projekt in den Blick – einen Do-it-yourself-Skateboardpark, welcher als ungenehmigte Nutzung einer brachliegenden Fläche inmitten eines der größten Stadtentwicklungsgebiete Wiens begann. Oft als informeller Urbanismus oder Do-it-yourself-Urbanismus bezeichnet, stoßen diese Praktiken, wie auch Graffiti, Street Art, Urban Exploration oder Urban Gardening, und deren Beziehung zum städtischen Raum vermehrt auf akademisches Interesse. In diesem Beitrag wird auf der einen Seite danach gefragt, inwieweit „Alm DIY“ eine demokratische Form der Mitgestaltung und Rückgewinnung der Stadt darstellt. Auf der

anderen Seite wird aufgezeigt, wie sich städtische Behörden und Planungsbüros immer mehr des Potenzials bewusst werden, welches solche Initiativen haben.

Im zweiten Abschnitt des Bandes stehen zunächst die Akteur*innen im Fokus. Im Anschluss daran finden sich ganz unterschiedliche Praxisberichte, die in verschiedene demokratische Kulturen vor Ort Einblick geben.

In seinem Beitrag „Das Projekt Interkulturanstalten. Die Transformation einer Refugees-Welcome-Initiative in einen kulturellen Begegnungsort“ betrachtet **Sebastian Beck** Refugees-Welcome-Initiativen als Stadtentwicklungsakteur*innen – als neue Intermediäre, die an klassische Aufgaben der Stadtentwicklung anknüpfen und konkrete Projekte anstoßen und umsetzen. 2015/2016 sind viele dieser Initiativen neu entstanden; allerdings hat sich der Kontext geändert, in dem sie aktiv sind. Es geht mittlerweile viel mehr um die längerfristige Integration der Geflüchteten und um eine (Weiter-)Entwicklung der Nachbarschaften, die sich durch die Zuwanderung der Geflüchteten verändert haben. Wie schlägt sich dieser Transformationsprozess in der Praxis nieder? Der Beitrag geht dieser Frage am Beispiel der Interkulturanstalten nach, einer Stadtentwicklungsinitiative im Berliner Westend, die sich aus der Refugees-Welcome-Initiative „Willkommen im Westend“ heraus entwickelt hat und nun als Verein eine repräsentative Gründerzeitvilla als soziale und kulturelle (Nachbarschafts-) Einrichtung betreibt.

Auch der nachfolgende Artikel beschäftigt sich mit Akteur*innen, wobei **Friederike Fugmann, Sarah Ginski und Fee Thissen** mit ihrem Beitrag „Vorhang auf! Über die Akteurs- und Kommunikationsvielfalt in quartiersbezogenen Stadtentwicklungsprozessen“ insbesondere das Themenfeld der Kommunikation in den Blick nehmen. Sie konstatieren, dass in dialogorientierten Quartiers- und Stadtentwicklungsprozessen heute immer „multilateral“ kommuniziert werde, und fragen: Doch wer kommuniziert was, mit welchen Wirkungen, wie? Das scheint sich zunächst von Fall zu Fall zu unterscheiden. Doch: In einem größeren Forschungsprojekt wurden durch eine Querauswertung von 50 Prozessen Einsichten gewonnen, die über Einzelfälle hinausgehen. Auf ausgewählten Erkenntnissen dieser Erhebung aufbauend, behandelt der Beitrag die Vielfalt von Akteur*innen und Kommunikationsgegenständen in dialogorientierten Planungsprozessen, geht auf Wirkungen und Reichweite der Erörterungen ein und beleuchtet die unterschiedlichen „Schichten“ der Kommunikation.

Der Artikel „Demokratie beginnt in der Nachbarschaft und endet nicht am Wahltag“ von **Günter Rausch** geht von einer ernsten „Krise der Demokratie“ aus, die v. a. durch das Erstarken rechtspopulistischer Kräfte, zunehmende Fremdenfeindlichkeit und das Fernbleiben immer größerer Wählerschichten bei Parlamentswahlen gekennzeichnet sei. Noch einmal wird das Instrument der Gemeinwesenarbeit (GWA) herangezogen; doch während Riede sich im ersten Abschnitt

des Bandes v. a. konzeptionell mit der Gemeinwesenarbeit und ihrem demokratischen Potenzial auseinandersetzt, stehen hier praktische Erfahrungen aus Freiburg Weingarten sowie die Frage im Mittelpunkt, inwiefern die GWA z. B. in sozial benachteiligten Quartieren diese aktuellen Entwicklungen auffangen könnte. In Anlehnung an John Deweys Demokratiekonzept, demzufolge es darum geht, dass Menschen Demokratie konkret lernen und einüben müssen, werden einschlägige Praxismodelle mit Theorien abgeglichen. Zum Ende des Beitrags werden Zweifel gegenüber kurzfristigen Wirkungserwartungen infolge sozialarbeiterischer und sozialplanerischer Interventionen hinsichtlich politischer Einstellungen und Wahlverhalten geäußert. Insbesondere wird auf die Bedeutung von Bildungsprozessen innerhalb der Alltags- und Sozialraumstrukturen verwiesen.

Der nachfolgende Praxisbericht „Bildung gemeinsam gestalten – der Dialog ‚Bildungslandschaft Neckarstadt-West‘ in Mannheim“ von **Jürgen Aring und Fabian Rohland** gibt einen Einblick in die Ziele, den Ablauf und die Ergebnisse eines Bildungsdialogs in einem multiethnischen Mannheimer Quartier. Das Dialogprojekt wurde vom Sommer 2013 bis in das Frühjahr 2015 hinein im Zusammenhang mit dem „Städtenetzwerk zur Stärkung der lokalen Demokratie durch bürgerorientierte, integrierte Stadtentwicklung“ des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. und in Zusammenarbeit mit der Stadt Mannheim vor Ort realisiert. Im Rahmen eines inklusiven Bürgerbeteiligungsprozesses in den Handlungsfeldern Bildung und Integration wurde hierbei der Ansatz einer integrierten Stadt(teil)entwicklung verfolgt. Inhaltlich beruhte das Projekt auf einem umfassenden Verständnis von „integrierter Bildungslandschaft“, das sich nicht nur auf die formalen und non-formalen Bildungseinrichtungen stützte, sondern auch das Feld des Stadtraumes als Lernraum und das Feld des Sozialraumes mit seinen unterschiedlichen Bildungsmilieus mit einbezog.

Bei dem Beitrag über den „Lagerplatz Winterthur“ von **Benjamin Zemann und Barbara Buser** handelt es sich ebenfalls um einen Praxisbericht. In diesem Fall wirft der Artikel einen Blick auf die nachhaltige Umnutzung eines ehemaligen Industrieareals. Als Teil einer großflächigen Arealentwicklung eines ehemaligen Industriegebietes der Firma Sulzer erwarb 2009 die Stiftung Abendrot aus Basel das ca. 50.000 m² große Lagerplatzareal in Winterthur. Der Erwerb erfolgte auf Initiative des Arealvereins Lagerplatz (ehemalige Zwischennutzer*innen) und mit kräftiger Unterstützung der damaligen Stadtregierung. Das Lagerplatzareal wurde anschließend mit partizipativen Prozessen entwickelt und realisiert. Heute, rund zehn Jahre später, stellt der Lagerplatz ein weit über die Stadtgrenzen hinaus bekanntes Beispiel gelungener Arealentwicklung dar. Ein weiterer Beweis, so folgern Buser und Zemann, dass echte Mitwirkung für alle Beteiligten ein Erfolgsmodell ist.

Im abschließenden Artikel „Der PlanBuden-Prozess: das Interesse des Stadtteils als Grundlage von Planung“ von **Renée Tribble und Patricia Wedler** geht es noch einmal um eine Arealentwicklung. Diesmal stehen der Hamburger Stadtteil St. Pauli und die entscheidenden demokratischen Prozesse vor Ort im Fokus. St. Pauli steht beispielhaft für einen Stadtteil, der sich seit mehreren Jahren in einem Gentrifizierungsprozess befindet. Zugleich steht St. Pauli auch für einen Stadtteil, der sich selbst organisiert und aktiv Kritik an dieser Entwicklung übt. Erst mit diesem Hintergrund und einem in der Öffentlichkeit ausgetragenen Konflikt um den Erhalt der sogenannten Esso-Häuser war es möglich, den vom Stadtteil geforderten und von lokalen Expert*innen organisierten PlanBuden-Prozess durchzusetzen und durchzuführen. Im Kern des PlanBuden-Prozesses steht die Wunschproduktion als Form, um mit dem Wissen der Vielen zu planen. Es handelt sich hierbei um einen frühzeitigen Beteiligungsprozess, durch den es gelingt, das Interesse des Stadtteils zu ermitteln und als Grundlage für die zukünftige Quartiersentwicklung zu verankern. Im Beitrag werden die Besonderheiten herausgestellt, die sich aus der Situation, den Akteur*innen und dem Ort ergeben. Ebenso wird nach Prinzipien gefragt, die eine gewisse Übertragbarkeit auf andere Stadtentwicklungsprozesse erwarten lassen.

Literatur

- Barber, B. (1994): *Starke Demokratie*. Hamburg.
- Barber, B. (2003): *Strong Democracy. Participatory Politics for a New Age*. Berkeley, Los Angeles, London.
- Beck, S. & Schnur, O. (2016): *Mittler, Macher, Protestierer. Intermediäre Akteure in der Stadtentwicklung*. Berlin.
- Berding, U., Fugmann, F., Karow-Kluge, D., Selle K. & Kuder, T. (2017): *Öffentliche Räume in stadtesellschaftlich vielfältigen Quartieren*. vhw- Schriftenreihe Nr. 7 Berlin.
- Brenner, N. (2000): *The Urban Question as a Scale Question: Reflections on Henri Lefebvre, Urban Theory and the Politics of Scale*. *International Journal of Urban and Regional Research* 24 (2): 361-378.
- Crouch, C. (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt am Main.
- Dewey, J. (2001): *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme (i. O. 1927)*. Berlin, Wien.
- Dikeç, M. (2002): *Police, Politics, and the right to the city*. *GeoJournal* 58: 91-98.
- Drilling, M., Oehler P. & Schnur, O. (2015): *Über den emanzipatorisch-utopischen Gehalt von Sozialraumorientierung*. *Widersprüche* 35 (135): 21-39.
- Foucault, M. (1991): *Andere Räume*. In: Wentz, M. (Hrsg.): *Stadt-Räume*. Frankfurt am Main, New York: 65-72.

- Franke, T. (2011): Raumorientiertes Verwaltungshandeln und integrierte Quartiersentwicklung. Doppelter Gebietsbezug zwischen „Behälterräumen“ und „Alltagsorten“. Wiesbaden.
- Franzen, A. & Freitag, M. (2007): Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen. Sonderheft 47/2007 der KZfSS (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie).
- Glasze, G. & Matissek, A. (2009): Die Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe. In: Glasze, G. & Matissek, A. (Hrsg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. Bielefeld.
- Gomes de Matos, C. (2013): Das Modell Barcelona – Partizipation, Protest und Postpolitik. sub/urban. zeitschrift für kritische stadtforschung (2): 121-140.
- Guhl, J. (2015): Die Programme der integrierten Stadt- und Quartiersentwicklung in Deutschland und der Schweiz und die Rolle der Gemeinwesenarbeit. In: Drilling, M. & Oehler, P. (Hrsg.): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderungen. 2. Auflage. Wiesbaden: 113-124.
- Häußermann, H. (2005): Politisches Vertrauen und Partizipation. vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung (5): 298-301.
- Hinte, W. (1998): Bewohner ermutigen, aktivieren, organisieren. Methoden und Strukturen für ein effektives Stadtteilmanagement. In: Alisch, M. (Hrsg.): Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. Opladen: 153-170.
- Hüther, G. (2013): Kommunale Intelligenz. Potenzialentfaltung in Städten und Gemeinden. Hamburg.
- Jörke, D. (2010): Was kommt nach der Postdemokratie? vorgänge (online) 190 (2): o. S.
- Kamleithner, C. (2009): „Regieren durch Community“: Neoliberale Formen der Stadtplanung. In: Drilling, M. & Schnur, O. (Hrsg.): Governance der Quartiersentwicklung. Wiesbaden: 29-48.
- Keupp, H. (2000): Eine Gesellschaft der Ichlinge? Zum bürgerschaftlichen Engagement von Heranwachsenden (Autorenband 3 der SPI-Schriftenreihe). München.
- Keupp, H. (2013): Entwickeln wir uns zu einer Gesellschaft der Ichlinge? Neue Formen des Zusammenlebens (Vortrag). 13. Münchner Wissenschaftstage.
- Lanz, S. (2009): Powered by Quartiersmanagement: Füreinander Leben im „Problemkiez“. In: Drilling, M. & Schnur, O. (Hrsg.): Governance der Quartiersentwicklung. Theoretische und praktische Zugänge zu neuen Steuerungsformen. Wiesbaden: 219-225.
- Maroldt, L. (2015): Checkpoint. Newsletter des Tagesspiegels vom 17. Juni 2015: o. S.
- Mayer, M. (2008): Städtische soziale Bewegungen. In: Roth, R. & Rucht, D. (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt, New York: 293-318.
- Mullis, D. & Schipper, S. (2013): Die postdemokratische Stadt zwischen Politisierung und Kontinuität. Oder ist die Stadt jemals demokratisch gewesen? sub/urban. zeitschrift für kritische stadtforschung (2): 79-100.
- Nagel, F. (2012): Quartiersgrenzen: Wo beginnt und endet „Quartier“ aus Sicht von BewohnerInnen? Untersucht am Beispiel Berlin. Global Studies Working Papers of the Tübingen Institute of Geography Nr. 20. Tübingen.

- Oehler, P. (2016): Demokratie und soziale Arbeit: Entwicklungslinien und Konturen demokratischer Professionalität. Wiesbaden.
- Putnam, R. D. (1993): Making Democracy Work, Civic Traditions in Modern Italy. Princeton.
- Rancière, J. (2002): Das Unvernehmen: Politik und Philosophie. Frankfurt am Main.
- Ritzi, C. (2014): Die Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit. Wiesbaden.
- Robertson, R. (1998): Glokalisierung: Homogenität und Heterogenität in Raum und Zeit. In: Beck, U. (Hrsg.): Perspektiven der Weltgesellschaft. Frankfurt am Main: 192-220.
- Rodrigues Mororó, R. (2014): Der demokratische Mythos Porto Alegre: Widersprüche und Wirklichkeit eines partizipativen „Planungsmodells“. Wiesbaden.
- Rose, N. (2000): Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. In: Bröckling, U., Krasmann, S. & Lemke, T. (Hrsg.): Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt am Main: 72-109.
- Rosemann, T. (2013): Planning in the Face of Democracy. Mit Jacques Rancière über Raumplanung und Demokratie nachdenken. sub/urban. zeitschrift für kritische stadtforschung (2): 41-60.
- Roth, R. (1997): Die Kommune als Ort der Bürgerbeteiligung. In: Klein, A. & Schmalz-Bruns, R. (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Bonn: 404-447.
- Roth, R. (2017): Das demokratische Potential von Bürgerhaushalten. In: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Hrsg.): Forum „Demokratie in ländlichen Kommunen“, 25.1.17. Berlin.
- Schnur, O. (2003): Lokales Sozialkapital für die ‚soziale Stadt‘. Politische Geographien sozialer Quartiersentwicklung am Beispiel Berlin-Moabit. Opladen.
- Schnur, O. (2013): Resiliente Quartiersentwicklung. Eine Annäherung über das Panarchie-Modell adaptiver Zyklen. Informationen zur Raumentwicklung (4): 337-350.
- Schnur, O. (2014): Quartiersforschung im Überblick: Konzepte, Definitionen und aktuelle Perspektiven. In: Schnur, O. (Hrsg.): Quartiersforschung: Zwischen Theorie und Praxis. Wiesbaden: 21-56.
- Schnur, O. (2015): Quartiersentwicklung in Stadtlandschaften – eine Reflexion. In: Kühne, O. & Hofmeister, S. (Hrsg.): StadtLandschaften. Wiesbaden: (im Erscheinen).
- Schnur, O. (2016): Urbane Vielfalt und Kohäsion – zwischen Moderne und Postmoderne. vhw-werkSTADT Nr. 3. Berlin.
- Soja, E. W. (1996): Thirdspace: Journeys to Los Angeles and Other Real-and-Imagined Places. Malden (Mass.).
- Stiftung Mitarbeit (Hrsg.) (2018): Kommunen und lokale Demokratie. wegweiser bürgergesellschaft.de. Abrufbar unter: <https://www.buergergesellschaft.de/mitentscheiden/grundlagen-leitlinien/grundlagen/kommunen-und-lokale-demokratie/>. Letzter Zugriff: 12.12.2018.
- Swyngedouw, E. (2013): Die postpolitische Stadt. sub/urban. zeitschrift für kritische stadtforschung (2): 141-158.
- Vetter, A. (2011): Lokale Politik als Rettungsanker der Demokratie? Abrufbar unter: <http://www.bpb.de/apuz/33489/lokale-politik-als-rettungsanker-der-demokratie>. Aus Politik und Zeitgeschichte (7-8): o. S.

Weber, F. (2012): Selbstbestimmung durch Teilhabe. Theorie der partizipativen Demokratie (Benjamin Barber, Ingeborg Maus). In: Lembcke, O. W., Ritzi, C. & Schaal, G. S. (Hrsg.): Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 1: Normative Demokratietheorien. Wiesbaden: 223-254.

Wiesner, C. (2018): Multi-Level-Governance und lokale Demokratie. Politikinnovationen im Vergleich. Wiesbaden.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.



Teil A
Theoretische und konzeptionelle Zugänge



Lokale Demokratie

Thomas Kuder

Vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels sind im politischen Gefüge der heutigen Bundesrepublik signifikante Verschiebungen zu konstatieren. Während bewährte Formen der politischen Willensbildung in der repräsentativen Demokratie gerade auf lokaler Ebene einen bemerkenswerten Bedeutungsverlust erfahren haben, machen die vielgestaltigen Formen der Bürgerbeteiligung eine beachtliche Karriere und gewinnen im politischen Alltag zunehmend an Bedeutung. Allerdings hat die Politikwissenschaft in den vergangenen Jahren verstärkt darauf hingewiesen, dass die bekannten Ausprägungen politischer Ungleichheit, z. B. bei der parteipolitischen Mitwirkung und der Wahlbeteiligung, meist ebenso stark in den klassischen Formaten der Bürgerbeteiligung verankert sind. Daraus resultiert die Aufgabe, sich zur Stärkung der lokalen Demokratie für eine qualitativ hochwertige und gesellschaftlich inklusive Bürgerbeteiligung sowie deren Legitimationsfähigkeit stark zu machen. Konkrete Ansätze dafür lassen sich insbesondere im sozialräumlichen Kontext der Quartiere finden.

1 Krise oder Wandel der Demokratie?

Die repräsentative Demokratie steckt in einer latenten Krise, so die provokante These mancher Politikwissenschaftler*innen, die vor allem in dem Mitgliederschwund der Parteien und der langfristig sinkenden Wahlbeteiligung eine Aushöhlung der Demokratie vermuten (z. B. Crouch 1996). Aber auch wenn man nicht von einer Krise sprechen mag, gilt es, die aktuellen Befunde kritisch zu hinterfragen. Was die politischen Parteien betrifft, die nach Grundgesetz an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken sollen, so konnten diese zu Beginn der 1990er-Jahre in der Bundesrepublik noch auf ca. 2,4 Millionen Mitglieder verweisen, haben aber seitdem nach neueren Studien rund die Hälfte ihrer Mitglieder verloren (Niedermayer 2016). Insbesondere auf kommunaler Ebene erfahren die Parteien signifikante Bedeutungseinbußen. Darauf deuten auch die Ergebnisse einer repräsentativen Trendstudie hin (vhw/sinus 2015), wenn z. B. nur noch ein Viertel der rund 2.100 Befragten in der ganzen Bundesrepublik die Arbeit der Parteien als zuverlässig wahrnimmt oder sich bei einem eigenen Anliegen mit der Bitte um Unterstützung an eine der lokalen Parteien wenden würde.

Offensichtlich, wenngleich vielschichtiger, sind die Bedeutungseinbußen bei Wahlen. Diese haben trotz kurzfristiger Erholungstendenzen im langfristigen Trend kontinuierliche, in der Summe signifikante Rückgänge bei der Wahlbeteiligung hervorgebracht. Das zeigt sich z. B. daran, dass die Gruppe der Nichtwähler*innen im „ehrlichen“ Wahlergebnis, bei dem die Nichtwähler*innen als Gruppe in das Wahlergebnis eingerechnet werden, heute bei vielen Wahlen Höchstwerte erzielt. Eines der jüngsten Beispiele dafür ist die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, bei der die Nichtwähler*innen mit 34,8 Prozent deutlich stärker vertreten waren als die größten Parteien von CDU (21,5 Prozent) und SPD (20,3 Prozent) (Welt 2017a). Und selbst bei der Bundestagswahl 2017 haben die Nichtwähler*innen nach dieser Berechnung mit 24,4 Prozent fast die gleiche Stärke erreicht wie der Wahlgewinner CDU mit 24,9 Prozent (Welt 2017b). Noch stärker sind die Anteile der Nichtwähler*innen dann bei Kommunalwahlen, z. B. in Hessen (2016) oder Niedersachsen (2017), bei denen die Nichtwählerschaft zwischen 45 und 50 Prozent erreichte. An der Stichwahl für das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Frankfurt am Main (2018) nahmen gerade einmal 30,2 Prozent der Wahlberechtigten teil (FR 2018).

Auch in der Trendstudie 2015 wurde die Frage gestellt, welche Wichtigkeit der Teilnahme an Wahlen heute zugesprochen wird. Die Befragten aus dem gut situierten Milieu der Liberal-Intellektuellen antworteten dabei z. B. zu 55 Prozent, dass sie der Wahlbeteiligung eine sehr hohe Wichtigkeit beimessen würden, während diese Aussage nur von 26 Prozent der Menschen unter prekären Lebensbedingungen geteilt wurde. Auch das Wählen von Politiker*innen als bevorzugte Form der politischen Mitwirkung erachteten sehr viel mehr Haushalte mit überdurchschnittlich hohem Einkommen im Vergleich zu Haushalten mit unterdurchschnittlich geringem Einkommen als sehr wichtig (vhw/sinus 2015). Erschwerend kommt demnach also auch noch die soziale Ungleichheit bei der demokratischen Mitwirkung durch Wahlen hinzu, die deutliche Zusammenhänge zwischen der finanziellen Leistungsstärke und Milieuzugehörigkeit der Haushalte und der Höhe der Wahlbeteiligung erkennen lässt. Zudem findet die soziale Spaltung durch ungleiche Bewohner*innenstrukturen in den verschiedenen Stadtquartieren auch einen ausgeprägten sozialräumlichen Niederschlag (Hallenberg 2014).

Man könnte diese Befunde, die in ähnlicher Form in vielen westlichen Demokratien auftreten, als „unproblematisch“ erachten, ginge damit nicht ein Verlust an politischer Legitimation einher. Letztere ist insbesondere an der Frage festzumachen, vor allem, wenn sie mit Nachdruck gestellt wird, ob die Gewählten in den Parlamenten tatsächlich noch hinreichend legitimiert sind, eine Bevölkerung zu vertreten, die sie mitunter mehrheitlich nicht hat wählen wollen.

Die Politik- und Demokratieforschung verweist an dieser Stelle zudem auf die Strukturen und Prozesse, mit denen tiefgreifende Macht- und hegemoniale

politische Herrschaftsverhältnisse konstituiert werden. Diesen könne nicht durch herkömmliche Formen der demokratischen Kompromiss- oder Konsensfindung, sondern nur durch institutionalisierte Prozesse einer radikaldemokratischen Aushandlung angemessen begegnet werden (Mouffe & Lacau 1985). Vor allem in analytischer Hinsicht und bei großen Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung dürften diese Ansätze über eine gewisse Stärke verfügen; allerdings darf vor allem die Praktikabilität und Übertragbarkeit auf die Kommunalpolitik durchaus kritisch reflektiert werden. So dürften einige der gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse in direktdemokratischer Spielart, etwa der Brexit-Entscheid in Großbritannien oder die Volksabstimmung zu Stuttgart 21, die Probleme bei der praktischen Umsetzung solcher Prozesse deutlich aufgezeigt haben, etwa die Schwierigkeit der fundierten Wissensgenerierung und Aktivierung auf breiter Basis, der Umgang mit emotionalen bzw. irrationalen Strategien und kommunikativer Macht sowie nicht zuletzt die weltanschaulich oder durch Interessen gespeiste Perspektivenvielfalt.

Während die großen Fragen gesellschaftlicher Entwicklung oft eine eindeutige Entscheidung und entsprechende Aushandlungsprozesse erforderlich erscheinen lassen, frei nach dem Motto: „Ein bisschen Atomkraft gibt es nicht!“, bieten kommunalpolitische Herausforderungen, die in großer Vielzahl gerade in den Stadtquartieren auftreten, doch einiges mehr an demokratischen Aushandlungsmöglichkeiten und Potenzialen, auch für Kompromiss und Konsens. Es gilt also zu konstatieren, dass die repräsentative Demokratie hierzulande über viele tragfähige dialogorientierte Instrumente verfügt, z. B. die klassische Partizipation. Es gibt somit stabilisierende und leistungsstarke Möglichkeiten der direkten, zeitnahen Rückkopplung zwischen Staat und Gesellschaft (Merkel 2015). Und in der Tat gehört Bürgerbeteiligung vor allem in den Quartieren vor Ort seit Jahrzehnten zum „guten Ton“ kommunalen Handelns. Es spricht also letztlich einiges dafür, dass sich auf der anderen, der Krisenrhetorik abgewandten Seite die repräsentative Demokratie weniger im Umbruch, als vielmehr im Wandel befindet, bei dem die repräsentative Demokratie um weitere dialogische Formen ergänzt werden kann.

2 Krise der partizipativen Demokratie?

Als kritischer Beobachter kann man heute allerdings durchaus den Eindruck gewinnen, es gäbe bei der kommunalen Bürgerbeteiligung wenig Neues zu berichten; vielmehr habe sich der „gute Ton“ kommunalen Handelns merklich abgeschliffen. Der Selbstzufriedenheit vieler Städte über ordentliche Teilnehmer*innenzahlen in professionell durchgeführten Verfahren der Bürgerbeteiligung steht dementsprechend heute vor allem von wissenschaftlicher Seite eine Kritik gegenüber, wie sie auch die repräsentative Demokratie mit Blick auf die sozialräumlichen Verwerfungen bei der demokratischen Mitwirkung durch Wahlen erfährt.

Die Kritik richtet sich, neben wissensbasierten bzw. epistemischen Qualitätsdefiziten, vornehmlich gegen die in Beteiligungsprozessen reproduzierte politische Ungleichheit. So kranken diese oft an einer „von oben“ aufgesetzten, meist eindimensionalen Themensetzung, bei der die Bedürfnisse und Interessen der Menschen in ihrem ganzheitlichen Denken zu kurz kommen. Und sie leiden unter einem Verständnis von Bürgerbeteiligung, das sich auf das „Informieren“ und „Mitnehmen“ beschränken möchte, eine faire, öffentliche Beratschlagung oder transparente, nachvollziehbar begründete Entscheidungsfindung jedoch vernachlässigt.

Vor allem weisen diese Verfahren, so die Kritik, oft demokratische Schräglagen auf (Jörke 2011). Die sozial besser gestellten, argumentationsstarken Angehörigen der gesellschaftlich Etablierten dominieren die lokale Bürgerbeteiligung, während Sozialgruppen, die unter schwierigen oder prekären Bedingungen leben, immer weniger daran teilnehmen. Selbst bei Kommunalwahlen, die aufgrund einer geringeren Wahlbeteiligung bei den sozial schwächer Gestellten kritisiert werden, lässt sich mehr Repräsentativität erzielen als bei vielen Beteiligungsprozessen (Jörke 2010; Bertelsmann 2014). Aber selbst wenn sozial schlechter gestellte Menschen teilnehmen, fühlen sie sich oft nicht ernst genommen oder unfair behandelt.

Zudem setzt die Kommunikation in den Beteiligungsverfahren oft anspruchsvolle individuelle Fertigkeiten voraus, z. B. Ausdrucksfähigkeit, die in der Gesellschaft ungleich verteilt sind und daher politische Ungleichheit zu befördern vermögen. So dürften eine eindimensionale, die menschliche Lebenswirklichkeit vernachlässigende Themensetzung, Beteiligungsformate, die auf den sozial besser gestellten Teil der Menschen zugeschnitten sind und eine für Laien oft unverständliche Expert*innensprache den Ausschluss sozial schlechter gestellter Menschen sowie die einseitige Interessendurchsetzung zugunsten der Etablierten merklich unterstützen. Damit birgt eine asymmetrische Bürgerbeteiligung das Risiko, Demokratie und Zusammenhalt der Gesellschaft eher noch zu schwächen und eine Polarisierung zwischen „oben“ und „unten“ zu verstärken. Als Folgen, so die Kritiker, drohen Ausgrenzung, Resignation und politische Abwendung der Betroffenen (z. B. Öztürk 2011).

Auch diese Risiken lassen sich anhand der Trendstudie 2015 (vhw/sinus 2015) empirisch unterlegen. So wurde z. B. nach dem Interesse am Thema Bürgerbeteiligung gefragt. Dem überdurchschnittlichen Interesse der gut ausgebildeten, über hohe Einkommen verfügenden, also sozial besser gestellten Milieus (z. B. „Performer“: 37,1 Prozent) an anspruchsvollen Bürgerversammlungen stand ein unterdurchschnittliches Interesse der sozial schlechter gestellten Milieus gegenüber (z. B. „Traditionelle“: 9,0 Prozent). Gefragt wurde zudem nach der Zufriedenheit mit der Bürgerbeteiligung in der eigenen Stadt, nach dem Gefühl, in den Bürgerveranstaltungen willkommen zu sein, und nach der Einschätzung, ob

die eigenen Belange dort ernsthaft von Interesse seien. Deutlich tritt dabei die Unzufriedenheit der sozial schlechter gestellten Milieus mit der Bürgerbeteiligung hervor, einhergehend mit dem Gefühl vieler Menschen, sie seien in den Bürgerveranstaltungen nicht willkommen und ihre Belange seien nicht von Interesse.

Während z. B. 54 Prozent der konservativ-etablierten Oberschicht mit der Bürgerbeteiligung in ihrer Stadt zufrieden sind, sind dies nur 25 Prozent der Menschen, die unter prekären Bedingungen leben. Und während sich gerade einmal 12 Prozent der Liberal-Intellektuellen in Beteiligungsveranstaltungen nicht willkommen fühlen, gilt dies für 55 Prozent der jungen, sozial schwächer gestellten Konsum-Hedonisten. Und nicht zuletzt glauben über 60 Prozent der Konsum-Hedonisten und Menschen in prekären Lebensbedingungen, dass sich bei der Bürgerbeteiligung niemand für ihre Belange interessiert. Diese Ergebnisse lassen wenig Raum zur Interpretation: Vor allem jüngere, sozial schlechter gestellte Bürger*innen sowie Menschen mit Migrationshintergrund sind in der Bürgerbeteiligung unterdurchschnittlich vertreten und fühlen sich gegenüber den gesellschaftlich Etablierten benachteiligt.

Versteht man die gleichberechtigte Mitwirkung aller Teile der Gesellschaft als ein zentrales Kriterium demokratischer Legitimation, dann droht die klassische Bürgerbeteiligung mit ihren Mechanismen der Selbstrekrutierung und ihrem Trend zur Exklusivität zu einem Verlust an Legitimation beizutragen, zumal deren Ergebnisse von Akteur*innen geprägt werden, die i. d. R. weder durch Wahlen noch durch eine repräsentative Öffentlichkeit legitimiert sind. Es stellt sich also die Aufgabe, so das Zwischenfazit, die Bürgerbeteiligung mit ihren strukturellen Defiziten qualitativ hochwertiger und inklusiver zu gestalten, will man die demokratischen Gemeinwohl- und Legitimitätsgewinne, die man sich verspricht, auch weiterhin gewährleisten.

3 Die Stärke deliberativer Demokratie auf der Quartiersebene

Während sich angesichts dessen die utopische Energie klassischer Partizipationsansätze aus dem 20. Jahrhundert heute als relativ erschöpft erweist, scheint zugleich der weiterführende Ansatz der demokratischen Deliberation, also der fairen, gleichberechtigten Beratschlagung aller „auf Augenhöhe“ auch auf kommunaler Ebene an politischem Gewicht zu gewinnen. Nicht zuletzt dürfte diese Entwicklung auf die Erfolge vieler deliberativer Verfahren zurückzuführen sein, z. B. die bekannten „Citizens‘ Assemblies“ in Kanada, den Niederlanden oder in Irland.

Insbesondere drei Gründe lassen gerade die kleinteilige Quartiersebene für deliberative Verfahren als besonders geeignet erscheinen, um demokratische Entscheidungsprozesse zeitgemäß und attraktiv zu gestalten. Erstens ist dies die Nähe der auszuhandelnden Themen zu der Lebens- und Erfahrungswelt der persönlich

betroffenen oder mit den Themen konfrontierten Menschen auf kleinräumiger Quartiersebene, denn es geht häufig um konkrete, raumbezogene Fragen und alltägliche, oft auch niedrigschwellige Probleme oder Herausforderungen der Nutzung, Gestaltung oder Instandhaltung und Pflege. Zweitens sind die betroffenen Menschen mit großem Abstand die besten lokalen Expert*innen, wenn es um ihre unmittelbare Lebensumwelt geht. Sie besitzen in der Regel ein unschlagbares Detailwissen über ihr Quartier, kennen jede Ecke und alle kleinen und großen Probleme vor Ort. Zudem können sie mit dieser Expertise Handlungsprioritäten setzen oder fundiert beurteilen und sind nicht zuletzt in der Lage, kreative Lösungsideen zu entwickeln. Drittens ergeben sich gerade bei den Fragen der Raumnutzung und -gestaltung auf der Quartiersebene unvergleichbar viele Möglichkeiten für kreative Lösungen, Kompromisse oder konsensbasierte Entscheidungen. Damit zeigt sich ein erhebliches Potenzial für erfolgreiche und zufriedenstellende Aushandlungsprozesse jenseits der Notwendigkeit von „Entweder-oder-Entscheidungen“.

4 Die demokratische Deliberation

Die demokratische Deliberation, so benannt aufgrund ihrer Einbettung in die bewährten Strukturen der repräsentativen Demokratie, rekurriert maßgeblich auf den paradigmatischen Arbeiten von Habermas (1992) zur Theorie des kommunikativen Handelns. In den heutigen Zeiten sinkender Wahlbeteiligung, zunehmender Politikverdrossenheit und populistischer Tendenzen sowie bürgerschaftlicher Proteste verspricht demokratische Deliberation eine Steigerung der Qualität und Legitimität politischer Prozesse und Entscheidungen, die Vereinfachung der Implementierung sowie die Stärkung des bürgerschaftlichen Selbstverständnisses (Mansbridge 1999; Ritzi & Schaal 2011).

Ein Erfolg deliberativer Verfahren setzt zunächst voraus, dass die Beteiligten differierende Meinungen und substanzielle Auseinandersetzungen ermöglichende Einstellungen aufweisen, denn nur dann kann das Ergebnis eine hohe, Erkenntnis generierende Qualität beanspruchen (Fishkin 2011). Ziel des Verfahrens ist es, in möglichst idealen, machtfreien Sprechsituationen durch den „zwanglosen Zwang des besseren Arguments“ (Habermas) und mithilfe eines im Konsens erarbeiteten Verständnisses von Gemeinwohl eine „vernünftige“ Lösung für eine politische Frage zu finden, die ggf. auch machtvolle Einzelinteressen zu überwinden vermag. Die hohe argumentative Qualität solcher Gespräche vermag die Bindung der Teilnehmenden an ihre Eigeninteressen nach und nach zu überwinden oder zumindest abzuschwächen, so die normative Erwartung. An die Stelle der Vertretung persönlicher Interessen tritt nach und nach, ggf. verbunden mit entsprechenden Meinungsänderungen, die Suche nach der besten Lösung. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, ist es notwendig, dass alle Teilnehmenden über möglichst voll-

ständige Information verfügen, dieselben Rede- und Stimmrechte haben und sich untereinander, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem sozio-ökonomischen Status als gleichberechtigte Partner anerkennen und ernst nehmen (Ritzi & Schaal 2011).

Allerdings gilt es für einen erfolgreichen Politikprozess noch weitere Bedingungen zu erfüllen. Wichtig erscheint zunächst ein offenes Agenda Setting, eine Tagesordnung also, die möglichst nicht allein durch Politik und Verwaltung festgelegt wird und es allen gesellschaftlichen Akteur*innen erlaubt, eigene Themen einzubringen, die in dialogischen Filterprozessen zu einer einvernehmlichen Tagesordnung verdichtet werden. Zieht man das aufgezeigte Problem der Inklusion als weiteres Kriterium demokratischer Legitimation hinzu, rückt zudem die Breite der Beteiligung in den Mittelpunkt – und damit die Frage, inwieweit die Einbeziehung möglichst aller Kreise der Bürgerschaft gelingt. Gesellschaftliche Inklusion umfasst aber nicht nur die physische Einbeziehung einer großen Vielfalt von Akteur*innen, sondern auch deren gleichberechtigte Teilhabe an einer für alle Menschen freien, nachvollziehbaren Kommunikation. Unabhängig vom sozialen Status ist es unabdingbar, dass alle Teilnehmenden ihre Einstellungen, Meinungen und Interessen äußern können, wobei es vor allem gilt, den als Problem benannten Mittelschichtenbias einzugrenzen (Kuder & Ritzi 2013).

Gesellschaftliche Inklusion wird aber vor allem dann gelingen, wenn sich die Menschen als entscheidungskompetent einschätzen und den Eindruck gewinnen, dass sie Gehör finden. In der Politikwissenschaft werden diese Antriebskräfte für politisches Engagement als „internal efficacy“ und „external efficacy“ bezeichnet. Die „internal efficacy“ beschreibt die Selbsteinschätzung der Menschen im Hinblick auf ihre politische Kompetenz. „External efficacy“ erfasst die Möglichkeiten, sich in einem Beteiligungsprozess effektiv einzubringen. Sie gilt als wichtiger Faktor und Erfolgskriterium für die Bereitschaft zum politischen Engagement. Nur wenn die Bürger*innen den Eindruck gewinnen, ihr Engagement sei wertvoll und einflussreich, kann von bürgerschaftlicher Stärkung (Empowerment) gesprochen werden (Kuder & Ritzi 2013).

Allerdings haben die empirischen Erfahrungen mit zentralen Bürgerveranstaltungen gezeigt, dass demokratische Deliberation trotz aller Bemühungen mit dem Ziel einer Verbesserung der gesellschaftlichen Inklusion an ihre Grenzen stößt (Kuder 2016a). Nicht alle Sozialgruppen lassen sich für die klassische Bürgerbeteiligung „im Rathaus“ gewinnen. Das zeigen auch die eingangs benannten Bedenken von Menschen, die sich auf solchen Veranstaltungen nicht willkommen, nicht wohl und nicht ernst genommen fühlen (vhw/sinus 2015).

In den internationalen Theoriediskursen wurde dem ebenfalls Rechnung getragen und ein „systemic turn“ identifiziert. Deliberation solle demnach nicht mehr wie zuvor auf die Durchführung einzelner Beteiligungsveranstaltungen reduziert

werden, auch wenn das zentrale öffentliche Forum weiterhin als unverzichtbar gelte. Vielmehr finde Deliberation in vielfältigen Kontexten und an vielfältigen Orten statt und müsse als Summe dezentraler Beteiligungsbausteine verstanden werden (Parkinson, Mansbridge 2012). Von einem solchen „deliberativen System“ werden somit anspruchsvolle, miteinander verknüpfbare Bausteine der Bürgerbeteiligung erwartet. Der Vielfalt sind dabei kaum Grenzen gesetzt, solange die angewandten Methoden, Prozesse und Verfahren von repräsentativen Gremien beauftragt, den deliberativen Spielregeln entsprechend gestaltet und die Ergebnisse im Sinne einer Rechenschaftspflicht öffentlich begründet werden.

Beispielsweise kann über zufällige oder räumlich quotierte Straßen- oder Telefoninterviews in einem Quartier relevantes Beteiligungswissen ermittelt und durch Berichte und Präsentationen in den Beteiligungsprozess eingespeist werden. Für die Interviewdurchführung kann man ggf. auf „Kulturvermittler*innen“ zurückgreifen, die einen besonderen Zugang zu bestimmten Zielgruppen aufweisen. Mithilfe von Netzwerkanalysen lassen sich Intermediäre und die Stärken und Schwächen ihrer Netzwerke im Quartier analysieren und Ansätze für eine weiterführende Inklusionsstrategie gewinnen (Beck, Schnur 2016). Auch kann man mithilfe einer geschulten Moderation mit ausgewählten Fokusgruppen, z. B. Jugendlichen, streng gläubigen Menschen mit Migrationshintergrund, Wohnungslosen, jungen Eltern oder ausgewählten Intermediären, ausführliche Gruppengespräche führen und gemeinsam Fragen über den heutigen Zustand, über Probleme oder zukünftige Herausforderungen in einem Stadtquartier erörtern.

Eine weitere Möglichkeit besteht darin, eine repräsentative Bürgerjury einzuberufen, die ähnlich den Geschworenen bei Gerichtsverfahren nach bestem Wissen und Gewissen eine politische Entscheidung vorbereitet (Kuder 2016b). Die prozedurale Qualität dieser Verfahren bemisst sich dann z. B. an gleichen Redezeiten und Redezeiten für alle sowie an der Geltung des „One person one vote“-Prinzips. Besonders wichtig ist dabei auch die Arbeit einer Moderation, die stets zwischen unterschiedlich mächtigen und artikulationsstarken Akteur*innen vermitteln müssen und dabei die Aufgabe haben, die Qualität des Verfahrens sicherzustellen. Bei all dem gilt es allerdings auch zu beachten, dass die Verfahren „nicht mit unrealistischen, kurzfristigen Hoffnungen belastet werden [sollten] – sie benötigen Zeit, um sich zu beweisen und die in sie gesetzten Hoffnungen zu erfüllen“ (Ritzi & Schaal 2011).

5 Fazit

Die Legitimität politischer Entscheidungen hängt heute stark davon ab, ob möglichst breite Kreise der Bevölkerung in angemessener und wertschätzender Form in qualitativ hochwertige und transparente politische Entscheidungsprozesse ein-

gebunden werden, deren Ergebnisse von allen als „fair“ und gerecht wahrgenommen, akzeptiert und mitgetragen werden. Dieser Anspruch kann vor allem dort zur Geltung gelangen, wo politische Entscheidungen nah an den Bedürfnissen und Interessen der Menschen rühren, also vor allem auf der Quartiersebene.

Die Beteiligungsverfahren tragen bei regelmäßigem Einsatz zu relevanten politischen Entscheidungen dazu bei, dass sich gerade auf der überschaubaren, kleinteiligen Quartiersebene eine neue, dauerhafte Kultur der politischen Mitwirkung herausbilden kann. Denn nicht zuletzt ist es die Nachhaltigkeit der politischen Mitwirkung, die darüber entscheidet, ob das herausragende Ziel einer motivierten, aktiven Bürgergesellschaft erreicht werden kann und die aktuellen Krisenphänomene der modernen Demokratien überwunden werden können. Dass sich dieser Einsatz lohnt, haben vielfältige Erfahrungen gerade in den Quartieren vor Ort gezeigt. Sie liefern eindeutige Hinweise darauf, dass nicht nur die Zufriedenheit politisch aktiver und selbstbewusster Bürger*innen, sondern auch die Akzeptanz und die Legitimität kommunalpolitischer Entscheidungen sowie von deren Implementation mithilfe regelmäßiger Beteiligungsverfahren im überschaubaren räumlichen Quartiersrahmen deutlich zunehmen.

Literatur

- Beck, S. & Schnur, O. (2016): Mittler, Macher, Protestierer. Intermediäre Akteure in der Stadtentwicklung. Berlin.
- Bertelsmann Stiftung (2014) (Hrsg.): Vielfältige Demokratie. Kernergebnisse der Studie „Partizipation im Wandel – Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden“. Gütersloh.
- Die Welt (2017a): Das „ehrliche“ Wahlergebnis. Abrufbar unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article168983338/Das-ehrliche-Wahlergebnis-der-Bundestagswahl.html>. Letzter Zugriff: 24.09.2017.
- Die Welt (2017b): Das „ehrliche“ Wahlergebnis. Abrufbar unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article164557063/Das-ehrliche-Wahlergebnis-von-Nordrhein-Westfalen.html>. Letzter Zugriff: 14.05.2017.
- Fishkin, J. (2011): When the People Speak: Deliberative Democracy and Public Consultation. Oxford.
- FR.de (2018): Die CDU ist enttäuscht. Abrufbar unter: <http://m.fr.de/frankfurt/ob-wahl-frankfurt/ob-wahl-in-frankfurt-die-cdu-ist-enttaeuscht-a-1465475>. Letzter Zugriff: 08.09.2018.
- Habermas, J. (1981): Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1. Frankfurt a.M.
- Hallenberg, B. (2014): „Prekäre Wahlen?“ – Ja, aber! In: vhw-Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung (Hg.): Forum Wohnen und Stadtentwicklung. Heft 2. Berlin.
- Jörke, D. (2010): Die Versprechen der Demokratie und die Grenzen der Deliberation. Zeitschrift für Politikwissenschaft. Heft 3-4.

- Jörke, D. (2011): Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Heft 1-2.
- Kuder, T. (2014): Dialog und Kommunikation für alle. In: vhw – Bundeverband für Wohnen und Stadtentwicklung (Hrsg.): Forum Wohnen und Stadtentwicklung. Heft 5.
- Kuder, T. & Ritzki, C. (2013): Die Wirkung der Mitwirkung: Dialog im Stresstest. Raum-Planung, Heft 170: 16-22.
- Kuder, T. (2016a): Starke Lokale Demokratie: Leitlinien für eine hochwertige, inklusive Bürgerbeteiligung. vhw - werkSTADT Nr. 8.
- Kuder, T. (2016b): Bürgerorientierte Quartiersentwicklung in der „Sozialen Stadt“. vhw – werkSTADT Nr.7.
- Kuder, T. (2017): Bürgerbeteiligung neu justiert! Fair, informiert und gleichberechtigt zum „besseren“ Ergebnis. vhw – werkSTADT Nr. 16.
- Mansbridge, J. (1999): On the Idea that Participation Makes Better Citizens. In: Elkin, S. L. & Edward Soltan, K. (Hrsg.): Citizen Competence and Democratic Institutions. University Park: Penn State University Press: 291-325.
- Merkel, W. (2015): Nur schöner Schein? Demokratische Innovationen in Theorie und Praxis. Frankfurt am Main.
- Mouffe, C. & Laclau, E. (1985): Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics. London.
- Öztürk, A. (2011): Editorial. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Heft 1-2.
- Parkinson, J. & Mansbridge, J. (Hrsg.) (2012): Deliberative Systems. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ritzki, C. & Schaal, G. S. (2011): Wie Bürgerbeteiligung besser gelingt. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung. 2: 94-98.
- vhw Bundesverband für Stadtentwicklung und Wohnen (2011): Dialog: Zur Stärkung der lokalen Demokratie. Band 3 der vhw-Schriftenreihe.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





Demokratie als Leerformel urbaner Partizipation im Quartier? Zum Verständnis von Urbanität und postdemokratischen Tendenzen in einem Wiener Gemeinschaftsgarten

Johanna Leitner

1 Einleitung

Gemeinschaftsgärten können als eine Form der Verbindung zwischen partizipativer Stadtentwicklung und Kritik an den gesellschaftlichen Strukturen gesehen werden. Dass mit Projekten wie Gemeinschaftsgärten u. a. Themen wie die Aneignung von Stadt, Partizipation, Emanzipation, Teilhabe und Demokratisierung in Verbindung gebracht und analysiert werden, ist nichts Neues; auch nicht, dass diese kritisch mit den Prozessen einer neoliberalen Stadtentwicklung diskutiert werden. Mit diesem Beitrag soll ein Bogen gespannt werden von den Theorien zum Urbanen von Henri Lefebvre und David Harvey über das Urbanitätsverständnis aktiver Gärtner*innen hin zu einer kritischen Auseinandersetzung mit den Chancen und Grenzen eines Gemeinschaftsgartenprojektes in Anbetracht postdemokratischer Thesen und postdemokratischer Partizipation hergestellt werden.

Im Rahmen von vorangegangenen Forschungsarbeiten (vgl. Leitner 2015) wurden deshalb acht Interviews mit Gärtner*innen eines Gemeinschaftsgartens in Wien geführt. Anhand dieser Interviews sollte ergründet werden, was Beteiligte eines Gemeinschaftsgartens in einem Innenbezirk Wiens als urban verstehen und in welchem Zusammenhang dieses Verständnis mit ihrer Beteiligung im Garten steht. Die empirische Annäherung an diese Fragen erfolgte mittels leitfadengestützter, problemzentrierter Interviews (nach Witzel 2000). Die Interviews wurden mit aktiven Mitgliedern und einem passiven Mitglied des Gemeinschaftsgartens sowie dem Bezirksvorsteher des 7. Wiener Gemeindebezirks, in dem der Garten zu finden ist, geführt.

Indem Gemeinschaftsgärten und deren Mitglieder sich auf die Fahne schreiben, auf die Gestaltung und Entwicklung von Stadt Einfluss zu nehmen, Menschen zusammenzubringen und im politischen Sinne ein Zeichen setzen zu wollen, ist ihr Tun einerseits Ausdruck der sozialen Ordnung, andererseits Prozess der Produktion von Raum. Je nach Gesellschaftsform und sozialer Ordnung ist die Produktion von Raum und das Herstellen und Verständnis von Urbanität unterschied-

lich. Gleichzeitig kann kritisch danach gefragt werden, wie Gemeinschaftsgärten und deren Mitglieder sich formieren, wer Teil davon ist und bleibt, welchen Tätigkeiten sie nachgehen, wie sie sich nach außen und innen organisieren, welchen Einfluss sie auf das Bild des Urbanen haben, sodass in solchen Gärten womöglich auch das Verhältnis von (Post-)Demokratie und dem urbanen Aktivismus in Form des Gärtnerns ersichtlich ist. Das gilt vor allem dann, wenn hinter dieser Partizipation die Idee steckt, demokratische Werte zu stärken und gelebte Demokratie im Quartier zu fördern und anzuregen.

2 Kontext des untersuchten Gemeinschaftsgartens

Die Geschichte der Gärten und die Aneignung städtischer Grünflächen in Wien geht bereits lange zurück und hat in der sogenannten Siedlerbewegung nach Ende des Ersten Weltkrieges einen dramatischeren Ursprung als die heutigen Gemeinschaftsgärten. In Krisenzeiten um den Ersten und Zweiten Weltkrieg wurden selbst öffentliche Parks in prominentester Lage als Anbaufläche für Nahrungsmittel genutzt, so z. B. an der Ringstraße (vgl. Hoffmann 1987; Rotenberg 1995). Während damals Selbstversorgung und Überleben im Vordergrund standen, sind in den aktuellen Gartenprojekten u. a. individuelle und kollektive Bedürfnisse sowie ökologische Überlegungen und der Wunsch, politisch ein Zeichen zu setzen von Relevanz.

Aktuell bestehen über 80 verschiedene Stadtgartenprojekte¹ in der Stadt Wien. Diese werden mittlerweile von der Stadtpolitik vor dem Hintergrund der Förderung des sozialen Zusammenhalts in der Nachbarschaft, von Gemeinschaft und Nachhaltigkeit unterstützt und teilweise vonseiten der Stadtplanung gewünscht und in der Stadtentwicklung mitbedacht.

Um ein solches Stadtgartenprojekt handelt es sich auch bei dem Garten der Salatpiraten, der seit Anfang 2013 besteht. Er befindet sich im 7. Wiener Gemeindebezirk, der als einer der kleineren Bezirke Wiens mit am dichtesten besiedelt ist (über 19.000 Personen pro km²; Stand: 2014) und über nur 2,7 Prozent Grünfläche verfügt (vgl. Magistrat der Stadt Wien – MA 23 2014: 288). Zu Recht kann also davon ausgegangen werden, dass die wenigen, aber von vielen Menschen geteilten Grünflächen hier ein kostbares, wenn nicht sogar „umkämpftes“ Gut darstellen.

Der Gemeinschaftsgarten der „Salatpiraten“ entstand zugleich bottom-up wie top-down, indem eine der Initiierenden auf der Suche nach einer geeigneten Fläche und die Bezirksverwaltung auf der Suche nach einer Gruppe zueinander fanden. Die Anzahl und Zusammensetzung der Beteiligten ist variabel und nicht an die

1 Stand: Februar 2018; bestehende und sich in Planung befindende Stadtgartenprojekte laut Gartenpolylog (2018).

räumliche Nähe zum das Areal umgebenden Quartier gebunden. Einige der Beteiligten wohnten zum Zeitpunkt der Forschungsarbeiten in der Nähe des Gartens, teilweise im selben Bezirk. Einige andere hingegen wohnten in entfernteren Bezirken. Die relativ unkomplizierte Zugänglichkeit zur Mitarbeit im Garten und die gemeinschaftliche Zusammenarbeit schien den Beteiligten wichtiger zu sein als die unmittelbare räumliche Nähe.

Ziel des gegründeten Vereins zur Nutzung der gepachteten Grünfläche ist es, Landwirtschaft in die Stadt zu bringen und die Menschen in der Umgebung mit den Ideen des Urban Gardenings bekannt zu machen (vgl. Salatpiraten). In der Beschreibung des Vereins werden unterschiedliche Ebenen angesprochen: Die Neukonzeption von miteinander verbundener Landwirtschaft und Stadt sowie die Teilhabe an der Gestaltung der Stadt bilden die übergeordnete Makroebene; die Tätigkeit des Gärtnerns an sich kann als Mikroebene gedeutet werden. Die Kommunikation und die Aktivierung anderer Menschen fungieren als Verbindungselemente zwischen den Ebenen. Auch die Bezugnahme der Menschen, die sich im umliegenden Quartier aufhalten oder dort tätig sind, wird darin thematisiert.

Der Anspruch, Landwirtschaft in die Stadt zu bringen, ist aufgrund der Lage und der Größe des Gartens hoch gesetzt. Die Situation des Gartens beschreibt sich wie folgt: Er befindet sich auf einer Fläche von ca. 300 m² zwischen einer abfallenden Einbahnstraße und einem Wohnhaus. Aufgrund der Lage in einer Senke und der Einfassung durch enge Straßen fällt wenig direktes Sonnenlicht auf die Fläche, wodurch der Schatten überwiegt. Die nachstehende Abbildung 1 verbildlicht die Beschreibung.



Abbildung 1: Lage des Gemeinschaftsgartens der Salatpiraten in der Kirchengasse im 7. Wiener Gemeindebezirk

Foto: J. Leitner, 2015

3 Kurzzuriss der Konzeptionen des Urbanen und des Raumverständnisses nach Henri Lefebvre und David Harvey

Um das Urbane bei Henri Lefebvre analytisch und begrifflich erfassen zu können, bietet es sich an, zunächst den Prozess der Urbanisierung und der Produktion von (urbanem) Raum näher zu betrachten. Hinsichtlich der Produktion von Raum unterscheidet Lefebvre zwischen der räumlichen Praxis (bzw. dem wahrgenommenen Raum), der Repräsentation von Raum (bzw. dem konzipierten Raum) und den Räumen der Repräsentation (bzw. dem gelebten/erlebten Raum) (vgl. Lefebvre 2004). Die drei genannten Ebenen können analytisch voneinander getrennt werden; sie sind jedoch zusammenhängend zu verstehen. Die Produktion von Raum ist dabei ein Prozess, der soziale Normen und Beziehungen hervorbringt und in Zusammenhang mit den ordnenden Faktoren seines Umfeldes – beispielsweise dem Staat, den gesellschaftlichen Strukturen, der Arbeitsteilung oder mit Wissen und Technologie – steht (vgl. Lefebvre 2004: 85). Im Sinne Lefebvres ist folglich der Raum, der produziert wird, immer ein Abbild der Gesellschaft.

Der Raum wird dabei als übergeordnete Kategorie gesehen, in der das Urbane enthalten sein kann (vgl. Schmid 2011: 35). Im historischen Kontext sieht Lefebvre die Industrialisierung als Wegbereiter für die verstädterte Gesellschaft und damit einhergehend die Urbanisierung als Konsequenz der industriellen und postindustriellen Produktion (vgl. Lefebvre 1972: 8 f.). Im Urbanen kann daher das Verbindungselement zwischen der allgemeinen sozialen Ordnung (Verweis auf den Staat und die Weltökonomie des Kapitalismus) einerseits, zur Alltagswelt und zur gelebten Erfahrung andererseits gefunden werden (vgl. Kipfer et al. 2012: 169). Wie kann man sich nun dem Urbanen analytisch nähern? Im Prozess der Urbanisierung sind für Lefebvre die Analyseebenen der Gleichzeitigkeit, Begegnung und Differenz von Relevanz und Voraussetzung für die Entwicklung des Urbanen. Die Qualität des Städtischen liegt dann darin, dass unterschiedliche Lebenswelten, Wertvorstellungen und Ansichten aufeinander treffen. Das Städtische entsteht multidimensional, aktiv und transformativ – sowohl im politischen Leben wie auch im Alltagsleben (vgl. Schmid 2011: 33; Kipfer et al. 2012: 171). Nach dieser Lesart finden sich Elemente des Urbanen und der Raumproduktion auch in der Vorstellung und Konzeption des Quartiers.

In seinen Schriften zeichnet Lefebvre eine Verbindungslinie zwischen Alltagsleben, Urbanisierung und der kapitalistischen Weltordnung. Das Urbane ist hingegen nicht ein Zustand, sondern eine Möglichkeit und der Weg in eine Zukunft (vgl. Lefebvre 1972: 23). Unter Lefebvres Forderung nach einem „Recht auf Stadt“ kann daher auch der Versuch verstanden werden, eine urbane Gesellschaft jenseits der kapitalistischen Strukturen zu entwerfen und in die Lebensweisen zu implementieren. Von besonderer Bedeutung ist hierbei das Konzept der Zentrali-

tät; letztere entsteht durch die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Menschen, Dinge oder auch Ereignisse und verweist auf eine Verflechtung verschiedenster sozialer Beziehungen (vgl. Lefebvre 1972: 53 f., 126 f.).

Der zweite theoretische Ansatz, auf den eingegangen werden soll, stammt von dem Humangeografen und Anthropologen David Harvey. Auch er zeigt auf, dass die unterschiedlichen sozialen Praxen unterschiedliche Konzepte von Raum hervorbringen und nutzen (vgl. Harvey 1973: 13). Ähnlich wie Lefebvre benennt Harvey drei Zugänge zum Verständnis von Raum: den absoluten, den relativen und den relationalen Raum (vgl. Harvey 1973). Während der absolute Raum eine Art Rahmen bzw. Container bildet, treten die Gegenstände im relativen Raum zueinander in Beziehung. Mit relationalem Raumverständnis meint er, dass der Raum erst durch die Objekte und Prozesse hergestellt wird und somit der Raum selbst zum Prozess wird (vgl. Harvey 2007b: 130). Damit hebt Harvey die Raum-Zeit-Ebene in den Vordergrund, da der Raum und räumliche Prozesse seiner Meinung nach nicht losgelöst von der Umgebung und der Geschichte, Gegenwart und Zukunft analysiert werden können (vgl. ebd.: 131).

Hinsichtlich der Urbanisierung verfolgt er den Ansatz, die sozialen Prozesse in der Stadt mit ihrer gebauten Gestalt zu verbinden. Urbanisierung ist für ihn „a particular form or patterning of the social process“ (Harvey 1973: 196). In diesem Prozess werden räumliche Strukturen geschaffen, die von Menschen gemacht sind und die sowohl Basis als auch Verhandlungspunkt bestimmter Arten der Produktion darstellen (vgl. ebd.: 203). Harvey unterstreicht in seinen Überlegungen den Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Städte und der Entwicklung gesellschaftlicher Organisationsformen.

In Bezug auf seine Ausführungen zum Urbanen treten marxistische Konzepte und die Kritik am Kapitalismus noch stärker in den Vordergrund. Zum einen sei das Städtische Ausdruck und Ventil des überakkumulierten Kapitals, vor allem in seiner gebauten Form. Zum anderen sei das Städtische gekennzeichnet von einer signifikanten Konzentration an sozialem Mehrwert („social surplus“) (vgl. ebd.: 226). Außerdem spielten Wahrnehmung und Erfahrung eine zentrale Rolle:

„[...] increasing urbanization makes the urban the primary level at which individuals now experience, live out, and react to the totality of social transformations and structures in the world around them. To dissect the urban process in all of its fullness is to lay bare the roots of consciousness formation in the material realities of daily life. It is out of the complexities and perplexities of this experience that we build an elementary consciousness of the meanings of space and time; of social power and its legitimations; of forms of domination and social interaction; of the relation to nature through production and consumption; and of human nature, civil society, and political life“ (Harvey 1985: 251).

Transformationen des Sozialen und der Strukturen werden im Urbanen und – damit einhergehend – im Quartier wahrgenommen, aber auch ausgelebt. Darum erscheint es als fruchtbar, urbane soziale Bewegungen hinsichtlich ihrer Konzeption des Urbanen zu untersuchen und den Wandel der Strukturen darin zu erkennen zu versuchen.

Beide Theoretiker sind der gleichen Denkschule, dem (Neo-)Marxismus, zuzuordnen und formulieren ihre Überlegungen zur Stadt aus einer ähnlichen Position. Für sie ist Stadt sowohl Modus als auch Form von Produktion, in der Macht und Klassenkämpfe eine Rolle spielen. Diese Auffassung ist wiederum dann zentral, wenn urbane Bewegungen unter der Perspektive von Demokratisierung und Partizipation im Quartier analysiert werden.

4 Ergebnisse aus der empirischen Arbeit zum Urbanitätsverständnis

In Anlehnung an die vorgestellten Theorieansätze soll im folgenden Abschnitt eine Auswahl der Ergebnisse aus besagten Interviews mit Beteiligten am Gemeinschaftsgarten der Salatpiraten dargestellt werden.

Das Urbane als Widerspruch

Als zentrales Ergebnis zeigt sich, dass die Komplexität und Widersprüchlichkeit, wie sie auch in den theoretischen Arbeiten zum Urbanen deutlich werden, ebenso in den Interviews sichtbar werden. Als „urban“ kann vieles und Unterschiedliches zugleich bezeichnet werden. So findet man die Widersprüchlichkeit, die Lefebvre unterstreicht, auch in der Antwortstruktur der Interviewten wieder. Der urbane Raum wird als Sehnsuchtsort beschrieben, in dem Selbstverwirklichung und Horizonterweiterung gefunden werden, aber auch Ungewohntes oder Ungeplantes passieren kann. Aus der Beschreibung, was das Charakteristische des Städtischen ist, wird klar, dass Erlebnisse, Orte und Situationen häufig als urban und nicht urban gleichzeitig wahrgenommen werden.

Das Urbane als Abgrenzung und Aufweichung dieser Grenzen

Was als urban verstanden wird, wird von den interviewten Personen häufig in Abgrenzung zu dem beschrieben, was sie als nicht urban empfinden. Aber auch hier werden die Abgrenzungen sogleich aufgeweicht. So wird das Ländliche und Dörfliche zwar als Gegenpol zum Urbanen entworfen; gleichzeitig findet sich das Dörfliche jedoch auch in der Stadt – und zwar in den gewohnten, alltäglichen

Strukturen und Wegen, im kleinräumigen Netzwerk und im Erleben des Quartiers. Das Nicht-Alltägliche und Ungewohnte, das Neue und Unbekannte, mit dem man in Berührung kommen kann und es womöglich sogar sucht, wird als das Urbane gesehen.

Das Urbane als Konflikt

Das Zusammenleben vieler Menschen mit unterschiedlichen Interessen auf engem Raum, z. B. im Kontext des Quartiers, fördert den Kontakt untereinander – sowohl zwischen Gleichgesinnten als auch zwischen Andersdenkenden. Im Verständnis des Urbanen liegt daher auch das Potenzial, dass Konflikte entstehen. Unterschiedliche Lebensentwürfe, Lebensweisen und Ziele treffen gewollt und ungewollt aufeinander und erzeugen Auseinandersetzung. So ermöglicht der Garten als sichtbarer und erfahrbarer Raum, dass sich Ähnlichdenkende finden und Andersdenkende oder auch Personen, die noch nicht mit Gemeinschaftsgartenprojekten in Berührung gekommen sind, treffen. Die Konfrontationen und der produktive Konflikt können auch als Ausdruck der Gleichzeitigkeit von Widersprüchlichem gedeutet werden.

Als Synthese des Urbanitätsverständnisses der Gärtner*innen kann der Gemeinschaftsgarten als urbaner Raum folglich auf verschiedenen Ebenen verstanden werden.

Der Garten als *gesellschaftskritischer Raum*: Er wird als konsumfreier Raum in einer konsumorientierten Stadterfahrung in öffentlichen Räumen wahrgenommen, wobei er gleichzeitig als Ausdruck von Konsumkritik und bewusstem Konsum gelten soll. Außerdem wird er zum Experimentierraum, in dem sich die Beteiligten den aktuellen marktwirtschaftlichen Logiken zu entziehen versuchen und andere Menschen damit konfrontieren möchten.

Der Garten als *„freier Raum“*: In der sogenannten Innenansicht wenden sich die Beteiligten gegen Überregulation und erleben den Garten als Raum, der vor dieser gefeit ist. Dennoch existieren Regulierungen und bestimmte Absichten sowohl in Absprache der Beteiligten untereinander als auch aus stadtpolitischer Sicht. Diese werden aber von den Gärtner*innen weniger stark wahrgenommen. Die Beteiligten am Gemeinschaftsgarten haben den Anspruch, Veränderungen der Gesellschaft und der Strukturen selbst in die Hand zu nehmen und deren Kommunikation nach außen zu übernehmen, anstatt auf eine „Verordnung“ von Veränderung seitens der Politik zu warten.

Der Garten als *Raum der Aneignung, Einflussnahme und Begegnung*: Obwohl der Garten gewissen Regelungen unterliegt, scheinen hier andere Regeln und Möglichkeiten zu gelten als für andere öffentliche Räume. Die Regeln werden z. T. in einem Aneignungsprozess durch die Gruppe selbst aufgestellt und sind

dadurch flexibel. Durch die Sichtbarkeit und Offenheit werden außerdem Menschen erreicht, die nicht bewusst nach dieser Auseinandersetzung suchen. Dies schafft Begegnung, in der Widersprüche und Konflikte unter den Menschen ebenso wie Gemeinsamkeiten entstehen.

Daran anschließend wird der Garten auch zum *Hybridraum*, in dem die Konzepte des Urbanen und des Ländlichen in ihrer Abgrenzung infrage gestellt werden. Vielmehr soll der Garten beides enthalten und diese Gleichzeitigkeit auch nach außen zeigen.

Die theoretische und empirische Auseinandersetzung mit dem Urbanen in Bezug auf gemeinsames Gärtnern im Gemeinschaftsgarten zeigt, dass die Kategorie und Verhandlung sowohl des Städtischen als auch des Raumes und, damit einhergehend, auch des Quartiers forthin diskutiert, neu geschrieben und aufgebrochen werden kann und im Produktionsprozess offen für Veränderungen ist.

5 Vom Urbanen zum Gemeinschaftsgarten zur Postdemokratie

Zwischen all den möglichen Potenzialen und auch Grenzen, die ein Gemeinschaftsgarten im urbanen Leben und in der Stadtentwicklung haben kann, drängt sich jedoch auch eine kritische Frage auf: Wie können Gemeinschaftsgartenprojekte in Hinblick auf den Wandel der Demokratie und der sogenannten postdemokratischen Partizipation gedeutet werden?

Wie bereits erwähnt, ist die gesellschaftliche Ordnung verbunden mit dem Prozess der Urbanisierung und dem von ihr produzierten Raum. Dieser vermag es auch, ein Spiegelbild der politischen Anteilnahme oder auch der gewählten Form der Organisation von Menschen zu sein. Insofern kann die Aneignung von Raum und die Art der Partizipation (sei es geforderte oder geförderte) einen Einblick in die Entwicklung und Veränderung der Demokratie eröffnen. Die Forderung nach einer kritischen Stellungnahme stellt sich nämlich u. a. deshalb, weil in partizipatorischen Projekten meist von einer Stärkung der demokratischen Werte und Handlungen ausgegangen wird, ohne das Moment der Demokratisierung zu hinterfragen. Wie in verschiedenen Aufsätzen die Aneignung der Gärten durch die neoliberale Stadtentwicklung (vgl. Rosol 2010; Krasny 2012) abgehandelt wird, so zielt auch der Ansatz der postdemokratischen Partizipation auf Grassroots-Bewegungen ab, zu denen auch Gemeinschaftsgärten wie der der Salatpiraten gezählt werden können. Angeleitete Partizipation wird jedoch immer öfter im politischen Stadtentwicklungsprozess gefördert, mitgeplant und sich zunutze gemacht. Kritisiert wird diesbezüglich auch, dass es sich in vielen Fällen um eine inszenierte Partizipation und Demokratie handle, in der die Meinungen zwar abgeholt würden, aber selten tatsächliche Mitgestaltung erfolgte. Die Beteiligungsverfahren werden

zum „Particitation“ (Selle 2013), in dem fraglich wird, wie demokratisch partizipatorische Projekte überhaupt sind.

Städtischen Gemeinschaftsgärten werden in ihrer Form als Partizipationsprojekte eine Reihe von Potenzialen zugeschrieben, die von ökologischem, gesellschaftlichem, aber auch politischem Interesse sind. Auf politischer Ebene werden urbane Gärten als Räume gesehen, die „zu Demokratisierung und politischem Engagement über den Garten hinaus beitragen“ (Rosol 2017: 12) können. An dieses Potenzial soll die Debatte der postdemokratischen Partizipation angeknüpft und die Frage gestellt werden, inwiefern postdemokratische Tendenzen in dem vorweg beschriebenen Gemeinschaftsgarten zu finden sind.

Ermöglichen Gemeinschaftsgärten das Bestehen einer Polis im griechischen Verständnis, also eines Ortes „der öffentlichen politischen Auseinandersetzung und demokratischen Unterhandlung und somit eine Stätte (oft radikaler) Abweichung und Unstimmigkeit“ (Swyngedouw 2013: 141)? Oder lassen sie sich eher in die postdemokratische Transformationswende und die simulative Demokratie einordnen, wie sie Blühdorn (2013) beschreibt? Mit dem Begriff der postdemokratischen Wende verweist er darauf, dass ein Wertewandel in der Gesellschaft stattgefunden habe und stattfände, der zu einem neuen Verständnis von Demokratie geführt habe. Er stellt infrage, ob Demokratisierung mit den Ansprüchen auf Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung vereinbar ist, und postuliert, dass demokratische Verfahren durch die Internationalisierung und die zunehmende gesellschaftliche Ausdifferenzierung erschwert würden (vgl. Blühdorn 2013: 38). Das spitzt er dahingehend zu, dass die Politik gleichzeitig Ein- und Ausschluss betreiben müsse und die Wertorientierungen der Einwohner*innen sich zugleich demokratisch und antidemokratisch entwickelten (vgl. ebd.: 40). Mit dem Begriff der simulativen Demokratie legt Blühdorn ein Konzept dar, das darüber hinaus versucht, die Widersprüche und Spannungen zu bewältigen und produktive Gleichzeitigkeit dieser Gegenläufigkeiten zu ermöglichen (vgl. ebd.: 44; 176 ff.). Sie kann demzufolge als eine neue Form der Demokratie bezeichnet werden.

Innerhalb der politischen Partizipation stellt Blühdorn folgende sieben Trends fest, die aus seiner Sicht in Richtung postdemokratische Partizipation deuten (vgl. ebd.: 190 ff.):

1. Politische Partizipation wird zunehmend individualistisch und stellt auch dort, wo sie kollektiv zu sein scheint, „kollektiven Individualismus“ (ebd.: 191) dar.
2. Sie ist auf Themen fokussiert, nicht auf ideologische Hintergründe.
3. Die „Logik der bestehenden Ordnung“ (ebd.) wird selten hinterfragt.
4. Sie ist zunehmend „spontan, sporadisch und projekthaft“ (ebd.).

5. Die Beteiligten möchten möglichst wenig Aufwand betreiben und Verpflichtungen eingehen.
6. Die Faktoren Spaß, Freizeit, Erlebnis und Unterhaltung spielen in den Beteiligungsformen eine größer werdende Rolle.
7. Selbsterfahrung und Selbstdarstellung sind wichtig.

Die angeführten sieben Trends finden sich auch am Fallbeispiel des Gemeinschaftsgartens in unterschiedlicher Form und Intensität wieder.

Zu Punkt 1: Die Gründe für den Anstoß und die Motivation zur Beteiligung liegen bei den befragten Gärtner*innen in erster Linie auf der Ebene des Individuums und nicht auf der des Kollektivs. Der Wunsch nach gärtnerischer Tätigkeit, nach Ausgleich zum Alltag, der vielfach von fehlender Bewegung und Arbeit am Computer geprägt ist, aber auch das Erlernen von Fähigkeiten zum Lebensmittelanbau und die Rückgewinnung an Unabhängigkeit stehen im Vordergrund. Jedoch wird auch das Anpacken als Gruppe, in der gemeinsam Projekte realisiert werden, die allein nicht möglich wären, oder die gemeinsame Gestaltung einer Fläche, die offen für alle auch außerhalb der Vereins ist, von den Beteiligten gesucht und geschätzt. Das wiederum lässt die Intention vermuten, das Gemeinschaftliche stärken zu wollen.

Zu Punkt 2: Die Suche nach mehr Selbstbestimmung und Autonomie im Bereich der Lebensmittelproduktion, aber auch im Bereich der Gestaltung der Stadtquartiere geht u. a. damit einher, dass kommerzielle, nichtökologische und technikorientierte Strukturen der Gesellschaft kritisiert werden und der Garten ein Ausdruck dieser Kritik ist. Eine Überschneidung der für die interviewten Gärtner*innen wichtigen Themen für eine Beteiligung im Garten ist ersichtlich.

Zu Punkt 3: Der Frage, inwiefern die Logik der bestehenden Ordnung hinterfragt wird, kann mit „sowohl als auch“ begegnet werden. Die Gärtner*innen selbst hinterfragen durchaus gewisse Logiken. So werden die Kommerzialisierung und Digitalisierung des urbanen Raums sowie der verspürte Konsumdruck von den Interviewten zumeist als große Kritikpunkte genannt. Einzelne Interviewte bleiben hingegen in den bestehenden Logiken verhaftet (z. B. in der Verinnerlichung marktwirtschaftlicher Denkweisen), so auch die interviewte Person aus der Bezirksverwaltung.

Zu Punkt 4: Wenn es um partizipative Stadtentwicklung mit Interessierten oder um die Nutzung einer urbanen Fläche durch eine Gruppe geht, wird bereits häufig von Projekten gesprochen. Auch das Fallbeispiel der Salatpiraten weist einen projekthaften Charakter auf. Die Pachtverträge sind jeweils auf einige Jahre begrenzt und müssen dann erneuert werden. Für die Beteiligten besteht dabei das Risiko, keine Verlängerung zu erhalten und die Fläche räumen zu müssen. Für die Bezirkspolitik stellt dies einen Vorteil dar: Sollte das Projekt nicht nach deren

Vorstellungen „funktionieren“ oder die Fläche anderweitig gebraucht werden, kann vergleichsweise schnell wieder auf sie zurückgegriffen werden.

Zu Punkt 5: Wie viel Aufwand und welchen Grad an Verpflichtung die Beteiligten auf sich nehmen, ist größtenteils abhängig von deren Zeitressourcen, aber auch von deren Erwartungen. Im Gegensatz zu anderen Gemeinschaftsgärten ist der Garten der Salatpiraten insofern frei organisiert, als keiner Person ein eigenes Beet zugeteilt wird, sondern alle Beete gemeinsam bewirtschaftet und gepflegt werden. Dies kann einerseits dazu führen, dass sich die Beteiligten weniger dauerhaft und kontinuierlich im Garten einsetzen, da auch andere zuständig sind. Andererseits kann gegenüber der Gruppe ein Pflichtgefühl entstehen, da erwartet wird, als Gemeinschaft für den ganzen Garten zu sorgen. Die hohe Fluktuation der Beteiligten lässt jedoch vermuten, dass die Verbundenheit und Verpflichtung bei vielen nicht stark ausgeprägt sind.

Zu den Punkten 6 und 7: Insbesondere hinsichtlich der Motivation zur Beteiligung wurde in den Interviews deutlich, dass die Freizeitkomponente (als Ausgleich) und das Sammeln von Erfahrungen (als Wissenserweiterung und Autonomiegewinnung) im aktiven Gärtnern von hoher Relevanz sind. Die Mitgestaltung der Stadt und der Austausch mit der Quartiersbevölkerung liegen zu Beginn z. T. im Hintergrund und gewinnen dann an Bedeutung, wenn die Beteiligten nicht mehr vom Eigennutzen sprechen.

Im Gemeinschaftsgarten der Salatpiraten lassen sich also in gewissem Maße Parallelen zu den von Blühdorn aufgestellten Thesen erkennen. Doch in Bezug auf Theorien zur Postdemokratie sind auch Sichtweisen vorhanden, die andere Schlüsse zulassen. Mullis und Schipper diskutieren beispielsweise in einem Beitrag zur postdemokratischen Stadt (vgl. Mullis & Schipper 2013) die Thesen von Jacques Rancière (1997). Nach Rancière werden in urbanen sozialen Bewegungen, zu denen auch Gemeinschaftsgärten gezählt werden können, gerade demokratische und nicht postdemokratische Elemente sichtbar, da sie in hohem Maße politisch sind. So argumentieren Mullis und Schipper auch, dass Bewegungen wie „Recht auf Stadt“ eine Repolitisierung und damit eine Gegenstimme zum postdemokratischen Konsens der Ökonomisierung darstellen (vgl. Mullis & Schipper 2013: 93). Zieht man diese Sichtweise zum (Post-)Demokratischen heran, so finden sich in Hinblick auf den Gemeinschaftsgarten auch hier Tendenzen, die sowohl in die eine als auch in die andere Richtung gedeutet werden können.

6 Fazit

Der Beitrag richtet den Blick auf ein spezifisches Feld, den urbanen Gemeinschaftsgarten, und soll dennoch eine Anregung zu größeren Fragen darstellen. Einerseits wurde der Bogen zwischen zwei Theorien zur Produktion von Raum als

sozialem Prozess mit dem Verständnis von Urbanität und einem Beispiel partizipativer Stadtentwicklung gespannt. Des Weiteren wurde kritisch hinterfragt, inwiefern Projekte, die die Partizipation von Anwohner*innen, Interessierten etc. fördern, demokratische Strukturen bestärken und öffnen oder aber auch verändern. Denn auf welche Weise soziale Räume mit unterschiedlichen Eigenschaften hergestellt werden, ist gleichzeitig Ausdruck und Bedingung politischer Aktivität. Andererseits soll ein Auge auf die Stadt- und Quartierspolitik und deren Tendenz, die Partizipationsprojekte für Imagepolitik zu nutzen, geworfen werden. Hinter der oberflächlichen Mitwirkung steckt jedoch keine ernstgemeinte Mitbestimmung, sondern vielmehr ein „greenwashing“ des eigenen Images. Damit liefert der Beitrag einen Anstoß, Partizipationsprojekte hinsichtlich ihrer Grenzen und Möglichkeiten zu hinterfragen. Denn häufig fehlt die kritische Auseinandersetzung mit dem Wandel demokratischer Politik und demokratischer Werte, wenn es um vermeintlich demokratische Partizipation geht. In Projekten wie dem beschriebenen Gemeinschaftsgarten ist erkennbar, dass Anspruch und Wirklichkeit aneinander vorbeigehen. Auch wenn Veränderungen in der Stadt- und Gesellschaftsentwicklung im Garten angesprochen und von den Beteiligten diskutiert werden, stoßen die Teilnehmungsformen an dieser Stelle an Limits im Hinblick auf die Lösung gesellschaftlicher Probleme. In der Aneignung freier Flächen durch eine kleine Gruppe kann Ausschluss und Privatisierung erfolgen, auch wenn das nicht deren Intention entspricht. Beispiele wie der beschriebene Gemeinschaftsgarten können jedoch aufzeigen, dass vielfältige Widersprüche existieren und diese sichtbar und erfahrbar gemacht werden können.

Die spannende Frage bleibt, mit welchem Verständnis von Demokratie partizipative Teilnehmungsprojekte im Quartier angestoßen und betrieben werden, ob Widersprüche verschleiert und vermeintlicher Konsens erreicht werden oder die Fülle an Widersprüchen in ihrer Vielfältigkeit und produktiven Weise angestrebt und gelebt werden soll.

Literatur

- Blühdorn, I. (2013): *Simulative Demokratie. Neue Politiken nach der postdemokratischen Wende*. Berlin.
- Crouch, C. (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt am Main.
- Gartenpolylog (2018): *Gartenkarte*. Abrufbar unter: <https://gartenpolylog.org/gardens>.
Letzter Zugriff: 27.02.2018.
- Kipfer, S., Saberi, P. & Wieditz, T. (2012): Henri Lefebvre. In: Eckhardt, F. (Hrsg.): *Handbuch Stadtsoziologie*. Wiesbaden: 167-183.
- Kumnig, S., Rosol, M. & Exner, A. (Hrsg.) (2017): *Umkämpftes Grün. Zwischen neoliberaler Stadtentwicklung und Stadtgestaltung von unten*. Bielefeld.
- Harvey, D. (2013): *Rebellische Städte: Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution*. Berlin.

- Harvey, D. (2008): *The Right to the City*. *New Left Review* 53: 23-40.
- Harvey, D. (2007a): *Kleine Geschichte des Neoliberalismus*. Original: *A brief history of neoliberalism* (2005). Zürich.
- Harvey, D. (2007b): *Räume der Neoliberalisierung*. Zur Theorie der ungleichen Entwicklung. Original: *Spaces of neoliberalization* (2005). Aus dem Amerikanischen. von Jürgen Pelzer. Hamburg.
- Harvey, D. (2000): *Reinventing Geography*. *New Left Review* 4: 75-97.
- Harvey, D. (1991): *Geld, Zeit, Raum und die Stadt*. In: Wentz, M. (Hrsg.): *Stadt-Räume*. Frankfurt am Main, New York: 149-168.
- Harvey, D. (1985): *Consciousness and the Urban Experience*. Oxford.
- Harvey, D. (1973): *Social Justice and the City*. London.
- Hoffmann, R. (1987): *„Nimm Hack' und Spaten ...“: Siedlung und Siedlerbewegung in Österreich 1918–1938*. Wien.
- Krasny, E. (Hrsg.in) (2012): *Hands-on Urbanism 1850-2012. Vom Recht auf Grün*. Wien.
- Lefebvre, H. (2004): *The Production of Space*. Oxford.
- Lefebvre, H. (2002): *The Production of Space*. In: Dear, M. J. & Flusty, S. (Hrsg.): *The Spaces of Postmodernity. Readings in Human Geography*. Oxford: 131-141.
- Lefebvre, H. (1996): *Writings on Cities*. Translated and edited by Eleonore Kofman and Elizabeth Lebas. Oxford.
- Lefebvre, H. (1972): *Die Revolution der Städte*. Original: *La Révolution urbaine 1970*; aus dem Französischen von Ulrike Roeckl. München.
- Leitner, J. (2015): *Das Urbane wachsen sehen. Zum Verständnis von Urbanität innerhalb eines Gemeinschaftsgartenprojekts unter kritischer Analyse neoliberaler Stadtentwicklungsstrukturen*. Masterarbeit. Abrufbar unter <http://othes.univie.ac.at/38034/>. Letzter Zugriff: 27.02.2017
- Mullis, D. & Schipper, S. (2013): *Die postdemokratische Stadt zwischen Politisierung und Kontinuität. Oder ist die Stadt jemals demokratisch gewesen?* *sub/urban Zeitschrift für kritische Stadtforschung* (1) 2: 79-100. Abrufbar unter: <http://zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/article/view/97/147>. Letzter Zugriff: 15.03.2018.
- Magistrat der Stadt Wien – MA 23 (Hrsg.) (2014): *Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 2014*. Abrufbar unter: <http://www.wien.gv.at/statistik/publikationen/jahrbuch.html>. Letzter Zugriff: 25.2.2015.
- Rancière, J. (1997): *Demokratie und Postdemokratie*. In: Badiou, A., Rancière, J., Riha, R. & Sumic-Riha, J. (Hrsg.): *Politik der Wahrheit*. Wien: 94-122.
- Rosol, M. (2010): *Public Participation in Post-Fordist Urban Green Space Governance: The Case of Community Gardens in Berlin*. *International Journal of Urban and Regional Research* (34) 3: 548-563.
- Rosol, M. (2017): *Gemeinschaftlich Gärtnern in der neoliberalen Stadt?* In: Kummig, S., Rosol, M. & Exner, A. (Hrsg.): *Umkämpftes Grün. Zwischen neoliberaler Stadtentwicklung und Stadtgestaltung von unten*. Bielefeld: 11-32.
- Rotenberg, R. (1995): *Landscape and Power in Vienna*. Baltimore.
- Salatpiraten (o. J.): *Über uns*. Abrufbar unter: http://www.salatpiraten.org/?page_id=71. Letzter Zugriff: 27.02.2018.

- Schmid, C. (2011): Henri Lefebvre und das Recht auf Stadt. In: Holm, A. & Gebhardt, D. (Hrsg.): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung. Hamburg: 25-52.
- Selle, K. (2011): „Particitainment“ oder: Beteiligen wir uns zu Tode? Wenn alle das Beste wollen und Bürgerbeteiligung dennoch zum Problem wird. Planung neu denken online 3/2011. Abrufbar unter: http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/3_2011/selle_particitainment.pdf. Letzter Zugriff: 13.03.2018.
- Swyngedouw, E. (2013): Die postpolitische Stadt. sub\urban Zeitschrift für kritische Stadtforschung (1) 2: 141-158. Abrufbar unter: <http://zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/article/view/100/150>. Letzter Zugriff: 15.03.2018.
- Witzel, A. (2000): Das problemzentrierte Interview. Forum Qualitative Sozialforschung / Forum Qualitative Social Research (1) 1, Art. 22. Abrufbar unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0001228>. Letzter Zugriff: 27.02.2018.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





Ein soziales und inklusives Quartier für Alle: zur Aktualität von Lucius Burckhardts Planungsverständnis und der Forderung nach demokratischer Teilhabe an Planungsprozessen

Stephanie Weiss

1 Lucius Burckhardt als Vordenker eines partizipativen und inklusiven Planungsverständnisses

Der Schweizer Ökonom, Soziologe, Planungs- und Architekturkritiker Lucius Burckhardt (* 1925, Davos, † 2003, Basel) wird in vorliegender Auseinandersetzung als Vordenker und Wegbereiter eines auf Partizipation und Teilhabe basierenden Planungsverständnisses vorgestellt, welches sich vorrangig an den Bedürfnissen und den Gestaltungsmöglichkeiten durch ihre Nutzer*innen auszeichnet. Machtanalytische und demokratietheoretische Fragen nach Teilhabe an Planungsprozessen und ihre Ideen und Umsetzungen in Form innovativer, partizipativer Methoden an den Schnittstellen von Soziologie, Planungstheorie, Architektur und Städtebau sowie Design- und Kunstwissenschaft machen seine wissenschaftliche Popularität in Disziplinen der Stadtforschung, der Architektur und der Kunst aus. Er ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu einem vielfältigen Ideengeber geworden, beispielsweise als Leitfigur für den Schweizer Pavillon während der Architekturbiennale 2014 in Venedig, die ihm (gemeinsam mit Cedric Price) gewidmet wurde (vgl. Baroncelli et al. 2014).

Zwar ist Burckhardt in den oben genannten Themenbereichen der Stadt- und Urbanitätsforschung sehr populär; jedoch wurde er bislang in der Sozialgeografie, insbesondere in der Quartiersforschung, eher marginal rezipiert. Ein Grund dafür mag darin liegen, dass seine Überlegungen zum sozialen Design- und Planungsverständnis sehr offen formuliert sind. Sie enthalten sehr viele inhaltliche und methodische Anknüpfungspunkte für unterschiedliche (kreative) Disziplinen im Bereich der Planung und der Stadtforschung, stellen aber keine präzise Systematik dar, beispielsweise zu Partizipationsprozessen in der Planung. Sie sind eher als eine Art kritisches Planungsdenken zu verstehen, unter Zuhilfenahme von Methoden der Wahrnehmung und des Experiments.

Durch Burckhardts Werke zieht sich die Forderung, dass Planung und Gestaltung auf alltagsweltliche, soziale und politische Fragen Antworten finden und

Verantwortung für die Bedürfnisse von (zukünftigen) Nutzenden übernehmen müssen. Diese Forderung bezieht er auf städtebauliche und soziale Themen, die er einer Urbanismuskritik im Sinne des Sichtbarmachens und Reflektierens über komplexe politische und professionsspezifische Zusammenhänge unterzieht. Diese Position erscheint im aktuellen Planungsdiskurs außerordentlich und wegberaubend im Hinblick auf Forderungen nach (direkt)demokratischer Einflussnahme zu sein (vgl. sub\urban 2017). Die Forderung nach einer umfassenden Teilhabe aller relevanten Nutzergruppen an Planungsprozessen, an der Gestaltung der gebauten Umwelt und des eigenen Lebensumfelds stellen im internationalen Diskurs derzeit ein v. a. von Bürger*innen und zivilen Akteur*innen proklamiertes gesellschaftliches Ziel dar: „Es geht nicht mehr nur um die Partizipation des Bürgers an der Planung, sondern um den Bürger als (Ko-)Produzenten der Planung“ (Siebel 2010: 29).

In aktuellen Publikationen wird Lucius Burckhardt überwiegend machtanalytisch im Kontext urbaner Entwicklung rezipiert, so auch in der bislang umfangreichsten Sekundärpublikation, die im Jahr 2014 erschienen ist (vgl. Mäder et al. 2014). Das Denken und die Pädagogik Burckhardts nehmen darin per se eine interdisziplinäre Perspektive ein, da es ihm – in der Analyse der gegenseitigen Beeinflussung von Politik, Umwelt und Mensch – um integrierte Lösungswege anhand innovativer Methoden in der Planung ging (vgl. Sutter 2014: 33 ff.; Andritzky et al. 1981).

2 Die soziale Dimension von Planung: Triade aus Politik, Umwelt und Mensch

Zur analytischen Betrachtung des Raumes entwirft Burckhardt eine Triade aus Politik, Umwelt und Mensch. Das Zusammenspiel dieser drei Bereiche bestimmt die Qualität des Planungsprozesses: die Möglichkeiten der Mitgestaltung durch die Benutzenden (partizipativer Anspruch, Planungskritik durch die Nutzenden), den Gebrauchswert eines Gegenstands (gemeinschaftliche Nutzung, ökonomische Kosten) und die ökologische Herstellung eines Objekts (Herstellungsbedingungen, Rohstoffverbrauch) (vgl. Burckhardt 1995). Die Triade dient als methodologisches Gerüst der Planungskritik und als soziologisches Konstrukt zur Umsetzung von Burckhardts Forderung nach Teilhabe und Partizipation. Die Qualität eines solchen Planungsprozesses stellt ein politisches Ziel dar, dessen städtebauliche Umsetzung erst durch die kontinuierliche, prozesshafte Teilhabe aller relevanten Gruppen – Nutzenden, Akteur*innen aus Politik, Planung und Verwaltung – erreicht werden kann (vgl. Burckhardt 1980).

Anhand dieser Raumbetrachtungsweise ergeben sich Bezüge zur Raumtriade des französischen Stadt- und Raumtheoretiker Henri Lefebvre (1974, 2006), der

zwar in einem marxistischen Kontext und in einer anderen wissenschaftlichen Tradition zu verorten ist; gemeinsam ist beiden Autoren jedoch eine erstaunlich ähnliche politische Argumentation vom Recht auf Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen in der Stadtentwicklung. Zudem vertreten beide Theoretiker ein ähnliches Verständnis von Raum: Der Raum ist ein Ergebnis von Beziehungsverhältnissen, wobei sich Raum und Gesellschaft gegenseitig bedingen. Der Raum besitzt eine soziale, eine materielle, eine politische und eine symbolische Bedeutung. Über seine Analyse werden sowohl Machtverhältnisse als auch Potenziale für eine gerechtere, auf Partizipation von Betroffenen gerichtete, urbane Entwicklung (vgl. Schassmann 2014: 138) sowie konkrete politische Handlungsfelder sichtbar.

Mit dem methodologischen Konstrukt der triadischen Raumanalyse – sowohl bei Lefebvre als auch bei Burckhardt – lassen sich verschiedene Raumebenen mit einer integrativen Perspektive auf das Quartier untersuchen; vom subjektiven Erleben der Raumaneignung, den Zuschreibungen über seine Symbolik, Bedeutung und Codierbarkeit, seine materielle Ausgestaltung und Strukturierung bis zur Planung des Raumes durch Verantwortliche und ihre zugrundeliegenden Modelle, Konzepte und normativen Zuschreibungen an den Raum. Olaf Schnur spricht der lefebvreschen Triade eine holistische Perspektive auf das Quartier zu, welche die Möglichkeit bietet, die Dualität von Handlung und Struktur zu überwinden und in eine ganzheitliche Betrachtung des Raumes münden zu lassen: „Gesamtgesellschaftliche Prozesse und Institutionen, die die Stadt- und Quartiersentwicklung bestimmen, sind Teil der Triade und tragen mit zu unterschiedlichen Struktur- und Handlungsmustern auf der Quartiersebene bei“ (Schnur 2012: 468).

3 Ein soziales und inklusives Design für Alle

Die verbindende Funktion der Triade Burckhardts – Politik, Umwelt, Mensch – stellen die soziale Dimension und die soziale Bedeutung für die Nutzenden dar:

„Design ist unsichtbar. Das beste Design einer Straßenbahn wäre, wenn sie auch nachts fährt! Wir sind nicht nur von sichtbaren Gegenständen umgeben, sondern müssen den unsichtbaren Bereich, die soziale Dimension mitgestalten“ (Burckhardt 1980: 7). Und weiter fordert Burckhardt: „So muss sich das Design öffnen zu einem Soziodesign: einem Nachdenken über Problemlösungen“ (Burckhardt 1981: 13).

Bereits seit den 1960er-Jahren entwickelte Burckhardt ein Designverständnis, welches sich durch die Berücksichtigung der Bedürfnisse unterschiedlicher Nutzer*innengruppen, durch das Aufgreifen der Planungskritik der Nutzenden und durch die Einfachheit, Zugänglichkeit und Nutzbarkeit aller Gegenstände, der

Architektur und der Umwelt auszeichnet. Diese Entwicklung mündete in den 1980er-Jahren in eine Zusammenarbeit mit dem Internationalen Design Zentrum Berlin, in dem er gemeinsam mit Kolleg*innen aus Architektur, Soziologie, Design und Philosophie die Ansprüche an das „Design der Zukunft“ formulierte (vgl. Burckhardt & IDZ Berlin 1987; Burckhardt 2012). Hieraus entstand mit dem Konzept des sozialen Designs, des Soziodesigns, ein neues Design- und Entwurfsverständnis, in welchem er Gedanken zu einer Theorie des inklusiven Designs formuliert und nach dem Alltags- und Gebrauchswert des Designs für alle Nutzenden fragt. Hierbei kommt Burckhardt auch die Rolle eines theoretischen Vordenkers für aktuelle inklusive Designkonzepte wie Design für Alle, universal design oder inclusive design zu (vgl. Weiss & Drilling 2014; 2015; Clarkson et al. 2003). Gemeinsam ist diesen Designkonzepten, dass sie zwar aus dem Diskurs und der Geschichte der Barrierefreiheit und Inklusion für behinderte Menschen entstanden sind, aber heute für einen Paradigmenwechsel hin zu einem inklusiven Designverständnis für alle Menschen stehen. Der Perspektivenwechsel stellt die Planung und Gestaltung der von vielfältigen Nutzer*innengruppen als unzulänglich empfundenen gebauten Umwelt und aller Bereiche alltäglichen Lebens in den Mittelpunkt. Nicht mehr die Behinderung oder Beeinträchtigung steht im Fokus der Argumentation, sondern die Zugänglichkeit und Hindernisfreiheit der gebauten Umwelt sowie von Produkten und Dienstleistungen des alltäglichen Gebrauchs für alle Menschen (vgl. EIDD-Design for All Europe; Build for all 2006; Internationales Design Zentrum Berlin 2008; EU-Jahr „2010: Ein hindernisfreies Europa für Alle“).

Mithilfe partizipativer Verfahren und der Beteiligung von betroffenen Menschen am Planungs- und Gestaltungsprozess können somit der bedürfnisgerechte (Um-)Bau von Gebäuden, öffentlichen Räumen und Verkehrsmitteln sowie die Nutzung von Produkten und Dienstleistungen für den privaten Gebrauch gewährleistet werden (vgl. European Commission: European Disability Strategy 2010–2020; Bauen für Alle 2006).

Burckhardts Planungsanspruch auf die Thematik der sozialen Inklusion anzuwenden, heißt demnach, dass Inklusion mithilfe von partizipativer und gestalterischer Planung durch die Nutzenden stattfindet. Deren Ziel ist ein unsichtbares, inklusives Design, das sich durch Akzeptanz, Zugänglichkeit und Aneignungsmöglichkeiten für heterogene Nutzer*innengruppen auszeichnet. Indem das (inklusive) Design unsichtbar bleibt und nicht für eine bestimmte Anspruchsgruppe deklariert und explizit erwähnt wird (z. B. rollstuhlgerecht, barrierefrei), fördert es die Akzeptanz und Zugänglichkeit für Alle. Das Design der Zugänglichkeit zu allen Bereichen alltäglichen Lebens tritt zugunsten der Funktionalität, der Einfachheit, der Sicherheit und der Ästhetik in den Hintergrund (vgl. Weiss 2011: 94; Weiss & Drilling 2015). Das inklusive Design bleibt unsichtbar, wenn es integraler Bestandteil der Planung wird und die Funktion, Gestaltung und Nutzbarkeit

beispielsweise eines Gebäudes oder eines Teilraumes im Quartier sozial inklusive Rollen erfüllt, ohne als solche deklariert oder sichtbar zu werden.

Aus Burckhardts Designverständnis ergeben sich übergeordnete Bezüge zum Recht auf Teilhabe relevanter Gruppen an Planungsprozessen und zur menschenrechtlichen Bedeutung von sozialer Inklusion als Ziel eines nutzer*innenzentrierten Planungsverständnisses. Soziale Inklusion bezeichnet grundsätzlich das Prinzip der gleichberechtigten Partizipation aller Menschen unter Berücksichtigung der Menschenwürde und der Anerkennung der Verschiedenheit der Menschen, der menschlichen Vielfalt, der Chancengleichheit und der Zugänglichkeit (vgl. Degener & Mogge-Grotjahn 2012: 65 f.; UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities 2006). Inklusion erweitert die Diskussion und Theoriebildung gegenüber dem Diskurs zur sozialen Integration insofern, als es weniger um die Integration¹ von spezifischen Gruppen (z. B. behinderte Menschen, Asylsuchende, Migrationsbevölkerung) in bestehende gesellschaftliche Systeme geht, als vielmehr um die selbstverständliche Zugehörigkeit aller Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen und Lebensphasen zur Gesellschaft (vgl. Bielefeldt 2009; Wansing 2015).

Für die Quartiersforschung ergeben sich aus Burckhardts Prämisse *Design ist unsichtbar* unmittelbare Anwendungsbezüge und Forschungsfragen im Hinblick auf die Thematik der sozialen Inklusion als sozialpolitisches und gestalterisches Handlungsfeld:

- Wie kann die soziale Bedeutung eines (Quartier-)Planungsprojekts – das unsichtbare Design – sichtbar und analysierbar gemacht werden?
- Über welche sichtbaren und unsichtbaren Barrieren verfügt ein Quartier?
- Auf welche Art und Weise kann soziale Inklusion durch das Design der Zugänglichkeit und durch die Partizipation betroffener Gruppen gefördert werden?
- Mit welchen Mitwirkungsmöglichkeiten und Entscheidungsbefugnissen werden betroffene heterogene Gruppen in der Planung und Gestaltung von Quartiersentwicklungsprojekten involviert und ausgestattet?

1 „Mit dem Integrationsbegriff werden die Prozesse der Einbindung von Individuen in das normative Gefüge der Gesellschaft ebenso bezeichnet wie die Zugehörigkeit von Individuen zum gesellschaftlichen Ganzen und/oder zu gesellschaftlichen Teilbereichen. In der Integrationsperspektive erscheinen die Übernahme, Akzeptanz und Verinnerlichung der gegebenen Werte und Normen als Voraussetzung für Integration, und diese wiederum gilt als Voraussetzung für Partizipation. Integration bedeutet, dass zwei (oder mehr) Teile zu einem Ganzen werden“ (Degener & Mogge-Grotjahn 2012: 60).

4 Von der Frage nach der Planungshoheit zur Spaziergangswissenschaft

Neben der Auseinandersetzung mit dem partizipativen Design von Planungsprozessen und der Bedeutung der Inklusion stellt Burckhardt die zentrale Frage nach der Planungshoheit. Inhaltlich wiederum nicht weit entfernt, forderte Henri Lefebvre mit dem „Recht auf Stadt“ (1968) vor allem das Recht auf die Zentralität durch den konkreten Zugang zu Orten des Austauschs, der Begegnung, des Wissens, des gesellschaftlichen Reichtums usw. Es ging ihm also gegen die Verdrängung in den diskriminierenden Raum (vgl. Lefebvre, Althaler & Schäfer 2016) sowie „ebenso [um] den Zugang zu den politischen und strategischen Debatten über die künftigen Entwicklungspfade“ (Holm & Gebhardt 2011: 8). Diese Forderungen greift Burckhardt demokratietheoretisch und methodisch auf und stellt in den 1980er-Jahren seine programmatische Frage: „Wer plant die Planung?“

Diese war nicht nur als Machtdiskurs über die Planungshoheit formuliert, sondern wurde von ihm auch weitergedacht durch die Einführung von Methoden der Partizipation für alle an einem Planungsprozess beteiligten Gruppen. Seine Frage nach der Planungshoheit findet damit direkten Anschluss an aktuelle Forderungen nach demokratischer und zivilgesellschaftlicher Teilhabe im Planungsprozess (vgl. Weiss & Drilling 2014): Wie wird das soziale Design zu einem integralen Bestandteil des Planungsprozesses? Und: Welche Möglichkeiten und Herausforderungen ergeben sich für Politik, Architektur und Zivilgesellschaft, wenn die soziale Dimension, die in Interaktion mit ökologischer und ökonomischer Verantwortung steht, integriert werden soll?

Eine Antwort auf Burckhardts Frage nach der Planungshoheit liegt in den von ihm begründeten partizipativen und experimentellen Methoden der Wahrnehmung in der Ausbildung von Studierenden und im Einsatz in Stadtplanungsprozessen. Burckhardts Position wird auch in seiner Tätigkeit als Hochschullehrer deutlich, bei der es ihm nicht um konkrete, standardisierte Handlungsanleitungen zum Planen, Bauen und Entwerfen für seine Studierenden ging (wie in gängigen Curricula in den 1950er- und 1960er-Jahren), sondern vielmehr um das Erfahren und Erkennen von Zusammenhängen und um Problemlösungsstrategien (vgl. Schmitz 1980: 5 ff.). Sein Verständnis von der Unterrichtspraxis deckte sich mit vielen seiner Ansprüche an die Planung, die er als offenen und unkonventionellen Prozess gestaltete.

Im Jahr 1973 folgte Burckhardt als einer der Gründungsprofessoren einem Ruf auf den Lehrstuhl für Sozioökonomie urbaner Systeme der seinerzeit neu gegründeten Gesamthochschule Kassel.² Einhergehend mit den von der Hochschul-

2 Zuvor war Lucius Burckhardt zwischen 1962 und 1973 Lehrbeauftragter und Gastprofessor am Fachbereich Architektur der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich gewesen und hatte dort das sogenannte Lehrcanapé zwischen 1970 und 1973 in einer Experimentierphase als

leitung unterstützten innovativen und unkonventionellen Lehr- und Forschungsmöglichkeiten entwickelte Lucius Burckhardt hier die Spaziergangswissenschaft, die Promenadologie, zur Wahrnehmung und Erforschung von Landschaft, welche methodisch an den Schnittstellen von Feldforschung, teilnehmender Beobachtung, künstlerischer Aktion, Intervention und konzeptionellem Gang durch die Landschaft angesiedelt ist und ein bestimmtes Thema, eine Problemstellung und das Sichtbarmachen von (problemhaften) Zusammenhängen in den Mittelpunkt stellt. So schreibt Burckhardt:

„Die Spaziergangswissenschaft ist also ein Instrument sowohl der Sichtbarmachung bisher verborgener Teile des Environments als auch ein Instrument der Kritik der konventionellen Wahrnehmung selbst“ (Burckhardt 2011: 265). Und weiter begründet Burckhardt: „Hinschauen - das tun wir oft schon gar nicht mehr. Stadtplanung, Verkehrsplanung, Soziologie - sind es nicht Schreibtischwissenschaften? Die Spaziergangswissenschaft sucht den Ort und das Lebendige auf, versucht sich darin, das Betrachten wiederzuentdecken. Betrachten heißt, neue Blickwinkel erschließen, Sehweisen ausprobieren, Ungewohntes wahrnehmen, störende Elemente aufdecken, Fehler machen und bei sich selbst bemerken. Spaziergangswissenschaft will ein anderes Verständnis von Zeit und Raum gewinnen. Spazierengehende Menschen sind schon durch den Gebrauch ihrer Füße langsamer - und da sie gehen, weil sie dazu Lust haben, und nicht, um anzukommen, sind sie zeitlich unberechenbar. Raum sieht die Spaziergangswissenschaft als Konstrukt der Wahrnehmung - also als vieldeutig.“ (Kulturbeutel 1993 zit. nach Schmitz 2004: 9).

Den theoretischen Hintergrund stellt dabei Burckhardts Auseinandersetzung mit der Landschaft und seiner programmatischen Frage dar: „Warum ist Landschaft schön?“ (vgl. Burckhardt 2011). Und damit verbunden: Wie wird Landschaft wahrgenommen und konstruiert, welche Unterschiede gibt es zwischen Natur und Landschaft, wie entsteht Landschaft durch die Art der Fortbewegung, also das Tempo des Spaziergehens, und wie beeinflusst der Spaziergang wiederum die Wahrnehmung der Landschaft (vgl. Bossert 2014: 140; Burckhardt 2011: 266 ff.; Bürgin & Schoch 2015)? Darüber hinaus kann der promenadologische Spaziergang auch als Aufhebung der Bedeutung des Expertenwissens zugunsten der Wichtigkeit von Alltagswissen in der Planung gesehen werden:

Verknüpfung zwischen Soziologie und Architektur in die Ausbildung von Architekturstudierenden eingeführt (vgl. Sutter 2014: 45; Blumenthal 2010). Fragen nach der sozialen Bedeutung von Architektur und Städtebau und das Thematisieren von politischen Entwicklungen waren im Lehrcafé zentral, der architektonische Entwurf hingegen nicht die primäre Ausbildungsmethode. Der Unterricht fand zudem nicht nur in den Hörsälen an der Hochschule statt, sondern in zwischengenutzten Gebäuden in der Zürcher Innenstadt, welche Teil der Debatte um Stadtentwicklung, Proteste und deren Politisierung waren (vgl. Sutter 2014: 46 f.).

„Der Spaziergang hat Sprengwirkung. Plötzlich ist nicht mehr klar, was vorher selbstverständlich schien. Die Hierarchie bröckelt, und es entsteht ein wunderbar offener Raum, in welchem ein umfassender Versuch für einen sinnvolleren Umgang mit der Umwelt weitergeführt werden kann“ (Blumenthal 2012: 5).

Als didaktische Methode ist der promenadologische Spaziergang dem Action Teaching nahe, das „den Unterricht vom Muff des Klassenzimmers befreien“ (Burckhardt 2011: 294) und über ein Erlebnis in der Gruppe – den geplanten Spaziergang – stereotype Ansichten verändern, dekonstruieren und zu neuen Erkenntnissen führen möchte (vgl. Stipl 2011: 92 ff.; Sutter 2014: 50; Brauner & Weisshaar 2013). Die Künstlerin und Kunstwissenschaftlerin Hannah Stipl, welche sich in ihrer Dissertation mit den landschaftstheoretischen, gemalten Aquarellen³ von Burckhardt auseinandergesetzt hat, spricht den Spaziergängen auch eine politische Bedeutung zu: „Der promenadologische Spaziergang als Performance und Demonstration konstituiert, verändert und gestaltet den öffentlichen Raum als Wahrnehmungsraum und ist dadurch zutiefst politisch“ (Stipl 2011: 108).

5 Burckhardts Planungsvorstellung für demokratisches Planen und Bauen

Aus einer aktuellen Planungs-, Stadt- und Quartiersentwicklungsperspektive ist es durchaus herausfordernd, eine würdigende und kritische Einordnung der vielschichtigen Gedanken, Ansprüche und Forderungen Burckhardts zu unternehmen, denn seine Schriften lassen viele Lesarten zu. Das mag ein Grund sein, weshalb er zu einem Ideenspender gerade für kreative Disziplinen, die Architektursoziologie und -philosophie und für Teile der Stadtforschung geworden ist, aber sein Werk eher marginal in klassischen universitären Disziplinen rezipiert wird. Der hier skizzierte Blick ist der auf ein an den Bedürfnissen von Nutzenden zentriertes, inklusives Planungsverständnis im Sinne der Dekonstruktion und des Sichtbarmachens, wer die Planungshoheit an Planungsentscheidungen besitzt, für dessen Vordgedanken Burckhardt herangezogen werden kann.

3 Eine Auswahl an Aquarellen von Burckhardt wurde auf der Documenta 14 im Jahr 2017 in Kassel ausgestellt. Auf der Website der Documenta 14 werden die Arbeiten von Burckhardt folgendermaßen beschrieben: „Zu sehen ist eine kleine Auswahl aus über 800 ‚landschaftstheoretischen Aquarellen‘, die der Schweizer Universalgelehrte Lucius Burckhardt während seiner jahrzehntelangen Lehrtätigkeit als Professor für Soziologie an der Architekturfakultät der Universität Kassel anfertigte. Insgesamt ergeben diese Aquarelle so etwas wie eine ‚Theorie der Landschaft‘ ausgehend von einer der Grundfragen, die Burckhardt sein ganzes Lehrerleben über begleiteten: Warum ist Landschaft schön?“ (<http://www.documenta14.de/de/artists/16162/lucius-burckhardt>) [Letzter Zugriff: 08.09.2018].

Auf einer methodologischen Ebene liegt Burckhardts Vorreiterrolle darin, ein soziales, inklusives und demokratisches Planungsverständnis gefordert zu haben, indem er sowohl eine theoretische Begründung für ein politisches Postulat der Teilhabe von betroffenen, involvierten Nutzergruppen als auch ein Repertoire von Methoden der nutzerzentrierten Stadtwahrnehmung und -planung entwickelt hat. In diesem Sinne liegen dem demokratischen Planungsverständnis methodologische Erkenntnisse aus der Lebens- und Alltagswelt der Nutzenden zugrunde, die in den Planungsprozess fließen und zu einem Hauptmerkmal der Planung werden sollen.

In Form eines kurzen Exkurses, der über die in diesem Beitrag behandelte Thematik hinausgeht, sei noch darauf hingewiesen, dass Burckhardt diese Ansprüche an die Planung und an die Ausbildung von Studierenden der Architektur und anderer Planungsprofessionen bereits in den 1960er- und 1970er-Jahren formulierte, also lange bevor Themen der Partizipation von (zukünftigen) Nutzenden in Planungsprozessen überhaupt eine reale Bedeutung in der (europäischen) Stadtplanung erfahren haben. Interessanterweise argumentiert Burckhardt bereits schon in seiner Triade aus Politik, Umwelt und Mensch inhaltlich mit Zielen des Nachhaltigkeitsdiskurses, der erst zu Beginn der 1990er-Jahre, ausgehend vom wegweisenden Bericht der Brundtland-Konferenz (UN 1987), aufkam und einen Paradigmenwechsel von den Grenzen des Wachstums (vgl. Club of Rome 1972) hin zum Leitbild der Nachhaltigkeit als einem globalen Paradigma einläutete. Was sich aus der Planungsgeschichte und aus dem Nachhaltigkeitsdiskurs herleiten lässt, ist bei Burckhardt bereits als – selbstverständlich formulierter – Umgang mit begrenzten Ressourcen, mit der Werthaftigkeit und der Wertschöpfung eines Projekts sowie mit der Bedeutung für die Gemeinschaft in Planungsprozessen angelegt (vgl. Burckhardt & Brock 1985; Weiss & Drilling 2014).

Diese bereits vor über 40 Jahren formulierten Ansprüche korrespondieren mit heutigen Nachhaltigkeitszielen und sind anschlussfähig an Fragen nach Teilhabe und Partizipation im aktuellen Diskurs an nachhaltiger und inklusiver Stadt- und Quartiersentwicklung, insbesondere was den Einbezug von Nutzenden und die Bedeutung, die ein Planungsvorhaben im Alltag der Stadt- und Quartiersbevölkerung einnimmt, angeht (vgl. Weiss 2015; Drilling & Weiss 2012). Burckhardts Planungsanspruch liegt in einer partizipativen Grundhaltung, deren Betrachtungsweisen vom jeweiligen Ort ausgehen und denen die Betrachter*innen durch ihre Wahrnehmungen und Zuschreibungen Sinn verleihen, der aus der Unmittelbarkeit heraus entsteht, der aber auch als wichtiges und zu reflektierendes Kriterium in die Planung fließen soll.

An den Schnittstellen zwischen (urbaner) Ökologie, Partizipation vielfältiger Gruppen und mithilfe performativer und partizipativer Methoden steht Burckhardts Planungsverständnis wegbereitend für aktuelle und populäre Themen,

Aktionen und Forderungen nach Teilhabe an (direkt)demokratischen Stadt-, Raum- und Quartiersentwicklungsprozessen (vgl. beispielhaft Harvey 2013; Mullis 2014; HABITAT III).

Literatur

- Andritzky, M., Burckhardt, L. & Hoffmann, O. (Hrsg.) (1981): Für eine andere Architektur. Eine Publikation des Deutschen Werkbundes. 2 Bände. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag.
- Baroncelli, L. et al. (2014): Lucius Burckhardt & Cedric Price – a stroll through a fun palace: Swiss Pavilion, Biennale Architettura 2014. Zürich: Swiss Arts Council Pro Helvetia.
- Build for all Projektpartner (Hrsg.) (2006): Bauen für Alle. Förderung der Zugänglichkeit für Alle in der baulichen Umwelt und öffentlichen Infrastruktur. Leitfaden. Gefördert durch die Europäische Kommission. Dokument zur öffentlichen Beratung. Luxemburg.
- Becker, E. et al. (Hrsg.) (2010): Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. Berlin, Boston: De Gruyter.
- Bielefeldt, H. (2009): Zum Innovationspotenzial der UN-Behindertenrechtskonvention. Essay No. 5, 3. aktualisierte und erweiterte Auflage. Deutsches Institut für Menschenrechte (Hrsg.). Berlin.
- Blumenthal, S. (2010). Das Lehranapé: Lucius Burckhardt und das Architektenbild an der ETH Zürich 1970–1973 (Vol. No. 2, Standpunkte Dokumente). Basel: Standpunkte.
- Blumenthal, S. (2012): Vorwort. In: Burckhardt, Lucius: Design ist unsichtbar. Entwurf, Gesellschaft und Pädagogik. Blumenthal, S. et al. (Hrsg.). Berlin: Martin Schmitz Verlag, 5-11.
- Bossert, M. (2014): Spazieren als Wissenschaft. In: Mäder, Ueli et al. (Hrsg.): Raum und Macht: Die Stadt zwischen Vision und Wirklichkeit: Leben und Wirken von Lucius und Annemarie Burckhardt. Zürich: Rotpunktverlag: 139-154.
- Brauner, M. & Weisshaar, B. (Hrsg.) (2013): Spaziergangswissenschaft in Praxis: Formate in Fortbewegung. Berlin: Jovis.
- Bürgin, R. & Schoch, A. (2015): Wie Spazieren Wissen schafft: Über die Spaziergangswissenschaft nach Lucius und Annemarie Burckhardt. In: Archithese 2: 72-79.
- Burckhardt, L. (1980): Wer plant die Planung? Architektur, Politik, Mensch. Fezer, J.; Schmit, M. (Hrsg.). Kassel: Martin Schmitz Verlag.
- Burckhardt, L. (1981): Design ist unsichtbar. In: Gsöllpointer, H., Hareiter, A. & Ortner, L. (Hrsg.): Design ist unsichtbar. Publikation anlässlich der Ausstellung Forum Design, Linz, 27. Juni bis 5. Oktober 1980. Wien: LV Löcker Verlag: 13-20.
- Burckhardt, L. & Brock, B. (1985): Die Kinder fressen ihre Revolution: Wohnen – Planen – Bauen – Grünen. Köln: DuMont.
- Burckhardt, L. (1995): Design = unsichtbar. Höger, H. (Hrsg.). Ostfildern: Hatje Cantz.
- Burckhardt, L. (2011): Warum ist Landschaft schön? Die Spaziergangswissenschaft. Ritter, M.; Schmitz, M. (Hrsg.). Berlin: Martin Schmitz Verlag.

- Burckhardt, L. (2012): Design ist unsichtbar. Entwurf, Gesellschaft und Pädagogik. Blumenthal, S. et al. (Hrsg.). Berlin: Martin Schmitz Verlag.
- Burckhardt, L. & Internationales Design Zentrum Berlin (1987): Design der Zukunft. Architektur. Technik. Ökologie. Berlin: Dumont.
- Clarkson, J. et al. (Hrsg.) (2003): Inclusive Design: Design for the whole population. Springer: London.
- Club of Rome (1972): Die Grenzen des Wachstums: Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit (DVA Informativ). Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt. Abrufbar unter: <http://www.donellameadows.org/wp-content/userfiles/Limits-to-Growth-digital-scan-version.pdf>. Letzter Zugriff: 8.9.2018.
- Degener, T. & Mogge-Grotjahn, H. (2012): „All inclusive“? Annäherungen an ein interdisziplinäres Verständnis von Inklusion. In: Balz, H.-J., Benz, B. & Kuhlmann, C. (Hrsg.): Soziale Inklusion. Grundlagen, Strategien und Projekte in der Sozialen Arbeit. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 59-77.
- Drilling, M. & Weiss, S. (2012): Soziale Nachhaltigkeit in der Siedlungsentwicklung. Raum & Umwelt: Schriftenreihe der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung VLP-ASPAN, Bern.
- EIDD – Design for All Europe Stockholm Declaration 2004. Adopted on 9 May 2004 at the Annual General Meeting of the European Institute for Design and Disability in Stockholm. Abrufbar unter: <http://dfa-europe.eu/what-is-dfa/dfa-documents/the-eidd-stockholm-declaration-2004>. Letzter Zugriff: 7.7.2017.
- European Commission: European Disability Strategy 2010–2020: A Renewed Commitment to a Barrier-Free Europe Initial plan to implement the European Disability Strategy 2010-2020. Abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0636:FIN:en:PDF>. Letzter Zugriff: 8.9.2018.
- Harvey, D. (2013): Rebelle Städte: Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution. Berlin: Suhrkamp.
- Gsöllpointer, H., Hareiter, A. & Ortner, L. (Hrsg.) (1980): Design ist unsichtbar. Publikation anlässlich der Ausstellung Forum Design, Linz, 27. Juni bis 5. Oktober 1980. Wien: LV Löcker Verlag.
- Habitat III – 2016: The United Nations Conference on Housing and Sustainable Urban Development. Abrufbar unter: <http://habitat3.org>. Letzter Zugriff: 8.9.2018.
- Holm, A. & Gebhardt, D. (2011): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung. Hamburg: VSA Verlag.
- Internationales Design Zentrum Berlin e. V. (Hrsg.) (2008): Universal Design. Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen der Initiative Wirtschaftsfaktor Alter. Berlin.
- Lefebvre, H. (1968): Le droit à la ville (Société et urbanisme). Paris: Éditions anthropos.
- Lefebvre, H. (1974): La production de l'espace. Paris: Éditions anthropos.
- Lefebvre, H. (2006): Die Produktion des Raumes, In: Dünne, J. & Günzel, S. (Hrsg.): Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften, Frankfurt am Main, 330-340.
- Lefebvre, H., Althaler, B. & Schäfer, C. (2016): Das Recht auf Stadt (Deutsche Erstausgabe, 1. Auflage ed., Nautilus Flugschrift). Hamburg: Edition Nautilus.

- Mäder, U. et al. (Hrsg.) (2014): Raum und Macht: Die Stadt zwischen Vision und Wirklichkeit: Leben und Wirken von Lucius und Annemarie Burckhardt. Zürich: Rotpunktverlag.
- Mullis, D. (2014): Recht auf die Stadt: Von Selbstverwaltung und radikaler Demokratie. Münster: Unrast.
- Schassmann, H. (2014): Henri Lefebvre. In: Mäder, U. et al. (Hrsg.): Raum und Macht: Die Stadt zwischen Vision und Wirklichkeit: Leben und Wirken von Lucius und Annemarie Burckhardt. Zürich: Rotpunktverlag, 123-138.
- Schmitz, M. (1980): Von der Urbanismuskritik zur Spaziergangswissenschaft. In: Burckhardt, L.: Wer plant die Planung? Architektur, Politik und Mensch. Kassel: Martin Schmitz Verlag, 5-10.
- Schmitz, M. (2004): Von der Urbanismuskritik zur Spaziergangswissenschaft. In: Burckhardt, L.: Wer plant die Planung? Architektur, Politik und Mensch. Kassel: Martin Schmitz Verlag, 5-10.
- Schnur, O. (2012): Quartier und Nachbarschaft. In: Eckhardt, F. (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden: VS Verlag, 449-474.
- Siebel, W. (2010): Planende Verwaltung und zivile Gesellschaft. In: Becker, E. et al. (Hrsg.): Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. Berlin, Boston: De Gruyter, 25-38.
- Stippl, H. (2011): Nur wo der Mensch die Natur stört, wird die Landschaft wirklich schön. Die landschaftstheoretischen Aquarelle von Lucius Burckhardt. Dissertation Wien.
- suburban: Zeitschrift für kritische Stadtforschung. Band 5, 1/2017. Wer plant die Planung? Lucius Burckhardt, kommentiert von W. Reuter, B. Binder, J. S. Dangschat, M. Grubbauer, M. Guggenheim, Stadt von unten, I. Dzudzek, 105-171.
- Sutter, P. (2014): Lucius Burckhardt-Wackernagel. In: Mäder, U. et al. (Hrsg.): Raum und Macht: Die Stadt zwischen Vision und Wirklichkeit: Leben und Wirken von Lucius und Annemarie Burckhardt. Zürich: Rotpunktverlag, 21-64.
- UN (1987): Report of the World Commission on Environment and Development: Our Common Future. Abrufbar unter: www.un-documents.net/wced-ocf.htm. Letzter Zugriff: 8.9.2018.
- UN (2006): Convention on the Rights of Persons with Disabilities. Abrufbar unter: <https://www.un.org/development/desa/disabilities/convention-on-the-rights-of-persons-with-disabilities.html>. Letzter Zugriff: 9.9.2018.
- Wansing, G. (2015): Was bedeutet Inklusion? Annäherungen an einen vielschichtigen Begriff. In: Degener, T. & Diehl, E. (Hrsg.): Handbuch Behindertenrechtskonvention: Teilhabe als Menschenrecht – Inklusion als gesellschaftliche Aufgabe (Vol. Bd. 1506, Schriftenreihe/Bundeszentrale für Politische Bildung). Bonn: BpB, 43-54.
- Weiss, S. (2011): „Design für Alle“ als Gestaltungsparadigma der Zugänglichkeit. Eine Diskussion zu Möglichkeiten und Grenzen sozialer Inklusion durch das Design öffentlicher Räume. In: Emmenegger, B. & Litscher, M. (Hrsg.): Perspektiven zu öffentlichen Räumen. Theoretische und praxisbezogene Beiträge aus der Stadtforschung. Luzern: interact-Verlag, 85-103.
- Weiss, S. (2015): Das Konzept „Design für Alle“ und die Bedeutung der Hindernisfreiheit in Wohnumfeld und Quartier. In: Neuhaus, F., Schumacher, C. & Selva, L. (Hrsg.):

Hindernisfreies Wohnen: Mobilisierungspotential des Gebäudebestandes am Beispiel des Kantons Basel Stadt. Muttenz: FHNW, 52-54.

Weiss, S. & Drilling, M. (2014): Soziale Arbeit: Partizipative Planung. In: Mäder, U. et al. (Hrsg.): Raum und Macht: Die Stadt zwischen Vision und Wirklichkeit: Leben und Wirken von Lucius und Annemarie Burckhardt. Zürich: Rotpunktverlag, 119-121.

Weiss, S. & Drilling, M. (2015): Die Stadt, der Mensch und das Design. Zum sozialen Planungsverständnis von Lucius Burckhardt. In: Archithese 2/2015, 96-101.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





Gemeinwesenarbeit als demokratiefördernde Brückenbauerin

Milena Riede

1 Vielfalt, Teilhabemöglichkeiten und soziales Miteinander

Bei näherer Betrachtung der gesellschaftlichen Lage wird ersichtlich, dass gegenwärtige Wandlungsprozesse sozioökonomische und soziokulturelle Disparitäten innerhalb der Gesellschaft verstärken. In fast allen westlichen Gesellschaften gibt es seit Ende der 1980er-Jahre einen Trend zur Zunahme der sozialen Ungleichheit – Wachstums- und Globalisierungsdividende sind ungleich verteilt. Ein Aufklaffen der Ungleichheitsschere auf dem Arbeitsmarkt zwischen hoch und gering Qualifizierten, eine wachsende Vermögenskonzentration, festgesetzte Armut sowie abgebremste Aufstiegsmobilität lassen sich beobachten. Doch neben der sozioökonomischen Spaltungslinie und zunehmender Statusunsicherheit treten auch verstärkt soziokulturelle Spaltungslinien zutage. Durch die Globalisierungsprozesse, die Öffnung von Nationalgesellschaften, Mobilität, Migration und die Entstehung transnationaler Milieus wird das Modell von geschlossenen Nationalgesellschaften herausgefordert. Im Vorteil sind die Menschen, die flexibel und mobilitätsbereit sind, aber insbesondere die, die über hohes Humankapital verfügen (vgl. Mau 2017: 300 f.).

Seit dem Sommer 2015 bewegen das Thema Zuwanderung und die damit verbundenen Auswirkungen verstärkt die Gemüter in Deutschland und Europa. Viele Menschen sind auf der Suche nach Sicherheit, Frieden und einer besseren Zukunftsperspektive nach Deutschland gekommen, haben die Themen von Krieg, Vertreibung und Folgen des Klimawandels vor unsere eigene Haustüre getragen und Menschen damit unvermittelter konfrontiert. Die Ankunft vieler geflüchteter Menschen und die hohe mediale Aufmerksamkeit haben eine ungeahnte Aktivierungswelle in der Bevölkerung freigesetzt. Zahlreiche Menschen setzten sich seitdem für Geflüchtete ein und organisier(t)en zeitnah und unbürokratisch Netzwerke der Hilfe. Aber auch andere organisier(t)en sich, um ihre Ablehnung gegen diese Veränderungen und die Menschen mit Fluchterfahrung auszudrücken.

Unsere Gesellschaft ist durch die ankommenden Menschen vielfältiger und damit heterogener geworden, wobei die Kommunen und natürlich vor allem die Menschen vor Ort sehr unterschiedliche Vorerfahrungen im Umgang mit Vielfalt erworben haben. „Die durch Globalisierung und Pluralisierung entstandene Viel-

falt und der professionelle Umgang mit dieser ist eine der zentralen Herausforderungen der Profession und Disziplin der Sozialen Arbeit“ (Aschenbrenner-Wellmann 2014: 8) und insbesondere ihres Handlungsfeldes der Gemeinwesenarbeit (GWA). Auf einer theoretischen Ebene konzeptualisieren Ansätze wie der Diversity-Ansatz (vgl. z. B. Leiprecht 2011) oder der Inklusionsansatz (vgl. z. B. Spatscheck & Thiessen 2017) diese Vielfalt und plädieren für die Anerkennung und Gleichberechtigung von Verschiedenheiten. Hierbei benennt Kronauer (2010) drei zentrale Aspekte in Bezug auf ein inklusives Miteinander in der Gesellschaft, die für gesellschaftliche Teilhabe und Zugehörigkeit bedeutsam sind: Recht, Arbeit sowie soziale und familiäre Nahbeziehungen. Zahlreiche Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sind von Teilhabe in einem oder mehreren gesellschaftlichen Bereich(en) kurz-, mittel- oder langfristig ausgeschlossen. Mithilfe digitaler Medien vernetzen sich die Menschen zwar immer mehr, allerdings zumeist mit Gleichgesinnten, wodurch das Einüben von Wechselseitigkeit und Empathie kaum stattfindet (vgl. Mau 2017: 300 f.). „Es gibt weniger Überschneidungen sozialer Kreise, man gesellt sich zu Seinesgleichen“ (Mau 2017: 302).

Angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen stellt sich die Frage, wie mit diesen Veränderungen umgegangen wird und wo für Menschen in ihrer Nachbarschaft nicht kommerzielle Begegnungsorte, Austausch- und Dialogmöglichkeiten vorhanden sind. Gerade auch im Kontext der Veränderungen durch Ankommende hat sich gezeigt, dass die schleppende, teilweise sehr kurzfristig, oft unzureichend oder manchmal erst im Nachhinein stattfindende Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung und den Bewohner*innen vor Ort vielerorts für Unmut gesorgt hat. Doch wie können angesichts wachsender Polarisierung, geringer Überschneidungen sozialer Kreise bei gleichzeitig fehlenden Dialogforen Möglichkeiten gefunden werden, die ein demokratisches, soziales Miteinander lokal vor Ort verbessern?

2 Das Handlungsfeld und Konzept der Gemeinwesenarbeit

Bereits seit ca. 125 Jahren werden erfolgreich Methoden und Prinzipien der Gemeinwesenarbeit in Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf angewandt. Die Soziale Arbeit verfügt damit über ein Handlungsfeld, das zielgruppenübergreifend und umfassend ansetzt, wobei die Wurzeln der Gemeinwesenarbeit u. a. in der sogenannten Settlement-Bewegung in England und den USA liegen. Sozial engagierte Menschen mit guter Bildung zogen in klassische Zuwanderungsgebiete, um sich dort gemeinsam mit den Bewohner*innen für strukturelle Verbesserungen der Lebensbedingungen einzusetzen.

Mit „Gemeinwesen“ wird das Beziehungsgeflecht zwischen Menschen, Gruppen und Organisationen in einem umschriebenen Gebiet (z. B. Stadtteil, Kiez, Dorf) bezeichnet (vgl. Oelschlägel 2016: 50).

„Ziel ist die Verbesserung von materiellen (z. B. Wohnraum, Existenzsicherung), infrastrukturellen (z. B. Verkehrsanbindung, Einkaufsmöglichkeiten, Grünflächen) und immateriellen (z. B. Qualität sozialer Beziehungen, Partizipation, Kultur) Bedingungen unter maßgeblicher Einbeziehung der Betroffenen“ (Stövesand & Stoik 2013: 21).

Angesichts dieser großen und weit gefassten Ziele ist es offensichtlich, dass diese nur in einem langfristigen Prozess und nur in einem interdisziplinären Kooperationsprozess erreicht werden können.

2.1 Städtebauförderprogramm Soziale Stadt (Quartiersmanagement) und Gemeinwesenarbeit

Bereits seit den 1980er-Jahren lassen sich eine verstärkte sozialräumliche Disparität und eine wachsende Polarisierung von Wohngebieten beobachten, also die Herausbildung von Gebieten mit hoher Problemmakkumulation. In diesen Gebieten wurden vielerorts Projekte der Gemeinwesenarbeit umgesetzt, die sich unter maßgeblicher Beteiligung der Anwohner*innen und an den Interessen der Bewohner*innen orientiert für eine Verbesserung der Lebenssituation in den Gebieten einsetz(t)en.

Wurtzbacher (2014) konstatiert, dass von staatlicher Seite dieser Entwicklung der räumlichen Polarisierung seit Ende der 1990er-Jahre u. a. mit dem bundesweiten Städtebauförderprogramm Soziale Stadt begegnet wird, das als Top-down-Strategie konzipiert wurde und mithilfe integrierter Handlungskonzepte auf die Herausforderungen vor Ort reagiert (vgl. Wurtzbacher 2014: 270 ff.) Hierbei ist das Förderprogramm im Ressort Stadtentwicklung angesiedelt und der Förderungsschwerpunkt liegt auf baulichen Infrastrukturmaßnahmen. Der soziale Anteil des Programms ist in verschiedenen Bundesländern und Kommunen sehr verschieden gewichtet: In einigen Bundesländern ist er nicht existent (z. B. in Hessen und Niedersachsen) und in anderen Bundesländern wird damit Gemeinwesenarbeit, umbenannt in Quartiersmanagement, finanziert (Bremen). Bereits seit vielen Jahren fordert daher die Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e. V. (BAG) eine stärkere Betonung und Förderung sozialer Belange im Rahmen der Sozialen Stadtentwicklung durch die Einbettung und Einbeziehung von Gemeinwesenarbeit in allen Gebieten der Sozialen Stadt und darüber hinaus (vgl. BAG 2004: 1 ff.).

2.2 Arbeitsweise der Gemeinwesenarbeit

Im Gegensatz zu anderen Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit arbeitet die GWA grundsätzlich mit allen Personengruppen und Menschen vor Ort, setzt also gruppenübergreifend an. „Durch diese einzelfallübergreifende gruppen- und sozialraumbezogene Arbeit wird eine stigmatisierende Fokussierung auf einzelne Menschen oder Gruppen verhindert, gemeinsame Austausch- und Lernprozesse der Menschen untereinander werden befördert“ (Riede et al. 2016: 4). Um die Lebenssituation mit den Bewohner*innen gestalten zu können, ist eine Verankerung der GWA in der Lebenswelt der Menschen im Stadtteil durch niedrigschwellige Anlaufpunkte in der Nachbarschaft erforderlich. Im Rahmen der Gemeinwesenarbeit werden die Menschen vor Ort als Expert*innen ihrer eigenen Lebenssituation betrachtet. Gemeinwesenarbeiter*innen agieren präventiv, proaktiv und problemlösend durch die rechtzeitige Stärkung der Ressourcen Einzelner, von Beziehungen oder materiellen und infrastrukturellen Bedingungen. Gleichzeitig suchen GWA-Mitarbeiter*innen Bündnispartner*innen für die Verbesserung der Lebensbedingungen auf allen Ebenen, auch in der Verwaltung und Politik (vgl. Lüttringhaus 2011: 277 f.).

Fehren (2016) betont diesbezüglich, dass es GWA um eine doppelte Aktivierungsrichtung von Bürger*innen und Institutionen geht und GWA als „Resonanzverstärker für Bürgeraktivitäten“ in der Verwaltung fungiert. Gleichzeitig vermittelt GWA als intermediäre Instanz zwischen verschiedenen Personen, Institutionen und Akteursebenen mit je verschiedenen Handlungsrationalfitäten und Sinnzusammenhängen (vgl. Fehren 2016: 62 ff.).

„Bei einer durch professionelle Soziale Arbeit und damit durch einen ‚Systemakteur‘ ausgeübten intermediären Funktion ist [jedoch] davon auszugehen, dass der intermediäre Balanceakt zwischen Lebenswelt und System, wenn er misslingt, tendenziell zuungunsten der Lebenswelt kippt“ (ebd.: 66).

Nach Einschätzung der Autorin lässt sich vielerorts beobachten, dass durch ein entsprechendes Management der Aktivitäten im Stadtteil und enge Zielvorgaben durch die Verwaltung (z. B. in vielen Gebieten der Sozialen Stadt) die Arbeit an der Basis mit den Menschen in den Hintergrund gedrängt bzw. vernachlässigt wurde.

Dabei wirft Stoik (2012) die Frage der Parteilichkeit der Gemeinwesenarbeiter*innen auf, also ob im Stadtteil alle einbezogen werden sollen oder die Schwächeren gezielt gestärkt werden müssen (vgl. Stoik 2012: 3). Diese Frage wurde im Laufe der Geschichte der GWA immer wieder kontrovers diskutiert und interpretiert. Angesichts der ethischen Grundlagen der Sozialen Arbeit und ihres Bekenntnisses zu Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit gilt es, ökonomisch und/oder

sozial benachteiligte Menschen besonders einzubeziehen. Aber auch hinsichtlich der Wirksamkeit gilt es, Angebote passgenau zu gestalten und diejenigen mitgestalten zu lassen, die diese Angebote in Anspruch nehmen sollen.

2.3 Verortung von Gemeinwesenarbeit

Rothschuh und Spitzenberger (2010) verorten Gemeinwesenarbeit in der Schnittmenge aus Sozialer Stadtentwicklung, Sozialraumorientierung und Bürgerbeteiligung (siehe Abb. 1), wobei in Theorie und Praxis die Begrifflichkeiten verschwimmen, insbesondere zwischen Sozialer Stadtteilentwicklung und Sozialraumorientierung. Im Gegensatz zu zumeist punktuell stattfindenden Veranstaltungen der Bürgerbeteiligung ist GWA eine langfristig angelegte Beteiligungs- und Ermutigungsarbeit. Gerade durch den langfristigen Vertrauensaufbau durch GWA-Mitarbeiter*innen im Stadtteil können auch Menschen gezielt angesprochen und eingebunden werden, die sich an herkömmlichen Beteiligungsverfahren nicht beteiligen würden.

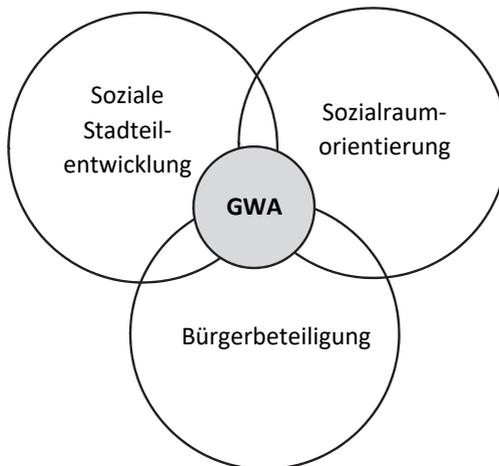


Abbildung 1: Kontexte der Gemeinwesenarbeit

Quelle: Rothschuh & Spitzenberger (2010: 82).

2.4 *Gemeinwesenarbeit als Methode, Arbeitsprinzip, Konzept etc.*

Während Gemeinwesenarbeit in der Vergangenheit sehr unterschiedlich charakterisiert und eingeordnet wurde, z. B. als Methode, Prozess, Strategie oder Arbeitsprinzip, wird zunehmend vom Konzept der Gemeinwesenarbeit gesprochen (vgl. Stövesand & Stoik 2013: 17). Dieses Konzept bzw. seine verschiedenen Variationen fördern „[...] die Entwicklung gemeinsamer Handlungsfähigkeit und kollektives Empowerment bezüglich der Gestaltung bzw. Veränderung von infrastrukturellen, politischen und sozialen Lebensbedingungen [...]“ (Stövesand & Stoik 2013: 16). Diese Veränderung hin zum Konzept wird damit begründet, dass vorhandene GWA-Ansätze in der Regel Ziele, Erklärungen, Begründungen, Methoden und Techniken verknüpfen und damit den Anforderungen an ein Konzept entsprechen. Allerdings handelt es sich bei GWA „[...] um ein Konzept, das in unterschiedlichen Varianten existiert, vermittelt und umgesetzt ist“ (Stövesand 2018: 4). Im Laufe der Geschichte haben diese GWA-Varianten verschiedene Ausprägungen und unterschiedliche Formen angenommen. Oelschlägel (2017) ist der Ansicht: „GWA bildet immer ein Kontinuum, an dessen einem Ende ein systemkritischer, konfliktorientierter, zu Zeiten auch sozialrevolutionärer Ansatz steht und am anderen Ende ein staatstragender, systemorientierter meist pragmatisch-managerieller Ansatz“ (Oelschlägel 2017: 172). Hier wird deutlich, dass es sehr verschieden ausgerichtete GWA-Projekte gab und gibt, die zumeist stark von gesellschaftlichen Entwicklungen und dem entsprechenden Zeitgeist geprägt wurden bzw. werden. An dieser Stelle sei auch der besonders basisnahe Strang der GWA erwähnt, das Community Organizing, das Organisationen, Gruppen und Institutionen im Stadtteil als organisierte Zivilgesellschaft zusammenbringt. Diese handlungsfähigen Bürgerplattformen, in denen Menschen unterschiedlichster Herkunft, Weltanschauung und Schicht zusammenkommen, praktizieren eine basisbezogene, demokratische Teilhabe. Nachdem sie eine gemeinsame Beziehungsebene aufgebaut haben, wählen sie gemeinsam Themen im Stadtteil aus, nehmen die politische Gesellschaft in die Pflicht und setzen sich für positive Veränderungen ein (vgl. Penta 2007: 9).

2.5 *Herausforderungen für die Gemeinwesenarbeit*

Die Ursachen dafür, dass die Gemeinwesenarbeit viele Jahre ein Nischendasein geführt hat und noch immer führt, sind vielfältig. Hierzu zählen u. a.:

- keine kongruente Verwendung des Begriffs Gemeinwesenarbeit sowie die Einführung vielfältiger neuer Bezeichnungen für die Soziale Arbeit im Gemeinwesen,

- die Ausbreitung der Idee der Gemeinwesenarbeit in einzelfallbezogene Handlungsfelder der Sozialen Arbeit als Fachkonzept Sozialraumorientierung,
- das Aufgreifen der Sozialraumorientierung auch in der Stadtentwicklung und die Einführung des bundesweiten Stadtentwicklungsprogramms Soziale Stadt mit Quartiersmanagement-Teams, vielerorts mit nur geringer Beteiligung sozialer Akteur*innen,
- die Einführung einer intermediären Handlungsebene und zunehmende Verlagerung der Arbeit von der Basis in Stadtteilbüros auf die intermediäre, vermittelnde und managende Handlungsebene (vgl. Riede 2016: 327),
- eine einzelfallbezogene, zielgruppenspezifische Finanzierung von Hilfen in der Sozialen Arbeit auf die Rechtsansprüche bestehen, während die Förderung von Nachbarschaftsarbeit keine Pflichtaufgabe ist und sich Nachbarschaftseinrichtungen zumeist aus verschiedenen projektbezogenen Förderböfen finanzieren müssen,
- wenig (interdisziplinäre) Kooperation zwischen Theorie- und Praxisnetzwerken im Bereich Gemeinwesenarbeit und Soziale Stadtentwicklung.

Trotz dieser Entwicklungen haben sich Stadtteil- und Nachbarschaftszentren in Deutschland an vielen Orten etabliert und über Jahre hinweg gemeinwesenorientiert gearbeitet, parallel zum Programm Soziale Stadt und dem Quartiersmanagement. Allerdings haben diese Nachbarschaftseinrichtungen zumeist mit prekärer Finanzierung zu kämpfen, sodass sich die Arbeit teilweise auf soziale und kulturelle Angebote beschränkt; strukturelle Veränderungen, wie konzeptionell vorgesehen, sind damit selten realisierbar. GWA gründet sich auf historische Erfahrungen und wird getragen von der gesellschaftlichen Vision eines lebendigen, inklusiven und gerechten Miteinanders in Nachbarschaften. Hierbei ist eine vertikale sowie horizontale Vernetzung der Menschen, Akteur*innen und Ebenen im Gemeinwesen wichtig. Aushandlungsprozesse zwischen verschiedenen Interessen sind erforderlich und hier liegt die Schnittstelle zur lokalen Demokratieentwicklung, die bislang unzureichend erforscht ist.

3 Gemeinwesenarbeit als demokratiefördernde Brückenbauerin – konzeptionelle Grundlagen

Damit in heterogener werdenden Nachbarschaften ein gutes Miteinander entstehen kann und Teilhabemöglichkeiten für alle Bewohner*innen geschaffen werden können, werden Akteur*innen benötigt, die langfristig, nachhaltig und präventiv alle in den Blick nehmen und den Stadtteil gemeinsam mit den Bewohner*innen in Richtung einer positiven Zukunftsentwicklung begleiten. Im Sinne einer Teilhabe für alle und angesichts aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen gilt es,

die konzeptionellen Aspekte der Gemeinwesenarbeit zu einem innovativen, demokratiefördernden, nachhaltigen und inklusiven Ansatz im Gemeinwesen weiterzuentwickeln. Hierbei erscheinen die folgenden drei theoretisch-konzeptionellen Ansätze bedeutsam, die aus Tabelle 1 hervorgehen:

Tabelle 1: Theoretisch-konzeptionelle Bezüge von Gemeinwesenarbeit als Brückenbauerin

Theoretisch-konzeptionelle Bezüge		
Prinzipien	Konzepte	Inhalt
Förderung des sozialen Miteinanders	Soziales Kapital (Bourdieu 1992; Putnam 2000)	Soziales, insbesondere brückenbildendes Kapital ausbauen – zielgruppenübergreifendes Miteinander fördern
Verbesserung des kommunikativen Austauschs und der Konfliktvermittlung	Deliberatives (Habermas 1998) und emanzipatorisches (Alcántara et al. 2014) Demokratiemodell	Teilhabemöglichkeiten für alle Anwohner*innen an öffentlichen Beteiligungs- und Kommunikationssettings zur Verbesserung des kommunikativen Austauschs und der Konfliktvermittlung
Entwicklung einer nachhaltigen Gesellschaftsperspektive	Gemeinwesenökonomie (Elsen 2011)	Nachhaltige Gesellschaftsentwicklung anstreben – gemeinsame Visionssuche und Ausbau der Gemeinwesenökonomie

Quelle: Eigene Darstellung

3.1 Förderung des sozialen Miteinanders

Bei der Betrachtung der Beziehungen zwischen Akteur*innen und der sich daraus ergebenden Konsequenzen ist der Bezug auf die Theorie des Sozialen Kapitals (vgl. Bourdieu 1992: 49 ff.) naheliegend. Einer gemeinwesenbezogenen Arbeit geht es um gemeinschaftliche Zusammenhänge. Daher stehen soziale Beziehungen und Netzwerke zwischen Personen und deren kollektive Aktionen im Vordergrund. Dieser Fokus auf Netzwerke und ihre Ressourcen lenkt den Blick auf die

theoretische Kategorie des Sozialen Kapitals. Analytisch wird zwischen bindenden (bonding), brückenbildenden (bridging) und institutionenbezogenen (linking) Beziehungen unterschieden (vgl. u. a. Putnam 2000; Karstedt 2004). Während also bindende Beziehungen zwischen ähnlichen Personen entstehen, verknüpfen brückenbildende Beziehungen verschiedene Akteursgruppen miteinander, wohingegen institutionenbezogene Beziehungen auf Kontakte zwischen Menschen und Institutionen verweisen. Durch die Aktivierung der Menschen im Rahmen der Gemeinwesenarbeit sollen Vorteile des Sozialkapitals erzeugt werden, wobei ein Bewusstsein gemeinsamer Interessen angestrebt wird, also eine Solidarisierung der Bewohner*innen. Während bindendes Sozialkapital dabei hilft, im täglichen Leben zurechtzukommen, kann das brückenbildende Sozialkapital eher beim Aufstieg behilflich sein, z. B. bei der Arbeits- oder Wohnungssuche. Professionell handelnde Gemeinwesenarbeiter*innen können hier als Verbindungskapital aktiv werden (vgl. Landhäußer 2013: 154 ff.). Putnam (1993) konstatiert: „Building social capital will not be easy, but it is the key to making democracy work“ (Putnam 1993: 185).

Da im Gemeinwesen verschiedene Gruppen nebeneinander existieren, die oft wenig Kontakt zueinander haben, erscheinen Möglichkeiten zum Austausch und Brückenbau zwischen den Gruppen interessant. Dies erfordert ein ressourcenorientiertes und vernetzendes Vorgehen der Gemeinwesenarbeiter*innen. Von zentraler Bedeutung ist, dass ausreichend Zeit für die Arbeit im Stadtteil, für Gespräche mit den Menschen und Gruppen vor Ort, also für eine „Innenansicht“ des Stadtteils und den Aufbau von Vertrauen, vorhanden ist. Beziehungsarbeit zur Ermutigung und Befähigung von Menschen benötigt Zuwendung und Zeit. Bei den Gesprächen mit verschiedenen Menschen gilt es, Interessen und unterschiedliche Bedürfnisse zu verstehen und gemeinsame Themen herauszufiltern. Dazu bedarf es u. a. einer Sprache und Ausdrucksweise, die von der jeweiligen Zielgruppe verstanden wird und die gesprächsfördernd ist. Ähnliche Interessen von Menschen sollen milieübergreifend zusammengeführt und die Beteiligten im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe bei diesen kollektiven Selbstorganisationsprozessen unterstützt werden. Hierbei gilt es auch, verstärkt migrantische Selbstorganisation zu fördern und einzubeziehen (zu Forschungsansätzen zu Sozialkapital und Quartiersentwicklung siehe Drilling & Schnur 2012: 20).

Der Arbeits- und Handlungsansatz der Gemeinwesenarbeit, der an den Interessen und Bedürfnissen der Menschen vor Ort ansetzt, fördert eine demokratische Zivilgesellschaft unter Einbeziehung aller Menschen vor Ort. „Ziel der Gemeinwesenarbeit ist es, mit Hilfe von Ressourcenaktivierung, partizipativer Projektarbeit und Empowerment Menschen und Akteursgruppen im Sozialraum zur aktiven Mitgestaltung ihres Gemeinwesens anzuregen. Dabei werden zivilgesellschaftliche, menschenrechtsorientierte Strukturen geschaffen und lokale Strategien zur

Etablierung dieser entwickelt“ (Bringt et al 2014: 13). Von besonderer Bedeutung ist hierbei, dass vorhandenes bürgerschaftliches Engagement je nach Bedarf der Engagierten, z. B. durch Beratung, räumliche und sonstige Angebote, unterstützt wird. „Der Begriff *grassroots* (englisch: Graswurzeln) [...] wird mit Aktivitäten von der Basis, von den Bürgerinnen und Bürgern, mit Basisdemokratie oder auch sozialen Bewegungen assoziiert“ (Voss 2010). Diese basisdemokratischen Aktivitäten unterstützt Gemeinwesenarbeit lokal vor Ort. Aber darüber hinaus zielt Gemeinwesenarbeit insbesondere auch darauf ab, die Interessen und Bedürfnisse von ökonomisch und/oder sozial benachteiligten Menschen einzubeziehen, diese Menschen zu befähigen und zu ermutigen. Durch vielfältige kleinere und größere Teilhabe-, Partizipations- und Bildungsangebote soll allen Menschen die Teilnahme an demokratischen Beteiligungsprozessen ermöglicht und ein Miteinander angeboten werden. Es gilt, die Ideen und Bedürfnisse von Menschen vor Ort durch Gespräche herauszufiltern und diese bei der Umsetzung im Sinne eines kollektiven Empowerments zu unterstützen. Da alle Menschen über unterschiedliche Potenziale und Kompetenzen verfügen, sollen diese ressourcenorientiert einbezogen und ausgetauscht werden.

3.2 Verbesserung des kommunikativen Austauschs und der Konfliktvermittlung

Die Förderung einer lebendigen Dialog- und Partizipationskultur im Stadtteil sowie die Vermittlung zwischen unterschiedlichen und z. T. gegenläufigen Interessen sind zentrale gesellschaftliche Aufgaben. Selbstverständlich haben Menschen im Stadtteil unterschiedliche Meinungen und Interessen und die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Interessen ist häufig nicht konfliktfrei, sondern erzeugt Reibung. Hier werden Gemeinwesenarbeiter*innen als Mittler*innen, Moderator*innen und Mediator*innen tätig und vermitteln zwischen verschiedenen Interessen im Stadtteil.

Veränderungen (vor Ort) verunsichern und wecken das Bedürfnis über sie zu sprechen. Doch wo kommen die Menschen selbst zu Wort und können sich über die stattfindenden Veränderungen austauschen? Nur in wenigen Nachbarschaften oder Stadtteilen gibt es eine institutionalisierte lokale Diskussionskultur jenseits von Parteipolitik. Mit dem deliberativen Modell der Zivilgesellschaft betont Habermas (1998) die Bedeutung dessen, auch informelle oder wenig formell gebildete öffentliche Meinungen aus der Lebenswelt der Menschen in das politisch-administrative System einzuspeisen. Diesem Verständnis entsprechend erfolgt Integration in die Gesellschaft nicht durch geteilte Werte, sondern mittels effektiver Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger*innen an der demokratischen Kontrolle. Habermas' zivilgesellschaftsbezogenes Interesse gilt hierbei insbesondere ihrer demokratiefördernden und demokratiestabilisierenden Funktion; die deliberative

Zivilgesellschaft wird als Instanz politisch-gesellschaftlicher Risikobewertung gesehen (vgl. Fehren 2006: 58 f.). Aber auch um die Potenziale und Fähigkeiten der Stadtteilbewohner*innen sichtbar zu machen, können offene Dialoge in Form von quartiersöffentlichen Bürgerforen durchgeführt werden. Hierdurch werden Anliegen und Schwerpunktsetzungen generiert, die dann in die Struktur geförderter Projekte, das Verwaltungshandeln sowie Möglichkeiten zur Selbsthilfe einfließen (vgl. Wurtzbacher 2014: 278).

Im Sinne eines emanzipatorischen Demokratiemodells (Alcántara et al. 2014) gilt es, auf die Inklusion und das Empowerment aller Menschen und Akteur*innen bei partizipativen Verfahren im Stadtteil zu achten. Durch vielfältige kleinere und größere Dialogveranstaltungen und Partizipationsmöglichkeiten, von der klassischen Dialogveranstaltung am Abend bis hin zu Gesprächsrunden an Spielplätzen oder Straßenfesten, gilt es, verschiedene Formate zu kreieren, um möglichst vielen verschiedenen Menschen die Teilnahme zu ermöglichen. Gemeinwesenarbeit fördert die Auseinandersetzung mit verschiedenen Meinungen, die Konfliktvermittlung und die Suche nach Win-win-Lösungen.

Die Arbeitsweise der Gemeinwesenarbeit fördert ein demokratisches Miteinander auf lokaler Ebene. Gerade auch durch die Gestaltung von Partizipationsmöglichkeiten an Entscheidungen wird die aktive Teilhabe an der Zivilgesellschaft für die Menschen vor Ort zur erlebbaren Realität (vgl. Riede et al. 2016: 3). An für alle zugänglichen und „neutralen“ Orten werden Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten für alle Menschen verschiedener Milieus angeboten. „Insbesondere in einer Gesellschaft, die durch soziale Spaltung, marginalisierte Bevölkerungsgruppen und eine Ökonomisierung des Sozialen gekennzeichnet ist, stellt die Gemeinwesenarbeit einen unverzichtbaren Bestandteil der Sozialen Arbeit dar, um das Interesse aller Bewohner*innen am öffentlich-politischen Leben aufrechtzuerhalten, an einer Demokratisierung der Gesellschaft weiterzuarbeiten und gegen Politikverdrossenheit aktiv vorzugehen“ (Aschenbrenner-Wellmann & Ehrismann 2014: 370). Rausch (2017) betont, dass Gemeinwesenarbeit im Selbstverständnis von Profession und Disziplin der Sozialen Arbeit geradezu prädestiniert dazu ist, gegen den zunehmenden (Rechts-)Populismus wirksame Beiträge zu leisten. Allerdings können die Erwartungen angesichts fehlender Forschungsprojekte und valider Evaluationen bislang nicht hinreichend gesichert werden (vgl. Rausch 2017: 4 und auch seinen Beitrag in diesem Band).

3.3 Entwicklung einer nachhaltigen Gesellschaftsperspektive

Angesichts des gesellschaftlichen Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland und zunehmender klimatischer Veränderungen gilt es, eine nachhaltige Gesellschaftsentwicklung verstärkt auch lokal vor Ort in den Blick zu nehmen und

diesbezügliche Aktivitäten auf die Agenda zu setzen. Drilling und Schnur (2012) stellen fest: „Quartiere können als Interventionsebene, mehr aber vielleicht noch als Nukleus nachhaltiger Stadtentwicklungsprozesse verstanden werden. Dabei sind die drei Nachhaltigkeitsdimensionen ‚ökologisch‘, ‚ökonomisch‘ und ‚sozial‘ im Auge zu behalten“ (Drilling & Schnur 2012: 17). Der Komplexität einer globalisierten Ökonomie kann durch konkrete, nachhaltige Projekte, die den Menschen Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglichen und ihnen dadurch Mut und Hoffnung machen, lokal vor Ort begegnet werden. Gemeinsam gilt es, eine zukunftsfähige lokale Entwicklung vor auszudenken, wobei die Gemeinwesenarbeit langjährige Erfahrung in der Anwendung zukunftsorientierter Methoden wie z. B. der Aktivierenden Befragung und der Zukunftswerkstatt hat. Allerdings konstatieren Drilling et al. (2015), dass die utopischen Elemente von Gemeinwesenarbeit im Zuge der Entwicklung zum Fachkonzept Sozialraumorientierung zur Reorganisation Sozialer Arbeit verdrängt worden seien (vgl. Drilling et al. 2015: 31). Die Entwicklung gemeinsamer Ideen und Ziele für die Zukunft, eine gemeinsame Visionssuche, kann jedoch ggf. dabei helfen, aktuelle Spannungen oder Konflikte zu überwinden.

Interessant erscheint in diesem Kontext auch die Diskussion um die Gemeinwesenökonomie, die in den 1990er-Jahren in Deutschland angesichts hoher Arbeitslosenquoten intensiver diskutiert wurde. Gemeinwesenökonomie wird häufig auch mit Solidarischer Ökonomie, Alternativer Ökonomie oder Lokaler Ökonomie gleichgesetzt (vgl. Notz 2012: 123).

„Lokale und regionale Lebensräume ermöglichen die umfassende Gestaltung in all den Wirkungsbereichen, die örtlich verankert sind. Der Raumbezug hebt die Trennung der sozialen, ökologischen und ökonomischen Sphären potentiell auf und ermöglicht integrierte Handlungsansätze sowie Lernen für eine ökosoziale Zukunft“ (Elsen 2011: 99).

Oelschlägel (2013) bezeichnet GWA und lokale Ökonomie als einen Strang der neueren Entwicklungen der Gemeinwesenarbeit. Menschen, die aus dem Arbeitsprozess herausfallen und auf ihr Lebensumfeld als zusätzliche Ressource zur Existenzsicherung angewiesen sind, könnten mit dem wachsenden Bedarf in benachteiligten Quartieren bei der Infrastrukturgestaltung und den sozialen Dienstleistungen in quartiersbezogenen basisökonomischen Projekten zusammengeführt werden. So würden im Sinne der Gemeinwesenökonomie nichtprofitorientierte Strategien der Selbsthilfe und Selbstorganisation gebündelt (vgl. Oelschlägel 2013: 194 f.).

Zu den aktuellen Konzepten der Gemeinwesenökonomie zählt Notz auch die Tauschökonomie, die Schenkökonomie und die Umsonstökonomie, selbstverwaltete Dorfläden und Guerilla Gardening/Gemeinschaftsgärten (vgl. Notz 2012: 124 ff.). Einige Studien belegen jedoch, dass Ansätze der Gemeinwesenökonomie

insbesondere von Personen mit höherer Bildung und hohem gesellschaftspolitischen Engagement genutzt werden (vgl. Wagner 2009: 148 f.). Hier stellt sich die Frage, wie diese Ansätze weiterentwickelt werden können, sodass sie auch für einen erweiterten Personenkreis interessant und zugänglich werden. Hinsichtlich der strukturellen Förderung von solidarischer Ökonomie lohnt sich ein Blick in Richtung Italien, Kanada und Brasilien. Schnee (2009) ist der Ansicht:

„Kooperatives Wirtschaften braucht die Gestaltung zwischenmenschlicher Interaktionen zur Realisierung gemeinschaftlich angestrebter wirtschaftlicher Ziele – eine Kernaufgabe der GWA. Für kleine Projekte im Stadtteil braucht es vor allem Fantasie und Durchhaltevermögen, für große braucht es viele weitere Kontakte und die Vision ‚Es ist möglich!‘“ (Schnee 2009).

4 Gemeinwesenarbeit als Brückenbauerin – Prinzipien

Im Rahmen der Gemeinwesenarbeit geht es um die Hilfe und Befähigung der Menschen zur Selbsthilfe, um Kooperation und Vernetzung sowie um die Nutzung und Ermöglichung neuer Beziehungen im Stadtteil, also um den Ausbau des sozialen Kapitals. Für die Gemeinwesenarbeit wurden Leitstandards entwickelt (Lüttringhaus 2011), die von Riede, Rothschuh, Stracke-Baumann und Zychlinski (2017) weiterentwickelt wurden, um die sozialen Stärken der GWA als Brückenbauerin weiter zu konkretisieren (siehe Tab. 2). Dies erscheint insbesondere hinsichtlich der häufig verkürzten, unpolitischen Rezeption von GWA sinnvoll (siehe Kapitel 5, vgl. Riede et al. 2017; aufbauend auf Lüttringhaus 2011: 277).

Tabelle 2: Prinzipien von Gemeinwesenarbeit als Brückenbauerin

<p>1. Gruppenübergreifendes Handeln – Vielfalt erlebbar machen</p>	<p>Gemeinwesenarbeit hat alle Menschen im Sozialraum im Blick und bringt verschiedene Personen und Gruppen miteinander in Kontakt. Gleichzeitig wird auch mit verschiedenen Personengruppen gezielt gearbeitet, um diese besonders zu befähigen und zu unterstützen, z. B. Familien, Frauen, Arbeitslose, geflüchtete Frauen, Senior*innen. Darüber hinaus werden themenbezogene Gruppen begleitet (z. B. zu den Themen Wohnen, Verkehr, Freizeitgestaltung, Grünflächenverbesserung), bei denen verschiedene Menschen interessenbezogen zusammenfinden. Begegnungsmöglichkeiten für alle Menschen im Stadtteil werden geschaffen, z. B. Nachbarschaftscafés, und durch gemeinsame Aktionen, Feste etc. wird ein wechselseitiger Ressourcenaustausch und ein voneinander Lernen ermöglicht.</p>
---	---

<p>2. Orientierung an den Bedürfnissen und Themen der Menschen</p>	<p>Gemeinwesenarbeit setzt am Willen, den Bedürfnissen und Interessen der Menschen an. Hierbei sind die Bedürfnisse und Interessen der Menschen vor Ort Ansatzpunkte für Veränderungen in der Gestaltung des Alltags.</p>
<p>3. Kommunikative Vermittlung zwischen unterschiedlichen Lebenswelten</p>	<p>Als Mittlerin zwischen den Menschen, ihren verschiedenen Interessen und Bedürfnissen fördert die Gemeinwesenarbeit die Kommunikation über Veränderungsprozesse und den Umgang mit zunehmender Diversität. Damit trotz Verschiedenheit Vorurteile abgebaut werden können und Vertrauen wachsen kann, braucht es Möglichkeiten der Begegnung sowie positive Erfahrungen im Umgang miteinander. Durch verschiedene Dialogsettings und die Ermöglichung einer offenen, lösungsorientierten Kommunikation fördert die Gemeinwesenarbeit Austauschprozesse im Sozialraum.</p>
<p>4. Förderung von kollektivem Empowerment und Selbstorganisation</p>	<p>Allen Menschen stehen Anerkennung, Respekt, Selbstwirksamkeitserfahrungen und Hilfe zur Selbsthilfe zu. Gemeinwesenarbeit führt ähnliche Interessen von Menschen zusammen, unterstützt und ermutigt die Menschen zur Selbstorganisation, wodurch zivilgesellschaftliche Potenziale gestärkt und Synergieeffekte erzeugt werden. Ein besonderer Fokus wird auf das kollektive Empowerment (die Ermutigung, Befähigung und Ermächtigung) der ökonomisch und/oder sozial besonders benachteiligten Menschen gelegt, um ihnen mehr Teilhabe, Mitsprache und Mitgestaltung zu ermöglichen.</p>
<p>5. Partizipative (Bildungs-)Möglichkeiten schaffen</p>	<p>GWA schafft Möglichkeitsräume für Partizipation im Gemeinwesen und für die Erfahrungen von Selbstwirksamkeit. Dies kann auf vielfältige, kreative Weise geschehen, durch kleine und große partizipative Beteiligungsmöglichkeiten. Durch Angebote für solidarische Aktionen und Begegnungen wird die Entwicklung von Respekt und gegenseitigem Verständnis zwischen verschiedenen Menschen und Gruppen gefördert. Partizipative Ansätze sind hierbei als Lernsettings zu sehen, in denen die Menschen demokratisches Miteinander erlernen.</p>
<p>6. Nutzung der vorhandenen Ressourcen</p>	<p>Gemeinwesenarbeiter*innen unterstützen Menschen dabei, sich ihrer individuellen Fähigkeiten, Kompetenzen und Ressourcen bewusst zu werden. Darüber hinaus werden Ressourcen von Individuen und kollektiven Akteur*innen gebündelt bzw. miteinander vernetzt und auch institutionelle Ressourcen im Sozialraum bestmöglich gemeinschaftlich genutzt.</p>

<p>7. Ressortübergreifendes Handeln</p>	<p>Zur Realisierung und Bewältigung der umfassenden Ziele der Gemeinwesenarbeit ist eine interdisziplinäre und fach- bzw. ressortübergreifende Zusammenarbeit erforderlich. GWA agiert hier als intermediäre Mittlerin zwischen Anwohner*innen, Politik und Verwaltung.</p>
<p>8. Vernetzung und Kooperation</p>	<p>Die verschiedenen Bewohner*innen und Akteur*innen im Sozialraum gilt es, miteinander zu vernetzen; (projektbezogene) Kooperationen sollen umgesetzt werden. Dadurch können im Sinne einer positiven Zukunftsentwicklung Doppelstrukturen abgebaut, Synergieeffekte erzeugt und eine effektive Zusammenarbeit erreicht werden. Weiterhin gilt es, ehrenamtliches Engagement strukturiert in die Arbeit im Stadtteil einzubeziehen, entsprechende Vernetzungsrunden (aus traditionellem und neuem Ehrenamt) zu koordinieren und einen gegenseitigen Erfahrungsaustausch zu unterstützen.</p>
<p>9. Komm- und Gehstruktur</p>	<p>Gemeinwesenarbeit zeichnet sich einerseits dadurch aus, dass es einen Ort der Begegnung gibt (Nachbarschaftstreff, Stadtteilzentrum), zu dem die Menschen kommen können. Andererseits sind Gemeinwesenarbeiter*innen auch als Akteur*innen im Stadtteil unterwegs und sprechen mit Menschen, die nicht den Weg ins Stadtteilzentrum finden. So können weitere aktuelle Themen und Probleme der Menschen erkannt und frühzeitig aufgegriffen werden.</p>
<p>10. Nachhaltige Gesellschaftsentwicklung im Blick</p>	<p>Im Rahmen der Arbeit im Gemeinwesen behalten die GWA-Mitarbeiter*innen den Stadtteil auch immer hinsichtlich seiner sozialen, ökologischen und ökonomischen Entwicklungen im Blick. Vor Ort werden Maßnahmen und Projekte gefördert, die im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung eine langfristige, sozial gerechte Entwicklung des Sozialraums befördern, ein umweltverträgliches Miteinander im Blick haben und eine nachhaltige Lokale Ökonomie unterstützen.</p>

Quelle: eigene Darstellung; aufbauend auf Riede et al. 2017

5 Gemeinwesenarbeit zwischen Grassroots-Bewegungen und Fremdbestimmung

GWA arbeitet mit Bürgerinitiativen und Graswurzelbewegungen zusammen, wo sie vorhanden sind. So manches GWA-Projekt wurde durch den Einsatz zivilgesellschaftlicher Akteur*innen erst ermöglicht, die finanziellen Mittel von diesen erstritten. Mancherorts werden ausschließlich von ehrenamtlich Engagierten

beeindruckende Verbesserungen realisiert. Gleichzeitig besteht aber eine gewisse Gefahr der Vereinnahmung bzw. der einseitigen Vorteilsnahme; außerdem sind die Projekte häufig nicht von langer Dauer.

Selbstorganisationsprozesse sind voraussetzungs-voll und viele Menschen kommen nicht auf die Idee, haben keine Kapazitäten oder zeigen kein Interesse dafür, sich für die Verbesserung ihres eigenen Lebensumfeldes zu engagieren. Professionelle GWA Mitarbeiter*innen ohne Eigeninteressen im Stadtteil können zwischen verschiedenen Interessengruppen vermitteln, demokratische Grundlagen praktisch vermitteln und auch besonders die Teilhabe und Selbstwirksamkeitserfahrungen von Menschen in schwierigen Lebenssituationen in den Blick nehmen. Professionelle GWA verfügt über methodische Zugänge und Prinzipien, die – so sie partizipativ eingesetzt werden – im Austausch mit den Beteiligten passgenaue Dialogformen und Angebote schaffen. Eine Vielzahl neuer, verschiedener Bürgerbeteiligungsformate sind in den vergangenen Jahrzehnten (weiter)entwickelt worden und mancherorts konnten gute Ergebnisse erzielt werden. Auch neue intermediär aktive Stadtentwicklungsinitiativen sind an verschiedenen Stellen im Einsatz (vgl. Beck et al. 2017). Wenngleich gerade mit konkreten Beteiligungsformaten Menschen in ihrer Nachbarschaft häufig gut erreicht und einbezogen werden können, so ist doch die Einbindung kleinteiliger Formate in eine langfristige Strategie für den Stadtteil und insbesondere die Anbindung an kontinuierliche Ansprechpartner*innen wichtig, um u. a. durch einen Beziehungs- und Vertrauensaufbau eine Beteiligung heterogener Bevölkerungsmilieus zu ermöglichen.

Weiterhin muss in Bezug auf die verschiedenen Bürgerbeteiligungsveranstaltungen die Frage nach der Unabhängigkeit bzw. Offenheit von Auftraggeber*innen für neue Ergebnisse gestellt werden. Es zeigt sich, dass es bei Beteiligungsverfahren auch immer wieder um eine „Akzeptanzbeschaffung“ für kommunale, staatliche oder unternehmerische Projekte geht, die als Beispiele für eine Fremdbestimmung durch Scheinbeteiligung angesehen werden können. Das Thema der Fremdbestimmung ist für die Gemeinwesenarbeit in verschiedener Form immer wieder aktuell. So kann die politische Rahmensetzung, mit der sich die GWA auseinandersetzen muss, als Fremdbestimmung erlebt werden, da die Gemeinwesenarbeit sich immer wieder an unterschiedliche Förderprogramme und deren Förder- und Berichtslogik anpassen und den Fokus ihrer Arbeit damit verändern muss. Im Kontext des Städtebauförderprogramms Soziale Stadt und auch bei anderen Förderprogrammen gibt es z. T. enge Zielvorgaben von Politik oder Verwaltung für die zu leistende Arbeit, die aufgrund statistischer Daten als Problemlagen identifiziert wurden. Diese Ziele decken sich ggf. nicht mit den Interessen und der Selbstmotivation der Menschen vor Ort oder beschränken die Quartiersmanager (stark) in ihrer inhaltlichen Arbeit, können also auch als Fremdbestimmung wahrgenommen werden.

Der methodische Arbeitsansatz der Gemeinwesenarbeit ist dagegen ein anderer: Durch aktivierende Befragungen wird die Stimmung im Gebiet erfasst und werden Problemlagen aus Sicht der vor Ort lebenden Menschen identifiziert. Anschließend wird versucht, die Menschen zur Verbesserung der Lebenssituation zu aktivieren. In Gebieten der Sozialen Stadt und darüber hinaus gilt es also, übergeordnete Ziele der Verwaltung und die Interessen der Menschen vor Ort auszuhandeln, nach Möglichkeit in Einklang zu bringen und gemeinschaftlich an der Gebietsentwicklung zu arbeiten. Weiterhin lässt sich eine Entpolitisierung der GWA feststellen, wie Becker (2016) konstatiert. Er ist der Ansicht, dass auch ein zunehmend pädagogischer Auftrag an die Soziale Arbeit in und mit dem Gemeinwesen zu beobachten ist, z. B. durch das Handlungsprogramm „Gesundheitsförderung im Quartier“. Hier soll die Förderung von Bewegung und Ernährung unterstützt werden, wobei eine sozialraumorientierte Gesundheitsförderung deutlich darüber hinausgehen und die Veränderung ungünstiger Bedingungen, z. B. schlechte Wohnbedingungen, hohe Arbeitslosigkeitsraten oder starke Verkehrsbelastungen, mit in den Blick nehmen würde (vgl. Becker 2016: 15). Das Spannungsfeld zwischen Grassroots und Fremdbestimmung war und ist ein aktuelles Thema für Akteur*innen im Kontext der Gemeinwesenarbeit.

6 Herausforderungen und Perspektiven

Die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen erfordern mehr Aufmerksamkeit für das soziale Miteinander in der Gesellschaft, erweiterte Handlungsoptionen im Umgang mit heterogenen Nachbarschaften und neue Möglichkeiten für Menschen, denen Teilhabe in verschiedenen Bereichen vorenthalten wird. Gemeinwesenarbeit bedeutet Demokratieentwicklung durch basisnahe Teilhabe-, Bildungs- und Partizipationsmöglichkeiten für alle. Damit Gemeinwesenarbeit (in heterogenen Nachbarschaften) wirken und der Brückenbau professionell unterstützt werden kann, gilt es, zentral gelegene, attraktive Begegnungsorte zu schaffen, die für alle Menschen gut und barrierefrei erreichbar und nicht ideologisch belegt sind (religions- und parteipolitisch neutral) sowie verschiedene Milieus ansprechen. In Nachbarschaften braucht es nicht zunehmend spezialisierte Angebote, sondern nichtkommerzielle Orte zur Begegnung und kreative Möglichkeitsräume. Durch diesen niedrigschwelligen Ansatz mit Anlaufstelle im Stadtteil werden für alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Alter, ihrem Aufenthaltstitel oder ihrer Beeinträchtigung, verschiedene Teilhabe- und Bildungsangebote geschaffen, sodass die Menschen in ihrer Nachbarschaft Zugehörigkeit und Beteiligung erfahren können.

Für die Arbeit an einem guten und demokratischen Miteinander in zunehmend heterogenen Nachbarschaften braucht es entsprechende Rahmenbedingun-

gen, eine angemessene, langfristige Finanzierung und geeignetes, multiprofessionelles und vielfältiges Personal. Eine Zusammenarbeit verschiedener Professionen (z. B. aus Stadtplanung, Sozialer Arbeit, Stadtsoziologie, Geografie, Ökonomie), die ihr spezifisches Wissen einbringen, erscheint angesichts der komplexen Gemengelage in Stadtteilen wichtig. Angesichts der zentralen Bedeutung sozialer Belange, der Ansprache aller Milieus und Gruppen vor Ort, kommt der Sozialen Arbeit und insbesondere den Gemeinwesenarbeiter*innen eine moderierende, aktivierende und strukturierende Rolle zu. Es gilt, Ressort- und Professionsbefindlichkeiten sowie Vorbehalte zwischen Theorie und Praxis zu überwinden, den fachlichen Austausch deutlich zu verbessern und die Forschung zu intensivieren.

Im Hinblick auf das Ziel lebenswerter, inklusiver Nachbarschaften greift ein „Management“ der Menschen und Themen, wie es vielerorts praktiziert wird, zu kurz. Die Arbeit an einer nachhaltigen Gesellschaftsentwicklung und einem inklusiven Miteinander ist ein komplexer gemeinsamer Such- und Lernprozess. Vertrauen muss langfristig aufgebaut werden, um wirklich alle Menschen vor Ort einbeziehen, beteiligen und sie ermutigen zu können. Hierfür werden professionelle Brückenbauer*innen benötigt, die sich mit Selbstorganisationsprozessen, Empowerment, Chancen und Tücken des sozialen Kapitals, Gesprächsführung, Konfliktlösung, zivilgesellschaftlichen Prozessen, Netzwerkarbeit, antidemokratischen Prozessen etc. auskennen – Brückenbauer*innen, die sowohl mit bürgerschaftlich Engagierten zusammenarbeiten, als auch Brücken in Politik und Verwaltung bauen können. Da viele der Ankommenden aus kulturellen Kontexten stammen, in denen das soziale Miteinander eine bedeutende Rolle spielt, können wir diesbezüglich auch von ihnen lernen. Für ein soziales Miteinander in Nachbarschaften, aber auch für wechselseitige Lernprozesse der Menschen vor Ort, müssen lokal Möglichkeitsräume geschaffen werden, die von Gemeinwesenarbeiter*innen professionell begleitet werden.

Literatur

- Alcántara, S., Kuhn, R., Renn, O., Bach, N., Böhm, B., Diemel, H.-L., Ullrich, P., Schröder, C. & Walk, H. (2014): DELIKAT – Fachdialoge Deliberative Demokratie: Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess. Umweltbundesamt, Dessau.
- Aschenbrenner-Wellmann, B. (2014): Diversity als Gestaltungsaufgabe für Non-Profit-Organisationen. Beitrag für den Jahresbericht 2012/13 der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg. In: Aschenbrenner-Wellmann, B. & Fliege, T. (Hrsg.): Von der interkulturellen Öffnung zum Diversity Mainstreaming. Berlin: Logos Verlag.
- Aschenbrenner-Wellmann, B. & Ehrismann, R. (2014) Die Soziale Arbeit mit Migranten und Flüchtlingen. Rahmenbedingungen und methodische Herausforderungen. In: Soziale Arbeit (DZI) 10-11, 366-373.

- Beck, S., Kriemann, M. & Luchmann, C. (2017) VHW Studie: Stadtmacherinnen und Stadtmacher. Teil 1 Zwischenergebnisse. Hrsg: vhw-Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. Abrufbar unter: <https://www.vhw.de/publikationen/vhw-werkstadt/>. Letzter Zugriff: 30.6.2017.
- Becker, M. (2014): Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Arbeit. Stuttgart: Kohlhammer.
- Becker, M. (2016): GWA- Personalbemessung. Konstanz: Hartung-Gorre Verlag.
- Bringt, F., Klose, B. & Trube, M. (2014): Gemeinwesenarbeit und Demokratie. Mobile Beratung und Gemeinwesenarbeit als sozialräumliche Praxis einer menschenrechtsorientierten Demokratieentwicklung. E-Paper Heinrich Böll Stiftung. Abrufbar unter: https://www.boell.de/sites/default/files/2016-02-gemeinwesenarbeit_und_demokratie.pdf?dimension1=ds_menschenfeindlichkeit. Letzter Zugriff: 30.10.2018.
- Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. (2004): Positionspapier der BAG zum Programm „Soziale Stadt“. Abrufbar unter: <http://www.bagsozialestadtentwicklung.de/downloads#bag-veroeffentlichungen>. Letzter Zugriff: 15.3.2018.
- Drilling, M. & Schnur, O. (2012): Nachhaltigkeit in der Quartiersentwicklung – einführende Anmerkungen. In: dies. (Hrsg.): Nachhaltige Quartiersentwicklung. Wiesbaden: VS Research: 11-41.
- Fehren, O. (2006): Gemeinwesenarbeit als intermediäre Instanz: emanzipatorisch oder herrschaftsstabilisierend? In: Neue Praxis (46) 6: 575-595.
- Fehren, O. (2016): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung aus einer intermediären Perspektive. In: Drilling, M. & Oehler, P. (Hrsg.) (2016): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Karstedt, S. (2004): Linking Capital. Institutionelle Dimensionen sozialen Kapitals. In: Kessl, F. & Otto, H.-U. (Hrsg.): Soziale Arbeit und Soziales Kapital. Zur Kritik lokaler Gemeinschaftlichkeit. Wiesbaden: VS Verlag: 45-62.
- Landhäuser, S. (2013): Gemeinwesenarbeit und die Aktivierung von sozialem Kapital. In: Stövesand, S., Stoik, C. & Troxler, U. (Hrsg.): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Opladen: 154-160
- Leiprecht, R. (Hrsg.) (2011): Diversitätsbewusste Soziale Arbeit. Schwalbach: Wochenschau Verlag.
- Lüttringhaus, M. (2011): Zusammenfassender Überblick: Leitstandards der Gemeinwesenarbeit. In: Hinte, W., Lüttringhaus, M. & Oelschlägel, D. (Hrsg.): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Weinheim: Juventa: 277-281.
- Notz, G. (2012): Theorien alternativen Wirtschaftens. Stuttgart: Schmetterling Verlag.
- Mau, S. (2017): Die Fliehkräfte des Sozialen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt heute. In: Forschung & Lehre 4.
- Oelschlägel, D. (2013): Geschichte der Gemeinwesenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland. In: Stövesand, S., Stoik, C. & Troxler, U. (Hrsg.) (2013): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Opladen: Verlag Barbara Budrich: 181-202.
- Oelschlägel, D. (2016): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung aus einer parteilichen Perspektive. In: Drilling, M. & Oehler, P. (Hrsg.) (2016): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. 2.Auflage. Wiesbaden: Springer VS: 45-56.

- Oelschlägel, D. (2017): Zur Geschichte der Gemeinwesenarbeit. In: Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. vhw FWS 4: 171-175.
- Penta, L. (2007): Visionen brauchen Fahrpläne. In: Penta, L. (Hrsg.) (2007): *Community Organizing. Menschen verändern ihre Stadt*. Hamburg: Edition Körber Stiftung.
- Putnam, R. D. (1993): *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton.
- Putnam, R. D. (2000): *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon& Schuster.
- Rausch, G. (2017): „Democracy must begin at home ...“ – Handlungsoptionen der GWA gegen den Populismus. In: *Blätter der Wohlfahrtspflege* 4: 132-134.
- Riede, M. (2016): Gemeinwesenarbeit als Brückenbauerin. Zur Neuaufgabe eines bewährten Konzepts in heterogenen Nachbarschaften. In: *Soziale Arbeit (DZI)* 9: 325-332.
- Riede, M., Rothschuh, M., Stracke-Baumann, C. & Zychlinksi, J. (2017): Gemeinwesenarbeit und Geflüchtete – Inklusive GWA in neuen Nachbarschaften. In: Riede, M. & Noack, M. (2017): *Gemeinwesenarbeit und Migration*. Verlag Stiftung Mitarbeit, Bonn.
- Riede, M. (2017a): Gemeinwesenarbeit und das Städtebauförderprogramm Soziale Stadt. Ein Beitrag zur Bestandsaufnahme. In: vhw FWS 4 / Juli – September 2017. Abrufbar unter: https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/verbandszeitschrift/FWS/2017/4_2017/FWS_4_17_Gemeinwesenarbeit_und_Soziale_Stadt_M_Riede.pdf. Letzter Zugriff: 12.12.2018.
- Rothschuh, M. & Spitzenberger, E. (2010): Auf dem Weg zu handlungsbezogenen Theorien der Gemeinwesenarbeit. In: Gahleitner, S. B. et al. (Hrsg.): *Disziplin und Profession Sozialer Arbeit. Entwicklungen und Perspektiven*. Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich: 77-93.
- Schnee, R.: (2010) Mit Blick auf die Stadtteile: Mikroökonomie als Chance!? Auf: [stadtteilarbeit.de](http://www.stadtteilarbeit.de). Abrufbar unter: <http://www.stadtteilarbeit.de/themen/buergerbeteiligung/95-literatur/theorie/lok-oeko-gwa/316-mikrooekonomie-als-chance.html>. Letzter Zugriff: 30.7.2017.
- Spatscheck, C. & Thiessen, B. (Hrsg.) (2017): *Inklusion und Soziale Arbeit. Teilhabe und Vielfalt als gesellschaftliche Gestaltungsfelder*. Opladen, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Stoik, C. (2012) Gemeinwesenarbeit und Sozialraumorientierung – ein „entweder-oder“ oder ein „sowohl-als auch“? In: [sozialraum.de](http://www.sozialraum.de) (4) 1/2012. Abrufbar unter: <http://www.sozialraum.de/gemeinwesenarbeit-und-sozialraumorientierung.php>. Letzter Zugriff: 30.5.2016.
- Stövesand, S. & Stoik, Christoph (2013): Gemeinwesenarbeit als Konzept Sozialer Arbeit – eine Einleitung. In: Stövesand, S., Stoik, C. & Troxler, U. (Hrsg.): *Handbuch Gemeinwesenarbeit*. Opladen.
- Stövesand, S. (2018): Gemeinwesenarbeit als sozialraumbezogenes Konzept und Handlungsfeld. In: Kessl, F., Reutlinger, C., Maurer, S. & Frey, O. (Hrsg.): *Handbuch Sozialraum. Grundlagen für den Bildungs- und Sozialbereich* Springer, Wiesbaden, 3. Auflage. (im Erscheinen; Oktober 2018).
- Voss, Kathrin (2010): Grassroots campaigning und Chancen durch neue Medien. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte APUZ* 19/2010.

Wurtzbacher, J. (2014): Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit. In: Benz, B., Rieger, G., Schönig, W. & Többe-Schukalla, M. (Hrsg.): Politik Sozialer Arbeit. Band 2: Akteure, Handlungsfelder und Methoden. Weinheim: Beltz Juventa.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





Nachbarschaften machen. Qualifizierung von Stadträumen zu Orten der interkulturellen Begegnung – Praxisbeispiele des lokalen Integrationsmanagements in Berlin

Dominik Haubrich

1 Einleitung

Seit den 1970er-Jahren hat sich ein interdisziplinäres und heterogenes Forschungsfeld rund um Stadtteile und Nachbarschaften, Kieze und Quartiere entwickelt. In aktuellen Debatten finden sich Definitions- und Abgrenzungsversuche, die sich über die Betonung individueller Zuschreibungsprozesse, raumbezogener Attribute, kollektiver Interaktionsprozesse, lokaler Netzwerke und Identitätsprozesse, alltäglicher Lebenswelten und sozialer Konstruktionen der Quartiers- und Nachbarschaftskategorie in Gestalt eines pragmatisch gelesenen Eklektizismus nähern (vgl. Schnur 2008, 2012). Sie verschneiden das Untersuchungsfeld von Quartieren und Nachbarschaften jeweils mit Konzepten wie *community*, *sense of place*, *practices* und *emotions* (vgl. Vogelpohl 2008; Deffner 2013). Mit der sukzessiven Integration sozialtheoretischer Ordnungskonzepte bei der Betrachtung von Stadträumen treten zunehmend auch gesellschaftsrelevante Phänomene und ihre räumliche Bedeutung in den Vordergrund. Eine Abkehr von einem Zugang, der nicht zuvorderst seinen Blick auf den empirisch beobachtbaren Raum wirft, verlangt nach einer sozialwissenschaftlichen Perspektive auf räumliche Entwicklungen, die eine prozessorientierte Konzeptualisierung von Räumen denkt.

Der vorliegende Beitrag setzt sich mit der gesellschaftlichen Relevanz der hohen Zuwanderung von Geflüchteten nach 2015 auseinander. Indem er eine städtische Governance-Perspektive auf Integration um ordnungstheoretische Konzepte sozialer Praktiken erweitert, werden die sozialräumlichen Möglichkeiten und Implikationen der sich für lokale Ebenen genuin ableitenden Aufgaben der Integrations- und Begegnungsprozesse diskutiert. Im Einzelnen wenden sich die empirischen Überlegungen der lokalräumlichen Ebene der kommunalen Integrationspolitik zu. In aktuellen Projekten der Willkommenskultur, Akteurvernetzung und Stadtteilarbeit setzen Sozialunternehmungen ein solches prozessuales Raumverständnis praktisch um. Der Fokus der verschiedenen Projekte des lokalen Integrationsmanagements liegt dabei auf einem systematischen Aufbau von Kom-

munikations- und Koordinationsstrukturen, welche die Aktivierung, die Begleitung und den Austausch von Neu- und Altberlinerinnen unterschiedlicher Herkunft niederschwellig ermöglichen und bestimmte Stadtteilräume zu Orten der interkulturellen Begegnung qualifizieren. In der Praxis stellen sich das Zusammenbringen und Begleiten von neuen und alten Stadtbewohner*innen als eine Vielzahl unterschiedlich organisierter und strukturierter Interaktionsprozesse auf lokaler Ebene dar. Unter Rückgriff auf das sozialräumliche Ordnungskonzept der Theorie sozialer Praktiken nach Schatzki (2002) argumentiert der Beitrag weiter, dass sich in der Verzahnung von beteiligten Akteur*innen und gemeinschaftlich erfahrenen Handlungszusammenhängen neue Ordnungsformationen von Nachbarschaften erkennen lassen. Durch die Wiedergabe erfahrungsbasierter Erkenntnisse in der Umsetzung aktueller Projekte des lokalen Integrationsmanagements werden schließlich Möglichkeitsräume aufgezeigt, in denen pragmatische Lösungswege für eine Gestaltung neuer Governance-Arenen der Integration aufgespannt werden.

2 Wir schaffen das: die Verortung der Willkommenskultur in den Jahren 2015 und 2016

In den Augusttagen 2015 spielten sich in Deutschland und Europa zahlreiche Geschehnisse ab, die das *framework* der Integrationspolitik zunächst, und u. U. nachhaltig ändern sollten. Am 19.08.2015 stellte der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière seinen Bericht über die aktualisierte Prognose der Zuwanderung von Geflüchteten nach Deutschland vor. Er bekannte, dass im Jahr 2015 mit dem Zugang von 800.000 Geflüchteten zu rechnen sei, eine Zahl, die sich zwölf Monate später bestätigen sollte. Damit wurden Daten veröffentlicht, die das Doppelte der Frühjahrsprognose darstellten und die das Vierfache der Zuwanderung von Geflüchteten im Jahr 2014 beschrieben. De Maizière deutete auf die Herausforderung der Flüchtlingszuwanderung für Bund, Länder und Kommunen hin und betonte, dass man sich ihr gemeinsam annehmen müsse und sie gemeinsam meistern würde. Neue Wege seien zu gehen und pragmatische Lösungen zu finden (vgl. de Maizière 2015). Eine Woche später berichtete der damalige SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel über seine Erfahrung und die Arbeit der ehrenamtlichen Helfer*innen und der Behörden in der zu dieser Zeit größten Erstaufnahmeeinrichtung in Giessen (Hessen). Neben das Bekenntnis zu neuen Wegen und Lösungen gesellte sich das Lob der Kraft des Staates und die große Menschlichkeit. Mit dem gemeinsamen Streben von Akteur*innen könne Deutschland „einer großen Zahl von Menschen eine sichere Heimat geben“. Er sei sich sicher: „Wir schaffen das“ (Gabriel 2015).

Auf der Sommerpressekonferenz der Bundeskanzlerin am 31.08.2015 verkündigte Angela Merkel schließlich erstmals den Satz „Wir schaffen das“. Der

Satz traf ins Rückenmark der Debatte, polarisierte Anhänger*innen wie Gegner*innen und war zugleich ganz bewusst gewählt:

„Ich sage ganz einfach: Deutschland ist ein starkes Land. Das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das! Wir schaffen das, und dort, wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden, muss daran gearbeitet werden. Der Bund wird alles in seiner Macht Stehende tun – zusammen mit den Ländern, zusammen mit den Kommunen –, um genau das durchzusetzen“ (Angela Merkel, Sommerpressekonferenz 31.08.2015).

Doch die Geschehnisse dieser Tage nahmen weiter Fahrt auf. Am 05.09.2015 beschloss Angela Merkel mit ihrem österreichischen Amtskollegen, den am Budapester Bahnhof feststehenden Geflüchteten die Ausreise aus Ungarn und die Einreise nach Österreich und Deutschland zu ermöglichen. In der Folge dieser Entscheidung, die mit einer Aussetzung der Grenzkontrolle zwischen Deutschland und Österreich über mehr als eine Woche einherging, fanden immer mehr Menschen über die Balkanroute den Weg nach Deutschland. Die Maxime „Wir schaffen das“ der Bundeskanzlerin wurde in den Folgejahren immer mehr zur Trennlinie zwischen den beiden regierenden Schwesterparteien CDU und CSU – verhandelt als Obergrenze mit seinem bekannten Vertreter Horst Seehofer –, aber auch zum Streitpunkt der Großen Koalition (2013–2017). So distanzierte sich etwa der SPD-Chef Gabriel ein Jahr später, insbesondere auch im Zusammenhang mit den ersten terroristischen Anschlägen in Würzburg am 18.07.2016, in München am 22.07.2016 und in Ansbach am 24.07.2016, von der einfachen Wiederholung von „Merkels Satz“, indem er betonte: „Der Satz klingt schön, aber er reicht nicht aus“ (zitiert nach Heißler 2016).

Die in den Jahren 2015 und 2016 formulierten Schlaglichter der bundesdeutschen Debatte um die Aufnahme, das Willkommenheißen und die Integration von Menschen mit aktueller Fluchtbiografie deuten auf einen zweiten Paradigmenwechsel der Integrationspolitik seit 2013 hin (vgl. Abb. 1). Davor hatten das Zuwanderungsgesetz von 2005 sowie die Etablierung von Integrationsgipfel und Nationalem Integrationsplan das Gerüst für die verwaltungspolitische Betonung der ressortübergreifenden Querschnittsaufgabe der Integration mit ihrem zentralen Instrument der gesamtgesellschaftlichen Debatte um Willkommenskultur geschaffen. Mit der Erweiterung der Integration von Zuwanderer*innen um die Gruppe der Geflüchteten und Asylsuchenden wird seit 2013 schließlich der zweite Paradigmenwechsel der jüngeren Entwicklung der Integrationspolitik eingeläutet. Charakteristisch hierfür ist das verwaltungstechnische Verschneiden von Asyl- bzw. Flüchtlingspolitik und Arbeitsmarktpolitik seit Ende 2013. Das Verschneiden findet seitdem seinen Ausdruck in der Flexibilisierung des Arbeitsmarktzugangs bei gleichzeitiger Differenzierung der Zuwanderungsgruppen nach Her-

kunftsländern. Arbeit, Sprache, Asylrecht und Sozialraum werden zu Schnittfeldern der kommunalen Integrationspolitik. Die Fokussierung der Arbeitsmarktintegration hat schließlich weitreichende Implikationen für das politische System. Integrationsmaßnahmen jenseits des Arbeitsmarkts unterliegen seitdem komplexeren vertikalen und horizontalen Kompetenzverteilungen entlang der Schnittstellen Gesetzgeber, Verwaltung, öffentliche Träger sowie privat- und zivilgesellschaftliche Akteur*innen. Die Gemengelage aus integrationsrelevanten Akteur*innen hat ihrerseits direkte Implikationen für die Gestaltung von Begegnungs- und Austauschformaten auf lokalräumlicher Ebene der Quartiere.

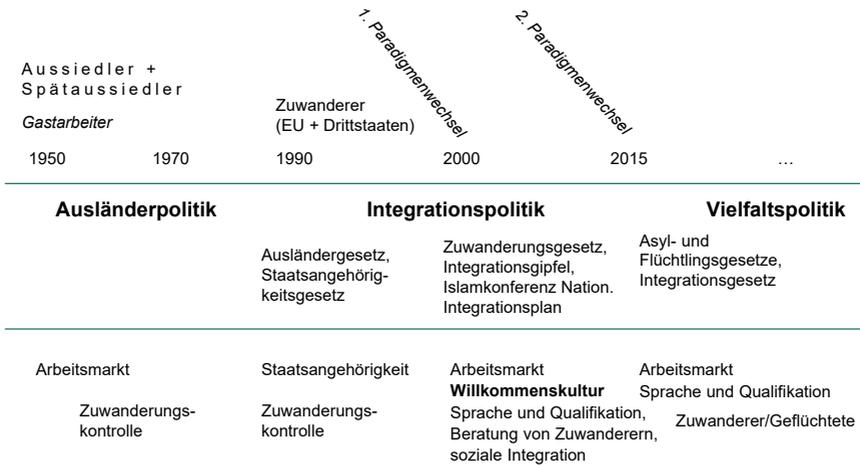


Abbildung 1: Paradigmenwandel in der Integrationspolitik

Quelle: eigene Darstellung

3 „So schaffen wir das“: das Wie der kommunalen Integrationspolitik

Es gehört zwischenzeitlich zum fächerübergreifenden Konsens, dass der lokalen Ebene bei der sozialen Integration eine Schlüsselrolle zukommt (vgl. Saunders 2010). Städte, Stadtviertel und Quartiere sind die Motoren der Vielfalt (Bukow et al. 2011). In urbanen Stadtgesellschaften sind Migrant*innen in Arenen urbaner Ökonomien, Bildungs- und Arbeitssysteme sowie soziale Netzwerke eingebunden. Auf der lokalen Ebene kommt es zu Begegnung, Austausch und gesellschaftlicher Beteiligung. Im öffentlichen Begegnungsraum der Nachbarschaften und Wohnumfelder werden Anerkennung, soziale Kontrolle, Vertrauen und gesellschaftlicher Konflikt diskursiv und alltagspraktisch ausgehandelt. Dialog durch

Vielfalt, Integrationserfolge und sozialräumliche Konflikte finden oftmals in direkter Nachbarschaft statt (vgl. Gesemann 2016). Im integrationspolitisch relevanten Werk „So schaffen wir das“ von Schiffauer et al. (2017) wird entlang von 90 Projekten der ehrenamtlichen und verwaltungspolitischen Arbeit mit Geflüchteten exemplarisch der Druck der raschen Unterbringung, Versorgung und sozialen Integration aufgezeigt, dem sich Kommunen im Zuge der Fluchtzuwanderung in den Jahren 2015 und 2016 noch einmal verstärkt gegenüber sahen. Aumüller und Gesemann (2014) weisen darauf hin, dass sich Kommunen deshalb schon seit Längerem – und damit weit vor der bundesdeutschen Ebene (entsprechend dem Diskurs im August 2015) – durch pragmatische Lösungen bei der Suche nach Integrationsmöglichkeiten auszeichneten. Um dem genuin lokalräumlichen Zielkonflikt aus Integration von Flüchtlingen und Migrationskontrolle gerecht zu werden, sind Kommunen insbesondere auf Nachbarschaftsebene auf ganzheitliche und kosteneffiziente Integrationslösungen angewiesen (vgl. Gesemann 2017). Infolge der kontinuierlichen Suche nach ganzheitlichen Wegen vereint sich im Spektrum integrationspolitischer, kommunaler Handlungsfelder (Sprachförderung, berufliche Integration, sozialräumliche Integration, politische Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement) eine immer größere Zahl von Akteur*innen aus Verwaltung, Zivilgesellschaft und privatwirtschaftlichem bzw. gemeinnützigem Sektor. Aus der Governance-Perspektive kommunaler Integrationspolitik bildet die Bewältigung der Querschnittsaufgabe einerseits eine große Herausforderung. Andererseits schafft die Gemengelage aus Akteur*innen und Praktiken im Zeichen der verwaltungstechnischen Krise des Zuzugs von Geflüchteten in kurzer Zeit auch einen produktiven Prozess (vgl. Schiffauer et al. 2017).

Um diesen produktiven Prozess der Entstehung von (neuen) Nachbarschaften zugänglich zu machen, bedarf es einer sozialtheoretischen Perspektivenerweiterung, die Raum als konstitutives Element des Sozialen versteht. Hierfür bietet sich die Theorie Sozialer Praktiken nach Schatzki (2002) an, bei der Raum sowohl konstitutive Voraussetzung als auch Ergebnis des Sozialen ist (vgl. Everts et al. 2011). Weder Raum noch das Soziale sind dabei präexistent bzw. stehen im Mittelpunkt der Betrachtung. In Erweiterung der wissenschaftlichen Debatte um die Kategorien von Quartieren und Nachbarschaften richtet die Praktikentheorie ihren Blick vielmehr auf das Tun und Sagen (Praktiken) sowie auf Materialitäten und Diskursformationen (Ordnungen) als die beiden zentralen Theoriebausteine (vgl. Abb. 2). Im Geflecht aus Praktiken und Ordnungen entsteht kontinuierlich der Aushandlungsort sozialer Ordnung (der sogenannte *site*), in dem und durch den soziales Zusammenleben stattfindet. Raum ist damit in wechselseitige Beziehungen von Praktiken und Ordnungen relational eingebunden: „Spaces [...] are preeminently qualified to be something where, and as part of which, events occur and entities exist“ (Schatzki 2002: 140). Diese Perspektive lässt sich auf räumliche Phäno-

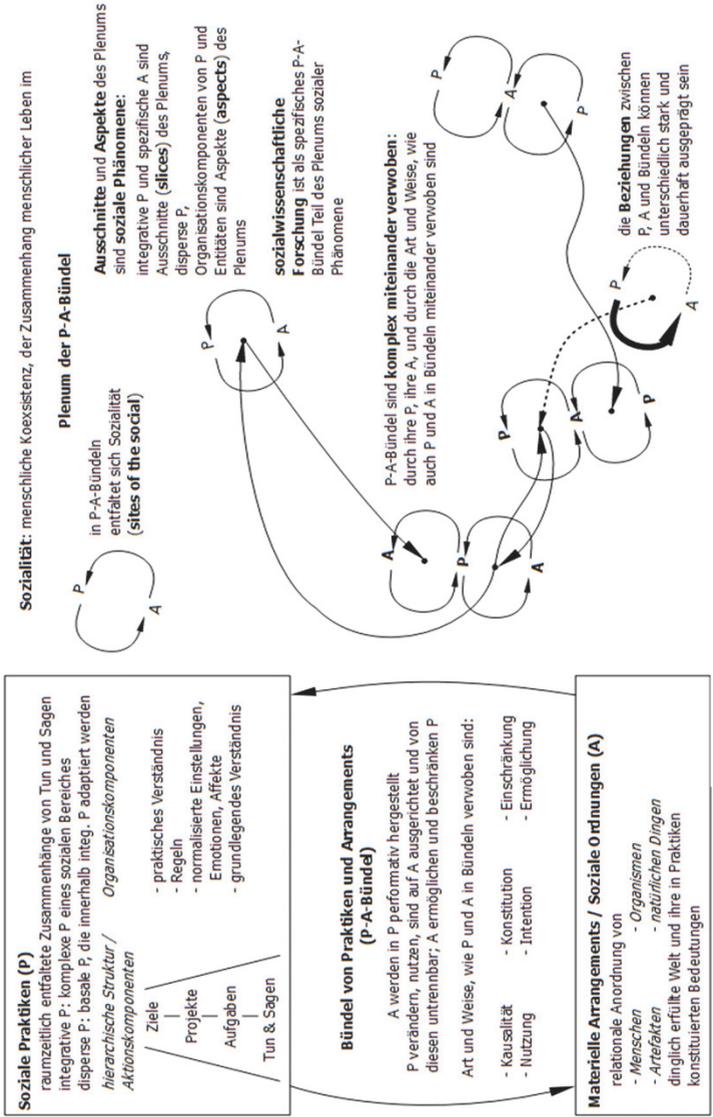


Abbildung 2: Konstitution sozialer Phänomene im praktikentheoretischen Vokabular Theodore Schatzkis

Quelle: Maus (2015: 59)

mene und damit auf die Betrachtung des Hervorbringens und Machens von Nachbarschaften übertragen. Mit der sukzessiven Integration sozialtheoretischer Ordnungskonzepte bei der Betrachtung von Stadtteilräumen treten zunehmend gesellschaftsrelevante Phänomene und ihre raumrelevante Bedeutung in den Vordergrund. Am Beispiel der kommunalpolitischen Integrationsaufgabe soll im Anschluss ein Blick auf eine prozessorientierte Konzeptualisierung von Sozialräumen geworfen werden, in der die praktikentheoretischen Bausteine als *Übersetzungsmethodik* von diskursgeleiteten und anwendungsorientierten Praktiken der kommunalen Integrationspolitik dienen.

4 Neue Nachbarschaften: das Beispiel Tempelhofer Feld

Als lokalräumlichen Schnittpunkt der Kontextualisierung einer aktuellen Integrationspolitik diskutiert der vorliegende Beitrag das Berliner Beispiel des öffentlichen Freiraums Tempelhofer Feld. Nach einer kurzen stadteografischen Einordnung des Tempelhofer Feldes trägt der Beitrag die empirischen Notizen zweier Beispiele der Aushandlungen und Gestaltungen des lokalen Integrationsmanagements zusammen, die aus praktikentheoretischer Perspektive sodann als *site* der Entstehung neuer Nachbarschaften skizziert werden sollen.

Das Tempelhofer Feld, ein 2008 endgültig stillgelegter Flughafen, befindet sich in zentraler innerstädtischer Lage Berlins und weist mit einer Fläche von mehr als 328 Hektar ein großes Nutzungspotenzial auf. Seit der 1990er-Jahren ist das ehemalige Flughafengelände Bestandteil einer intensiven Debatte über Folgenutzung, Stadtrechtsfragen, Immobilieninteressen und Verwertungslogiken und neuerdings ist das Gelände eben auch der Aushandlungsort der kommunalen Integrationspolitik. Auf dem Flughafen Tempelhof konzentrieren sich daher auch Verhandlungsprozesse einer zivilgesellschaftlich organisierten Gruppe, die sich aus unterschiedlichen losen Bündelungen Mitte der 2000er-Jahre zur Initiative „100% Tempelhofer Feld“ zusammengefunden hat. Ziel der Initiative war das Anstoßen und schließlich erfolgreiche Umsetzen eines Volksentscheids im Jahr 2014. Mit dem Volksentscheid wurde das „Gesetz zum Erhalt des Tempelhofer Feldes“ ins Berliner Abgeordnetenhaus getragen und Mitte 2014 erfolgreich verabschiedet (vgl. Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz 2015).

Das „ThF-Gesetz“ regelt im Kern, dass die Bebauung des Tempelhofer Feldes vollkommen untersagt ist und bis auf Ausnahmen keine Wohn- oder Freizeitbebauung stattfinden kann. Mit der Gesetzeseinführung wurde zudem ein aufwendiges partizipatives Planungsinstrument definiert, dass die zukünftige Nutzung in Gestalt des Entwicklungs- und Pflegeplans Tempelhofer Feld unter der Leitung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Grün Berlin, aber insbesondere auf die Grundlage der Diskussion von Zivilgesellschaft in Gestalt des

Feldforums und der konstituierten Feldkoordination skizzieren und die für deren Umsetzung notwendigen Projekte begleiten soll (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt 2016).

4.1 Konfliktive Orte: zwischen der Vermeidung von Obdachlosigkeit und dem Recht auf Stadt

Zwischen Sommer 2015 und Frühjahr 2016 nahmen die Ankunftsahlen von Geflüchteten in Berlin, aber auch in anderen deutschen Großstädten rasant zu. Die kurzfristige Bereitstellung von Grundversorgung für Tausende Menschen stellte die Berliner Verwaltung vor eine große verwaltungstechnische, logistische und humanitäre Herausforderung. Das sich vergrößemde Defizit an baulich geschlossenen, leer stehenden Immobilien für die Unterbringung von Geflüchteten zwang einzelne Bezirke dazu, bei der Neueröffnung von Notunterkünften auf größere Gebäude, Messehallen oder geschlossene Konversionsflächen auszuweichen. Im Falle der Notunterkunft Tempelhof – als der größten Flüchtlingsunterkunft in räumlicher und sozialer Nähe zum Tempelhofer Feld – kam es seit der Eröffnung Ende Oktober 2015 zu einer sukzessiven räumlichen Erweiterung der Unterbringungskapazitäten. Ende November 2015 waren in drei Hangars ca. 2.000 Menschen untergebracht. In der Debatte über die Jahreswende 2015/2016 sprach man von etwa 7.000 Bewohnern, die aufgrund fehlender Alternativen an Folge- oder Gemeinschaftseinrichtungen oder eines eklatanten Defizits an Wohnraum vorerst dauerhaft in Tempelhof unterkommen sollten (Der Tagesspiegel, 25.02.2016).

Mit den stagnierenden Zuwanderungszahlen von Geflüchteten ab dem zweiten Quartal 2016 kam es im Land Berlin zu einer merklichen Reduzierung der Ausbaudynamik von geplanten Notunterkünften und Aufnahmeeinrichtungen. Gleichzeitig wurde in der zweiten Jahreshälfte 2016 mit dem Aus-/Neubau von temporären und dauerhaften Gemeinschaftsunterkünften begonnen. Die politische Absicht, für die Unterkunft von Geflüchteten vorgesehene Turn- und Sporthallen durch Umverteilungs- bzw. Zentralisierungsvorgänge von der Belegung zu befreien, wurde Schritt für Schritt in die Tat umgesetzt. Im politischen Diskurs der Berliner Großen Koalition aus SPD und CDU wurde die Unterbringung der Geflüchteten Ende 2015 zur ersten, aber sehr zentralen Gretchenfrage des „Wie sollen wir das eigentlich schaffen?“. Unter der Maxime der Vermeidung von Obdachlosigkeit und vor dem Hintergrund der vermeintlichen Alternativlosigkeit der Unterkunft wagte sich die amtierende Landesregierung an den gerade einmal anderthalb Jahre alten Gesetzesentwurf der Freihaltung des Tempelhofer Feldes heran.

In einer Gesetzesnovelle im Januar 2016 wurde schließlich die Bebauung des asphaltierten Vorfeldes des Flughafens zur Errichtung von temporären Gemein-

schaftsunterkünften (sogenannte *Tempohomes*) gestattet. Die Bebauung des Feldes bzw. die Errichtung der temporären Infrastruktur auf der Fläche des Tempelhofer Feldes wird in der Novelle bis Ende 2019 legitimiert. Im Vorfeld des Beschlusses, aber insbesondere auch im Anschluss an den Gesetzesentwurf entfachte sich ein heftiger Streit zwischen der politischen Front und den zivilgesellschaftlichen Vertretungen (100% Tempelhofer Feld). Nicht unbedeutend ist dabei, dass seit der Gesetzesnovelle im Januar 2016 ein Regierungswechsel von der Großen Koalition (SPD/CDU) hin zu R2G (SPD/Die Linke/Grüne) erfolgte, was einige der ursprünglichen Kritiker der Gesetzesnovelle in ihrer Rolle als Opposition mittlerweile in die Rolle der Gesetzesumsetzer gerückt hat. Ursprünglicher Plan war es, bis Juli 2017 auf dem Tempelhofer Feld 976 temporäre Wohncontainer für bis zu 1.100 Personen entstehen zu lassen. In die Container sollten hauptsächlich Bewohner der Hangars und der Notunterkunft im Internationalen Congress Centrum (ICC) umgesiedelt werden (vgl. Frühauf 2017).

Inmitten der Aushandlung um den Erhalt der Freifläche, die Verhinderung der Bebauung und das Recht auf Stadt lassen sich seit Mitte 2016 damit zunehmend Diskurselemente der Solidarisierung mit Geflüchteten und der offenen Kritik des Konzepts der Massenunterkünfte und Ghettoisierung von Geflüchteten beobachten. So kam es nicht nur zu einer Ausweitung der Interessenlage, sondern insbesondere auch zu einer Erweiterung an den Diskurspraktiken beteiligter Akteur*innen. Bei der Aushandlung des Ortes traten neben der bis dahin diskursdominierenden Initiative 100% Tempelhofer Feld insbesondere auch zivilgesellschaftliche Organisationen der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe oder gemeinnützige Sozialträger in den Vordergrund. Durch ihre z. T. variierenden Arbeits-, Begleit- und Unterstützungspraktiken und durch deren direkte Verflechtung mit der Zielgruppe der vor Ort wohnenden, neuen Nachbar*innen des Tempelhofer Feldes zeichneten sich letztere insbesondere durch den starken Raumbezug aus. Die Frage der Bereitstellung und Verhinderung von temporärem Wohnraum in Gestalt von Containern (sogenannte *Tempohomes*) wurde demnach sukzessiv auf die des Gestaltens einer neuen Nachbarschaft für neue Nachbar*innen der Geflüchtetenunterkunft ausgeweitet.

4.2 Orte der interkulturellen Begegnung: Willkommenskultur im öffentlichen Raum

Seit Sommer 2016 widmet sich ein durch die Senatsverwaltung beauftragtes Sozialunternehmen¹ dem organisatorischen und inhaltlichen Aufbau einer Vernetzungs- und Kommunikationsstruktur, die eine Grundlage für die kommunikative

1 Das Projekt „Tempelhofer Feld – Aufbau einer Vernetzungs- und Kommunikationsstruktur“

und koordinative Abstimmung von niederschweligen interkulturellen Begegnungsaktivitäten zwischen Neu- und Alt-Berliner*innen im Aktionsraum Tempelhofer Feld bietet. Grundlage des Projekts ist eine Entscheidung des Abgeordnetenhauses Berlin, die politische Maxime der Willkommenskultur mit integrationspolitischen Implikationen im öffentlichen Stadtraum Berlin umzusetzen. Die Entscheidung mündete in eine Ausschreibung und Suche nach einer Projektkonzeption, das sich der Einrichtung von Not- und Gemeinschaftsunterkünften im Aktionsraum des Tempelhofer Feldes und der damit verbundenen, qualitativ erweiterten Nutzung der öffentlichen Freifläche durch die „Gruppe“ der Geflüchteten widmen würde. Zur Begleitung, Mediation, Information, aber auch zur Kontrolle und Handhabung neuer Nutzer*innen und damit verbundener Praktiken wurde auf dem Tempelhofer Feld die Grundlage für ein lokales Integrationsmanagement gelegt. Ziel des Managens sollte die Aktivierung und Einbindung der breiten Gemengelage neuer und alter Initiativen, Vereine und Privaten mit Ortsbezug zum Feld in einer gemeinsamen Begegnungsarbeit innerhalb der Klammer „Willkommen auf dem Tempelhofer Feld“ sein.

Das Projekt „Tempelhofer Feld – Aufbau einer Vernetzungs- und Kommunikationsstruktur“ gliedert sich in die drei Elemente des lokalen Integrationsmanagements: Sprachmittlung, mobile Beratung und Vernetzung. Nach inhaltlicher Sichtung und Analyse der veröffentlichten Projektberichte der implementierten Vernetzungs- und Kommunikationsmodule lassen sich folgende qualitativen Ergebnisse herausstellen (vgl. Grün Berlin 2016):

- *Sprachmittlung*: Die Sprachmittlungs- und Netzwerkarbeit durch ein mehrsprachiges Projektteam bildete den zentralen Baustein für die Einbindung der Geflüchteten in verschiedene Begegnungsformate. Auch wenn sich nur ein Teil der aufgesuchten Gruppen in den regelmäßigen Aktivitäten zeigte – was oftmals mit Schulzeiten, Amtsterminen etc. in Verbindung stand –, ließe sich die Aktivierung und Begleitung von Einzelnen oder ganzen Klein- und Großgruppen zu Veranstaltungen oder zum Zugangsort des Info-Pavillons als *community*bildender Brückenschlag verzeichnen. Der Kontakt- und Vertrauensaufbau war bei der Aktivierung aller Nutzer*innengruppen in öffentlich zugänglichen Begegnungsformaten von entscheidender Bedeutung.

wird im Auftrag der Grün Berlin GmbH durch das Sozialunternehmen interkular gGmbH ausgeführt. Der Autor steht dem Sozialunternehmen in geschäftsführender Rolle vor. Der Autor verfolgt die Geschehnisse rund um das Tempelhofer Feld seit 2015 nicht nur wissenschaftlich, sondern auch durch die Projektumsetzung und konnte empirische Daten aus unzähligen Gesprächen mit dem diskutierten Akteursfeld in die Erkenntnisse des Beitrags einfließen lassen.

- *Mobile Beratung*: Der Baustein der mobilen Beratung bildete die inhaltliche Basis der Projektarbeit und stellte für viele Nutzer*innengruppen das personelle Gesicht der Begegnungsarbeit dar. Durch die Erweiterung der Praktiken der Informations- und Wissensvermittlung um ein bedarfsorientiertes Angebot von Sport- und Spielaktivitäten sei der Ort des Info-Pavillons zunehmend zum zentralen Ort der Begegnung und des Austauschs geworden.
- *Vernetzung*: Vor dem Hintergrund der projektspezifischen Rahmenbedingungen hat sich die Netzwerkarbeit mit Initiativen und Vereinen der umliegenden Nachbarschaften unterschiedlich intensiv gestaltet. Die Herausforderungen des Netzwerkaufbaus und der Netzwerkpflge reichten von schwer überwindbaren Vorbehalten bis hin zu großer Kooperationsbereitschaft gegenüber dem Projektziel. Mittels der Durchführung eines Runden Tisches konnte ein produktiver Schulterschluss zwischen unterschiedlichen Akteursgruppen hergestellt werden. Ebenso konnten erste lösungsorientierte Ansätze für die Umsetzung kombinierter interkultureller Begegnungsformate eines ergebnisoffenen lokalen Integrationsmanagements geschaffen werden. Schließlich habe der mehrsprachige *Veranstaltungskalender* dabei geholfen, ein ansprechendes Format für die Kommunikation von Begegnungsformaten zu schaffen. Die Reichweite des Veranstaltungskalenders kann nur schwer eingeschätzt werden. Allerdings sei seine positive Wirkung in Unterkünften deutlich geworden. Gleichzeitig stehen Reichweite und Akzeptanz des Veranstaltungskalenders in Verbindung mit der Vielfalt der Begegnungsformate.

Aufbauend auf den Projekterfahrungen der ersten Saison der Willkommenskultur auf dem Tempelhofer Feld wurden im abschließenden Projektbericht 2016 konkrete Handlungsempfehlungen für die Einrichtung und die qualifizierte Weiterentwicklung der Vernetzungsarbeit formuliert (vgl. Grün Berlin 2016). Konkretes Ergebnis dieser Handlungsempfehlungen ist es, das Tempelhofer Feld als Ort der interkulturellen Begegnung zu qualifizieren. Aufbauend auf den konsolidierten Projekten auf dem Tempelhofer Feld und den im Sommer 2016 angeschobenen Begleitungsformaten werden Veranstaltungen interkultureller Begleitungsaktivitäten an zentralen Orten der Freifläche empfohlen. Dazu zählen etwa Dialogveranstaltungen zu Ehrenamt oder bürgerschaftlichem Engagement, interkulturelle Bildungsspaziergänge oder Aktionstage mit Musik, Kinderprogramm und Erfahrungsaustausch zwischen lokalen Akteur*innen. An diesem neuen Ort der Begegnung kommt im Falle des Tempelhofer Feldes dem Info-Pavillon eine zentrale Rolle zu. Der Info-Pavillon war von der landeseigenen Betreibergesellschaft Grün Berlin GmbH ursprünglich als reiner Informationsort vorgesehen gewesen. Durch die seit 2016 umgesetzten Praktiken der lokalräumlichen Interaktion und Teilhabe

– wie das Verleihen von Spiel- und Sportgeräten oder das Durchführen von Veranstaltungen und regelmäßigen Aktivitäten – ist der Info-Pavillon nicht nur funktional aufgewertet, sondern zu einem Zugangsort und Treffpunkt interkultureller Begegnung geworden. Die Teilhabe und Aktivierung neuer Nutzer*innengruppen im öffentlichen Freiraum kann daher als Chance für die Gestaltung neuer Nachbarschaften gesehen werden. Insbesondere die Einbindung der Gruppe der Bewohner*innen der *Tempohomes* schafft Gelegenheit, das Tempelhofer Feld vom Sommer 2018 an noch weiter als Ort der interkulturellen Begegnungsarbeit zu qualifizieren. Dabei ist die Berücksichtigung der Bedarfe von Geflüchteten von großer projektspezifischer Bedeutung. Durch die Schaffung und Umsetzung von kulinarischen und interkulturellen Begegnungsformaten – wie Teestunden, Picknick, gemeinsamem Musizieren – konnten Anreize für die Teilhabe am Entstehungsprozess der neuen Nachbarschaft geschaffen werden. Sie bilden wichtige Erfahrungswerte für ein lokales Integrationsmanagement im direkten Sozialraum von Geflüchteten-Unterkünften und lassen sich mitunter auf andere beteiligungsorientierte Projekte des Nachbarschaften-Machens in der Co-Produktion von öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen übertragen (z. B. „BENN – Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften“).

4.3 *Neue Nachbarschaften praxistheoretisch denken*

„Integration findet vor Ort statt“ (Bommes 2008: 160) – und vor Ort sind Migrant*innen nicht nur in Arenen urbaner Ökonomie, Bildungs- und Arbeitssysteme sowie soziale Netzwerke eingebunden, denen die wissenschaftliche Debatte integrationsfördernde Effekt beimisst (vgl. Gesemann 2016). Das Vor-Ort ist vor allem die lokale Ebene, auf der sozialer Austausch, interkulturelle Begegnung sowie gesellschaftliche Teilhabe stattfindet, während zeitgleich gesellschaftlicher Konflikt diskursiv und alltagspraktisch verhandelt wird. Das Lokale ist daher auch nicht grundlos der Ort, an dem die politische Maxime „Wir schaffen das“ pragmatische Lösungen für die Integrationsaufgabe sucht. Im empirischen Rückblick auf die beiden Fallbeispiele – die diskursive Aushandlung der Unterbringung von Geflüchteten in der Notunterkunft des ehemaligen Flughafens Tempelhof einerseits, und Gestaltung der interkulturellen Begegnung auf dem Tempelhofer Feld andererseits – treten das Machen und Werden neuer Orte der Integration in den Mittelpunkt der Betrachtung. Mithilfe der praxistheoretischen Perspektive auf diesen produktiven Prozess der Entstehung neuer Orte des Lokalen wird der Blick auf alltägliche Diskurse, Materialitäten und soziale Akteur*innen freigelegt. Sie sind jeweils verbunden mit einem bestimmten Tun und Sagen. Dazu zählen Sprechakte des Protests gegen die Bebauung öffentlicher Freiflächen, das Niederschreiben und Einführen von Gesetzesnovellen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit oder

auch niederschwellige Begegnungsaktivitäten beim Fußballspielen, Musizieren oder gemeinsamen Kochen. Die Theorie der sozialen Praktiken sieht das Entstehen sozialer Räume als konstitutiven Prozess der Verknüpfung von eben diesen Praktiken und Ordnungen. Im Beispiel des Tempelhofer Feldes lässt sich empirisch schließlich zeigen, wie neue soziale Räume mit bestimmten integrativen Schlüsselrollen – in diesem Fall Nachbarschaften – in einzelnen diskursiven und aktivitäts- und veranstaltungsbezogenen Praktiken-Ordnungen-Bündeln der Begegnung, des Austauschs und der Teilhabe entstehen.

5 Beobachtungen *zusammenbringen*

Das komplexe Föderalsystem in Deutschland rahmt die Governance der Integration maßgeblich. So stehen vertikale Kompetenzverteilungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen den horizontalen Kompetenzverteilungen zwischen den Ressorts der Integration z. T. entgegen. Gleichzeitig ist es auch eben diese Struktur, die Deutschland zu einem lebendigen Laboratorium für Innovationen im Integrationsbereich macht. Anders als in anderen Ländern der EU gibt es zahlreiche sich z. T. ergänzende Integrationsparadigmen. Insbesondere in der Erweiterung der integrationspolitischen Frage um die aktuelle Flüchtlingspolitik, die zwischen 2015 und 2016 im Krisenmodus betrieben wurde, liegt eine Chance für eine Erneuerung und Weiterentwicklung der Integrationspolitik. Die offene Struktur der derzeitigen kommunalen Integrationspolitik schafft Möglichkeitsräume für Innovationen.

Mit Blick auf die Schlüsselrolle der lokalen Ebene der Nachbarschaft diskutiert der Beitrag im Kontext des Tempelhofer Feldes zwei Beispiele der Entstehung neuer Nachbarschaften. Aus der Perspektive der kommunalen Integrationspolitik wurde dabei der Frage nachgegangen, wie sich die gesellschaftspolitische Maxime der Willkommenskultur in das diskursive und anwendungsorientierte Feld der Begegnung und Teilhabe einwebt. In der praktiktheoretischen Lesart der Fallbeispiele spannen die planerische Setzung einer temporären Gemeinschaftsunterkunft und der Auftrag zum Aufbau einer Vernetzungs- und Kommunikationsstruktur einen Möglichkeitsraum für die Gestaltung der niederschweligen Begegnungsarbeit auf. Dabei gelangen durch die diskursive Verhandlung und die erfahrungsbasierte Verschriftlichung interkultureller Ansätze der Begegnungsarbeit akteurs- und ressourcenbezogene sowie an die pluralen Lebenswirklichkeiten angelehnte Sichtweisen auf das Nachbarschaften-Machen in die planungspraktische Realität. Mit dieser Erweiterung lässt sich auch eine planungspraktische Verschiebung hin zu einem kultursensiblen Verständnis von beispielbarem Sozialraum anstelle von strukturellem Planungsraum vermuten.

Der Krisenmodus der Versorgung, Unterbringung und Einbindung von Geflüchteten ist daher mitunter auch als Möglichkeitsrahmen zu lesen. Denn anstatt den Krisenmodus weiterzufahren oder auch „nur“ diskursiv zu verteufeln, kann ein wissenschaftlich gestützter Erfahrungsaustausch über Praktiken der Begegnung und Teilhabe entlang der Schnittstellen von Verwaltung und Zivilgesellschaft eine stärker pragmatische Debatte um neue, integrationspolitische Wege auf der Nachbarschaftsebene anstoßen. Damit bietet die „Flüchtlingskrise“ der Jahre 2015 und 2016 ein Kontinuum zwischen Kritik und Vermittlermodus. Der Modus bietet viele Ansatzpunkte dafür, wie aktuelle und zukünftige Herausforderungen der Integration durch eine sozialraumorientierte Teilhabe und Mitgestaltung bewältigt werden können. Neben der politischen Maxime einer Anerkennungs- und Willkommenskultur und einer auf Vielfalt ausgerichteten Integrationspolitik treten plurale Akteur*innen- und Praktikengeflechte des Nachbarschaften-Machens in den Vordergrund.

Schließlich macht sich der Beitrag auf die Suche nach einer spezifischen Übersetzungs- und Kommunikationsmethodik, welche eine Planungspraxis des kommunalen Integrationsmanagements um den wissenschaftlich gestützten Erfahrungsaustausch erweitert. Um der Querschnittsaufgabe der Integration gerecht zu werden, stellt diese Methodik das Verwoben-Sein komplexer Aktivitäten (Praktiken) mit der großen Gemengelage aus Akteur*innen unterschiedlicher Verwaltungsebenen, gesetzlichen Rahmenbindungen und diskursiven Formationen (Arrangements bzw. Ordnungen) in den Mittelpunkt der Betrachtung des gesellschaftsrelevanten Phänomens der Integration von Zugewanderten. Auf der Suche nach dieser Übersetzungsmethodik des lokalen Integrationsmanagements spricht sich der Beitrag für das Potenzial der methodologischen Erweiterung des städtischen Governance-Ansatzes um praktikentheoretische Theoriebausteine aus. Kommunale Integrationspolitik lässt sich entsprechend als plurale Verflechtung von neuen Akteur*innenkonstellationen und Praktiken lesen. In diesem Geflecht entstehen *sites* der Begegnung und Teilhabe. Im Zeichen eines relationalen Raum- und Handlungsbezugs bilden die *sites* ganz praxisnahe Laboratorien des Nachbarschaften-Machens und erweitern das Spektrum der Governance-Arenen der Integration um Erprobungsräume der Co-Produktion einer pluralen Stadtgesellschaft. In diesen Arenen werden Herausforderungen, Bedarfe und Lösungen nicht etwa getrennt voneinander betrachtet, sondern treten in den Mittelpunkt der Betrachtung des Sozialräumlichen. Auf der Suche nach dem „So schaffen wir das“ ist die Pluralität der Akteur*innen- und Handlungszusammenhänge in konkreten Praxiszusammenhängen des lokalen Integrationsmanagements schließlich als innovatives Feld des Entstehens neuer Nachbarschaften zu skizzieren.

Literatur

- Aumüller, J. & Gesemann, F. (2014): Integrationspotentiale ländlicher Regionen im Strukturwandel. Darmstadt.
- Bommes, M. (2008): „Integration findet vor Ort statt“ – über die Neugestaltung kommunaler Integrationspolitik. In: Bommes M. et al. (Hrsg.): Migrationsreport 2008. Fakten – Analysen – Perspektiven. Frankfurt am Main: 159-194.
- Buckow, W. D., Heck, G., Schulze, E. & Yildiz, E. (Hrsg.): Neue Vielfalt in der urbanen Stadtgesellschaft. Wiesbaden.
- Deffner, V. (2013): Quartiere als soziale Räume. Sozialgeographische Reflexion. In: Deffner, V. & Meisel, U. (Hrsg.). StadtQuartiere: Sozialwissenschaftliche, ökonomische und städtebaulich-architektonische Perspektiven. Essen: 83-98.
- De Mazière, T. (2015): Pressekonferenz von Bundesminister am 19.08.2015. <https://goo.gl/zF1CUo>. Letzter Zugriff: 24.8.2017.
- Der Tagesspiegel (25.2.2016): Die nächsten beiden Hangars werden bald belegt. Abrufbar unter: <https://goo.gl/aSvZnv>. Letzter Zugriff 24.08.2017
- Everts, J., Lahr-Kurten, M., & Watson, M. (2011): Practice matters! Geographical inquiry and theories of practice. *Erdkunde*, 65(4): 232-334.
- Frühauf, H. (2017): Tempohomes, eine Glaubensfrage (26.4.2017). Abrufbar unter: <https://goo.gl/FySJwP>. Letzter Zugriff: 24.8.2017.
- Gabriel, S. (2015): „VIDEO-PODCAST #3 // FLÜCHTLINGSPOLITIK“. Abrufbar unter: <https://sigmar-gabriel.de/video-podcast-3-fluechtlingspolitik/>. Letzter Zugriff: 24.8.2017.
- Gesemann, F. (2016): Kommunale Integrationspolitik. In: Brinkmann, H. U. & Sauer, M. (Hrsg.): Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Entwicklung und Stand der Integration. Wiesbaden: 281-309.
- Grün Berlin (2016): Abschlussbericht im Projekt „Tempelhofer Feld – Aufbau einer Kommunikations- und Vernetzungsstruktur“. 30.11.2016, Berlin. Abrufbar unter: <https://goo.gl/j9dyTE>. Letzter Zugriff: 24.8.2017.
- Heißler, J. (2016): Merkels drei große kleine Worte. In: *tagesschau.de* (31.8.2016). Abrufbar unter: <https://goo.gl/FSyNyK>. Letzter Zugriff: 24.8.2017.
- Maus, G. (2015): Erinnerungslandschaften: Praktiken ortsbezogenen Erinnerns am Beispiel des Kalten Krieges. In: *Kieler Geographische Schriften*, Band 127. Kiel.
- Merkel, A. (2015): Sommerpressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel. <https://goo.gl/SjFiCN>. Letzter Zugriff: 31.10.2017.
- Saunders, D. (2010): *Arrival city. How the largest migration in history is reshaping our world*. London.
- Schatzki, T. (2002): *The Site of the Social. A Philosophical Account of the Constitution of Social Life and Change*. Pennsylvania.
- Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz (2014): Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin: Gesetz zum Erhalt des Tempelhofer Feldes (ThF-Gesetz). Berlin.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (2016): Tempelhofer Feld: Entwicklungs- und Pflegeplan. Berlin.
- Schiffauer, W., Eilert, A. & Rudloff, M. (Hrsg.): *So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch. 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten*. Bielefeld.

- Schnur, O. (2008): Quartiersforschung im Überblick: Konzepte, Definitionen und aktuelle Perspektiven. In: Schnur, O. (Hrsg.): Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis. Wiesbaden: 19-51.
- Schnur, O. (2012): Quartier und Nachbarschaft. In: Eckhart, F. (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden: 449-474.
- Vogelpohl, A. (2008): Stadt der Quartiere? Das Place-Konzept und die Idee von urbanen Dörfern. In: Schnur, O. (Hrsg.): Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis. Wiesbaden: 69-86.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





Zwischen Recht auf Stadt und Creative City – das Projekt „Alm DIY“

Fabian Sandholzer

1 Einleitung

In den vergangenen Jahren ist eine Fülle lose verwandter Aktivitäten in den Fokus wissenschaftlicher und planerischer Diskurse gerückt. Unter Labels wie „informeller Urbanismus“, „tactical urbanism“ oder „subversiver Urbanismus“ wird eine Reihe von städtischen Praktiken zusammengefasst. Ihren Niederschlag finden sie meist in Bespielungen oder Aneignungen des öffentlichen Raumes oder in Zwischennutzungen von leer stehenden Gebäuden/Brachflächen (vgl. Iveson 2013: 941). Willinger (2014: 149) subsumiert ein breites Spektrum an Protagonisten als „informelle Akteure der Stadtentwicklung“: von Energiegenossenschaften, Sportvereinen und Bürgerstiftungen bis hin zu Guerilla Gardening, wildem Skaten oder BMX. Diese Phänomene und deren Beitrag zum städtischen Leben im Quartier, können einen vielversprechenden Ausgangspunkt für demokratischere Städte und das Hinterfragen von konventionellen Top-down-Planungsansätzen bilden.

Der folgende Beitrag beschäftigt sich deshalb ausführlich mit einem Do-it-yourself-Skateboard-Projekt namens „Alm DIY“, das als ungenehmigte, temporäre Nutzung einer brachliegenden Fläche inmitten eines der größten Stadtentwicklungsprojekte Wiens begann. Ausgehend vom „Recht auf Stadt“, das der französische Philosoph Henri Lefebvre postulierte, stellt sich die Frage, inwieweit dieses Projekt eine demokratische Form der Mitgestaltung und Rückgewinnung der Stadt darstellt. Gleichzeitig werden sich Stadtverwaltungen und –entwickler*innen immer mehr des Potenzials bewusst, welches diese Initiativen mit sich bringen können. Besonders für kulturell geprägte Entwicklungsstrategien wie die Creative City (vgl. Florida 2002) scheinen diese Aktivitäten einen besonderen Reiz auszuüben. Neben dem theoretischen Hintergrund greift dieser Beitrag auch auf die im Rahmen der Masterarbeit des Autors erhobene Empirie¹ zurück.

1 Im Jahr 2016 wurden Interviews mit „Alm DIY“ (i. F. Interview 1), „Nordbahnhofgelände für Alle“ (i. F. Interview 2), DfIn Jutta Kleedorfer von „einfach – mehrfach“ (i. F. Interview

2 Skateboarden und Stadt

Schon vergleichsweise lange sind Skateboarder*innen in vielen Städten präsent und zogen auch immer wieder das Interesse der Stadtforschung auf sich (z. B. Borden 2001; Chiu 2009; Howell 2008; Peters 2016; Schweer 2014). Die verschiedenen Praktiken des Skateboardens werden im Folgenden kurz dargelegt, um anhand dessen die unterschiedlichen Zusammenhänge und Wechselwirkungen mit dem Stadtraum zu verdeutlichen. Dies soll als Grundlage für die späteren Ausführungen zum betrachteten Fallbeispiel „Alm DIY“ dienen.

2.1 Street-Skaten

Das Street-Skaten spielt sich in der Wildnis der Stadt ab. Laut Peters (2016), ähnlich auch bei Borden (2001) und Vivoni (2013), gibt es im Street-Skaten zwei zentrale Aktivitäten: zum einen das Umherschweifen auf Skateboards durch die



Abbildung 1: Ein Skateboarder überwindet einen Müllkübel mit einem „Ollie“. Grobkörniger Asphalt, Fußgänger- und Autoverkehr erschweren das Ausführen des Manövers, erhöhen aber zusammen mit dem Straßenbild von New York City den Wert der Aufnahme des nebenan fahrenden Filmers.

Quelle: F. Sandholzer, 2013

Stadt und zum anderen die spielerische Raumverhandlung eines konkreten „Skate-spots“. Alltägliche Objekte erhalten durch unterschiedliche Eigenschaften einen speziellen Status im Blickwinkel der Skateboarder und werden als „Skatespots“ entdeckt. Mauern, Bänke, Geländer oder Treppenstufen werden in der Skate-Logik nicht in der von der Planerin bzw. dem Planer oder der Architektin bzw. dem Architekten intendierten Funktion gelesen (vgl. Abb. 1) und stattdessen für die Durchführung von Skateboard-Tricks zweckentfremdet. Im Vordergrund steht dabei nicht immer nur die beste materielle Beschaffenheit einer Architektur, um darauf Tricks zu vollziehen. Ästhetische und symbolische Eigenschaften oder die geografische Lage können – besonders in Hinblick auf eine mediale Verwertung – ebenso entscheidend für die Popularität und den Stellenwert eines Spots sein (vgl. Peters 2016: 143).

2.2 Park-Skaten

Mit den Skateparks und deren Variationen gibt es gebaute Sonderräume, welche explizit zum Zweck des Skateboardfahrens errichtet worden sind. Deren Gestaltung reicht von der Imitation der städtischen „Natur“ (sogenannten Streetplazas) bis hin zu leeren Swimmingpools nachempfundenen Landschaften (sogenannten Bowls oder Pools).

„Skateboarders Won“ betitelte die New York Times einen Artikel, der die zunehmende Anzahl von Skateparks und die ins Positive umgeschlagene Stimmung städtischer Verwaltungen gegenüber deren Errichtung behandelt (vgl. Ihaza 2018). Gleichzeitig verdeutlicht das im selben Artikel auftauchende Zitat „*Skate parks have always been designed to contain an activity that is about roaming, and often dangerous, or at least unlawful trespassing*“ (Barrow zit. nach Ihaza 2018: o. S.) die andere Seite des vermeintlichen Erfolges. Stadtverwaltungen sehen hier eine Möglichkeit, die Praxis des Street-Skatens zu disziplinieren und sie aus dem öffentlichen Raum in gemäßregelte Sonderräume umzulenken. Zusammen mit einem repressiven Vorgehen gegenüber Street-Skaten führen sie so zu einer Normierung, Disziplinierung und Segregation des Skateboardfahrens (vgl. Peters 2016: 152 f.).

2.3 DIY-Skaten

Schon vor dem gegenwärtigen Boom des Selbermachens hatte das DIY-Skaten innerhalb der Skateboardwelt seinen Platz. Es unterscheidet sich von anderen Skateboard-Praktiken durch die eigenständige Veränderung der gebauten Umwelt und setzt somit zusätzlich handwerkliches Können voraus (vgl. Abb. 2). Bereits mini-

male Eingriffe wie etwa das Ausbessern eines Spalts mit Blitzbeton können aus einem nicht befahrbaren Objekt einen Skatespot schaffen. Oftmals entstehen aber auch ganze Skatestrukturen. In der Regel sind diese weder legal errichtet noch professionell erbaut und liegen auf brachliegenden Flächen (vgl. Schweer 2014: 51).

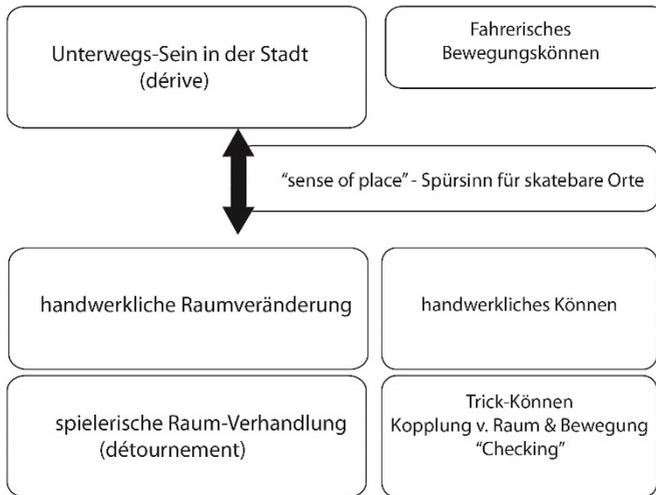


Abbildung 2: Komponenten der Praktik des DIY-Skatens

Quelle: Peters (2016: 159)

Als emblematisches Beispiel des DIY-Skatens gilt der unterhalb der Burnside Bridge in Portland, USA, errichtete Burnside Spot. Im Sommer 1990 startete eine Gruppe lokaler Skateboarder*innen ihr Projekt auf einem Parkplatz eines verlassenen Hotels unterhalb der Brücke. Anfangs wurde zusammen mit Obdachlosen begonnen, eine Schräge aus Beton zu bauen. Seitdem wurden nach und nach Rampen hinzugefügt, wieder abgerissen und modifiziert. Die Stadtbehörden ignorierten den selbst erbauten Skatepark zunächst, drohten dann mit dem Abriss, bevor sie ihn schlussendlich offiziell genehmigten (vgl. Borden 2001: 76). Mit ein Grund für die positive Stimmung der städtischen Behörden gegenüber dem Projekt war ein beobachteter Rückgang gewisser Formen von Kriminalität in der Nachbarschaft sowie die Aufwertung der zuvor vor allem von Drogenkonsument*innen, Alkoholkranken und Prostituierten genutzten Fläche (vgl. Lombard 2010: 485 f.).

Peters (2016) sieht im DIY-Skatens eine starke Betonung der Eigenwilligkeit und Eigensinnigkeit des Skateboardfahrens und baut den Gedanken aus, indem er es als Rückführung des Skatens aus dem kulturellen Mainstream wieder hin zur

Subkultur sieht. Er beschreibt das DIY-Skaten als Reaktion auf die zunehmende Kommerzialisierung (vgl. Schweer 2014) und das dadurch ausgelöste Bedürfnis nach „Nahraum-Erfahrungen und eigentätiger Ästhetisierung der persönlichen Nahwelt“ (Peters 2016: 155 f.). Da ein DIY Spot-immer auch Arbeit im Sinne des Bauprozesses an einem selbst und im Kollektiv ist, erschafft er gemeinsame, an den Ort geknüpfte und von diesem ausgestrahlte Identität. Schweer betrachtet DIY-Spots auch deswegen als Heterotopien im Sinne Foucaults, da sich die Skateboarder „Räume schaffen, welche ihren eigenlogischen Bedürfnissen entsprechen und die in Abgrenzung zur gesellschaftlichen Umwelt eigene Werte und Handlungsparameter setzen“ (Schweer 2014: 55).

Sowohl DIY-Spots als auch reguläre Skateparks, -hallen und -plazas sind speziell zum Skaten gebaute Strukturen. Ihre Unterschiedlichkeit hebt Vivoni (2013) anhand der Beispiele des Burnside Parks als DIY-Spot und eines vom Schuhhersteller Vans in einem Einkaufszentrum errichteten Skateparks hervor:

„The first is grassroots, illegal, and on the fly while the second is air conditioned, for-profit, and highly regulated. Furthermore, each skatepark claims divergent social settings and reproduces dissimilar social relations. The Burnside Project is founded on do-it-yourself anti-authoritarian camaraderie while the Vans Skatepark is set in elite consumption through membership fees and enforced rules and regulations“ (Vivoni 2013: 52).

Im Spektrum von zweckgebauten Spots und Parks gibt es eine Reihe von verschiedenen Ausprägungen. DIY-Spots und -Parks müssen auch nicht immer illegal sein; ein legales Beispiel ist eine auf dem Gelände des Tempelhofer Feldes in Berlin realisierte Skateskulptur. Die Errichtung dieser geschah im Rahmen einer partizipativen Baustelle und unter Verwendung von aus dem Abriss des Palastes der Republik stammenden Granitplatten (vgl. Freivogelheit GmbH 2012). Die meisten DIY-Spots sind allerdings durch ihre Illegalität ein temporäres Phänomen, doch macht das ständige Bauen neuer Spots einen Teil der Attraktivität aus. Der in der Szene für seinen Einsatz für DIY-Spots bekannte schwedische Skater Pontus Alv meint dazu:

„Well we have been building DIY spots here for about ten years and we have seen our spots go up and come down. It always hurts and it always sucks, but it is a part of the game. The spots are temporary and always in progress, these spots are organic and we all know they won't last forever. But this is what makes them so good, it fires up the sessions and you push it all a bit extra 'cause you never know when it will all be gone“ (Irvine 2013: o. S.).

3 Das Projekt „Alm DIY“

Entlang der in Kapitel 2.3 beschriebenen Praxis des DIY-Skatens entwickelte sich im 2. Wiener Gemeindebezirk das sogenannte Alm-DIY-Projekt.

Auf dem Areal des ehemaligen Nordbahnhofes begann 2014 ein aus einer Kerngruppe von sechs bis sieben Personen bestehendes Kollektiv damit, erste Rampen in Eigenregie zu betonieren. Die dabei bebaute brachliegende Fläche auf dem ehemaligen Bahnhofsgelände liegt inmitten eines der größten Stadtentwicklungsgebiete Wiens. Etwa die Hälfte des gesamten Gebiets ist bereits bebaut; für den nordwestlichen Teil wurde 2014 ein neues städtebauliches Leitbild entwickelt. Dieses sieht ein großzügiges Freihalten der Mitte als naturnah ausgestalteten Grünraum und eine Konzentration der vielseitig genutzten Randbebauung vor (vgl. Magistratsabteilung 21 2015: 17). Es wurde in einem Partizipationsprozess erarbeitet und sieht in der freien Mitte auch die Möglichkeit vor, dass „sinnvolle Zwischennutzungen; F.S.] von Teilen des Areals für die NutzerInnen des Stadtteils“ (ebd.: 31) entstehen können. Die von der Alm-DIY-Gruppierung genutzte Fläche liegt in dieser „freien Mitte“ und somit auf einem Areal, das zukünftig gar nicht bebaut, sondern höchstens landschaftsgärtnerisch gestaltet werden soll – wobei hier ebenfalls im Leitbild erwähnt wird, dass die „freie Mitte“ naturnah und weitgehend unverändert erhalten bleiben soll (vgl. ebd.: 40).

Als keine offensichtlichen Probleme mit der Bebauung und Nutzung auftauchten, wurde der Platz nach und nach ausgebaut. Nur wenige Wochen darauf wurden die Betonrampen allerdings im Auftrag des Grundstückseigentümers, der Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB), abgerissen. Nachdem der Abbruch in Berichten lokaler Medien thematisiert worden war, signalisierten die ÖBB Gesprächsbereitschaft bezüglich einer etwaigen Zwischennutzung auf der Fläche. Aus dem Umfeld der Erbauer*innen wurde daraufhin der „Verein zur Förderung von Skateboard D.I.Y. Projekten“ gegründet und ein vorerst auf ein Jahr befristeter Vertrag zwischen Verein und Grundstückseigentümer ermöglichte einen zweiten Anlauf von „Alm DIY“. Bei den Verhandlungen zwischen Verein und Grundstückseigentümer war auch das auf Mehrfach- und Zwischennutzungen spezialisierte Projekt „einfach – mehrfach“ der Stadt Wien beteiligt. Neben der beratenden Unterstützung konnte auch eine finanzielle Förderung vonseiten der Stadt erreicht werden (vgl. Interview Kleedorfer). Das Kollektiv begann nun wiederum mit dem Betonieren von Rampen und erweiterte das Areal um Gemeinschaftsgärten, Fitnessgeräte und einen Aufenthaltsbereich (vgl. Abb. 3). Zusätzlich dazu wurden die Betonrampen auch zur Erstellung von Street-Art genutzt. Neben den Skateboarder*innen, die sich aus der gesamten Stadt, teilweise auch aus ganz Europa und der Welt, auf den Weg zu den Rampen machten, entdeckte auch die Nachbarschaft den Platz für sich. Die beim Projekt involvierten Anrainer*innen hingegen

kamen primär nicht zum Skaten, sondern waren eher bei den Gemüsebeeten engagiert oder nutzten den Platz, um mit ihren Kindern Fußball zu spielen. Eine weitere Nutzer*innengruppe waren etwas ältere Kinder und Jugendliche, welche den Platz ebenfalls für sich entdeckt hatten und ihn als Abenteuerspielplatz oder zum Tretrollerfahren nutzten (vgl. Interview 2). Auch wenn die Schaffung eines in Eigenregie und durch Selbstverwaltung gestalteten Platzes eines der Hauptmotive für die Errichtung der „DIY-Alm“ war, ermöglichte die offene Gestaltung eine vielseitige Bepielung und schuf so einen Ort, welcher gerade nicht als exklusiv und kollektiv geschlossen zu bezeichnen ist, wie es teilweise DIY-Spots zugeschrieben wird (vgl. Peters 2016: 157). Dies kommt, neben der Einbeziehung der Nachbarschaft aus dem Quartier und der offenen Gestaltung, auch in einer Eigenbeschreibung des Projekts zum Ausdruck: *„Es ist ein selbstverwalteter Platz, der in Eigeninitiative bespielt wird, so vielfältig wie möglich“* (Interview 1).



Abbildung 3: „Alm DIY“ auf dem Gelände des ehemaligen Nordbahnhofs. Das Foto zeigt die Betonrampen des zweiten Aufbaus.

Foto: F. Sandholzer, 2015

Neuerliches Konfrontationspotenzial kam vor allem nach dem Ende des auf ein Jahr befristeten Mietvertrages auf. Der ursprünglich bei Abschluss des Vertrages noch antizipierte Übergang des Grundstückes an die Stadt Wien wurde nicht vollzogen und so kam es wiederum zu Verhandlungen über die Zukunft des Projekts. Eine kurzfristige Verlängerung des Vertrages für einen Monat konnte zwar relativ rasch erreicht werden; schlussendlich wurde eine Verlängerung aber vonseiten der ÖBB abgelehnt. Der damalige Bezirksvorstand zeigte gegenüber den Aktivist*innen rund um den Verein eine ablehnende Haltung, während andere städtische Stellen wie „einfach – mehrfach“ oder der zuständige Projektsprecher der Wiener Baudirektion eine positive Einstellung dazu hatten (vgl. Grabner 2016). Auch der

paradoxe Umstand, dass im städtebaulichen Leitbild für das derzeit entstehende Nordbahnhofviertel explizit die Möglichkeit zukünftiger Zwischennutzungen auf der Fläche des Alm-DIY-Projekts vorgesehen sind, änderte nichts am vorzeitigen Ende des Vertrages.

4 Ein Beispiel für die Ausübung des Rechts auf Stadt?

In „Le droit à la ville“ umreißt Lefebvre das Recht auf Stadt als ein Recht auf Nichtausschluss von den Qualitäten der urbanisierten Gesellschaft. Ausgehend von einer Kritik der Verhältnisse der fordistisch-kapitalistischen Stadt fordert er das Recht auf Stadt ein – vor allem für jene, die dem verordneten Alltag in der Stadt ausgesetzt sind (vgl. Gebhardt & Holm 2011: 7 f.). Seit den 1990er-Jahren hat der Begriff eine Renaissance erfahren. Verschiedenste Gruppierungen haben die Arbeiten von Lefebvres wiederentdeckt, deren Relevanz vor dem Hintergrund neuer Konflikte durch die Neoliberalisierung des Städtischen gestiegen ist (Mullis 2013: 61).

Grundlegend ist die Errichtung des DIY-Spots auf dem Nordbahnhofgelände unter dem Aspekt einer kollektiven Wiederaneignung des städtischen Raumes zu sehen und somit dementsprechend an eine Kernthese des „Recht auf Stadt“-Begriffs angebunden (vgl. Gebhardt & Holm 2011: 8). In der Gemeinschaft wurde die Brachfläche in ihrer physischen Gestalt verändert und ihr ein am Gebrauchswert der Stadt orientiertes Leben eingehaucht. Die Bestrebung, den Tauschwert und somit den Marktwert der Fläche nicht zu schmälern, stand in Konflikt zu dem von den Nutzern aktivierten Gebrauchswert. Somit ist hier, wie auch fast immer, das Recht auf Stadt ein Ringen um eine Verbesserung der Stellung von Bewohner*innen der Stadt gegenüber von Eigentumsrechten von Grundstücksbesitzer*innen (vgl. Purcell 2014: 142). Die Auseinandersetzungen um diesen Konflikt regten wiederum Debatten über zukünftige städtische Entwicklungen und die mit der Stadt in Wechselwirkung stehenden sozialen Verhältnisse und Praktiken an, etwa auf formaler Ebene in Bezirksratssitzungen oder auf informeller Ebene in Nachbarschaftsgesprächen.

Als weiterer zentraler Aspekt des Rechts auf Stadt wurde die Fokussierung auf die Bewohner*innen der Stadt beim Alm-DIY-Projekt am Standort Nordbahnhof verwirklicht. Im Gegensatz zu formalen Kriterien, wie etwa einer Staatsbürgerschaft, sind es die alltäglichen Erfahrungen der Skateboarder*innen in der Stadt, welche sie dazu befähigen, die Stadt zu gestalten. „[...] *it is the everyday experience of inhabiting the city that entitles one to a right to the city*“ (Purcell 2014: 142).

Die Skateboarder*innen berufen sich hier nicht wie andere Bewegungen und Initiativen explizit auf den Slogan „Recht auf Stadt“. Sie folgen eher der bei

Schweer (2014: 37) erwähnten Logik: „*Skateboarder haben keinen ›Masterplan‹ zur Veränderung der Stadt oder der Gesellschaft, sie setzen im Kleinen, Konkreten und Praktikablen an.*“ Trotzdem verfügt das Projekt über ein nicht zu unterschätzendes alternatives Potenzial. Ähnlich wie bei den von Iveson (2013) genannten Fallbeispielen wurde auf dem Alm-DIY-Gelände eine „city within the city“ geschaffen. Damit ist gemeint, dass durch die Aneignung des Raumes auch eine andere Form der Autorität kreiert wurde. Das alternative Potenzial einer Brachfläche wurde – gemäß Lefebvres Ausspruch „beneath the road, the beach“ – realisiert, indem die Akteur*innen das Recht auf Stadt einforderten und die dominanten Autoritäten der Stadt, wie Eigentümer*innen oder die Polizei, zumindest anfangs ignorierten. Vor dem Erbauen der Rampen wurde das Grundstück nicht gekauft, um keine Erlaubnis verhandelt oder um diese gefragt – vielmehr implizierte das Handeln der Skater*innen, dass sie als Bewohner*innen der Stadt genauso dazu befähigt seien, dieses zu gestalten.

Der zweite wichtige Punkt, den Iveson (2013: 946) für eine Politisierung von informellen Urbanismen sieht, ist, in Konfrontation zu den dominanten Machtstrukturen der Stadt zu gehen und diese auch ein Stück weit zu inszenieren. Dies geschah im Falle von „Alm DIY“ bis zu einem gewissen Grad. Die finanzielle und auch die bei den Verhandlungen mit dem Grundstückseigentümer geleistete Unterstützung vonseiten der Stadt, die auf die anfängliche Konfrontation durch den Abriss folgte, signalisiert bereits, dass aus einer Konfrontationssituation zu einem gewissen Maß eine Kooperation wurde. Schweer (2014: 55) beschreibt diese Legalisierung des angeeigneten Raumes von DIY-Spots als Konsensseite:

„Hier wird der angeeignete Raum legalisiert, also in die Ordnung aufgenommen, und kann im Urban Governance Kontext als Vorzeigebjekt eigenverantwortlicher und unternehmerisch denkender junger Menschen fungieren [...]. Dabei wird der Selbstverwaltungsanspruch der Skateboarder aufgegriffen und die Verantwortung für die Anlage auf die Skateboarder übertragen, welche ›ihren‹ Platz selbst verwalten (self policing) und potenziell zum urbanen Ordnungsfaktor werden.“

Setzt man die Geschehnisse gegen Ende des Vertrages (vgl. Kap. 3) in Bezug zu den von Iveson dargestellten Zusammenhängen zwischen DIY-Urbanismen und dem Recht auf Stadt, stellt sich die Frage, inwiefern das Einzelprojekt „Alm DIY“ seine Strahlkraft bzw. die Durchsetzung eines Rechts auf Stadt befördern konnte. Iveson meint dazu:

“[...] ‘appropriating’ urban space for unintended uses does not in itself give birth to a new kind of city. There is no guarantee that the proliferation of DIY experiments with appropriation and alternative uses of urban space will coalesce into a wider politics of the city. However, the prospects for such a politics do exist and must be teased out if small-scale projects are to coalesce into large-scale change. I argue here

that building a politics to connect the practices is a matter of both appropriation and political subjectivization, in which practitioners make themselves parties to a disagreement over the forms of authority that produce urban space” (Iveson 2013: 942).

Beim Alm-DIY-Projekt wurde dieses Potenzial auf verschiedene Weise hervorgehoben. Zum einen kam es durch die Benutzung des Platzes durch verschiedene Gruppen und Initiativen (Skateboarder*innen, Gärtner*innen etc.) zu einer Wirkung über die ursprüngliche Gruppe hinaus. In der Diskussion rund um das Ende des Mietvertrages wurden auch grundlegende Fragen nach der Gestaltung von Freiräumen in der Stadt gestellt und artikuliert. Besonderer Ausdruck davon ist das am 18.3.2016 abgehaltene Fest für Freiräume, bei dem der selbst verwaltete Platz noch einmal von vielen unterschiedlichen Gruppen gefeiert und für dessen Erhalt gekämpft wurde. Dabei wurde nicht nur für den Fortbestand des Platzes demonstriert, sondern es wurden auch etablierte Formen der Autorität, nach denen Freiräume nicht direkt von den Bewohner*innen der Stadt gestaltet werden, infrage gestellt. Somit kann das Projekt „Alm DIY“ neben die von Iveson aufgeführten Beispiele gestellt werden, da es ebenfalls dem Prinzip *„assert new forms of authority in the city based on the equality of urban inhabitants“* (Iveson 2013: 941) folgt.

Trotzdem lässt sich die Wirkung des Projekts mit Margit Mayers Arbeiten zu Lefebvre relativieren. Grob unterscheidet Mayer – ähnlich wie Marcuse (2009) – zwei verschiedene Lager, welche gegen die neoliberale Stadt aufbegehren. Auf der einen Seite sind es (sub)kulturelle Aktivist*innen aus dem künstlerischen oder alternativen Milieu, auf der anderen Seite von der Austeritätspolitik der neoliberalen Städte betroffene Gruppen (Mayer 2013: 162 f.). Das Projekt „Alm DIY“ ist hier vor allem ersterer Gruppe zuzuordnen und kann die geforderte Verbindung beider Bewegungsgruppen nur bedingt herstellen. Zudem stellt der Kampf dieser Akteur*innen nicht wirklich eine Bedrohung der Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen des globalen neoliberalen Systems dar (Mayer 2011: 71). Ein Grund ist auch die Andockmöglichkeit für Standortpolitik und Vermarktungsstrategien zur Attraktion von Kreativen, Tourist*innen und Investor*innen (Mayer 2013: 162), auf welche in Kapitel 6 noch genauer eingegangen werden soll.

5 Neuer Standort in St. Marx

Nach dem Ende des Alm-DIY-Projekts auf dem Nordbahnhofgelände hatte der Verein bereits ein neues Areal in Aussicht, um dort ein weiteres DIY-Projekt zu verwirklichen. Anders als zuvor wurde das Kollektiv rund um den Verein dieses Mal gezielt durch die Wiener Standortentwicklung (WSE) für eine Zwischennutzung im 3. Wiener Gemeindebezirk angeworben (vgl. Interview Haas). Die WSE

ist wiederum Teil der Wien Holding und somit im Eigentum der Stadt Wien. Sie ist mit der Entwicklung des Areals des ehemaligen städtischen Schlachthofs St. Marx beschäftigt, einem Prozess, der seit 2010 unter dem Label neu marx vorangetrieben wird. Bereits 2004 wurde mit der Fertigstellung des T-Centers ein erster Grundstein für eine Entwicklung in Richtung Wissens-, Technologie- und Medienstandort gelegt. Neben Gewerbe- und Dienstleistungsnutzungen entstanden aber auch Wohnquartiere und so sind es im Gebiet neu marx aktuell knapp 7.000 Menschen, die hier arbeiten und leben (vgl. Raumposition 2016: 34). Insgesamt zeigen der Fokus auf die Kreativindustrie und die Planungsunterlagen eine Entwicklung des Standorts im Sinne einer an die Creative City (vgl. Florida 2002) angelehnten Strategie (vgl. Abb. 4) und der bei Mould (2015) als deren physische Manifestation beschriebenen Media Cities bzw. Cultural Quarters. So sind in den Immobilien des „Media Quarter Marx“ bereits zahlreiche Mieter*innen aus der Medienbranche bzw. der „creative economy“ einquartiert, darunter etwa eine Zeitungsredaktion und TV-Studios (vgl. WSE 2016: 4).



Abbildung 4: Werbeplakat für den Standort neu marx

Foto: F. Sandholzer, 2016

Auf der bisher noch brachliegenden Fläche der Karl-Farkas-Gasse 1 wurden verschiedene Zwischennutzungen angesiedelt. U. a. geschah dies, um die Fläche bekannt zu machen und ihr Image aufzuwerten – besonders im Milieu der für die spätere Nutzung angedachten Start-up- und Kreativszene. In der Bewerbung dieser steckt auch einer der Hauptgründe für die Anwerbung der Skateboarder*innen als Zwischennutzer*innen (vgl. Interview Haas). Wie schon bei Schweer (2014: 106) hervorgehoben, sollen hier Skateboarder*innen als Köder für die kreative Klasse fungieren, können aber auch als Teil dieser angesehen werden.

6 Informeller Urbanismus und Kreativität als Standortfaktor in der Stadt

Eine genauere Betrachtung des Spannungsfeldes zwischen informellen Urbanismen und der „Creative City“ nimmt der Londoner Geograf Oli Mould vor. Er steht dem Konzept, wie übrigens mittlerweile Richard Florida selbst (vgl. Florida 2017), kritisch gegenüber und geht detailliert auf die Entstehungsgeschichte und Kritiken des Creative-City-Paradigmas ein. Schlussendlich setzt er den Stadtentwicklungsprozessen der „Creative City“ die „urban subversion“ bzw. die „creative city“ (mit kleinen Anfangsbuchstaben) entgegen. Unter ersterem Begriff fasst Mould (2015: 4) kreative Praktiken wie Graffiti, Parkour, Skateboarding, Street-Art oder Urban Exploration zusammen – also im Grunde jene urbanen Subkulturen, welche auch in der Sparte der informellen Urbanismen genannt werden. „Urban subversion“ ist allerdings kein direktes Synonym für die urbanen Subkulturen. Vielmehr spricht Mould von „*those urban social formations that are temporary, fluid and fleeting the momentary crystallisation of creative practices that reappropriate the urban topology in innovate and unexpected ways*“ (Mould 2015: 115).

Als zentralen Bestandteil davon sieht Mould das ständige Bestreben, auf neue Arten mit der Stadt zu interagieren. Bänke, Pflanzenkörbe, Fußgängerunterführungen, Zäune und noch viele andere alltägliche Dinge einer Stadt sind in erster Linie für einen bestimmten Zweck entworfen. Wie aber interpretiert ein*e Traceur*in, ein*e Skateboarder*in oder ein*e Trial-Fahrer*in eine Bank? Die Funktion wäre eine andere als die von den Planer*innen zugewiesene (vgl. Kap. 2.1). Sie ist vom System, in dem sie sozusagen gebraucht wird, abhängig. Meist ist dieses System, auf das sich die Funktion des Elements richtet, geprägt vom kapitalistischen Verwertungsdruck (vgl. Mould 2015: 116).

Für Mould bedeutet „urban subversion“, diese neuen Funktionen ausfindig zu machen und sich so einen Schritt vom passiven Konsumenten der Stadt zu entfernen, welcher auf banale Weisen mit der Stadt interagiert. Anstelle dessen bringt das Aufspüren alternativer Funktionen der städtischen Umwelt neue Potenziale zum Vorschein und ist demzufolge wahre Kreativität in der Stadt (ebd.: 119). Des Weiteren stellt Mould die Frage, wie diese wahre Kreativität vor der Vereinnahmung durch die dominanten Kräfte in der Stadt sozusagen gerettet werden könne, wie sie weiterhin als Ursprung für die „creative city“ gesehen werden könne, ohne die Ungleichheiten, sozialen und kulturellen Probleme der „Creative City“ zu reproduzieren. Mould greift dazu auf Deleuze und Guattaris Werk „Capitalism and Schizophrenia“ zurück. Diese interpretieren darin das Begehren neu. Anstelle von Verlangen nach etwas, das nicht vorhanden ist – das Fehlen wird dabei durch soziale Konfiguration produziert –, sehen sie dieses als ein instinktives Verlangen, das die sozialen Konfigurationen zerreißt. Kreativität ist also nicht als Antwort auf

eine Lücke im System zu sehen, sondern entsteht aus einem instinktiven, verinnerlichten Verlangen, neue Formen zu produzieren (ebd.: 109). Dieses Verlangen wurde auch in Interviewgesprächen mit am Alm-DIY-Projekt beteiligten Personen deutlich: „*Aber sobald es heißt Go! ist der Gedanke auf und davon, und dann bist du in einem Rausch, dann willst du kreativ sein, dann willst du arbeiten, dann willst du einfach deinen Raum, in dem du lebst, selber gestalten und tun*“ (Interview 1).

Doch dem Aufspüren alternativer und nicht mit unmittelbarem finanziellen Nutzen verbundener Nutzungen der Stadt wird oft repressiv begegnet. Dies zeigt sich in Bezug auf den öffentlichen Raum und Skateboarden vor allem in Verboten, durchgesetzt mittels defensiver Architektur oder Sicherheitsdiensten (vgl. Chiu 2009). Im Falle der ersten Bebauung auf dem Nordbahnhofgelände kam es zum Abbruch des ersten in Eigenregie ausgeführten Aufbaus der Rampen. Auch wenn dies nicht direkt im Zuge einer Creative City Policy geschah, war es doch eine Folge des sich durchsetzenden Hegemonialsystems in der Stadt.

Trotzdem ist Skateboarden schon länger in einem Prozess einer „Subculturalisation“ (Mould 2015) angekommen. Ausdruck davon sind u. a. die Aufnahme als Sportart bei den Olympischen Spielen oder Sponsoren- und Werbeverträge von Skateboarder*innen mit großen Konzernen (vgl. Schweer 2014) sowie auf räumlicher Ebene die Skateparks oder Skateplazas (vgl. Kap. 2.2), welche entlang der folgenden Beschreibung betrachtet werden können:

„Then, homogenization forces proceed to formalize them (urban social formations, Anm.) and incorporate them as part of dominant practices by re-branding them as cultural products subjugated to commercialization processes within a rationally bounded (and tightly regulated) urban landscape (the process of ‘acruing’)“ (Daskalaki & Mould 2013: 2).

Neben dieser Tendenz, Skateboarder*innen in regulierte Räume zu fassen, gibt es in der Skateboardszene das Bestreben, sich der Kommodifizierung zu entziehen. Hier ist auch die Praxis des DIY-Skatens zu verorten. In diesem Versuch, der Vereinnahmung zu entfliehen, liegt laut Mould (2015: 167) das Potenzial für urbane Subversion. Umgelegt auf die verschiedenen Praktiken des Skateboardfahrens finden sich diese Komponenten vor allem beim DIY- und beim Street-Skaten wieder (vgl. Kap. 2.1 & 2.3).

Eine Betrachtung der Entwicklungsgeschichte des Spots „Alm DIY“ erscheint in diesem Spannungsfeld als besonders interessant. Der DIY-Spot auf dem Nordbahnhofgelände ist in seinem Charakter als einstiger „dead space“, der für seinen subkulturellen Nutzen wiederangeeignet wurde, als Stätte einer „urban subversion“ zu sehen (vgl. Mould 2015: 139). Im Vergleich zum Skatepark- oder Plaza-Skaten ist das DIY-Skaten aber im Grunde der für die „urban subversion“

essenziellen Abkehr vom Mainstream zuzuordnen (vgl. Peters 2016: 283). Schlussendlich wurde das Projekt dort aber beendet – es fand also eine Marginalisierung der subversiven Praxis des DIY-Skatens und der entstandenen Zwischennutzung statt. Der Umzug an die neue Location in St. Marx zeigt, wie in ihrem Charakter der „urban subversion“ zuordenbare Projekte kooptiert werden können. In diesem Fall geschah dies auch explizit unter einer der „Creative City“ zuordenbaren Stadtentwicklungspolitik – mit dem Zweck, die „creative class“ (Florida 2002) anzuwerben.

Wenn man so will, schafft es die „Creative City“ im Geiste des „new spirit of capitalism“ (Boltanski & Chiapello 2005) die dem Alm-DIY-Projekt innewohnende subversive Kritik am Kapitalismus durch Kooption zu nehmen. Dass der DIY-Spot nur als Zwischennutzung konzipiert ist und in dem als „space for the industries of tomorrow – for life sciences, for media and the creative professions, and for technology“ (WSE 2016: 8) entwickelten Viertel sehr wahrscheinlich keinen Platz mehr haben wird, weist in dieser Hinsicht Parallelen zu dem von Howell (2005) behandelten Beispiel des John F. Kennedy Plaza (auch bekannt als Love Park) in Philadelphia, USA, auf:

„In recent years, the youthful defiance of skateboarders has serendipitously reclaimed Love Park—generating revenue through media exposure and producing a marketable image for the city—all while deterring the presence of homeless. Now the skateboarders, in turn, are being phased out to make way for the next reclamation“ (Howell 2005: 41).

Beim neuen DIY-Projekt in St. Marx befinden sich die Skateboarder*innen teilweise in einer ähnlichen Rolle. Die Anerkennung für das dem „bohemian index“ zuträgliche Auftreten der Skater*innen (vgl. Howell 2005: 38) sorgt für den Background, um diese als Werbeträger*innen für den Standort neu marx einzuladen. Gleichzeitig aber ist deren eigene Verdrängung absehbar, da Skateboarden – zumindest jenes in nicht explizit dafür vorgesehenen Flächen – nach der Beendigung der Zwischennutzung und der Fertigstellung des Viertels wohl dem in den physischen Manifestationen der „Creative City“ beobachtbaren „increase in securitisation and privatisation of the urban realm“ (Mould 2015: 85 f.) zum Opfer fallen wird. Für Skateboarder*innen selbst ist eine zur Verfügung gestellte Fläche, auf welcher sie zumindest vorübergehend ihre Vorstellung eines DIY-Skateparks verwirklichen können, aber eine positive Sache. *„To be given a piece of land where skaters can build whatever they want with a small budget, each year they will add sections. An organic social sculpture – super sick“* (Pontus Alv zit. nach Irvine 2013: o. S.). Aus dieser Perspektive betrachtet, kann das Zurverfügungstellen der Fläche zumindest vorübergehend als Win-win-Situation betrachtet werden.

Besonders interessant am Beispiel neu marx ist, dass nicht, wie vielleicht zu erwarten wäre, ein Skatepark oder eine Skateplaza, sondern die gerade als Gegenströmung zur Kommodifizierung verstandene Praxis des DIY-Skatens für die Bewerbung des Ortes aufgegriffen wird. Eine Erklärung bietet die von Miles beschriebene Charakteristik für „culturally-led urban strategies“: „*In its branded, symbolic economy, even street-life and contestations of space are re-packaged*“ (Miles 2013: 6).

7 Fazit

Bei der Betrachtung des Alm-DIY-Projekts stellte sich die Frage nach der Positionierung und Einordnung im Spannungsfeld zwischen den Attributen, die mit dem Begriff des „Rechts auf Stadt“ verbunden sind, und der Frage, inwiefern diese das Projekt wiederum für eine an die „Creative City“ angelehnte Stadtentwicklungsstrategie verwertbar machen. Die analysierte Zwischennutzung bewegte sich zunehmend weg von einer wilden Rauman eignung und hin zu einem gezielt eingesetzten Faktor für die Standortbewerbung eines im Entstehen befindlichen Viertels für die Kreativwirtschaft. Der Anspruch, die Stadt und deren Freiräume als Bewohner*innen der Stadt auch selbst gestalten zu können, war vor allem am ersten Standort des Projekts deutlich erkennbar. Zusammen mit der vielfältigen Nutzung und der Einbettung im Quartier zeigte das Projekt so Alternativen für eine demokratischere Stadt von unten auf. Die Initiative fand auch Beachtung und Förderung vonseiten der städtischen Planung. Trotzdem konnte der organisch gewachsene Freiraum auf dem Nordbahnhofgelände mittelfristig nicht gesichert werden. Ein erneuter Aufbau wurde durch die Anwerbung der Gruppe für eine Zwischennutzung auf einer anderen Brachfläche ermöglicht, dieses Mal jedoch gekoppelt an die Erwartungshaltung, das als Standort für Medien, Forschung und Technologie konzipierte Quartier zu bewerben.

Literatur

- Boltanski, L. & Chiapello, E. (2005): *The New Spirit of Capitalism*. London.
- Borden, I. (2001): *Skateboarding, Space and the City: Architecture and the Body*. Oxford.
- Chiu, C. (2009): *Contestation and Conformity. Street and Park Skateboarding in New York City Public Space*. *Space and Culture* (12) 1: 25-42.
- Daskalaki, M., & Mould, O. (2013): *Beyond Urban Subcultures: Urban Subversions as Rhizomatic Social Formations*. *International Journal of Urban and Regional Research* (37) 1: 1-18.
- Florida, R. (2002). *The Rise Of The Creative Class. And How It's Transforming Work, Leisure, Community and Everyday Life*. New York.

- Florida, R. (2017): *The New Urban Crisis: How Our Cities Are Increasing Inequality, Deepening Segregation, and Failing the Middle Class – and What We Can Do About It*. New York.
- Freivogelheit GmbH (2012): *Vogelfreiheit*. Grün Berlin. Abrufbar unter: <https://gruen-berlin.de/file/2126/download?token=QYCRMDL0>. Letzter Zugriff: 24.4.2018.
- Gebhardt, D. & Holm, A. (2011): *Initiativen für ein Recht auf Stadt*. In: Holm, A. & Gebhardt, D. (Hrsg.): *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung*. Hamburg: 7-25.
- Grabner, D. (2016): *ALM DIY vor dem Aus? Radio FM4*. Abrufbar unter: <http://fm4.orf.at/stories/1768219/>. Letzter Zugriff: 24.4.2018.
- Hahn, A. (2016): *LOVE Park renovation breaks ground, skateboarding ban temporarily lifted*. PlanPhilly. Abrufbar unter: <http://planphilly.com/articles/2016/02/10/love-park-renovation-breaks-ground-skateboarding-ban-temporarily-lifted>. Letzter Zugriff: 24.4.2018.
- Howell, O. (2005): *The „Creative Class“ and the Gentrifying City*. *Skateboarding in Philadelphia’s Love Park*. *Journal of Architectural Education* (59) 2: 32-42.
- Howell, O. (2008): *Skatepark as Neoliberal Playground*. *Space and Culture* (11) 4: 475-496.
- Ihaza, J. (2018): *Skateboarders Won*. *The New York Times*. www.nytimes.com/2018/04/07/style/skateparks-around-the-world.html. Letzter Zugriff: 24.4.2018.
- Irvine, A. (2013): *Pontus Alv’s DIY interview from issue 98*. *Kingpinmag*. Abrufbar unter: <https://kingpinmag.com/features/pontus-alvs-diy-interview-from-issue-98.html>. Letzter Zugriff: 24.4.2018.
- Iveson, K. (2013): *Cities within the City: Do-It-Yourself Urbanism and the Right to the City*. *International Journal of Urban and Regional Research* (37) 3: 941-956.
- Kingsford, H. (2013): *Jacob Harris Interview*. *Grey Skate Mag*. <http://www.greyskatemag.com/2013/10/jacob-harris-interview/>. Letzter Zugriff: 24.4.2018.
- Lombard, K. (2010): *Skate and create/skate and destroy: The commercial and governmental incorporation of skateboarding*. *Continuum* (24) 4: 475-488.
- Magistratsabteilung 21 (2015) (Hrsg.): *Handbuch zum städtebaulichen Leitbild Nordbahnhof*. <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/nordbahnhof/grundlagen/leitbild-2014/pdf/handbuch-gesamt.pdf>. Letzter Zugriff: 24.4.2018.
- Marcuse, P. (2009): *From critical urban theory to the right to the city*. *Cities* (13) 2-3: 185-197.
- Mayer, M. (2011): *Recht auf die Stadt – Bewegungen in historisch und räumlich vergleichender Perspektive*. In: Holm, A. & Gebhardt, D. (Hrsg.): *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung*. Hamburg: 53-79.
- Mayer, M. (2013): *Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt*. *sub|urban Zeitschrift für Kritische Stadtforschung* (1) 1: 155-168.
- Miles, M. (2013): *A Post-Creative City? RCCS Annual Review* (5) 5.
- Mould, O. (2015): *Urban Subversion and the Creative City*. New York.
- Mullis, D. (2013): *Recht auf die Stadt. Facetten und Möglichkeiten einer Parole*. *Emanzipation* (3) 2: 57-70.
- Peters, C. (2016): *Skateboarding. Ethnographie einer urbanen Praxis*. Münster.
- Purcell, M. (2014): *Possible Worlds: Henri Lefebvre and the Right to the City*. *Journal of Urban Affairs* (36) 1: 141-154.

- Raumposition. (2016): Neu Marx gemeinsam gestalten. Aufgabenstellung für die Entwicklung von Neu Marx. Abrufbar unter: www.raumposition.at/download/neumarx/01_NMX_Aufgabenstellung.pdf. Letzter Zugriff: 24.4. 2018.
- Schweer, S. (2014): Skateboarding. Zwischen urbaner Rebellion und neoliberalen Selbstentwurf. Bielefeld.
- Vivoni, F. (2013): Waxing ledges: built environments, alternative sustainability, and the Chicago skateboarding scene. *Local Environment* (18) 3: 340-353.
- Willinger, S. (2014): Governance des Informellen. *Informationen zur Raumentwicklung* (2014) 2: 147-156.
- WSE Wiener Standort Entwicklungs GmbH (2016): Fact Sheet Neu Marx – Hier passiert Zukunft. Abrufbar unter: <http://www.neumarx.at/tools/uploads/Factsheet-Gesamtareal-2016.pdf>. Letzter Zugriff: 24.4.2018.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.



Teil B
Akteur*innen und Beteiligungskultur



Das Projekt Interkulturanstalten

Die Transformation einer Refugees-Welcome-Initiative in einen kulturellen Begegnungsort

Sebastian Beck



Abbildung 1: Die Interkulturanstalten in der Ulmenallee 35 im Berliner Westend

Foto: B. Arndt (Interkulturanstalten e.V.)

2015/2016 sind viele neue Refugees-Welcome-Initiativen, Unterstützer*innen- und Helfer*innenkreise entstanden, die sich im Kontext der Ersthilfe und der Integration von Geflüchteten engagiert haben. In Bezug auf die Integration von Geflüchteten und die Kooperation von Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft haben diese Initiativen über das Engagement ihrer aktiven Mitglieder deutschlandweit unterschiedlichste Impulse setzen können (vgl. Schiffauer et al. 2017). In vielerlei Hinsicht knüpft dieses Engagement an klassische Aufgaben der Stadtentwicklung an, wie etwa die Wohnraumversorgung oder die Nutzung von Immobilien und Freiflächen für Integrationsangebote. Aus der Perspektive der Stadtforschung lassen sich diese Initiativen als neue intermediäre Akteur*innen in der Stadtentwicklung betrachten (vgl. Beck et al. 2017). Zwar war die Kooperation mit Verwaltung, Politik und Nachbarschaften nie konfliktfrei (vgl. Michels 2017); jedoch konnten in dieser Ausnahmesituation neue Kooperationsformen zwischen Intermediären, Verwaltung und Politik entstehen (vgl. Gesemann 2017). Heute, einige Jahre später, stellt sich die Frage, was in der Folge aus diesen Netzwerken und diesem Engagement geworden ist?

Sicher, mit der Zeit haben sich die Rahmenbedingungen geändert. Der Zustrom an Geflüchteten hat sich deutlich reduziert, insbesondere im Kontext des Türkei-Deals der deutschen Bundesregierung. Die Lage ist heute weniger dramatisch als zu Beginn, als Angela Merkel noch appellierte: „Wir schaffen das!“ Es geht nun vielmehr um die längerfristige Integration der Geflüchteten und teils auch um eine (Weiter-)Entwicklung urbaner Nachbarschaften. Das verändert zusehends den Kontext, in dem sich die Refugees-Welcome-Initiativen von 2015/2016 heute bewegen. Wie begegnen sie diesen veränderten Rahmenbedingungen? Und welchem Wandel unterliegt das Engagement derjenigen, die in diesen Initiativen aktiv sind? In diesem Beitrag wird dieser Transformationsprozess exemplarisch am Beispiel eines Projekts im Berliner Westend illustriert, dem Projekt Interkulturanstalten e. V. in der Ulmenallee 35 in Berlin.

1 „Mittler, Macher, Protestierer“

Die Interkulturanstalten stehen paradigmatisch für eine Gruppe von Stadtentwicklungsakteur*innen, die sich als Intermediäre in der Stadtentwicklung bezeichnen lassen. Diese „Mittler, Macher [und] Protestierer“ (Beck & Schnur 2016) bewegen sich in einem Spannungsfeld zwischen Government und Governance, bei dem es nicht nur um die Frage geht, wer mit welcher Legitimität welche Entscheidungen treffen kann, sondern vor allem auch um die Frage, wer mit welchen Kompetenzen und Ressourcen Projekte anstößt und umsetzt. Diese Debatte um Intermediarität ist keineswegs neu, aber aufgrund veränderter Kontexte aktueller denn je, weil sich die Art und Weise ändert, in der Intermediäre auftreten: nicht nur als Vermittelnde, sondern auch als Impulsgebende bzw. als Umsetzende konkreter lokaler Projekte entlang formeller, aber insbesondere eben auch entlang informeller Schnittstellen und Netzwerkstrukturen. Entsprechend lassen sich Intermediäre zeitgemäß definieren als „Vermittler zwischen Politik/Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürgern, und/oder aktive Koproduzenten von Stadt in variierenden Akteursnetzwerken“ (Beck & Schnur 2016: 15). Das Feld der Intermediären befindet sich im Umbruch. Typologisch ließen sich dabei unterscheiden (vgl. Abb. 2): klassische Intermediäre (z. B. Parteien, Gewerkschaften), Neo-Intermediäre (z. B. soziale Bewegungen, Social-Media-basierte Initiativen) und Para-Intermediäre (z. B. kommerzielle Urban Labs oder Think Tanks).

Mit den *Neo-Intermediären* ist im Kontext von Postmoderne und Netzwerkgesellschaft ein Akteurstypus entstanden, der jenseits finanzstarker, etablierter oder mitgliederstarker Verbandsstrukturen (klassische Intermediäre, s. u.) in Form flexibler Netzwerke praktisch, anlassbezogen und zivilgesellschaftlich orientiert agiert. Über Social Media, Communitys und Follower, ihre Anbindung an die modernen, kreativen Milieus und deren Lebenswelten, über ein Gespür für Konflikte,

Herausforderungen und Entwicklungschancen sind sie in der Lage, Lösungs- und Handlungsansätze zu entwickeln und diese als netzwerkartige Akteurskoproduktionen in der Stadt umzusetzen.

Para-Intermediäre sind deutlich stärker mit dem marktwirtschaftlichen Sektor verbunden. Als Immobilienverband, Think Tank, Stiftung oder auch als diskursorientiertes Urban Lab ist mal mehr, mal weniger transparent, dass sie sich in den Aushandlungsprozessen der Stadtentwicklung als Shareholder bewegen und die Zivilgesellschaft eher aus der Perspektive von Marktpotenzialen heraus betrachten. Auch wenn ihr Handeln manchmal dialogorientiert erscheint, unterliegen ihre tatsächlichen Ziele eher einer kapitalorientierten Renditelogik als einer stadtgesellschaftlichen Gemeinwohlorientierung.

Die *klassischen Intermediären* stehen angesichts der Modernisierung und Dynamisierung des intermediären Feldes unter Transformationsdruck. Wo in der korporatistischen Nachkriegsmoderne „Big Government“, „Big Business“ und „Big Labour“ die wesentlichen Eckpunkte des Gemeinwohls aushandelten, sind die einst stabilen gesellschaftlichen Bindungen und Verankerungen dieser Akteur*innen (Gewerkschaften, Parteien, karitative Einrichtungen etc.) zunehmend brüchig geworden. Sie versuchen momentan, sich von den einstigen vertikalen Mittler*innen zu ebenfalls horizontal agierenden Governance-Akteur*innen weiterzuentwickeln.

Klassische Intermediäre

Neo-Intermediäre

Para-Intermediäre



Abbildung 2: Klassische Intermediäre, Neo-Intermediäre und Para-Intermediäre

Quelle: C. Kellner // studio animanova.

Die intermediären Akteur*innen – und insbesondere die Neo-Intermediären – stehen paradigmatisch für einen Wandel von etablierten Government-Strukturen hin

zu einer Urban Governance. In diesem Wandlungsprozess, der das Handeln, die Rollen und die Legitimitäten der Gesamtheit der Stadtentwicklungsakteur*innen betrifft, scheinen die Intermediären von besonderer Bedeutung zu sein, weil es quasi in ihrer DNA liegt, „zwischen“ Kommunen und Einzelpersonen wie auch „zwischen“ den vertikalen Strukturen von Government und den horizontalen Kooperationen in Governance-Prozessen zu agieren. Unabhängig von der Frage, ob die Intermediären die Produkte oder die Treiber dieses Wandlungsprozesses sind, bleibt doch zu konstatieren, dass sie zu immer engeren wechselseitigen Bezügen von Government- und Governance-Strukturen bzw. zu einer Konvergenz dieser beiden Arenen beitragen (vgl. Abb. 3).

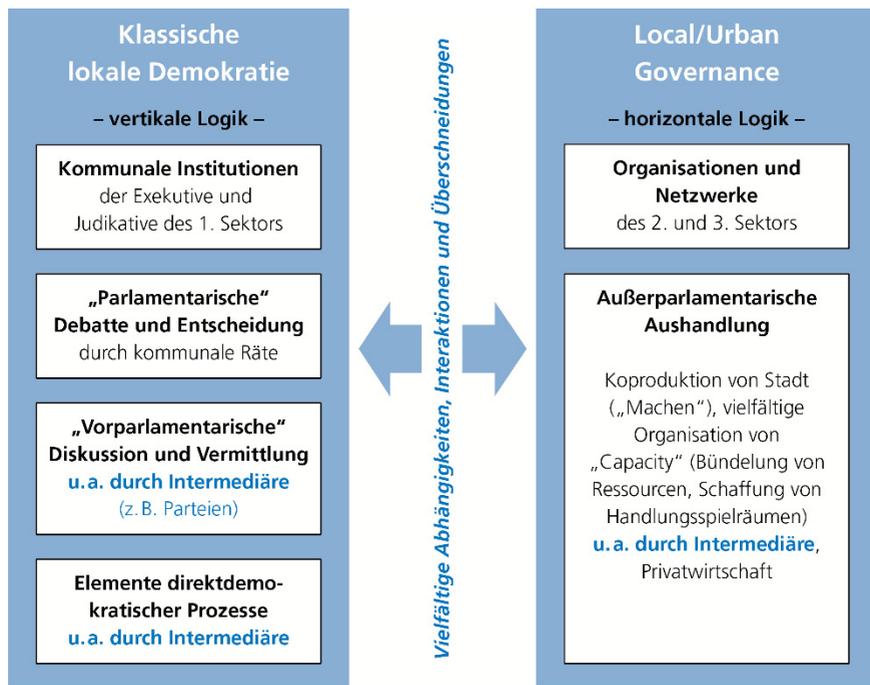


Abbildung 3: Intermediäre in den Arenen der klassischen lokalen Demokratie und der Local/Urban Governance

Quelle: Beck & Schnur (2016: 21).

Es wäre verkürzt, die Intermediären auf eine bipolare Vermittlungsperspektive zwischen Bürger*innen und der Kommune oder dem Staat zu reduzieren. Sie sind

Bestandteil von Aushandlungsprozessen, an denen auch der wirtschaftliche Sektor beteiligt ist (vgl. Maikämper 2016). Sie knüpfen an Bezüge zur Bürgergesellschaft an, die etwa Heinze & Olk (2001) als „die intermediäre Sphäre zwischen Staat, Marktwirtschaft und dem informellen Bereich der Privathaushalte“ beschrieben hatten. Die Intermediären sind ein Bestandteil komplexer trisektoraler Aushandlungsprozesse zwischen Verwaltung und Politik, (lokaler) Wirtschaft und einzelnen Bürger*innen (vgl. Abb. 4). Sie agieren mal mehr als Mittler*innen, mal als Macher*innen oder eben auch als Protestierer*innen, je nachdem, in welcher Konstellation sie sich in Bezug auf ihr aktuelles Vorhaben mehr Vorteile versprechen können. Dabei verfügen sie in der Regel über benennbare Kompetenzen und Ressourcen, die sich entlang der Begrifflichkeiten von Pierre Bourdieu in Bezug auf ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital beschreiben lassen (vgl. Beck & Schnur 2016: 67 ff.). Damit lassen sich die Intermediären auch als urbane Ressource verstehen, die im Sinne eines „Capacity Buildings“ die Handlungsmöglichkeiten der Stadtentwicklung potenziell erweitert.

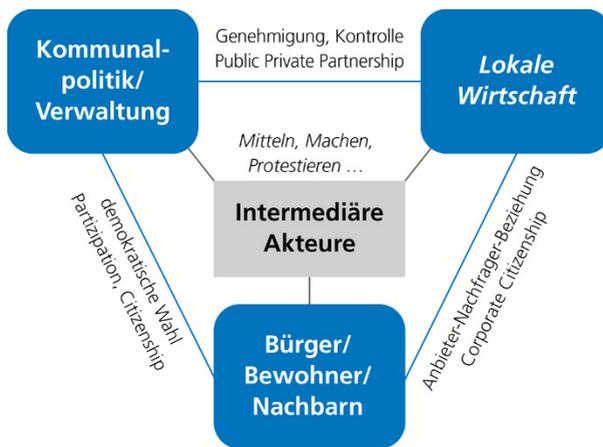


Abbildung 4: Intermediäre im Kräftedreieck von Kommunalpolitik/-verwaltung, lokaler Wirtschaft und Bürgergesellschaft

Quelle: Beck & Schnur (2016: 23).

Die Intermediären sind allerdings keineswegs ein Vademecum „richtiger“ Stadtentwicklungspolitik, sondern vielmehr die „Spitze des Eisbergs“ in einem zusehends vielfältigeren und immer stärker vernetzten „Akteursaquarium“. Sie stehen paradigmatisch für eine Entwicklung, in der sich Government- und Governance-Strukturen miteinander vernetzen und weiterentwickeln. Dabei stellt sich die

Frage, ob Intermediäre über die Akteursgruppe der Intermediären hinaus für eine bestimmte Haltung stehen, Stadtentwicklungsprozesse voranzutreiben, für so etwas wie Intermediarität bzw. eine „intermediäre Kultur“ (ebd.: 58).

2 Refugees-Welcome-Initiativen als Neo-Intermediäre

Eine empirische Untersuchung der Intermediären mit dem Fokus auf Berlin wurde 2016/2017 seitens des vhw Bundesverbands für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. in Kooperation mit dem Berliner Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) und der Berliner L.I.S.T. – Lösungen im Stadtteil – Stadtentwicklungsgesellschaft mbH 2016/2017 durchgeführt (vgl. Gesemann et al. 2017). Ziel war es, am Beispiel Berlins die Vielfalt der intermediären Stadtentwicklungsakteur*innen in den Blick zu nehmen und Veränderungen in den Aushandlungsprozessen zwischen Kommune, Wirtschaft, organisierter Zivilgesellschaft und einzelnen Bürger*innen auszuloten. Im Fokus dieser Studie standen insbesondere diejenigen Stadtentwicklungsakteur*innen, die sich als Neo-Intermediäre (vgl. Beck & Schnur 2016: 45 ff.) bezeichnen lassen. Denn hier sollte es darum gehen, inwieweit sich infolge einer zunehmenden Diversifizierung des Spektrums intermediärer Akteur*innen neuartige Entwicklungspfade erkennen ließen. In der Studie wurden 30 Berliner Stadtentwicklungsinitiativen untersucht, die sich durch neuartige Kooperationsformen, Veränderungen in den diesbezüglichen formellen bzw. informellen Kooperationsstrukturen und Schnittstellen oder eigenständige Impulse zur Stadtentwicklung auszeichnen.

Der Schwerpunkt der hier vorgestellten Studie lag insbesondere auf Initiativen aus den Themenfeldern Wohnen und Willkommenskultur, weil diese im Untersuchungszeitraum in Berlin einer besonderen Entwicklungsdynamik unterlagen: in Bezug auf die Wachstums-, Aufwertungs-, Verdrängungs- und Gentrifizierungsprozesse des Berliner Wohnungsmarkts und eben auch in Bezug auf den starken Bevölkerungszuwachs in Berlin durch die Aufnahme von mehreren Tausend Geflüchteten in Berlin – allein im Jahr 2015 waren dies 80.000 Personen (vgl. Beck et al. 2017: 3). Bereits 2017 ließen sich dabei zwei wesentliche Momente festhalten, die auch für das weitere Engagement von Neo-Intermediären und auch von Refugees-Welcome-Initiativen von zentraler Bedeutung zu sein scheinen:

- Zum einen sehen sich neo-intermediäre Initiativen der Herausforderung gegenübergestellt, ihr Engagement zu verstetigen bzw. ihr Engagement wechselnden Rahmenbedingungen gegenüber anzupassen. In Bezug auf Refugees-Welcome-Initiativen ließ sich dazu bereits 2017 festhalten, dass diese Initiativen den von ihnen bearbeiteten thematischen Radius immer stärker auffächerten. Auf diese Weise entwickelten sich aus reinen Unterstützerinitiativen

politisch motivierte Akteur*innen, die ihren Handlungsrahmen beständig ausweiteten und über Wohninitiativen für Geflüchtete auch Einfluss auf die städteplanerische Gestaltung nahmen (ebd.: 4).

- Zum anderen entwickeln sich im Kontext des Engagements von neo-intermediären Initiativen neue Kooperationsstrukturen zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung – allein schon aus dem Moment heraus, dass diese Initiativen Dinge vorantreiben, Fragen stellen, Reaktionen einfordern und teilweise bereits sogar die Schaffung neuer Schnittstellen zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft initiieren: „In Berlin sieht sich die lokale Verwaltung nun damit konfrontiert, eine Haltung zu den neuen selbstbestimmten und an Koproduktion orientierten Praktiken des ‚Stadtmachens‘ zu entwickeln“ (ebd.: 10).

3 Refugees-Welcome-Initiativen als lokale Nachbarschaftsakteur*innen?

Über die hier dargestellten Prozesse der Verfestigung und des Schaffens neuer Kooperationsstrukturen hinaus lässt sich nun allerdings ein drittes wesentliches Moment in Bezug auf das Engagement von Refugees-Welcome-Initiativen festhalten. Im lokalen Engagement für Geflüchtete können sich Interaktionen zwischen Geflüchteten und der Nachbarschaft, in der das Engagement der Refugees-Welcome-Initiativen stattfindet, ergeben, die wiederum einen Ort haben: die Adresse, die Räumlichkeiten, der städtische Raum, an dem das Engagement von Refugees-Welcome-Initiativen stattfindet. Tatsächlich ließe sich dieses Moment auch für die im Rahmen der hier vorgestellten Studie untersuchten Initiativen festhalten, wie etwa die Interkulturanstalten oder auch das Berliner Projekt Hellersdorf hilft. Beide werden hier kurz steckbriefartig vorgestellt:

Die Initiative Hellersdorf e. V. hilft ist eine seit 2013 bestehende Willkommensinitiative, die sich als Reaktion auf zunehmende rassistische Stimmungen im Umfeld einer Flüchtlingsunterkunft in Berlin-Hellersdorf gegründet hat. Die Initiative versucht, mit antirassistischer Arbeit im Wohnumfeld eine Willkommenskultur zu etablieren, z. B. mit Workshops in angrenzenden Schulen, und macht sich für die gesellschaftliche Partizipation der Geflüchteten im Bezirk stark. Von Beginn an machte die Initiative u. a. auf Probleme bei der inzwischen bundesweit bekannten ehemaligen Betreibergesellschaft der Flüchtlingseinrichtung „Pe-WoBe“ aufmerksam (vgl. Gesemann et al. 2017). Das lokale Engagement dieser Initiative manifestiert sich u. a. in der Einrichtung „LaLoKa“, einem Treffpunkt für Geflüchtete außerhalb der Flüchtlingsunterkunft, der als Treffpunkt, aber auch als Raum für kleinere Veranstaltungen nutzbar ist.

Die Initiative Interkulturanstalten geht im Kern auf das Engagement der Initiative „Willkommen im Westend“ zurück, die sich ebenfalls bereits im Jahr 2013 gründete. Seit der Gründung der Initiative ist mittlerweile eine dichte Infrastruktur

zur Unterstützung von Geflüchteten entstanden. Aus dieser gesellschaftlich breit getragenen Initiative ist zudem 2017 das Projekt „Interkulturalen“ hervorgegangen, bei dem ein altes Sanatorium zu einer vielfältig genutzten sozialen und kulturellen Einrichtung umgebaut wurde. Die Initiative „Willkommen im Westend“ ist bis heute ein fester Ansprechpartner für Politik und Verwaltung und Vertreter*innen der Initiative berichten regelmäßig im Integrationsausschuss des Bezirks. Die Initiative funktioniert zudem als dynamisches Gebilde mit einer sich ständig verändernden personellen Situation (vgl. ebd.). Die Räumlichkeiten der Interkulturalen bieten der Initiative seit 2017 einen konkreten Ort, der nicht nur für die Flüchtlingsarbeit genutzt wird, sondern einen offenen Raum darstellt, der bewusst Begegnungen zwischen Geflüchteten und Nachbarschaft ermöglicht und dabei als Ort für Veranstaltungen wie auch als Räumlichkeit für Projekte seitens der Geflüchteten selbst zur Verfügung steht.

Wenn es Geflüchteten-Initiativen gelingt, einen städtischen Raum zu bespielen, vervielfacht sich ihre potenzielle Wirksamkeit: Der zur Verfügung stehende Ort entwickelt eine gewisse „Magie“ und kann im wahrsten Sinne als „Kapital“ wirken: indem er den Initiativen eine „Sichtbarkeit“ verschafft („LaLoKa“, „Interkulturalen“) und indem er den Initiativen die Möglichkeit verschafft, diesen Raum zu bespielen. Dieser doppelte Verweis auf zwei Projekte wird an dieser Stelle deshalb aufgegriffen, um das Projekt der Interkulturalen nicht solitär im Raum stehen zu lassen. Vielmehr ließen sich an dieser Stelle mit Blick auf Berlin (wie etwa auf das Sharehouse Refugio in Neukölln) aber auch mit Blick auf Beispiele aus anderen deutschen Kommunen (wie etwa auf das Grandhotel Cosmopolis in Augsburg) weitere Projekte von, mit und für Geflüchtete(n) aufzeigen, die ebenfalls einen städtischen Raum bespielen, der für öffentliche Veranstaltungen und nachbarschaftliche Begegnungen bzw. Initiativen aufseiten von Geflüchteten genutzt werden kann. Dieser programmierte und bespielte städtische Raum wirkt sich potenziell förderlich auf die Legitimität dieser Initiativen als handelnde stadtentwicklungspolitische Akteur*innen wie auch auf die Akzeptanz von Geflüchteten als Nachbar*innen aus, wie sich am Beispiel der Interkulturalen wird zeigen lassen.

Festzuhalten bleibt hier, dass die Rolle von Refugees-Welcome-Initiativen als Nachbarschaftsakteur*innen vielfältige weiter gehende Fragen impliziert, die an dieser Stelle noch nicht abschließend geklärt sind, allem voran in Bezug auf eine genauere Klärung des Begriffs „Nachbarschaftsakteur*in“ oder in Bezug auf den Begriff „Nachbarschaft“. Es sei an dieser Stelle lediglich darauf hingewiesen, dass es in Bezug auf das Engagement von Refugees-Welcome-Initiativen offenbar wichtig ist, dem Ort dieses Engagements eine besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen und diesen Ort als „lokale Ressource“ in Bezug auf die Wirksamkeit von Refugees-Welcome-Initiativen auf die soziale Kohäsion vor Ort, die Inte-

gration von Geflüchteten, das Miteinander von Geflüchteten und Nachbarschaften sowie selbstverständlich auch für die Kontakt- und Aufenthaltsqualitäten einer Nachbarschaft selbst zu begreifen.

4 Die Interkulturanstalten: Eckdaten



Abbildung 5: Sommerfest der Interkulturanstalten 2017

Foto: zur Verfügung gestellt vom Interkulturanstalten e. V.

Die Interkulturanstalten befinden sich in der Ulmenallee 35 im Berliner Westend in den Räumlichkeiten der 1887 erbauten „Kulturanstalten Westend für Nervenranke“ (vgl. Interkulturanstalten 2018). Die Initiative beschreibt ihre Räumlichkeiten in der „Ulme 35“ wie folgt:

„Die ULME 35 ist ein Zauberberg, inmitten einer kleinen Parkanlage. Die Gesellschaftsräume in der Beletage – das ehemalige Billardzimmer, die Bibliothek, Musik- und Damensalon, ein Hörsaal, ein großer Wintergarten – sind wie geschaffen als Begegnungsort für Geflüchtete und Westender (und alle anderen)“ (ebd.).

Die Immobilie der Interkulturanstalten war 2002 von der Berliner Charité geschlossen worden und stand im Anschluss daran 15 Jahre leer. Das Sanatorium an der Ulmenallee 35 steht heute unter Denkmalschutz und befindet sich im Berliner Westend in einer der ältesten Villenkolonien Berlins. In der Nachbarschaft wurden in den vergangenen Jahren mehrere Flüchtlingsheime eingerichtet, in denen im Winter 2015 insgesamt ca. 3500 Geflüchtete lebten. Heute besteht unweit der Ulme 35 noch eine Unterkunft, in der aktuell ca. 400 Geflüchtete leben. 2017 gelang es aus dem Engagement der Initiative Willkommen im Westend heraus, das Gebäude im Rahmen des Vereins Interkulturanstalten e. V. über Mittel des Integrationsfonds des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf nutzbar zu machen. Der Verein betreibt die Immobilie und hat sich zum Ziel gesetzt, das nachbarschaftli-

che Miteinander zwischen Geflüchteten und Nachbarschaft über Dialog, Kunst und Kultur zu fördern. Eine langfristige Finanzierung des Projekts ist noch Work in progress.

Die Präsenz der Interkulturanstalten in einem gutbürgerlichen Berliner Villenviertel war zu Beginn recht kontrovers. In der Nachbarschaft bestand die Befürchtung, dass sich der Immobilienwert der angrenzenden Villen – wenn nicht des gesamten Viertels – mindern könnte, wenn in der Ulmenallee 35 nun dauerhaft ein Begegnungsort für Geflüchtete eingerichtet werden würde. Es bestanden Ängste vor „dem anderen“, „dem Unbekannten“ und „dem potenziell Gefährlichen“ und es gab Widerstand gegen das Projekt. Vereinzelt wurden auch Unterschriften gesammelt. Trotzdem gelang es den Aktiven, die politische Unterstützung des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf für das Projekt Interkulturanstalten zu gewinnen. Die Initiative gründete einen Verein und konnte auf diese Weise Mittel des Integrationsfonds in Anspruch nehmen, mit denen die Immobilie gemietet werden konnte und mit denen sich auch zwei bezahlte Stellen finanzieren ließen. Der unschlagbare Vorteil der Initiative bestand in ihrer starken Verwurzelung mit den Aktivitäten und den Aktiven der Initiative Willkommen im Westend (s. o.), die sich im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf – an wechselnden Orten und mit vielfältigen Kooperationspartnern – bereits zu einer etablierten integrationspolitischen Akteurin entwickelt hatte. Der nachbarschaftliche Widerstand gegenüber dem Projekt ließ in dem Moment nach, in dem die Interkulturanstalten ihren Betrieb aufnahmen und zunehmend nachbarschaftliche Kontakte mit Geflüchteten stattfinden konnten. Zumindest in einem Einzelfall wurde dabei aus einer Nachbarin, die das Projekt zunächst deutlich kritisiert hatte, eine engagierte Unterstützerin der Interkulturanstalten, die kurzfristig sogar einem geflüchteten syrischen Arzt in ihrer Villa im Westend ein Zimmer zur Verfügung stellte. Eine von Kritiker*innen des Projekts initiierte Anfrage im Bezirksrat zur längerfristigen Perspektive der Interkulturanstalten führte 2018 zu einer Neuauflage des Bebauungsplans, in deren Zuge für das Gelände der Interkulturanstalten allerdings eine kulturelle Nutzung der Immobilie festgeschrieben wurde.

Aktuell (Stand: August 2018) steht die Ulme 35 den Interkulturanstalten im Rahmen einer Zwischennutzung zur Verfügung. Ein langfristiges Nutzungskonzept soll in Kooperation zwischen den (kommunalen) Eigentümern und dem Interkulturanstalten e. V. erarbeitet werden (Interkulturanstalten 2017). Erdgeschoss und Hochparterre wurden in Kooperation mit dem Verein instand gesetzt und werden seit Februar 2017 genutzt. Die Räumlichkeiten sind weitläufig und umfassen einen Hörsaal, ein Café, eine Bibliothek, eine Koch-Werkstatt, einen Seminarraum sowie Mietflächen für Geflüchtetenprojekte und Künstler (Ateliers).

5 Die Interkulturanstalten als Intermediäre und Koproduzenten von Nachbarschaft

Der Verein Interkulturanstalten e. V. ist zwar aus dem Engagement der Initiative Willkommen im Westend hervorgegangen; der Personenkreis der Aktiven ist aber nicht deckungsgleich. Bei den Aktiven von Willkommen im Westend handelt es sich eher um die klassische Klientel der Refugees-Welcome-Bewegung: „Weiblich, gebildet, progressiv, älter“ (Interview mit einer Aktiven der Interkulturanstalten e. V. im August 2017). Das Klientel des Interkulturanstalten e. V. ist „seriöser und spricht ein vielfältigeres Publikum an“ (ebd.). Die Schnittstellen mit Politik, Verwaltung und lokaler Wirtschaft sind vielfältig, da sich die Aktiven der beiden Initiativen in Teilen überschneiden. Die Trennung der beiden Initiativen voneinander verläuft von daher relativ diffus und ein Auseinanderdividieren der beiden Gruppen ist auch nicht gewollt. Ganz im Gegenteil: Die bestehenden Kontakte und Kooperationen von Willkommen im Westend ließen sich gewinnbringend für die Arbeit des Interkulturanstalten e. V. nutzen. So wurden die Bestrebungen der Interkulturanstalten, eine politische und finanzielle Lösungsstrategie zur Nutzung der Ulme 35 zu finden, unterstützt.

Die Interkulturanstalten erfüllen klassische intermediäre Funktionen im Kräfte-dreieck zwischen Verwaltung und Politik, lokaler Wirtschaft und Bürger*innen. Die finanzielle Förderung erfolgt über den Masterplan für Sicherheit und Integration über den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf und ermöglicht eine Nutzung der Räumlichkeiten der Eigentümer GSE gGmbH und der (kommunalen) BIM. Zudem lassen sich die Interkulturanstalten für die Aktivitäten der Initiative Willkommen im Westend nutzen, die ihrerseits weiterhin über vielfältige Kooperationen mit und Schnittstellen zur Berliner Verwaltung und Politik verfügt (vgl. Gesemann et al. 2017: 55 ff.). Die Arbeit der Interkulturanstalten selbst richtet sich aktiv an Geflüchtete und die Nachbarschaft: „Der Zweck des Vereins ist die Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, für Geflüchtete und Vertriebene. In dem Gebäude Ulmenallee 35 entsteht ein Zentrum der Begegnung für Geflüchtete, Nachbarn, Kunst und Zivilgesellschaft“ (Interkulturanstalten 2017).

Die Kooperationen der beiden Initiativen mit dem Bezirk lassen sich als sehr gut beschreiben. Die Aktiven sind nicht nur tatsächlich in Kooperationsprozesse zur Arbeit an der Integration von Geflüchteten im Bezirk eingebunden, sondern die Aktiven kennen die zuständigen Ämter und Personen auch persönlich, teilweise bis hin zur gegenseitigen Kenntnis der Mobilfunknummern. Die Initiative Willkommen im Westend verfügt allerdings auch über Kooperationsstränge auf Landesebene, die dagegen weniger gut ausgeprägt und teils konfliktbeladen sind, etwa in Bezug auf die gemeinsame Arbeit an einem landesweiten Masterplan für Integration. Dabei arbeiten die Interkulturanstalten letztlich weniger „politisch“

als die Initiative Willkommen im Westend. Sie sind eher ein Ort für kooperative Impulse und ein Moment der „Balance“ gegenüber der Strategie der „konfrontativen Kooperation“ der Refugees-Welcome-Initiative Willkommen im Westend. Die Interkulturanstalten sind mehr Begegnungsraum für die (deutsche) Nachbarschaft und für Geflüchtete. Die Initiative Willkommen im Westend ist durch ihre jahrelange Integrationsarbeit mit Geflüchteten und für Geflüchtete dagegen politisierter: „Der anfangs karitativ orientierten Hilfe folgte eine schnelle Politisierung der Initiative“ (Gesemann et al. 2017: 55). Diese Politisierung bezog sich zunächst auf die strukturellen Defizite, die Intransparenz und Bürokratie im Umgang der Verwaltung mit den Geflüchteten (ebd.). In der Auseinandersetzung mit diesen Problematiken entwickelte die Initiative schließlich viele eigene Kompetenzen, insbesondere auch im Themenfeld des Umgangs mit minderjährigen, unbegleiteten Geflüchteten, und entwickelte eigenständige politische Lösungsvorschläge.

Die Interkulturanstalten sind vor allem aber auch Koproduzenten von Nachbarschaft. Mit dieser Orientierung bietet die Initiative für die Refugees-Welcome-Initiative Willkommen im Westend einen neuen Entwicklungspfad in Richtung Nachbarschaftsakteurin: weniger „politisch“, mit einem über den „Kern“ der Refugees-Welcome-Bewegung hinausgehenden Kreis von Aktiven und mit einer im Ergebnis relativ breiten (nachbarschaftlichen und geflüchteten-spezifischen) Zielgruppenorientierung. Das Angebot der Interkulturanstalten beinhaltet im Kern ein Sprachcafé (mittwochs) sowie einen regulären Cafébetrieb im Sinne eines Nachbarschaftstreffpunkts (mittwochs bis sonntags) und häufig findet freitags eine Kinovorführung statt. Das aktuelle Programm ist einsehbar auf www.interkulturanstalten.de. Zudem haben die Interkulturanstalten vielfältige Mieter*innen, etwa die Sozialberatung Mada e. V., die syrische Frauenzeitschrift Saiedat Souria oder ein Drucker-Atelier. Die Interkulturanstalten wirken als Ort mit Räumlichkeiten, Personal und Mieter*innen in die Nachbarschaft (über Kooperationen mit Kirchen, Wohnheimen und Schulen), in den Bereich Kunst und Kultur (etwa über die Senatskanzlei für kulturelle Angelegenheiten oder die Universität der Künste oder die Komische Oper Berlin), in den Bereich der Beratung und Begegnung (etwa über die Kooperation mit dem AWO Jugend-Migrationsdienst) und in die Arbeitsvermittlung (etwa über die Arbeitsagentur oder die Handwerkskammer).¹

6 Was bleibt?

In Bezug auf die Versteigerung der Aktivitäten von lokalen Refugees-Welcome-Initiativen lassen sich die Interkulturanstalten zunächst als „Best-Practice“-Modell begreifen, weil es ihnen gelungen ist, das Engagement für Geflüchtete und mit

1 Weitere Details: siehe Interkulturanstalten 2017: 2 ff.

Geflüchteten in einen neuen Kontext zu stellen: von der Ersthilfe und der Unterstützung der zuständigen Stellen bei der Integration vieler Tausender Geflüchteter hin zu einem Expertenetzwerk bei der lokalen Integration von Geflüchteten und zu einem Nachbarschaftsort, an dem sich Geflüchtete und Nicht-Geflüchtete gemeinsam für ein wertschätzendes Miteinander engagieren und gemeinsam attraktive Projekte in den Bereichen Dialog, Kunst und Kultur gestalten können. In der Weiterentwicklung von einer Akteurin der Flüchtlingshilfe (Willkommen im Westend) zu einer „Nachbarschaftsakteurin“ (Interkulturanstalten e. V.) ist es hier einer Willkommensinitiative gelungen, ihr Engagement als Expert*innen bei der Integration von Geflüchteten aufrechtzuerhalten und sich gleichzeitig ein neues Tätigkeitsfeld zu erschließen. Erstaunlicherweise war es möglich, die politische und die finanzielle Unterstützung zu organisieren, um in diesem Sinne eine leer stehende Gründerzeitvilla für das Vorhaben der Initiative Interkulturanstalten zu gewinnen, Nachbarschaft gemeinsam mit Geflüchteten und Nicht-Geflüchteten zu gestalten und zu neuem Denken, zu gelebter Willkommenskultur, anzuregen. Dabei mussten auch vor Ort, in der direkten Nachbarschaft, Distanzen zu und Konflikte gegenüber einem solchen Projekt der Geflüchtetenarbeit überbrückt werden, was offensichtlich bislang zu gelingen scheint. Dabei wird deutlich, dass der Ort selbst, in diesem Fall die Gründerzeitvilla in der Ulmenallee 35, eine Ressource ist, die intermediäres und nachbarschaftliches Handeln massiv unterstützt und als „lokales Kapital“ wirken kann. Die Immobilie Ulme 35 ermöglicht vielfältige Aktivitäten und Projekte, die sich für die Geflüchtetenarbeit, aber auch einfach nur für gelebte Nachbarschaft nutzen lassen.

Die Interkulturanstalten erfüllen eine klassische intermediäre Funktion in der Vermittlung zwischen Politik/Verwaltung, lokaler Wirtschaft, organisierter Zivilgesellschaft, Bürger*innen und der Nachbarschaft bzw. den Nachbarschaften der betriebenen Immobilie Ulme 35. In Kooperation mit der Initiative Willkommen im Westend können sie ein breites inhaltliches Spektrum und ein unterschiedliche Zielgruppen ansprechendes Gesamtpaket an Aktivitäten anbieten, das kurz- und mittelfristig eine Kontinuität und Verstetigung der Initiativenarbeit ermöglicht – auch und gerade vor dem Hintergrund geänderter Rahmenbedingungen der Situation von Geflüchteten in Deutschland. Dieses von den Interkulturanstalten ermöglichte und initiierte Gesamtpaket an Aktivitäten verbindet interessanterweise unterschiedliche Stränge lokaler Demokratie. Die Interkulturanstalten interagieren mit den Repräsentant*innen der repräsentativen Demokratie und beteiligen sich gleichzeitig an dialogorientierten, deliberativen Beteiligungsformen (in der Aushandlung der Mittel für den Betrieb der Immobilie, in der Beteiligung an flüchtlingspolitischen Netzwerken oder auch in der Beteiligung an flüchtlingspolitischen Debatten auf Bezirks- und Landesebene). Sie setzen sich mit Formen direkter Demokratie auseinander (in der Auseinandersetzung mit gegen das Projekt gerichteten Unterschriftenaktionen aus

der Nachbarschaft), protestieren beizeiten (etwa gegen die flüchtlingspolitische Debatte auf Landes- oder Bundesebene) bzw. engagieren sich im Sinne einer Bürgerinitiative (zur Nutzung der bislang ungenutzten Immobilie Ulme 35). Oder sie treten als eine Variante einer sozialen Bewegung auf, die sich für ein vielfältiges interkulturelles Miteinander einsetzt (Förderung der Begegnung von und des Miteinanders von Geflüchteten und Nachbarschaft). Ebenso sind sie ganz gewiss ein Ort des bürgerschaftlichen Engagements (Vorantreiben diverser politischer, kultureller und integrationsbezogener Projekte und Aktionen). Roland Roth (2015) hat diese unterschiedlichen politischen Arenen als nebeneinander und miteinander in Verbindung stehende Elemente einer vielfältigen Demokratie beschrieben und die intermediären Akteur*innen als potenzielle Multiplikator*innen der Leitidee einer solchen vielfältigen Demokratie benannt. Politik zu machen, bedeutet eben nicht nur, sich im repräsentativen politischen System zu bewegen, sondern es bedeutet alle Formen einer vielfältigen Demokratie zu bespielen. Die Interkulturalen sind so betrachtet nicht nur ein Best-Practice-Beispiel für die Verstärkung einer neo-intermediären Akteurin, sie sind auch Protagonist*innen einer vielfältigen Demokratie. Die Interkulturalen sind ein Beispiel dafür, erfolgreich Politik zu machen, indem die unterschiedlichen Ebenen einer vielfältigen Demokratie gleichzeitig nebeneinander bespielt und aufeinander bezogen werden. Das ist nicht zuletzt auch, wenn nicht der, dann zumindest ein umsetzungs- und ergebnisorientierter Weg zur Stärkung der lokalen Demokratie.

Literatur

- Beck, S., Kriemann, M. & Luchmann, C. (2017): vhw-Studie „Stadtmacherinnen und Stadtmacher“. Teil 1: Zwischenergebnisse. Bürgergesellschaft zwischen Government und Urban Governance, vhw-werkSTADT Nr. 11. Berlin.
- Beck, S. & O. Schnur (2016): Mittler, Macher, Protestierer. Intermediäre in der Stadtentwicklung. Berlin.
- Gesemann, F., Kriemann, M., Seidel, A., Luchmann, C., Thal, T., Walz, S., Mayer, M., Kammertöns, V. & Thal, L. (2017): Stadtmacherinnen und Stadtmacher. Zur neuen Vielfalt intermediärer Akteure in Berlin in den Themenfeldern Stadtentwicklung und Flüchtlingspolitik. Abschlussbericht zur Explorationsstudie im Auftrag des Bundesverbands für Wohnen und Stadtentwicklung (vhw). Berlin.
- Heinze, R. G. & Olk, T. (2001): Bürgerengagement in Deutschland – zum Stand der wissenschaftlichen und politischen Diskussion. In: Heinze, R. G. & Olk, T. (Hrsg.): Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven. Wiesbaden: 11-26.
- Interkulturalen (2018): „Der Ort“. Abrufbar unter: <http://www.interkulturalen.de/index.php/ulme-35-raum-fuer-integration-und-kreativitaet/der-ort/>. Letzter Zugriff: August 2018.

- Interkulturanstalten (2017): Zwischenbericht des Vereins Interkulturanstalten Westend e.V., Dezember 2017. Abrufbar unter: http://www.interkulturanstalten.de:60080/a3138ae140cc91c69d858d12e354ea33226b61db/3eaf4c63-89ae-f4e9-692a-a8126f589586/tap2_OqQOaj_dec/2017_12_05-T__tigkeitsbericht.pdf. Letzter Zugriff: August 2018.
- Maikämper, M. (2016): Akteursmodelle in multilateralen Prozessen der Stadtentwicklung, *RaumPlanung* 187 (5). 35-41.
- Michel, H. (2017): *Wir machen das. Mein Jahr als Freiwilliger in einer Unterkunft für Geflüchtete*. Köln.
- Roth, R. (2015): Intermediäre Akteure in einer „vielfältigen Demokratie“. In: *vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung* (5), 226-230.
- Schiffauer, W., Eilert, A. & Rudloff, M. (Hrsg.) (2017): *So schaffen wir das. Eine Zivilgesellschaft im Aufbruch. 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten*, Bielefeld.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





Vorhang auf!

Über die Akteurs- und Kommunikationsvielfalt in quartiersbezogenen Stadtentwicklungsprozessen

Friederike Fugmann, Sarah Ginski, Fee Thissen

Vorspann

Dass in heutige Planungs- und Entwicklungsvorhaben viele Akteur*innen einbezogen werden, dürfte unstrittig sein. Doch über die Vielfalt von Akteur*innen und ihre Rollen im allgemein zugänglichen Material wird oft nur vage und lückenhaft informiert. Auch bilden die öffentlich zugänglichen Informationen zu Kommunikationsprozessen nur einen kleinen Teil des gesamten Kommunikationsgeschehens ab. Dabei sind Zielsetzungen und Inhalte oft allgemein gehalten oder für Laien schwer verständlich. Auch die Reichweite und mögliche Wirkung der Mitwirkung von unterschiedlichen Akteur*innen bleibt oft unklar – oder wird zumindest von den verschiedenen Akteur*innen unterschiedlich eingeschätzt. Erst über Interviews mit Prozessbeteiligten ist die „multilaterale Kommunikation“ in Stadtentwicklungsprozessen samt ihrer tiefer liegenden „Schichten“ zu erschließen. Anhand mehrerer ‚Spots‘ illustriert dieser Beitrag neben der Vielfalt der Akteure, wann wer in welcher Rolle ‚auftritt‘ (1), welche Themen und Inhalte für den ‚Zuschauer‘ bzw. die Zuschauerin sichtbar werden (2), was aus den Prozessen folgt (3), um schließlich zu zeigen, wie wichtig ein Blick ‚hinter die Kulissen‘ der Akteurs- und Kommunikationsvielfalt in Prozessen der Stadtentwicklung ist.

‚Vorhang auf‘ für einige Schlaglichter¹ aus der Praxis der Quartiersentwicklung!

1 Alle Schlaglichter oder ‚Spots‘ aus der Praxis sind frei erfunden und stellenweise vereinfacht oder überzeichnet dargestellt – und sollen dennoch stellvertretend für reale Planungs- und Kommunikationsprozesse stehen. Eventuelle Parallelen zu realen Stadtteilentwicklungen oder Akteur*innen sind zufälliger Art.

1 Alle im Blick – Akteursvielfalt in Planungsprozessen

Spot 1: Quartiersdialoge auf offener Bühne und verwaltungsinterne Erörterungen hinter den Kulissen

Im Rahmen einer gesamtstädtischen Strategieentwicklung sollen teilräumliche Konzepte auf der Quartiersebene entstehen. Die Stadt fordert die Bürgerschaft zur Gründung von Bürgerforen in jedem Stadtbezirk auf, in denen die breite Öffentlichkeit weitestgehend selbstorganisiert über die Zukunft ihrer Quartiere diskutiert. Die Ergebnisse werden schließlich der Verwaltung übergeben. Zeitgleich wird verwaltungsintern – sozusagen hinter den Kulissen – eine dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet, die Fachkonzepte erarbeitet. Beides, die Ergebnisse der Bürgerforen und die Fachkonzepte, werden nachträglich zusammengeführt.

Spot 2: Parallelität von Dialogen auf Haupt- und Neben Bühnen parallel verlaufen

*Auf einer Brachfläche soll ein neuer Wohnstandort entstehen. Die Stadt initiiert einen Dialogprozess zwischen Bürger*innen, der Stadtverwaltung und allen an der Umsetzung beteiligten Akteur*innen, um Leitlinien und Planungsgrundsätze abzustimmen. Gleichzeitig gründet sich eine Bürgerinitiative, die zwar Gesprächsangebote nutzt, darüber hinaus aber – quasi auf einer Nebenbühne – einen eigenen Dialogprozess anstößt, der sich schließlich u. a. auf die Zahl der geplanten Wohneinheiten auswirkt.*

Diese zwei Schlaglichter aus der Praxis sind nur wenige von vielen Beispielen, die zeigen: Wenn heute Quartiers- oder Stadtentwicklungspläne aufgestellt oder bedeutsame Projekte vorbereitet werden, finden in der Regel umfassende Erörterungen mit vielen Beteiligten statt.

Solcherlei Kommunikationsaktivitäten, die beim Planen und Entwickeln anfallen, untersuchten wir im Rahmen des von der DFG geförderten Forschungsprojektes „Multilaterale Kommunikation in Prozessen der Stadtentwicklung“ am Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung der RWTH Aachen². Insgesamt haben wir 50 Beispiele für dialogorientierte Stadtentwicklungsprozesse behandelt, die öffentlich verantwortet wurden und in die gezielt Akteur*innen aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft einbezogen wurden. Ihre systematische Beschreibung erfolgte anhand öffentlich zugänglicher Materialien (v. a. erfasst über eine Internetrecherche) und ergänzender Interviews. Anschließend wurden die Fälle im Querschnitt ausgewertet (vgl. Fugmann et al. 2018a/b).

2 Laufzeit des Forschungsprojektes: 2015 – 2018.

Zentrale Befunde zur Akteurs- und Kommunikationsvielfalt in quartiersbezogenen Stadtentwicklungsprozessen sollen hier im Folgenden vorgestellt werden.

Die Querauswertung der 50 Beispiele liefert eindeutige Hinweise darauf, dass kein Akteur bzw. keine Akteurin die komplexen Aufgaben der Stadt- oder Quartiersentwicklung allein bewältigen könnte: Gestaltungsmacht entsteht vielmehr im Zusammenwirken der verschiedenen Akteur*innen im Prozess (ganz im Sinne des Governance-Ansatzes). In beiden gerade beschriebenen Schlaglichtern aus dem Alltag der Quartiersentwicklung, die stellvertretend für viele weitere Fälle stehen, treffen wir auf eine Vielzahl von Akteur*innen, die sich grob in fünf Sphären einteilen lassen: administrative Akteur*innen, politische Akteur*innen, Marktakteur*innen, zivilgesellschaftliche Akteur*innen sowie Intermediäre. Die Realität ist jedoch ungleich komplexer. Um ihre Vielfalt abbilden und wirklich verstehen zu können, bedarf es einer möglichst detailscharfen Erfassung der Akteur*innen und ihrer Interdependenzen.

Im Fokus der öffentlichen Darstellung von Stadtentwicklungsprozessen steht die Kommunikation mit der unspezifischen Öffentlichkeit. Das gilt für die Internetpräsenz und Printprodukte, aber auch für verschiedene Veranstaltungsformate, mindestens Auftakt und Schluss von Beteiligungssequenzen. Sehr oft war in den von uns ausgewerteten Prozessdarstellungen von *den* Bürger*innen die Rede, die an einer Veranstaltung teigegenommen und sich für oder gegen etwas ausgesprochen haben. Dabei ist die Bürgerbeteiligung in allen untersuchten Prozessen hochgradig selektiv. 120 Teilnehmende einer Veranstaltung können nicht für 500.000 Einwohner*innen einer Stadt sprechen. Wer genau an den Veranstaltungen teilnimmt, wird in der Regel nicht erfasst.

Neben der allgemeinen Öffentlichkeit werden vielfach auch verschiedene Teilöffentlichkeiten angesprochen, z. B. Anwohner*innen von Gebieten, die umgestaltet werden sollen, oder zukünftige Nutzer*innen, Kinder und Jugendliche oder bestimmte, beteiligungsferne Gruppen. Um ein möglichst breites Spektrum der Stadtgesellschaft einzubinden, werden manchmal Gruppen per Los zusammengestellt; dabei wird nach Wohnort, Geschlecht, Alter und/oder Milieuzugehörigkeit quotiert. Alternativ wird mit Stellvertreter*innen für bestimmte Gruppen gearbeitet.

Eine besondere Rolle spielen zudem Fachöffentlichkeiten und Expert*innen, die in Gremien oder Workshops eingebunden werden. Zu den mit speziellen Formaten eingebundenen Akteur*innen zählen häufig Marktakteur*innen. Es gibt Fälle, in denen diese primär im Hintergrund wirken und informell Einfluss nehmen. Jedoch finden sich auch Prozesse, in denen Marktakteur*innen gezielt über eigene und multilaterale Formate eingebunden werden. Außerdem finden wir auch solche Prozesse, die von ihnen initiiert und wesentlich geprägt werden. Immer dort, wo Marktakteur*innen aktiv werden, ist festzustellen, dass nicht alle „Schich-

ten“ der Kommunikation von außen zu beobachten sind. Bilaterale Gespräche und andere Formen aufsuchender Beteiligung sind häufig eingesetzte Mittel bei der Einbeziehung von wirtschaftlichen Akteur*innen.

Die Kommunikation zwischen den Akteur*innen verläuft nicht nur in den durch die Stadt gelenkten Bahnen. Wie das zweite Schlaglicht aus der Praxis stellvertretend für viele weitere Fälle zeigt, haben oder entwickeln die beteiligten Akteur*innen eigene Kommunikationswege, die Einfluss auf die Ergebnisse der Planung nehmen.

Die Kommunikationsaktivitäten in der Stadt- und Quartiersentwicklung richten sich jedoch keinesfalls nur an externe Akteur*innen. Auch intern – in Politik und Verwaltung – fallen Kommunikationsaufgaben an. Die federführenden Abteilungen in den Verwaltungen haben drei Schnittstellen zu gestalten: a) die zur Außenwelt (hier v. a. zur Öffentlichkeit und zu den Wirtschaftsakteur*innen), b) die zur Politik sowie c) die zur komplexen Binnenwelt der Verwaltung. Hier gilt es, die verschiedenen mit der Aufgabe betrauten Ressorts und städtischen Betriebe miteinander in Verbindung zu bringen und in die gemeinsame Arbeit einzubinden. In jeder Verwaltung gibt es eine Vielzahl von Wegen, auf denen Informationsaustausch und Meinungsbildung betrieben wird. Nur wenige davon sind explizit Gegenstand der kommunikativen Prozessgestaltung. Diese Kommunikation bleibt „unsichtbar“, prägt den Verlauf der Prozesse jedoch wesentlich – dies dürfte v. a. im ersten Spot deutlich geworden sein.

Es bleibt festzuhalten, dass eine systematische Erfassung der Akteur*innen in der Praxis eine Seltenheit ist. Lediglich in zwei der 50 Fälle fanden wir eine solche vor – und zwar im Rahmen einer Evaluation zum Ende des Prozesses. Eine systematische Akteursanalyse vorab, die als Grundlage für die Auswahl von Akteur*innen dient, die in einen Prozess einbezogen werden sollen, fanden wir hingegen in keinem Fall. Vielmehr schien die Auswahl in erster Linie erfahrungsbasiert vorgenommen zu werden. Dadurch kann es vorkommen, dass nicht alle notwendigen Akteur*innen in die Prozesse eingebunden werden.

Die Antwort auf die Frage, wer denn notwendige Akteur*innen wären, hängt nicht zuletzt von der planerischen Aufgabe und den Inhalten ab. Nicht alles muss und kann mit allen Akteur*innen erörtert werden. Im nächsten Abschnitt gehen wir daher der Frage nach den tatsächlichen Kommunikationsgegenständen mit unterschiedlichen Akteur*innen nach.

2 Inhalte der Erörterungen – zwischen planerischer Aufgabe und Interessenpluralität

Spot 3: Widersprüchliche und vorhersehbare Erörterungen auf offener Bühne, die hinter den Kulissen abgewogen werden

*Auf einer Brachfläche mitten in der Stadt soll ein neuer Stadtteil entstehen. Sowohl die Politik und die zuständige Verwaltungsabteilung als auch die Eigentümerin des Areals bemühen sich angesichts beteiligungsaffiner Anwohner*innen von Beginn an um eine besonders partizipative Kultur. Im Rahmen eines Gutachterverfahrens werden mehrere Bürgerforen durchgeführt, in denen zusammen mit Expert*innen Erlöserwartungen und Qualitätskriterien wie Wegeverbindungen oder Dichten durchgespielt werden. Die Wünsche sind vielfältig und widersprüchlich: Das neue Quartier soll lebendig und ruhig, grün und urban sein. Nach langem Ringen finden zentrale Ergebnisse der öffentlichen Erörterungen Eingang in die Rahmenplanung: Identitätsstiftende Gebäude sollen erhalten bleiben, Bäume geschützt und der ruhende Verkehr unter die Erde verlagert werden. Im Hintergrund der inhaltlichen Bemühungen um die zukünftige Qualität des Quartiers werden mit der privaten Eigentümerin jedoch finanzielle Erlöserwartungen diskutiert, die schließlich zu einer Erhöhung der städtebaulichen Dichte führen.*

Spot 4: Wenn sich Hauptakteure nicht am Schauspiel beteiligen (wollen)

*Ein innerstädtischer Quartiersplatz soll seit Langem umgestaltet werden; Sturmschäden erhöhen ganz plötzlich den Handlungsbedarf. Die Stadt lädt sowohl die Öffentlichkeit als auch die Anlieger*innen, in deren Eigentum sich auch Teile des Platzes befinden, zu Einzelgesprächen und gemeinsamen Runden ein. Parallel dazu wird die Planung vorangetrieben. Kurz vor Baubeginn zeigt sich jedoch, dass sich nicht alle Anlieger*innen an den Kosten der Umsetzung beteiligen wollen, sodass der Platz schließlich nur teilweise und patchworkartig umgestaltet wird.*

Diesen Schlaglichtern und allen 50 untersuchten Fällen ist gemein, dass ihnen eine mehr oder weniger konkrete planerische Aufgabe zugrunde liegt. Diese kann sich auf ganz verschiedene Handlungs- und Maßstabebenen beziehen: angefangen bei gesamtstädtischen Entwicklungsvorhaben über teilräumliche Planungen bis hin zur Projektebene. Hinzu kommt, dass sich Planungsprozesse häufig nicht nur auf einer Maßstabebene bewegen. Die meisten gesamtstädtischen Konzepte umfassen teilräumliche Betrachtungen von Quartieren oder (Schlüssel-)Projekte. Platzumgestaltungen können wiederum Teil eines Innenstadt- oder Quartierskonzepts sein. Insofern spielt die Ebene des Quartiers in fast jedem Planungsprozess eine wichtige Rolle, da sie für viele Beteiligte den unmittelbaren Bezugsraum darstellt.

Im zeitlichen Verlauf einer Planung finden sich – so zeigt die Querauswertung – fast immer planakzessorische Übergänge, die unter kommunikativen Gesichtspunkten besonders interessant sind, da sich mit ihnen die Inhalte, Betroffenenheiten und Beteiligten verändern (können).

Jede Planungsaufgabe beinhaltet normalerweise eine Bestandsaufnahme, eine Zielformulierung und schließlich die Maßnahmenplanung, gefolgt von der Umsetzung. Doch längst nicht alle Schritte werden im Dialog mit Akteur*innen aus den verschiedenen Sphären (s. o.) gleichermaßen thematisiert. In Spot 3 wurden Erlöserwartungen in der Öffentlichkeit zwar durchaus diskutiert; ihnen wurde von den anwesenden Akteur*innen aber kein so großes Gewicht beigemessen. Für die Eigentümerin stellte eine bestimmte Rendite hingegen ein zentrales, wenn nicht das zentrale Beurteilungskriterium möglicher Planungsvarianten dar. Auch die Kosten, die den Eigentümer*innen durch die Platzumgestaltung im vierten Spot entstehen würden, wurden vorab nicht ausreichend kommuniziert. Dass solcherlei Rahmenbedingungen nicht oder nur am Rande thematisiert werden, scheint keine Seltenheit zu sein. Bei der Betrachtung der 50 Beispiele fällt auf, dass in der (öffentlich sichtbaren) Kommunikation Statusberichte oder Bestandsdaten in der Regel „nachrichtlich“ übernommen werden, sie aber nicht selbst Gegenstand der Erörterungen sind. Auch tatsächliche Handlungsmöglichkeiten werden nur selten thematisiert. Vielmehr steht die Definition von Zielen und Maßnahmen im Mittelpunkt der – öffentlichen – Erörterungen.

Häufig fanden wir in den untersuchten Prozessen offen formulierte Fragestellungen nach den Wünschen und Zielen der Stadtöffentlichkeit, z. B.: „Wie wollen wir in Zukunft leben?“ V. a. auf der Stadtentwicklungsebene, aber auch in der Quartiersentwicklung, entstehen auf diese Art und Weise (teils sehr lange) Listen mit Aneinanderreihungen von Anregungen und Wünschen. Das Wünschenspektrum ist breit und reicht vom Zoo auf einer ehemaligen Kasernenfläche bis hin zur Eingemeindung von Nachbarkommunen. Dieses realitätsferne, von Aufgabe und Kontext losgelöste „Ideen- und Wünschensammeln“ ist keine Ausnahme, sondern weit verbreitete Praxis. Statt dieser breiten Wunschabfrage fanden wir in anderen Fällen aber auch Versuche einer Eingrenzung, z. B. auf bestimmte Handlungsfelder. Auf der Quartiersebene werden in der Kommunikation Teilaspekte wie Freiräume, Mobilität oder aber bestimmte Teilräume in den Fokus der gemeinsamen Erörterungen gestellt.

Unabhängig von der Fragestellung sind viele Anregungen zur Stadt- und Quartiersentwicklung schlussendlich austausch- und vorhersehbar. Bezahlbarer Wohnraum, ein lebenswertes Wohnumfeld, die Stärkung der Ortsteilidentitäten, die Entwicklung von stadtverträglichem Verkehr sowie der Erhalt und die Pflege von Grünflächen sind allorts von Bürger*innen geforderte Themen.

Eine öffentliche Erörterung verschiedener Sichtweisen findet – zumindest im Querschnitt der 50 Fälle – jedoch nur selten statt. Das Herausarbeiten von gemeinsamen oder kontroversen Positionen nimmt eine erstaunlich nachgeordnete Rolle ein. Oftmals finden wir Sammlungen von Anregungen vor, ohne dass es zu einer Erörterung gekommen wäre, was davon miteinander zu vereinbaren ist und was nicht – wenn z. B. (wie in Spot 3) gleichermaßen neuer Wohnraum wie der Erhalt von Grünräumen gefordert wird. So bleiben Interessenpluralität und Zielkonflikte unsichtbar und das Abwägen und Zusammenführen unterschiedlicher Gesichtspunkte sowie das Bilden von Kompromissen sind oft nicht Bestandteil der öffentlich sichtbaren Kommunikation, sondern finden im Hintergrund statt.

Und doch gibt es Versuche, der Komplexität fachlicher Inhalte im Dialog mit der Öffentlichkeit Herr zu werden. In der Querauswertung der 50 Beispiele fanden wir verschiedene „Übersetzungsstrategien“, etwa die »unbelastete« Sammlung von Ideen, Meinungen und Wünschen (von der schon die Rede war), aber auch Einführungen durch Fachleute, öffentlich zugängliche Fachworkshops oder transparente, dialogorientierte Wettbewerbe mit Stadtspaziergängen, Modellen o. ä., vor. Umgekehrt verweisen die 50 Beispiele aber auch auf eine Eventisierung von Planungsprozessen. Kulturelle Rahmenprogramme, Inszenierungen und Feste, Videos, Luftballons oder Anstecknadeln sollen Aufmerksamkeit erzeugen.

Schlussendlich stellt sich die Frage, welche Ergebnisse die Kommunikation hatte und zu welchen substanziellen und prozessualen Wirkungen das in den nächsten Planungsschritten führt.

3 Wirkungen und Reichweite – wenn aus dem Ende ein Anfang wird

*Spot 5: Wenn Akteur*innen ‚entscheiden‘, die nicht befugt sind*

*Der Marktplatz einer Großstadt, am Rande der Fußgängerzone gelegen. Lange Zeit wurde er als Parkplatz genutzt; er soll nun aber unter Beteiligung der Öffentlichkeit umgestaltet werden. In der Abschlussveranstaltung zum Beteiligungsprozess wird per Handzeichen für eine Gestaltung als autofreier, begrünter Stadtraum gestimmt. Einige Verwaltungsmitarbeiter*innen tragen das Ergebnis des Kommunikationsprozesses in den Bauausschuss, wo kontrovers über die Erreichbarkeit von Ladenlokalen, die Pflege der Grünflächen und verschiedene Verkehrskonzepte für den Rand der Innenstadt diskutiert wird. Schließlich fällt die Ratsversammlung den Beschluss, auf Teilen der Marktplatzfläche doch Stellplätze vorzusehen und keine neuen Bäume oder Grünflächen anzulegen, um mehr Flexibilität für die Nutzung zu schaffen.*

*Spot 6: Pause oder Ende? Wenn die Akteur*innen den Spielplan nicht kennen*

*Auf einer städtischen Fläche soll ein Quartierspark entstehen. Die Verwaltung startet einen aufwendigen Dialogprozess: Sie fragt in einer Werkstatt Ideen und Vorschläge von Anwohner*innen, Nutzer*innen und Skater*innen ab, macht mit Kindern einen Spaziergang vor Ort und führt bilaterale Gespräche mit umliegenden Kultureinrichtungen. Die Planerstellung erfolgt dann verwaltungsgintern; aus Sicht der Beteiligten scheint derweil nichts zu passieren. Erst nach Monaten erblickt ein Plan das Licht der Öffentlichkeit; die Ausführungsplanung und Ausschreibungen dauern ein weiteres Jahr.*

In der Regel folgt auf einen öffentlich sichtbaren kommunikativen Prozess ein Beschluss, der von legitimierten (politischen) Gremien gefasst wird. Bei der Gestaltung des Verhältnisses der Öffentlichkeitsbeteiligung zu parlamentarischen Beratungen kann es zu Fehleinschätzungen kommen – insbesondere dann, wenn in der Öffentlichkeit durch ein Voting (über Online-Tools oder offline per Klebepunkt oder Handzeichen) der Eindruck von Mitbestimmungsmöglichkeiten entsteht. Doch „ge votet ist noch nicht beschlossen“ – wie auch die Teilnehmer*innen des oben beschriebenen Kommunikationsprozesses feststellen mussten (vgl. Ginski & Thissen 2017). Mitunter führt das dazu, dass von den zuvor Engagierten im Nachhinein der ganze Prozess infrage gestellt wird. In vielen der von uns betrachteten Prozesse hielten sich politische Vertreter*innen im laufenden Verfahren zurück, traten eher selten in öffentlichen Veranstaltungen auf und verhielten sich beobachtend, um dann eine Entscheidung zu treffen, die im Sinne der öffentlichen Meinungsbildung oder aber eben auch entgegen dieser ausfallen kann. Doch was folgt auf einen politischen Beschluss?

Die bis dahin oft aufwendig betriebene Kommunikation und Berichterstattung, insbesondere in die Öffentlichkeit, bricht zu diesem Zeitpunkt – oft unvermittelt – ab. Es entstehen teils „harte Brüche“, ein Nachhaltigkeitsanspruch (der etwa darin besteht, querschnittsorientiertes Handeln oder bestimmte Kommunikationselemente zu verstetigen) wird nicht eingelöst. So bleibt insbesondere das Ende von Prozessen häufig unscharf, findet die weiterführende Kommunikation und die Weiterentwicklung der Planung fernab der Öffentlichkeit doch meist in bilateralen Verhandlungen oder innerhalb der Verwaltung statt. Zudem bleiben die Übergänge von allgemeiner, alltäglicher Kommunikation zu den besonderen Kommunikationssituationen in den Prozessen – und wieder zurück – ungenau. Dort wo es inhaltlich notwendig ist und der Aufwand gerechtfertigt erscheint, sollte Kontinuität hergestellt werden. Häufig schließen sich auch Folgeplanungen (z. B. Rahmenplan, Bebauungsplan) an. Dennoch sind weder die Vorphase noch die sich

anschließenden Planungs- und Umsetzungsschritte erkennbare Bestandteile der Kommunikationskonzepte.

Über die inhaltlichen Erträge zur Lösungsfindung einer Sachaufgabe hinaus werden mit den multilateralen Kommunikationsprozessen häufig auch prozessuale Ziele verfolgt. Sie können der Vertrauensbildung dienen und/oder der Verbesserung der Bezüge zwischen einzelnen Akteursgruppen. Insbesondere bei der Öffentlichkeitsbeteiligung gibt es sogar Fälle, in denen kommunikative Aufgabenstellungen in den Vordergrund zu treten scheinen, z. B., wenn es sich um sehr konflikthafte Fälle handelt, in denen es darauf ankommt, überhaupt eine gemeinsame Gesprächsbasis zu finden. In einigen Beispielen scheint darüber hinaus die „Akzeptanzbeschaffung“ im Vordergrund zu stehen – was allerdings bestenfalls „off the record“ bestätigt wurde.

4 Abspann: der Blick hinter die Kulissen

Die von uns frei erfundenen ‚Spots‘ aus der Praxis stehen stellvertretend für reale dialogorientierte Planungsprozesse. Unter kommunikativen Gesichtspunkten können wir – durch einen Blick ‚hinter die Kulissen‘ – in verschiedener Hinsicht von ihnen lernen. Wir wollen an dieser Stelle drei wesentliche Befunde resümieren:

- *Akteur*innen – Vielfalt und Veränderung:* Die von uns beschriebenen Spots bestehen, wie die meisten der untersuchten Prozesse, aus mehreren kommunikativen Abschnitten. Immer wieder treten unterschiedliche Akteur*innen auf und wirken an der Entwicklung des Quartiers mit. Ihre Konstellationen sind dabei nicht statisch, sondern sie verändern sich im und mit dem Prozess.
- *Kommunikationsgegenstände – sichtbar und verborgen:* Mit Blick auf die Inhalte der Erörterungen zeigte sich, dass die Aussagen widersprüchlich sein können und sich keinesfalls auf die planerische Aufgabe beziehen müssen. Wenn doch, so sind die Ergebnisse häufig vorhersehbar. Abgewogen werden Hinweise hinter den Kulissen, häufig ohne dass transparent ist, wer daran beteiligt ist.
- *Wirkungen – Entscheidungen und Folgen:* Es zeigte sich, dass es zu Konflikten zwischen Akteursgruppen kommen kann, wenn Rollen nicht ausreichend geklärt und die Reichweite der Dialoge nicht in die Gegebenheiten der repräsentativen Demokratie eingeordnet werden. Unverständnis kann des Weiteren entstehen, wenn multilaterale Kommunikation nach Abschluss eines Verfahrens unvermittelt abbricht, obwohl die Planung durchaus fortgesetzt wird.

Diese (und weitere, an anderer Stelle ausführlich beschriebenen) Befunde lassen sich, wie eingangs erwähnt, nur durch den Blick „hinter die Kulissen“ erfassen.

Die kommunikativen Aktivitäten lassen sich in drei Schichten unterteilen (vgl. Abb. 1). Im Zentrum der öffentlichen Darstellung steht zumeist nur die Beteiligung der Öffentlichkeit, z. B. Bürgerversammlungen, Jugendbeteiligungen oder Online-Dialoge und politische Beschlüsse (siehe die „Gipfel“ in Abb. 1). Zusätzlich gibt es viele ergänzende Kommunikationsbausteine, die zur Meinungsbildung beitragen und Entscheidungen von Wirtschaft und Verwaltung zu einem bestimmten Planungsgegenstand beeinflussen. Doch werden sie meist nicht sichtbar, obwohl sie eine (meist entscheidende) Rolle spielen (siehe den „Hang“ in Abb. 1).

Doch auch wer all diese Kommunikationsbausteine mit wechselnden Akteurskonstellationen wahrnimmt, hat nur einen Teil der kommunikativen Interdependenzgestaltung erfasst. Es gibt eine noch tiefer liegende kommunikative „Schicht“, die auch als „kommunikative Basis“ verstanden werden kann (siehe das „Plateau“ in Abb. 1). Damit sind bereits bestehende Kommunikationsstrukturen, persönliche und fachliche Netzwerke sowie die große Zahl kommunikativer Akte gemeint, die vom eigentlichen Planungsgegenstand losgelöst sind. Das können z. B. ein gutes oder schlechtes kommunikatives Klima zwischen zwei Abteilungen der Stadtverwaltung oder auch persönliche Kontakte zwischen Dezernenten und lokalen Marktakteur*innen sein. Diese Schicht prägt das planbezogene, öffentlich sichtbare kommunikative Geschehen maßgeblich, ohne dass es für einen Außenstehenden beobachtbar wäre.

Zwei der drei Schichten bleiben in der Praxis ‚hinter den Kulissen‘ weitestgehend verborgen. Für die Gestaltung von Prozessen stellt dies eine besondere Herausforderung dar, prägt doch die Gesamtheit der Kommunikation einen Entwicklungsprozess. Insofern lohnt nicht nur ein Blick auf vorangegangene Verfahren, sondern auch eine umfassende Akteursanalyse zu Beginn eines neuen Prozesses. Zudem sollte der Übergang vom „kommunikativen Ausnahmezustand“ hin zum Alltag der Stadtentwicklung bewusst gestaltet werden.

Abbildung 1: „Schichten“ der Kommunikation

Quelle: eigene Darstellung.

Literatur

- Fugmann, F., Ginski, S., Selle, K. & Thissen, F. (2018a): Multilaterale Kommunikation in Prozessen der Stadtentwicklung. Querauswertung von 50 Praxisbeispielen. Abrufbar unter: PT_Materialien 40.1. http://www.pt.rwth-aachen.de/files/dokumente/pt_materialien/pt_materialien_40-1_ebook.pdf. Letzter Zugriff: 9.3.2018.
- Fugmann, F., Ginski, S., Selle, K. & Thissen, F. (2018b): Multilaterale Kommunikation in Prozessen der Stadtentwicklung. Der Beispiel-Katalog. Abrufbar unter: PT_Materialien 40.2. http://www.pt.rwth-aachen.de/files/dokumente/pt_materialien/pt_materialien_40-2_ebook.pdf. Letzter Zugriff: 9.3.2018.
- Ginski, S. & Thissen, F. (2017): Digital multilateral? Die Rolle des Internets in dialogischen Prozessen der Stadtentwicklung. In: BBSR: Online-Partizipation in der Stadtentwicklung. Informationen zur Raumentwicklung 6: 24-37.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





Demokratie beginnt in der Nachbarschaft und endet nicht am Wahltag

Günter Rausch

Seit Jahren häufen sich die Publikationen, die in unserem Land eine „Krise der Demokratie“ beobachten (vgl. Offe 2004; Habermas 2013; Weidenfeld 2017; etc.). Auch wenn die Analysen der vielen Autor*innen zu unterschiedlichen Befunden und Erklärungen kommen, gibt es doch spätestens seit dem Einzug der rechtspopulistischen AfD in den Deutschen Bundestag im Herbst 2017 einen großen gesellschaftlichen Konsens darin, dass das Erstarken rechtspopulistischer Kräfte auch in Deutschland ein ernst zu nehmendes Signal ist, das ein „Weiter so!“ geradezu ausschließt. Am 17.3.2017 titelte *Die Zeit*: „Armut gefährdet die Demokratie.“ Im März 2018 ließ eine Studie der Bertelsmann Stiftung aufhorchen: Demnach lebten weltweit aktuell 3,3 Milliarden Menschen unter der Herrschaft eines Autokraten. Insbesondere dort, wo soziale Spannungen nicht ausgeglichen würden, wüchsen auf Dauer antidemokratische Stimmungen: „Populistische Bewegungen und ihre Anti-Establishment-Slogans sind unter diesen Bedingungen aufgeblüht“ (Bertelsmann Transformations-Index, zit. nach Baumüller 2018).

1 Rechtspopulismus und soziale Deprivation

Das „Gespenst des Populismus“ scheint die westlichen und östlichen Demokratien zu bedrohen. Offensichtlich hat der Rechtspopulismus durchaus breite Schichten der Bevölkerung im Visier. Besonders empfänglich erscheinen jene Menschen, die mit den Verwerfungen, Widersprüchen, Uneindeutigkeiten und dem Unbekannten in den entwickelten Gesellschaften schlecht umgehen können. „Die Welt ist für die Menschen voller Unsicherheiten. Rechtspopulistische Parteien sind dann eine Verlockung“ (Hauschild 2016). Unsicherheiten entstehen z. B. dort, wo Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen oder bedroht sind, wo die Mieten kaum mehr bezahlt werden können oder gar, wie in vielen großen Städten, der Wohnungsmarkt ausgereizt ist und zahlreiche Menschen erst gar keine geeignete Wohnung finden. Neuerdings gilt es auch eine zunehmende Altersarmut zu bewältigen. Die offiziellen Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung verweisen im Übrigen auf eine stetig wachsende Zahl von Armen bei gleichzeitigem Anstieg des Reichtums in den Händen weniger Personen (vgl. Bundesministerium für Arbeit und

Soziales 2017). Diese Diskrepanzen bergen einen sozialen Sprengstoff, der sich bei Weitem nicht nur in den Wahlergebnissen rechtspopulistischer Gruppierungen widerspiegelt. Die allermeisten der von Armut betroffenen Menschen bleiben ohnedies den Wahllokalen fern, weil sie sich von einer Wahlbeteiligung keine Besserung ihrer Lebenslage erwarten.

Der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel beklagte schon am 5.5.2013 unter der Überschrift „Zukunft der Demokratie – Krise? Krise!“ in der bürgerlichen *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*:

„In Westeuropa gaben 1975 durchschnittlich 82 Prozent, im Jahr 2012 nur noch 72 Prozent der Wahlberechtigten in nationalen Wahlen ihre Stimme ab. In Osteuropa ist der Rückgang dramatischer: Von 72 Prozent im Jahre 1991 sank die Wahlbeteiligung 2012 auf 55 Prozent. In den Vereinigten Staaten und der Schweiz wären selbst diese Zahlen alles andere als alarmierend. [...] inzwischen deutet einiges darauf hin, dass die amerikanische Krankheit der Unterschichtsexklusion auch die europäischen und deutschen Wähler ergreift. [...] Es engagieren sich vor allem junge, gut ausgebildete Menschen für die Demokratie. [...] In den sogenannten Volksabstimmungen stimmt vor allem das besser gebildete Volk ab, die unteren Schichten fehlen meist. [...] Der Trend geht zur Zwei-Drittel- oder gar halbierten Demokratie“ (Merkel 2013).

Was hier als „Unterschichtsexklusion“ bzw. etwas zynisch als „amerikanische Krankheit“ bezeichnet wurde, findet in einer Untersuchung der Bertelsmann Stiftung im September 2015 seine Bestätigung für Deutschland:

„Die Wahlbeteiligung erreicht historische Tiefstände. [...] Der typische Nichtwähler kommt aus den sozial schwächeren Milieus. [...] Demnach war die Wahlbeteiligung im September 2013 in sozial privilegierten Schichten um bis zu 40 Prozentpunkte höher als die Wahlbeteiligung in sozial schwachen Milieus. [...] Deutschland ist zu einer sozial gespaltenen Demokratie geworden. Zwischen Ober- und Unterschicht klafft eine deutliche Lücke in der Wahlbeteiligung“ (Bertelsmann Stiftung 2015).

In einer Studie zu den Bürgerschaftswahlen 2015 in Bremen findet sich bei der Bertelsmann-Stiftung ein sehr wichtiger Hinweis:

„Je prekärer die soziale Lage eines Stadtviertels, desto weniger Menschen gehen wählen. Verglichen mit den Ortsteilen, die die höchste Wahlbeteiligung verzeichneten, gehören in den Bremer Nichtwähler-Hochburgen fast zwölf Mal so viele Haushalte zu sozial schwächeren Milieus. Und dort leben nahezu vier Mal so viele Arbeitslose und doppelt so viele Menschen ohne Schulabschluss“ (ebd.).

Tatsächlich lassen sich sozial benachteiligte Milieus, z. B. die sogenannten Bildungsfernen, die Geringverdiener*innen, die Erwerbslosen, aber eben auch der Großteil der Nichtwähler*innen in allen mitteleuropäischen Städten mühelos

räumlich verorten. Sie wohnen nicht gleichermaßen über das gesamte Stadtgebiet verteilt, sondern konzentrieren sich auf einige wenig attraktive Stadtbezirke, zumeist in den Randbereichen oder in mehrfach belasteten Wohngebieten.

Didier Eribon beobachtet allerdings darüber hinaus, wie sich „große Teile der prekarierten und verwundbaren Unterschicht mit Leuten aus Handelsberufen, mit wohlhabenden [...] Rentnern, sogar mit faschistischen Exmilitärs und traditionalistischen Katholiken verbinden“ (Eribon 2016: 128). Tatsächlich sind Phänomene wie Ängste vor Unbekannten, Abgrenzungen gegenüber Ungewohntem, Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus etc. durchaus in breiten Bevölkerungsschichten vorzufinden. Die Gründe hierfür sind vielschichtig, oftmals aber in den biografischen Bildungs- und Sozialisationsgeschichten und deren Sozialräumen verwurzelt. „Das Viertel, in dem man lebt, ist für das Selbstverständnis und die Sicht auf die Welt nun wichtiger als der Arbeitsplatz und die Position im sozialen Gefüge“ (ebd.: 140).

Was Eribon „Viertel“ nennt, wurde bei uns lange Zeit als Wohngebiet, Stadtteil oder mancherorts auch Kiez bezeichnet. Inzwischen haben sich hierfür auch die Begriffe „Quartier“ oder gar „Nachbarschaft“ herausgebildet. Letzteres knüpft an den anglo-amerikanischen Terminus der „neighborhoods“ an, wie er in den Lehrbüchern der Sozialwissenschaften, insbesondere in historischen Einführungen, seit Langem verwendet wird. Der nachfolgende Exkurs soll einerseits zeigen, dass die Probleme, mit denen wir heute befasst sind, keineswegs neu sind, und dass es andererseits durchaus bewährte Handlungskonzepte gibt, deren Transformationsperspektiven zu überprüfen wären.

2 Ein Exkurs: traditionelle Ansätze in der Settlement- und Demokratiebewegung

Seit 1884 gab es im Osten von London erste „Settlements“. Das Pastorenehepaar Samuel und Henrietta Barnett zog mit Studierenden und anderen sozial Motivierten in eines der Elendsquartiere der britischen Hauptstadt. Sie teilten den Alltag und versuchten, vertrauensvolle Beziehungen zu den dort lebenden armen Menschen aufzubauen. In Kooperation mit der Universität sollten u. a. die Studierenden dort zwei Jahre leben, damit sie die Lebensbedingungen der Slumbewohner*innen aus erster Hand kennen lernten. Letztlich sollten die Lebensbedingungen der Bewohner*innen so verändert werden, dass sie ein Leben würden führen können, wie es den Gepflogenheiten der damaligen Gesellschaft entsprach. Dementsprechend gab es verschiedene Angebote, z. B. Abendkurse, kulturelle Veranstaltungen sowie Diskussions- und Jugendclubs. Das war nicht immer einfach:

„Das Gruppenleben musste ebenso geübt und ausgehalten werden wie die Mitwirkung in den Clubs und Vereinen im Wohngebiet von Toynbee Hall. Der tägliche Umgang der Residents untereinander und mit den Menschen, die sie draußen antrafen und um sich versammelten, das Clubleben und die Arbeitsgemeinschaften verlangten eine soziale Gruppenarbeit“ (Wendt 1990: 150 f.).

Ein deutscher zeitgenössischer Beobachter, der im Jahre 1913 mehrere Settlements besuchte, bemerkte: „Toynbee Hall ist, um es einseitig auszudrücken, zum ‚politischen Settlement‘ geworden. Es ist mehr interessiert an Fragen des öffentlichen Lebens als am Leben des einzelnen Menschen“ (Picht 1913: 113 f.).

Recht schnell griffen die Ideen der Settlement-Bewegung auf Amerika über. Bereits 1886 wurde in New York die „Neighbourhood guild“ gegründet. Deren Leitgedanke war, „die Hilfe nicht wie seither von oben nach unten in der wohlbekanntesten Haltung des Wohltäters zu bringen, sondern dem leidenden Volke Freund zu werden und unter den Ärmsten und Elendesten Nachbar unter Nachbarn zu werden“ (Münsterberg 1906: 100). In einem der großen Slums Chicagos entstand unter der Leitung von Jane Addams das Hull House:

„Es ist die Aufgabe von Hull House ein Zentrum für ein höheres, öffentliches und soziales Leben zu sein; Einrichtungen der Bildung und der Philanthropie zu gründen und zu unterhalten und die Lebensbedingungen in den industriellen Bezirken von Chicago zu untersuchen und zu verbessern“ (Addams, zit. in Müller 1999: 73).

V. a. Jane Addams arbeitete unermüdlich auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene in unterschiedlichsten Gremien und Initiativen, um Veränderungen zugunsten der armen und benachteiligten Menschen herbeizuführen. Wendt formulierte das so:

„Die Residents erkannten bald, dass ihre Aktivitäten erst dann eine dauernde Veränderung und Verbesserung des Lebens im Wohngebiet bedeuten konnten, wenn sie sich in der kommunalen Politik fortsetzten. Die ‚settlement workers‘ mischten sich ein, beteiligten sich an der lokalen Selbstverwaltung und ermunterten andere Bewohner zu politischem Handeln“ (Wendt 1990: 151).

Dabei stand das gemeinschaftliche Handeln im Mittelpunkt der Anstrengungen zur Überwindung sozialer Notlagen und Probleme. Die Menschen strebten dabei eine gleichberechtigte, symmetrische Ebene an: „Wer in ein Settlement zog, erwarb keinerlei Macht per Entscheidung über eine Mittelvergabe, keine Gewalt, die ihn stützen oder schützen konnte“ (ebd.: 150).

Diese Residents (vergleichbar vielleicht mit den heutigen „Gemeinwesenarbeiter*innen“) gingen „von der ungebrochenen Überzeugung aus, dass Menschen fähig sind, ihr Leben selbst zu bestimmen und zu gestalten, wenn sie daran nicht

zwanghaft durch die sozialen Umstände gehindert werden, unter denen sie leiden“ (Müller 1988: 94). Bei Jane Addams ist darüber hinaus bereits der Gedanke von sozialer Gerechtigkeit mit einer „universalen Solidarität“ gekoppelt:

„Wenn Solidarität der menschlichen Interessen verwirklicht werden soll, wird es undenkbar, dass eine Klasse von Menschen für die vermeintlichen Bedürfnisse einer anderen Klasse von Menschen geopfert werden soll. [...] Für verschiedenste Gruppen von Männern und Frauen in der ganzen Welt ist offenbar die Zeit gekommen, um sicherzustellen, dass alle Menschen gegen den Hungertod versichert werden müssen“ (Addams 1947, zit. nach Staub-Bernasconi 1995: 5).

Es ist bemerkenswert, wie Barnett, Addams und viele andere fortschrittliche Bürger*innen des 19. Jahrhunderts die „soziale Frage“, also die Frage nach der Überwindung der Massenarmut durch die Herstellung von Gerechtigkeit, mit den Vorstellungen eines demokratischen Umgangs miteinander im Kleinen wie in der großen Gesellschaft („Great Community“) verbanden. Diese Verbindung der sozialen Lebensverhältnisse mit demokratiepolitischen Perspektiven hat der US-amerikanische Pädagoge und Philosoph John Dewey (1859–1952) nicht nur philosophisch beleuchtet, sondern ganz konkret auf das alltägliche Leben heruntergebrochen. Für ihn ist Demokratie weniger eine Frage der Regierungsform, als eine Form des miteinander Umgehens. Dementsprechend beginnt für ihn Demokratie keineswegs bei den Parlamentswahlen oder dergleichen, sondern im alltäglichen Zusammenleben: „Democracy must begin at home and its home is the neighborly community“ (Dewey 1927: 368). Interessant ist an dieser Aussage nicht nur der Verweis auf das Zuhause, das persönliche Heim oder die Wohnung, sondern die Hinwendung zur nachbarschaftlichen Gemeinschaft. Diese Gemeinschaft gelte es face-to-face über persönliche Beziehungen und durch das gemeinschaftliche Handeln zu entwickeln.

„Wo immer es eine gemeinsame Tätigkeit gibt, deren Folgen von jedem einzelnen der an ihr teilnehmenden Personen für gut befunden werden, und wo die Verwirklichung des Guten von der Art ist, dass sie ein tatkräftiges Verlangen und Bemühen hervorruft, es zu erhalten, weil es ein von allen geteiltes Gut ist, da gibt es insofern eine Gemeinschaft“ (Dewey 1988: 328).

Dewey verwies auf das gemeinsame Denken, das miteinander Sprechen und schließlich auf die Zusammenarbeit. In diesen Aushandlungsprozessen entwickelten sich nicht nur Gemeinschaften, sondern zugleich auch die Menschen. Insoweit lebt Demokratie dann auch von Bildungs- und Erziehungsprozessen, die bei Dewey nicht das Pauken von vorgefertigten Lernprogrammen meinen, sondern nur das alltagsnahe Gemeinschaftslernen auf der Basis des von ihm so bezeichneten Learning by Doing“. Knoll spricht deshalb von einem Dreiklang von Kommuni-

kation, Partizipation und Kooperation als unerlässliche Voraussetzung, „damit die Menschen zum einen ihre Potentiale ausschöpfen und sich voll verwirklichen konnten; zum anderen seien sie dann auch in der Lage, ihre unveräußerlichen Rechte auf Selbstbestimmung, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit uneingeschränkt wahrzunehmen“ (Knoll 2018).

Inwiefern eignen sich diese hier skizzierten historischen Handlungskonzepte, noch dazu aus der anglo-amerikanischen Geschichte, zur Bewältigung der eingangs zitierten „Krise der Demokratie“ im 21. Jahrhundert in Deutschland? Zur Beantwortung dieser Frage soll beispielhaft auf langjährige Erfahrungen in einer Hochhaussiedlung in Freiburg im Breisgau zurückgegriffen werden, in der seit 1989 mittels Gemeinwesenarbeit im Rahmen einer Bewohnerinitiative („Forum Weingarten“) immer wieder versucht wird, exemplarisch Lernprozesse zu einem solidarischen und demokratischen Miteinander zu entwickeln.

3 Gemeinwesenarbeit am Beispiel der Hochhaussiedlung Freiburg-Weingarten

Weingarten ist eine typische Hochhaussiedlung der 1960er-Jahre, die v. a. durch den sozialen Wohnungsbau jener Zeit geprägt ist. Heute leben im Kerngebiet rund 10.000 Menschen, von denen ein auffallend hoher Teil einen Migrationshintergrund aufweist, über ein unterdurchschnittliches Einkommen verfügt, eher selten eine Hochschule besuchen konnte und verhältnismäßig wenig zur Wahl geht. Schon wenige Jahre nach dem Erstbezug machte dieser Stadtteil in der Öffentlichkeit zunehmend negative Schlagzeilen. „Sozialer Brennpunkt“ war die landläufige Bezeichnung jener Zeit. Als die Probleme immer drängender wurden, fanden sich Bewohner*innen, Kirchengemeinden und Stadtteilgruppen zu einer neuen Bürgerinitiative zusammen. Ziel war es, über ein neu zu entwickelndes Bewohnerengagement diese Entwicklungen zu stoppen und wieder einen „liebens- und lebenswerten Stadtteil“ zu schaffen. Engagiert waren zu diesem Zeitpunkt vor allem Vertreter*innen der bürgerlichen Mittelschicht, die in diesem Stadtteil deutlich in der Minderheit waren. Die schweigenden oder als passiv empfundenen Mehrheitsangehörigen sollten „aktiviert“ werden. Deshalb heißt es in der Gründungssatzung des Trägervereins:

„Der Verein und seine Einrichtungen sollen eine konsequent bewohnerorientierte Arbeitsweise gewährleisten [...]. [Es wird] erwartet, dass dadurch eine möglichst große Anzahl engagierter Bürger des Stadtteils ihre spezifischen Erfahrungen, Wünsche und Möglichkeiten im Rahmen einer Mitarbeit zum Allgemeinwohl Weingartens und seiner Bewohner einbringen kann“ (Forum Weingarten 1989).

Zu diesem Zweck der Aktivierung erfolgte zunächst die Anmietung eines leer stehenden Ladengeschäftes (Stadtteilbüro) als Anlaufstelle inmitten eines Einkaufszentrums sowie die Anstellung des ersten Gemeinwesenarbeiters. Als Arbeitsprinzipien wurden in der Konzeption des Forums Weingarten (ebd.) eine „konsequente Alltags- und Lebensweltorientierung“ gefordert. Der Gemeinwesenarbeiter sollte von Beginn an das Engagement der Bewohner*innen herausfordern und fördern. Es galt, „aus Betroffenen Beteiligte werden“ zu lassen. Methodisch und didaktisch fand eine Anlehnung an das Community Organizing im Sinne von Saul Alinsky (1941) sowie an die „Pädagogik der Unterdrückten“ nach Paulo Freire (1973) statt. Von Alinsky wurde insbesondere die konsequente Gehstruktur (immer wieder Haustüraktionen im Sinne von Türklinkeputzen), das Anknüpfen an die „Issues“, also die brennenden Probleme der Menschen, sowie der gezielte Aufbau von eigenständigen demokratischen Bewohnerstrukturen (Arbeitskreise, Sprecherräte, Bewohnerversammlungen etc.) übernommen.

Die Betroffenen sollten als die Expert*innen ihrer Lebensverhältnisse anerkannt und wertgeschätzt werden. Im Sinne des Empowerments galt es, an den jeweiligen Interessen und Stärken anzuknüpfen und stets die partnerschaftliche Zusammenarbeit auf der Ebene des Dialoges zu suchen. Letztere meinte v. a. die Begegnung auf Augenhöhe und einen Verzicht auf Vordenkertum, auf alle Facetten der Pseudobeteiligung oder stellvertretendes Handeln. Es mussten „Freiräume“ oder gar „Leerräume“ angeboten und freigehalten werden. So wurde beispielsweise der angemietete Laden eine ganze Weile nicht möbliert. Er blieb leer. Mit Bierbänken und -tischen wurde improvisiert und auch auf diese Weise allen deutlich gemacht, dass sie selber aufgefordert waren, mitzugestalten und mitzuentscheiden! Wer Menschen beteiligen will, die ihr Leben lang gelernt haben, dass alle wichtigen Entscheidungen, die sie betreffen, über ihre Köpfe hinweg getroffen werden, sollte ihnen die Möglichkeit bieten, eigene, neue Erfahrungen der Selbstwirksamkeit zu machen. Geduldig müssen diese Menschen erfahren können, dass die Einladung zum Mitdenken und Mitentscheiden ernst gemeint ist. Und sie müssen erleben, dass ihr persönliches Engagement wichtig und wirksam ist.

Paulo Freire, der sich in den 1950er- und 1960er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit der Apathie und der Resignation von armen lateinamerikanischen Menschen befasste, hat Bedingungen für die Überwindung des Rückzuges benachteiligter Bevölkerungsgruppen genannt:

„Weil Dialog Begegnung zwischen Menschen ist, darf er keine Situation bilden, in der einige Menschen auf Kosten anderer die Welt benennen. Vielmehr ist er ein Akt der Schöpfung. Er darf nicht als handliches Instrument zur Beherrschung von Menschen durch andere dienen“ (Freire 1973: 72).

Dies erfordert ein neues „Expertenprofil“ für Professionelle. Die besonderen Fähigkeiten des wissenschaftlich qualifizierten Fachmannes sollen in diesen Kontexten nicht in eine eloquente Performance bzw. Selbstprofilierung der Sozialarbeitenden münden, sondern in eine hohe Sensibilität für die Wahrnehmung der Fähigkeiten, Neigungen und Interessen, aber auch der Sorgen, Nöte und Ängste der Bewohner*innen. Diese Grundregeln sind aus der humanistischen Psychologie und den abgeleiteten Gesprächsführungsmodellen längst bekannt: Vertrauen schaffen, geduldig zuhören, einfühlsames Nachfragen, aber auch positives Verstärken, freundliches Ermutigen, reflektiertes Verstehen etc.

In der Praxis ist weniger der Druck von außen, z. B. die Notwendigkeit vorzeigbarer Erfolge das Problem, es sind vielmehr die Erwartungshaltung und die Einstellungen der Betroffenen. In deren bisherigen Lebenserfahrungen waren es stets die akademisch profilierten, versierten Leute oder die Vertreter*innen der Ämter und Behörden, die an ihrer Stelle gedacht und gehandelt haben. Im Laufe ihres Lebens haben sie für sich gelernt, dass „die da oben“ ja doch machen, was sie wollen, und ihre Meinung nicht wirklich gefragt ist. Sie ziehen es deshalb meist vor, zu schweigen, bestenfalls zu schimpfen und sich herauszuhalten. Der Theologe Bonhoeffer, der seine Beteiligung am Widerstand gegen die Nazidiktatur mit dem Leben bezahlen musste, schrieb noch kurz vor seiner Ermordung über das Schweigen der Massen während des Faschismus:

„Die Macht der einen braucht die Dummheit der anderen. Der Vorgang ist dabei nicht der, dass bestimmte – also etwa intellektuelle – Anlagen des Menschen plötzlich verkümmern oder ausfallen, sondern dass unter dem überwältigenden Eindruck der Machtentfaltung dem Menschen seine innere Selbständigkeit geraubt wird und dass dieser nun – mehr oder weniger unbewusst – darauf verzichtet, zu den sich ergebenden Lebenslagen ein eigenes Verhalten zu finden“ (Bonhoeffer 1985: 14 f.).

Er mahnte außerdem, „dass nicht ein Akt der Belehrung, sondern allein ein Akt der Befreiung die Dummheit überwinden könnte“ (ebd.).

Befreiung kann hier durchaus im Sinne Kants verstanden werden, also als der „Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit“ (Kant 1784: 481). Dieser Gedanke, dass sozial benachteiligte Menschen nicht einfach willenlose, ohnmächtige Objekte eines übermächtigen Schicksals sind, passt nicht unbedingt in sozialromantische Mitleidsmodelle. Die Betroffenen müssen lernen, was sie selbst leisten können, und dass sie mit ihrer Eigeninitiative die maßgeblichen Leistungen ihrer Emanzipation selbst erbringen müssen. Gemeinsam mit anderen müssen sie die Erzählfäden ihres Lebens aufgreifen und an ihrer Lebensgeschichte stricken, die freilich immer auch eine gesellschaftliche Konstruktion ist. V. a. braucht es Räume und Gelegenheiten der Begegnung und des Einübens von gemeinsamem Tun. Das Quartier bietet vielfältige Möglichkeiten der Betätigung

und Entfaltung. Es ist nicht nur Behinderungsraum, sondern auch Lernfeld und Möglichkeitsraum. Von allein geht dies allerdings nicht: „Wer dauerhaft Objekt von Entscheidungen gewesen ist, kann nicht ohne Unterstützung Subjekt eigener Entscheidungen werden. Kurz: Man braucht Lern- und Handlungsinitiatoren“ (Gronemeyer & Bahr 1977: 202).

Um den Teufelskreis von Benachteiligung, Rückzug und Resignation zu durchbrechen, wurde in Weingarten mithilfe der Gemeinwesenarbeit an die Stelle vordefinierter Ziele, ausgetüftelter Strategien und von Fachleuten entworfenen Entwicklungskonzepten ein schlichtes Modell der Alltags- und Lebensweltorientierung mit einem stringenten Ansatz des Empowerments angewandt. Die Betroffenen sollten selbst sagen, wo der Schuh drückt und wie es anders und besser werden sollte. Über Haustürgespräche wurden die Kontakte hergestellt, erste Beziehungen geknüpft und die Einladungen zu überschaubaren Hausversammlungen, Themenabenden etc. ausgesprochen.

4 Partizipation als Entwicklungskonzept

Soweit zur Vorgeschichte eines Partizipationsmodells, das vor bald 30 Jahren eher mit Experimentcharakter begonnen hatte. Das Forum Weingarten gibt es u. a. mit seinem Stadtteilbüro heute noch. Eine wissenschaftlich fundierte Evaluation der langjährigen Arbeit des Forums Weingarten liegt bis heute nicht vor. Es gibt jedoch eine Vielzahl von Publikationen und kleineren Forschungsprojekten sowie etliche wissenschaftliche Arbeiten, darunter zwei Dissertationen, die sich u. a. mit diesem Partizipationsansatz in Weingarten auseinandersetzen.

4.1 Beteiligen – aber wie?

Annette Brox, die seit 1994 Gemeinwesenarbeiterin und Geschäftsführerin des Forums Weingarten ist, schrieb in einem Fachaufsatz mit dem Titel „Bewohnerbeteiligung ernst gemacht“:

„Punktuelle, formalisierte Beteiligungsverfahren im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben reichen hierfür längst nicht aus. Beteiligung muss ernst gemeint, niedrighschwellig, transparent und kontinuierlich sein. Aufgabe der Gemeinwesenarbeit ist es, geeignete Beteiligungsstrukturen aufzubauen, gemeinsam mit den BewohnerInnen politisch einzufordern und die Selbstorganisation der BewohnerInnen zu unterstützen“ (Brox 2012: 25).

In Weingarten gibt es deshalb z. B. eine *gewählte Bewohnervertretung*, die in Saniierungs- und Stadtteilgremien die Betroffenen vertritt. Alle zwei Jahre werden

ordentliche Wahlen durchgeführt, bei der 16 Bewohnervertreter*innen gewählt werden. Alle Mieter*innen sind aufgefordert, zu kandidieren und so auch Verantwortung für das Quartier zu übernehmen. Um eine hohe Wahlbeteiligung zu erreichen, werden die versiegelten Urnen von Tür zu Tür getragen. Anja Bochtler berichtete in der *Badischen Zeitung* am 25.10.2011:

„Wer hier mitmischt, will sich engagieren – auch für andere. Darum sind 20 ehrenamtliche Wahlhelferinnen und -helfer zwei Wochen lang bei 2146 Wohnungen vorbei gegangen, deren Mieter wahlberechtigt waren. Oft haben sie mehrmals geklingelt. Viele Wahlhelfer haben selbst kandidiert, einige sind seit Jahren bekannt. Das zählt sich aus, wie sich zeigt, als die Quartiersarbeiter die Ergebnisse präsentieren: Die Beteiligung ist da am höchsten, wo viele Kandidaten wohnen und aktiv sind – etwa in der Bugginger Straße 46 in Weingarten-West, wo 80 Prozent der Mieter gewählt haben, oder in der Krozinger Straße 4 in Weingarten-Ost, wo die Beteiligung bei 78 Prozent lag“ (Bochtler 2011).

Die Wahlbeteiligung bei den Gemeinderatswahlen 2014 lag dagegen bei 30,9 % und bei den stets besser besuchten Bundestagswahlen (hier: 2013) bei 58,6 %. Im ersten Wahlgang der Oberbürgermeisterwahlen 2018 gingen nur noch 27 % der Weingartener*innen wählen (vgl. Stadt Freiburg 2018).

Der eigentliche Erfolg dieser Arbeit ist derzeit offensichtlich nicht bei der Wahlbeteiligung nachzuweisen. Dagegen ist es inzwischen über einen sehr langen Zeitraum hinweg gelungen, eine eigenständige demokratische Interessenvertretung in einem sozial benachteiligten Quartier zu etablieren, in dem Betroffene Verantwortung für sich und die Gemeinschaft übernehmen. Einige wenige Personen sind von Anfang an dabei; manche sind inzwischen verstorben, andere aus unterschiedlichen Gründen ausgeschieden. Immer wieder gelingt es aber den ehren- und den hauptamtlichen Akteur*innen neue Mitstreiter*innen zu finden.

Im gegebenen Partizipationskontext erscheint dieses Teilnehmungsmodell umso bedeutsamer, als dieses selbstorganisierte Gremium seit vielen Jahren auch gegenüber Politik und Verwaltung die Bewohner*innen vertritt und als kompetenter Kooperationspartner agiert.

4.2 Konflikte im nachbarschaftsorientierten Demokratiemodell

Deweys Idee, dass Demokratie in der Nachbarschaft beginne, stand durchaus in diesem konkreten Teilnehmungsmodell Pate. Es ist wohl bislang nur in Freiburg im Breisgau über einen längeren Zeitraum hinweg praktiziert worden. Daneben wurden weitere strukturelle Mitsprachekonzepte der Mieter*innen entwickelt, z. B. demokratisch gewählte Mieter- und Sprecheräte. Durch ein niedrighwelliges Verfahren wird eine Wahlbeteiligung von 70 bis 80 % erreicht. V. a. können im-

mer wieder Menschen dafür gewonnen werden, gemeinsam mit anderen Bewohner*innen Verantwortung im und für das Quartier wahrzunehmen. Die gewählten Vertreter*innen treffen sich formell und informell, um sich über Themen und Probleme in der Nachbarschaft auszutauschen und gemeinsam nach Lösungswegen zu suchen. Konflikte bleiben dabei nicht aus, zumal es sich um ein Wohngebiet handelt, in dem nicht nur sehr viele Arbeitslose, Ausländer*innen, Arme, Alleinerziehende und Alte leben, sondern tatsächlich eine Vielheit von Kulturen, Lebenswelten und Lebensgeschichten zusammenkommen. Hier sind Mediationen oder Klärungsgespräche in Konfliktfällen, insbesondere durch die Hauptamtlichen, nicht selten. Aber zumeist lassen sich die Dinge im Gespräch klären.

Als weiteres Beispiel soll ein seit 1991 erprobtes Mitwirkungsmodell der Mieter*innen bei der Neubelegung von Wohnungen genannt werden: Wird eine Wohnung frei, so stellen sich die Bewerber*innen den künftigen Nachbar*innen bei einem gemeinsamen, vom Gemeinwesenarbeiter bzw. von der Gemeinwesenarbeiterin moderierten Treffen vor.

Hierzu werden alle Mieter*innen des betroffenen Stockwerkes sowie des Stockwerkes darüber und darunter eingeladen. Das Treffen findet zumeist in den Gemeinschaftswohnungen im Erdgeschoß der Hochhäuser statt. Nach der Vorstellung der Bewerber*innen beraten und beschließen die Nachbar*innen, wer wohl am besten in ihr Haus oder auf ihr Stockwerk passt. In diesem Modell können die Mieter*innen nicht nur mitentscheiden, wer künftig in der Nachbarschaft wohnen wird, vielmehr übernehmen sie zugleich auch Verantwortung für ein soziales Miteinander. Damit sollen nicht zuletzt die Grundlagen für gelingende Nachbarschaften und Begegnungen geschaffen werden. Während sich für gewöhnlich die neuen Nachbar*innen sich mehr oder weniger zufällig erst nach einer gewissen Zeit irgendwie kennenlernen, wird hier die Gelegenheit geschaffen, sich schon vor dem Einzug zu „beschnuppern“, etwas voneinander zu erfahren und v. a. auch gewisse Gepflogenheiten und Vereinbarungen schon kennenzulernen, bevor man eingezogen ist.

Ein solches Beteiligungsverfahren birgt naturgemäß vielfältige Konflikte und Reibungsflächen zwischen Vermietungsgesellschaft und den mitbestimmenden Mieter*innen, aber auch zwischen einzelnen Mietparteien und Interessent*innen. Von Anfang an gab es Spannungen zwischen der Verwaltung der städtischen Wohnbaugesellschaft und dem Forum Weingarten. Aus der Sicht der Verwaltung war das gesamte Bewerbungsverfahren nunmehr deutlich erschwert und langwierig. Aus der Stadtteilperspektive gab es immer wieder Klagen, dass zu wenige geeignete Bewerber*innen vorgestellt würden. Hinzu kamen immer wieder Kommunikations- und Verständigungsprobleme mit wechselseitiger Schuldzuweisung. Als die Stadtbau GmbH schließlich im Jahre 2010 die Zusammenarbeit aufkündigte, entschied sich eine Gruppe von Studierenden unter wissenschaftlicher Lei-

tung des Autors, dieses Mitbestimmungsverfahren einmal kritisch unter die Lupe zu nehmen. Es wurden im Studienjahr 2010/2011 Interviews mit Expert*innen geführt, relevante Sitzungen teilnehmend beobachtet und die Akten sowie das Archivmaterial ausgewertet. Schließlich und nicht zuletzt wurde in einem Bezirk eine ausführliche Haustürbefragung von 114 Bewohner*innen mittels leitfadengestützter Interviews durchgeführt. Eine der wichtigsten Erkenntnisse dieser Untersuchung war sicherlich, dass ca. 70 % der 114 Befragten das Verfahren als „(eher) sinnvoll“ erachteten, wobei jene Mieter*innen, die die Einführung des Verfahrens vor 15 Jahren selbst miterlebt hatten, dieses tendenziell besser bewerteten. Nahezu alle Befragten (96 %) gaben an, dieses Verfahren zu kennen, und immer noch sehr viele (84 %) wollen mindestens einmal daran teilgenommen haben. Danach befragt, wieso sie daran teilgenommen hätten, antworteten einige z. B.: „aus Interesse an den Bewerbern“, „um sich ein Bild der Personen machen“ oder „zur Entschärfung der sozialen Lage“. Es gab aber auch kritische Einwürfe, z. B.: „will nicht über andere bestimmen“, „möchte nicht die Macht über Wohnungsvergabe haben“ oder „das Verfahren hat keinen Sinn“. Die Sinnfrage war explizit gestellt worden, worauf 70 % der Befragten das Verfahren als eher sinnvoll empfanden. Rund 60 % stimmten der Aussage zu, dass das Verfahren dazu beigetragen habe, „dass die Stimmung im Haus eher gut ist“. Die insgesamt positiven Ergebnisse dieser Untersuchung, die leider nie schriftlich veröffentlicht worden sind, wurden auf einer Versammlung unter Anwesenheit der Stadtbau GmbH, der Gemeinwesenarbeiter*innen, einiger Gemeinderäte und der Presse auch den Bewohner*innen vorgestellt.

Vielleicht war das Timing zufällig passend, denn wenige Tage nach dieser Präsentation kam es zu einem versöhnlichen Agreement zwischen den Akteur*innen. Man verständigte sich auf einige Korrekturen im Verfahren und arbeitete nachfolgend mit modifizierten Regeln weiter. Aber auch diese damalige Einigung war nur eine vorübergehende. Immer wieder kam es zu mehr oder weniger deutlichen Unstimmigkeiten, die allerdings im Jahre 2017 erheblich eskalierten. Es kann an dieser Stelle unmöglich die Komplexität dieser Vorgänge dargestellt und analysiert werden. Offensichtlich war es zumindest in einem Hochhaus, das in diesem Beteiligungsmodell von Anfang an involviert war, im Laufe der Jahre zwischen den Bewohner*innen zu gewissen „Blockbildungen“ bzw. „Einflussgruppierungen“ gekommen, die den Eindruck erwecken mussten, dass bei den Voten der Bewohner*innen nicht immer nach den Grundsätzen von Fairness und Chancengleichheit gehandelt wurde. Letztendlich entschied deshalb die Leitung der städtischen Wohnbaugesellschaft, für dieses Hochhaus das Mitwirkungsmodell bis auf Weiteres auszusetzen. Nach vielen Gesprächen einigten sich dann doch alle Beteiligten wieder darauf, den begonnenen Weg dieses Beteiligungsmodells, mit Ausnahme des einen Hochhauses, fortzusetzen.

Im Gespräch mit den Gemeinwesenarbeiter*innen und auch mit den Bewohner*innen wurde aber auch deutlich, wie schwierig es ist, die vielen unterschiedlichen Einstellungen, Sichtweisen, Lebensstile, Weltanschauungen, Lebenswelten usw., die es nun einmal in einer Großwohnsiedlung mit Menschen aus über 100 Nationen gibt, unter einen Hut zu kriegen. Das beginnt bei der persönlichen Einladung zu einem Auswahlverfahren und endet noch lange nicht bei der Moderation der Vorstellungsgespräche und Bewohnerentscheide. Und ganz sicherlich warten die Menschen auch nicht schon darauf, wieder einmal an einem solchen Mitbestimmungstreffen teilnehmen zu können. Eine der Öffentlichkeit zugängliche, kritische Reflexion und Evaluation der verantwortlichen Rolle der professionellen Begleiter*innen dieses Verfahrens liegt leider nicht vor.

4.3 Wirksamkeit im Hinblick auf das Wahlverhalten

Des Weiteren soll als ein zusätzlicher kritischer Aspekt im Hinblick auf die Wirksamkeit der Quartiersarbeit im Demokratisierungsprozess vor Ort das Wahlverhalten der Bewohner*innen betrachtet werden. Auch hier lassen sich ambivalente Befunde diskutieren, insbesondere die genannten niedrigen Wahlbeteiligungsquoten trotz langjähriger, intensiver sozialer Stadtteilarbeit. Hierfür gibt es keine überzeugenden Erklärungsmodelle. Empirische Untersuchungen vor Ort gibt es hierfür gar keine. Dagegen werden diverse Hypothesen diskutiert. Einerseits ist es zweifelsfrei, dass die „aktivierten“ Bürger*innen, die zum Sprecherrat etc. zählen, allesamt von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Mitunter engagieren sie sich auch in Parteien oder politischen Initiativen im Quartier. Warum aber haben all die vielfältigen Aktivitäten über die Jahre hinweg verhältnismäßig wenig Strahlkraft im öffentlichen Raum? Liegt es daran, dass die individuellen biografischen Lebenserfahrungen sowie die allgemeinen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Lebensbewältigung in der Wahrnehmung der von Armut und Ausgrenzung bedrohten Menschen so signifikant entmutigend und enttäuschend sind, dass sie trotz manch erlebter positiver Kontrollerfahrung bzw. Selbstwirksamkeit nach wie vor kein Vertrauen in die parlamentarischen Vertreter*innen und ihre Organe haben? Es gibt allerdings ein bedeutsames Ereignis: Als im Jahre 2006 die Spitze der Stadtverwaltung alle städtischen Wohnungen verkaufen wollte, gab es in der Stadt Freiburg über Monate hinweg eine auch bundesweit beobachtete Protestbewegung, die auch auf die Aktivierung der betroffenen Mieter*innen zielte. Schlussendlich gab es ein erfolgreiches Bürgerbegehren mit abschließendem Bürgerentscheid.

Bei dieser Abstimmung war es so, dass die Wahlbeteiligung im Stadtteil Weingarten mit 49,2 % fast zehn Prozentpunkte über der gesamtstädtischen Quote lag. Es gab hierfür zwei Erklärungsansätze: einerseits, dass es hier um die eigene

Wohnung ging, also um eine Angelegenheit mit einer hohen persönlichen Betroffenheit. Viele befürchteten, dass nach einer Privatisierung die Mieten deutlich ansteigen würden und/oder die Instandhaltung der Wohnungen vernachlässigt würde. Andererseits bot der Bürgerentscheid eine klare Chance, durch das eigene Handeln diese Bedrohungen abzuwehren. Das Kreuzchen am Wahlschein hatte dieses Mal mehr oder weniger direkte Auswirkungen auf die eigene Lebenslage. Von daher entsprach es einer gewissen Plausibilität, trotz allgemeiner „Wahlverdrossenheit“ dieses Mal doch zu den Urnen zu gehen. Klus, der in seiner Dissertation diesen Freiburger Bürgerentscheid wissenschaftlich analysiert hat, kommt zu folgendem Schluss:

„Offensichtlich wurden dort hohe Beteiligungsquoten erzielt, wo Stadtteil- und Mietergruppen der Bürgerinitiative ‚Wohnen ist Menschenrecht‘ besonders aktiv waren und in ihren direkten Aktionsformen auf die Aktivierung der Betroffenen abzielten. [...] Zudem wird auf eine aktive Rolle von Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit bzw. der Quartiersarbeit bei der Mobilisierung der MieterInnen in einigen Stadtteilen und insbesondere in Freiburg-Weingarten verwiesen“ (Klus 2013: 215).

Es stellt sich die Frage, wie das Wählerverhalten hinsichtlich der Stimmenanteile für rechtspopulistische Parteien aussah: Die Landtagswahlen im Jahre 2016 erbrachten für den Stadtteil Weingarten einen erschreckend hohen Stimmenanteil von 20,7 % für die AfD. Damit lag dieses Quartier 5,5 % über dem Landesdurchschnitt. Bei der Bundestagswahl 2017 kam die AfD in Weingarten erneut auf einen Spitzenwert von 17,2 %. Die AfD gewann landesweit 12,2 % der Stimmen und erzielte den größten Stimmenzuwachs in Baden-Württemberg von 6,9 % (vgl. Stadt Freiburg 2016). Auf Vergleiche mit ähnlichen Quartieren in anderen Großstädten soll an dieser Stelle verzichtet werden. In Freiburg gibt es jedoch einen zweiten Stadtteil, der Weingarten in manchem gleicht; das ist die Hochhaussiedlung Landwasser. Hier gibt es analoge Entwicklungen (vgl. Stadt Freiburg 2016, 2018). Festzuhalten ist zumindest ein landes- und bundesweiter Trend zu einem Erstarken rechtspopulistischer Kräfte, das allerdings in sozial belasteten Quartieren noch eine besondere Ausprägung erhält.

Eine differenzierte Stimmenanalyse in Freiburg-Weingarten im Hinblick auf einzelne Stimmbezirke, die beispielsweise eine Korrelation mit den Partizipationsmodellen zuließe, war anhand des vorliegenden Materials leider nicht möglich und auch andere fundierte, öffentlich zugängliche Analysen und Reflexionen stehen leider nicht zur Verfügung. So lässt sich hier nur darüber spekulieren, wie es ohne die langjährigen Bemühungen der Gemeinwesenarbeit oder anderer zivilgesellschaftlicher Akteur*innen aussähe.

5 Widersprüchliche Wirksamkeiten trotz erfolgreicher Interventionen

Die bisherigen erfolgreichen Interventionen durch die Gemeinwesenarbeit in Form von nachbarschaftlichen Begegnungen und Teiligungsmodellen gehen mit einer Vielzahl von Interventionen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse vor Ort einher. Aber sie spiegeln sich offensichtlich nicht unmittelbar im Wahlverhalten aller Bewohner*innen wider. Das wirft durchaus Fragen nach der Haltbarkeit der hohen Erwartungen beispielsweise an die Übertragbarkeit des Theoriemodells von John Dewey auf.

In der kritischen Reflexion stellen sich jedoch Fragen, ob nicht wesentliche Aspekte der dewey'schen Theorie übersehen wurden. Eines fällt sofort auf: Dewey verweist immer wieder auf die Notwendigkeit umfassender Bildungsprozesse, die „in jedem einzelnen ein persönliches Interesse an sozialen Beziehungen und Kontrollen weckt und das zugleich die geistigen Gewohnheiten erzeugt, die soziale Veränderungen ermöglichen, ohne Chaos herbeizuführen“ (Dewey 1916: 105). Die Einsicht in demokratische Abläufe und Systeme wird nicht zufällig oder gar zwangsläufig in den Menschen geweckt, ebenso wenig die Fähigkeit, komplexe gesellschaftliche Prozesse in all ihren Widersprüchen und Verwerfungen so zu reflektieren, dass hieraus konstruktive Mitwirkungsambitionen erwachsen könnten. Nach Dewey spiele die Erziehung dabei eine entscheidende Rolle.

„Damit sie nicht impulsiv handelten, apathisch abseits ständen, sich gar bevormunden und indoktrinieren ließen, sollten alle Menschen außer einer hohen Allgemeinbildung auch – und vor allem aufgrund der wesenhaften Beziehung zwischen Demokratie und Wissenschaft – eine alltagstaugliche sozialwissenschaftliche Grundbildung erhalten“ (Knoll 2018: a.a.O.).

Eine solche Bildung kann in Quartieren wie beispielsweise Freiburg-Weingarten nicht vorausgesetzt werden. Hier lebt ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Menschen mit verhältnismäßig niedrigen Bildungsabschlüssen. Nebenbei bemerkt ist auch bei Bürger*innen mit Hochschulabschluss nicht unbedingt zu erwarten, dass sie die politischen Prozesse hinreichend kritisch und differenziert interpretieren können. Professionskritisch soll an dieser Stelle aber auch in Erinnerung gebracht werden, dass seit den 1990er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts in der Gemeinwesenarbeit gegenüber der Pädagogik und Erwachsenenbildung eine eher ablehnende Haltung eingenommen wurde. Nicht zuletzt die durch Wolfgang Hinte repräsentierte „Sozialraumorientierung“ plädierte dafür, „nicht die Menschen, sondern die Verhältnisse verändern“ (Hinte & Threes 2007: 34) zu wollen. Das führte u. a. dazu, dass das Augenmerk in der Gemeinwesenarbeit zunehmend auf strukturelle und materielle Veränderungen in den Lebenslagen der Menschen gerichtet wurde. Bildungs- oder gar Persönlichkeitsentwicklungsprozesse wurden

vielmals erst gar nicht thematisiert. Es soll dagegen die These erhoben werden, dass es entsprechend der dialektischen Verflechtungen von System und Individuum, Umwelt und Personen, Sozialraum und Lebenswelt etc. nachgerade unumgänglich erscheint, sowohl Verhalten als auch Verhältnisse verändern zu wollen. Das impliziert keineswegs paternalistische oder gar autoritäre Konzepte; vielmehr geht es immer auch um Angebote, Anregungen und die Befähigung von Eigenbildung und gemeinschaftlichem Lernen ganz im Sinne der Aufklärung, wonach Emanzipation als die Befreiung aus der selbst verschuldeten Unmündigkeit verstanden wird. Alle Bildungsansätze implizieren letztendlich aber doch Anregungen und Auseinandersetzungen zwischen aktuellen Erkenntnissen, Einstellungen und Deutungsmustern und möglichen, wenn nicht gar notwendigen alternativen Mustern und Konzepten. Voraussetzungen im deweyischen Modell wären vertrauensvolle Beziehungen auf Augenhöhe und die Offenheit und Bereitschaft, miteinander und voneinander zu lernen.

Ferner finden wir bei Dewey die Anregung, dass diese Demokratisierungsprozesse in der Nachbarschaft bzw. im Quartier immer auch wissenschaftlich begleitet und reflektiert werden sollten. Zwar sind die hauptamtlichen Fachkräfte und auch einige ehrenamtlich tätige Aktivist*innen durchaus wissenschaftlich ausgebildet und teilweise auch profiliert; das Gesamtkonzept kennt jedoch keine strukturelle Verortung wissenschaftlicher Begleitung und Forschung. Im Gegenteil: In einer konsequenten Anwendung der Handlungsprinzipien Lebensweltorientierung und Empowerment werden die Bewohner*innen als Expert*innen ihrer Lebensverhältnisse in entscheidenden Schlüsselfunktionen gesehen; eine unabhängige wissenschaftliche Expertise von außen wird eher als drohende „Kolonialisierung der Lebenswelt“ empfunden. Auch wenn dies fachlich durchaus erst einmal nachvollziehbar ist, sollte doch darüber nachgedacht werden können, ob nicht gerade die bedenklichen Entwicklungen im Wahlverhalten der Stadtteilbewohner*innen durch eine unabhängige wissenschaftliche Expertise reflektiert einem Diskurs im Stadtteil zugänglich gemacht werden sollten.

Der Blick in die Geschichte der Gemeinwesenarbeit sollte der Inspiration dienen. Gleichzeitig hinterlässt gerade das Denkmodell von Dewey aber auch die Sorge der Überforderung. Kann es tatsächlich gelingen, in der Tradition von Jane Addams und John Dewey heute in den Quartieren mit besonderen Entwicklungsbedarfen unserer großen Städte solche Prozesse zu initiieren und nachhaltig zu verankern, die den enormen gesellschaftlichen Irritationen und Verwerfungen standhalten können?

John Dewey selbst verwies darauf, wie hoch die Messlatte gelegt wurde: „Das Ziel der Demokratie ist ein radikales Ziel. Denn es ist ein Ziel, das bisher noch zu keiner Zeit und in keinem Land adäquat verwirklicht worden ist“ (Dewey 1937: 299). Für die Theorie wie für die Praxis der Gemeinwesenarbeit darf das

nicht abschreckend wirken. Vielmehr gilt es, lang-, mittel- und kurzfristige Zielsetzungen so zu formulieren, dass die nächsten Etappen Schritt für Schritt erreichbar sind, ohne die hochgesteckten Leitziele aus den Augen zu verlieren.

Insbesondere aber gilt es, das Demokratieverständnis im Sinne von Dewey neu zu denken. So wichtig das Wahlverhalten auch sein mag: Demokratie meint mehr, als alle paar Jahre am Wahltag zu den Urnen zu gehen. Demokratie ist eine umfassende Lebensweise, in der möglichst viele Menschen gleichermaßen an sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Gütern teilhaben können und die wechselseitigen Beziehungen untereinander kommunikativ und fair regeln. Gemeinwesenarbeit in diesem Verständnis kann dann durchaus wertvolle Beiträge zur Demokratieentwicklung liefern.

Literatur

- Alinsky, S. (1941). *Community Analysis and Organization*. *American Journal of Sociology*, 46(6): 797-808.
- Bauchmüller, M. (2018): *Diktatur gewinnt, Demokratie verliert*. Abrufbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/bertelsmann-studie-demokratie-diktatur-1.3915984>.
Letzter Zugriff: 20.9.2018.
- Bertelsmann Stiftung (2015): *Der typische Nichtwähler kommt aus sozial schwachem Milieu*. Abrufbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/pid/der-typische-nichtwaehler-kommt-aus-sozial-schwachem-milieu/>.
Letzter Zugriff: 20.9.2018.
- Bochtler, A. (2011): *Die meisten Mieter machen mit. Hohe Beteiligung bei den Sprecherratswahlen in Weingarten*. In: *Badischen Zeitung* vom 25.10.2011. Abrufbar unter: <http://www.badische-zeitung.de/freiburg-suedwest/die-meisten-mieter-machen-mit-50941202.html>.
Letzter Zugriff: 20.9.2018.
- Bonhoeffer, D. (1985): *Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft*. Herausgegeben von Eberhard Bethge. Gütersloh: TB Siebenstern.
- Brox, Annette (2012): *Bewohnerbeteiligung ernst gemacht*. In: *Neue Caritas*, Heft 8: 21-25.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017): *Lebenslagen in Deutschland – Fünfter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Berlin.
- Dewey, J. (1916): *Democracy and Education*. MW 9. Carbondale & Edwardsville: Southern Illinois University Press.
- Dewey, J. (1927): *The public and its problems*. New York: Henry Holt and Company.
- Dewey, J. (1937): *Democracy Is Radical*. LW 11. Carbondale & Edwardsville: Southern Illinois University Press.
- Dewey, J. (1988): *Essays, Reviews, Miscellany, and The Public and Its Problems*. LW 2. Carbondale & Edwardsville: Southern Illinois University Press.
- Eribon, D. (2016): *Rückkehr nach Reims*. Berlin: Suhrkamp.
- Forum Weingarten (1989): *Satzung des Forums Weingarten vom 14.6.1989*, Freiburg im Breisgau.

- Freire, P. (1973): Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit. Reinbek bei Hamburg.
- Gronemeyer, R. & Bahr, H.-E. (Hg.) (1977): Nachbarschaft im Neubaublock. Empirische Untersuchungen zur Gemeinwesenarbeit, theoretische Studien zur Wohnsituation. Weinheim, Basel.
- Habermas, J. (2013): Im Sog der Technokratie. Berlin: Suhrkamp.
- Hausschild, J. (2016): Wahlverhalten. Warum rechts so verlockend ist. Abrufbar unter: <https://www.spektrum.de/news/wer-waehlt-die-afd-und-warum/1423189>. Letzter Zugriff: 20.9.2018.
- Hinte, W. & Tress, H. (Hrsg.) (2007): Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe. Weinheim: Juventa Verlag.
- Kant, I. (1784): Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? Berlinische Monatsschrift 2: 481–494.
- Klus, S. (2013): Die europäische Stadt unter Privatisierungsdruck. Konflikte um den Verkauf kommunaler Wohnungsbestände in Freiburg. Wiesbaden: Springer VS.
- Knoll, M. (2018): Anders als gedacht. John Deweys Erziehung zur Demokratie. In: Zeitung für Pädagogik, Heft 5, zitiert nach <http://www.mi-knoll.de/168401.html>. Letzter Zugriff: 1.5.2018.
- Merkel, W. (2013): Zukunft der Demokratie – Krise? Krise! In: Frankfurter Allgemeine online, 5.5.2013. Abrufbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/zukunft-der-demokratie-krise-krise-12173238.html>. Letzter Zugriff: 20.9.2018.
- Müller, W. C. (1988): Wie Helfen zum Beruf wurde: Eine Methodengeschichte der Sozialen Arbeit. Band I und II. Weinheim, Basel.
- Offe C. (2003), Herausforderungen der Demokratie. Zur Integrations- und Leistungsfähigkeit. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag.
- Stadt Freiburg (2016): Landtagswahl 2016, Wahlkreis 47. Abrufbar unter: <https://fritz.freiburg.de/wahl/app/ltw2016.html>. Letzter Zugriff: 20.9.2018.
- Stadt Freiburg (2018): Ergebnis der Oberbürgermeisterwahl in Freiburg 22.4.2018. Abrufbar unter: <https://fritz.freiburg.de/wahl/ob18.htm>. Letzter Zugriff: 20.9.2018.
- Staub-Bernasconi, S. (1995): Systemtheorie, soziale Probleme und Soziale Arbeit: lokal, national, international, oder: vom Ende der Bescheidenheit. Bern, Stuttgart, Wien.
- Picht, W. (1913): Toynbee Hall und die englische Settlement-Bewegung. Tübingen: Mohr Verlag.
- Weidenfeld, U. (2017): Regierung ohne Volk: Warum unser politisches System nicht mehr funktioniert. Berlin: Rowohlt Verlag.
- Wendt, W. R. (1990): Geschichte der sozialen Arbeit. Stuttgart: Enke Verlag.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





Bildung gemeinsam gestalten – der Dialog „Bildungslandschaft Neckarstadt-West“ in Mannheim

Ein Praxisbericht aus dem vhw-Städtenetzwerk zur Stärkung der lokalen Demokratie¹

Jürgen Aring, Fabian Rohland

Zwei Themen – Bildung und Beteiligung – stehen in der Stadt Mannheim weit oben auf der politischen Agenda (vgl. Mannheim 2015). So setzt die Stadt schon seit Jahren auf den integrierenden Ansatz von Bildungslandschaften. Ebenso forciert sie unterschiedliche Prozesse der Bürgerbeteiligung und des bürgerschaftlichen Engagements (vgl. Mannheim 2017a; Jahre & Myrczik 2014).²

Bildung, Bildungsgerechtigkeit und Bildungserfolg sind auch im Mannheimer Stadtteil Neckarstadt-West (vgl. Abb.1) – traditionell geprägt durch einen hohen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund – ein großes Thema. Gleichzeitig ist die Beteiligung am politischen Geschehen hier eher schwach ausgeprägt und die Stärkung von politischer Teilhabe und lokaler Demokratie eine Herausforderung. In diesem Kontext stand das Projekt „Dialog Bildungslandschaft Neckarstadt-West“, das sich über den Zeitraum vom Spätsommer 2013 bis Anfang 2015 erstreckte. Der gestaltete Bürgerdialog zur Bildungslandschaft wurde in einer Zusammenarbeit zwischen der Stadt Mannheim und dem vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. durchgeführt. Der folgende Praxisbericht soll Möglichkeiten der politischen Aktivierung und der Inklusion im Quartier aufzeigen und die gewonnenen Erkenntnisse für weitere Prozesse fruchtbar machen.

1 Dieser Beitrag basiert auf einer im Jahr 2016 als vhw werkSTADT veröffentlichten Publikation (vgl. Aring & Rohland 2016).

2 Darüber hinaus hat die Stadt Mannheim in den Jahren 2016 und 2017 ein umfangreiches Regelwerk zur Bürgerbeteiligung erarbeitet, um die Qualität von Bürgerbeteiligungsprozessen zu sichern und weiterzuentwickeln (Mannheim 2017b).



Abbildung 1: Mannheim Neckarstadt-West

Foto: J. Aring, 2014

1 Neckarstadt-West als Ankunftsquartier in Mannheim

Die Neckarstadt-West ist ein Quartier mit wichtigen Funktionen für die Gesamtstadt. Für viele Einwander*innen ist es die erste Anlaufstelle, um in Mannheim Fuß zu fassen – buchstäblich eine „Arrival City“, unweit der Innenstadt. Der Stadtteil blieb im Krieg relativ unzerstört und bietet mit einem großen Bestand an Gründerzeithäusern und denkmalgeschützten Altbauten ein städtebaulich weitgehend intaktes Viertel. Gleichzeitig ist die Neckarstadt-West mit großen sozialen Herausforderungen konfrontiert. Von den 21.000 Bewohner*innen haben zwei Drittel einen Migrationshintergrund, verteilt auf 160 Nationalitäten und verschiedene Milieus (vgl. Mannheim 2017c, siehe Abb. 2 und 3). Die Milieukonstellation ist besonders: Einerseits leben in der Neckarstadt-West viele Menschen mit konservativen Vorstellungen (traditionelle und religiös-verwurzelte Milieus). Andererseits prägen den Stadtteil auch Menschen mit konsumorientierten oder experimentelleren Wertvorstellungen (Experimentalisten, Konsum-Hedonisten).

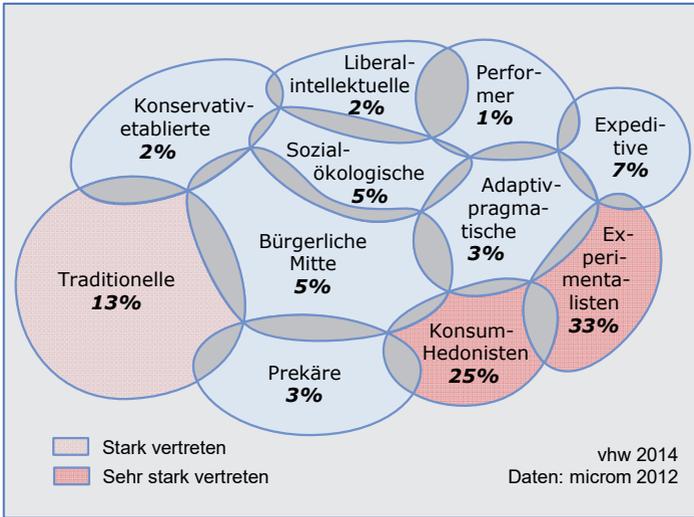


Abbildung 2: Milieus in der Neckarstadt-West 2012, Darstellung: vhw 2014
Daten: microm 2012.

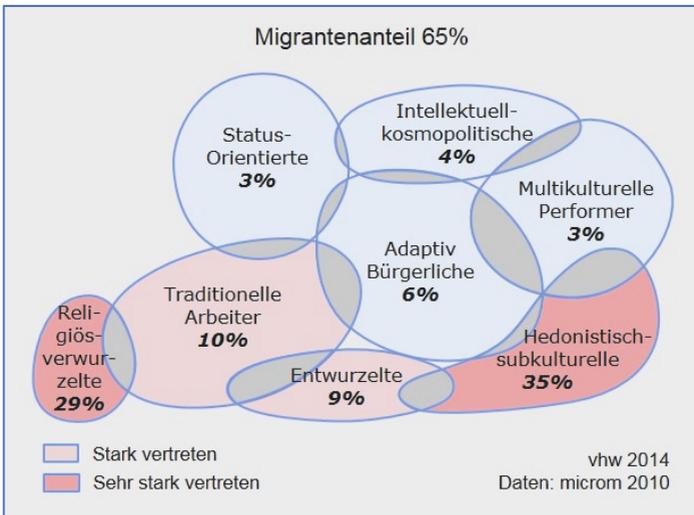


Abbildung 3: Migranten-Milieus in der Neckarstadt-West 2010
Darstellung: vhw 2014, Daten: microm 2010.

Viele Bewohner*innen haben unterdurchschnittliche Einkommen und es leben hier mehr Arbeitslose als in anderen Mannheimer Quartieren (vgl. Mannheim 2017c). Familien haben oft bereits mit der Bewältigung des Alltages Schwierigkeiten, was sich auch auf die schulischen Erfolge ihrer Kinder negativ auswirkt.³ Es fehlen Freizeitangebote, Sport- und Musikvereine sowie Spielplätze, auf denen Eltern ihre Kinder bedenkenlos spielen lassen können. Viele Bewohner*innen beklagen auch die mangelnde Sicherheit und Sauberkeit (vgl. Gutknecht & Rohland 2014: 145 ff.). Zur Unterstützung der Bevölkerung im Stadtteil ist seit Jahren ein Quartiersmanagement etabliert.

Obwohl die kulturelle Vielfalt ein wesentliches Kennzeichen des Quartiers darstellt, gibt es neben gut integrierten Migrant*innen auch stärker selbstbezogene Gruppen, die schwerer erreichbar sind. Während des Projektes erfuhr der Stadtteil eine starke Zuwanderung aus Südosteuropa, die zu neuen Konflikten und Belastungen führte. Gleichzeitig ist der Stadtteil auch attraktiv für Auszubildende, Studierende und Kreative. Sie schätzen die niedrigen Mieten in den oft unsanierten Häusern, eine gute Nahversorgung, die vielen Kultureinrichtungen und die gute Anbindung mit öffentlichem Nahverkehr (vgl. Gutknecht & Rohland 2014).

Schulen, Kitas und weitere Bildungseinrichtungen müssen in diesem Quartier mehr leisten als andernorts: Zur Grundkonstellation gehören Schulklassen, in denen mehr als drei Viertel der Kinder einen Migrationshintergrund haben und Deutsch bei der Einschulung oft nur unzureichend beherrscht wird. Darüber hinaus kümmern sich die Einrichtungen z. B. um die Integration von Einwandererkindern, die mit neun Jahren noch keine Schule und keinen Kindergarten besucht haben, oder um Schulkinder, die oftmals mehrere Wochen nicht zum Unterricht erscheinen (vgl. Bauder-Zutavern 2014).

Gerade unter den sozialen Bedingungen der Neckarstadt-West ist ein enger Kontakt zwischen den Bildungseinrichtungen und den Eltern zentral, doch im Alltag fällt der Zugang zu den Eltern oft schwer.

2 Bildungslandschaften: mehr als Netzwerke!

„Bildungslandschaften“, „lokale Bildungsverbünde“ oder „Bildungsnetzwerke“ sind derzeit in vielen Kommunen bevorzugte Instrumente im planerischen Werkzeugkoffer. Ein erster wichtiger Schritt ist die Koordination von Akteursnetzwerken zur Verbesserung des Bildungswesens vor Ort. In diesem Sinne engagiert sich auch die Stadt Mannheim für ergänzende Einrichtungen der Bildungsförderung, die teils in städtischer Verantwortung liegen, teils von zivilgesellschaftlichen

3 Die Übergangsquote auf Gymnasien liegt in der Neckarstadt-West bei 19 % bis 25 % und damit deutlich unter dem stadtweiten Durchschnitt von 48 % (vgl. Mannheim 2018: 18).

Trägern betrieben werden. Vor diesem Hintergrund wurde die Stadt im Jahr 2014 im Rahmen des Förderprogramms „Lernen vor Ort“ als „Ideengeber für das kommunale Bildungsmanagement in Deutschland“ ausgezeichnet. Im Stadtteil Neckarstadt-West kooperiert die Stadt Mannheim seit Längerem mit der Freudenberg Stiftung im Rahmen des Projekts „Ein Quadratkilometer Bildung – Bildung im Quadrat“, um Bildungsakteur*innen zu vernetzen.

Die Vernetzung der Bildungsakteur*innen ist wichtig; jedoch liegt ein zusätzliches Potenzial einer „echten“ Bildungslandschaft in der ganzheitlichen Einbeziehung des sozialräumlichen Quartiersumfeldes. Gerade Kinder sprechen darauf an: Sie sind besonders stark mit ihrem Quartier verbunden und reagieren sehr sensibel auf Effekte und Impulse des lebensweltlichen Umfelds – im Guten wie im Schlechten. Diese innovative, erweiterte Sichtweise einer sozialräumlich verankerten Bildungslandschaft wurde in der Neckarstadt-West während des Projekts gestärkt, weiterentwickelt und konsequent umgesetzt (vgl. Aring 2014).

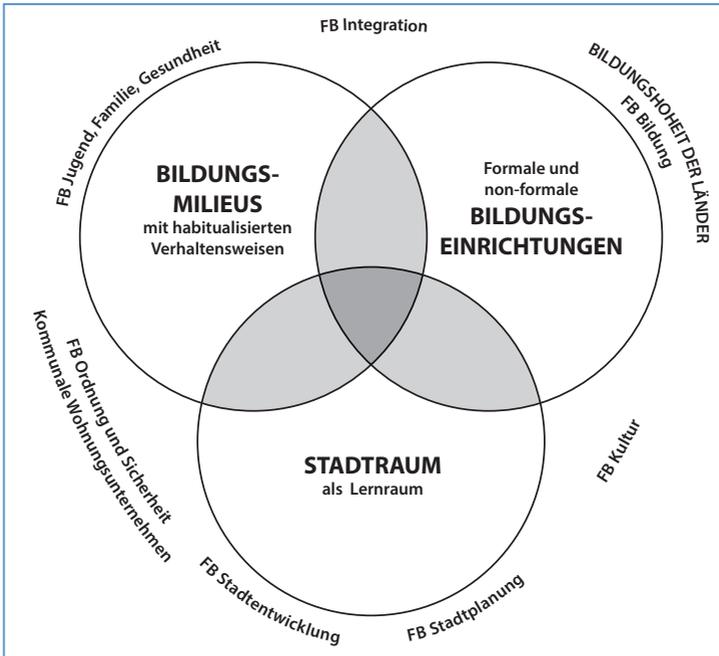


Abbildung 4: Zugänge zur kommunalen Bildungslandschaft

Quelle: Aring 2014: 119.

Wichtig ist es, ergänzend zu der schon laufenden Vernetzung formaler (also z. B. Schulen, Kitas) und non-formaler Bildungseinrichtungen (z. B. freie Bildungsträger etwa in der Hausaufgabenbetreuung), das Quartier als Lern- und Sozialisationsraum insbesondere für Kita- und Grundschulkindern zu begreifen und den Blick auf das Bildungsverständnis der Milieus zu richten (siehe Abb. 4). Eine Bildungslandschaft in diesem erweiterten Sinne kann in einer besonderen sozialräumlichen Gemengelage wie in der Neckarstadt-West den Bewohner*innen – unabhängig vom sozialen und kulturellen Hintergrund – vielfältige Wege zu Integration und Teilhabe ebnen und öffnen. Eine gelingende Bildungslandschaft ist darüber hinaus ein wichtiger Standortfaktor: Sie kann bildungsambitionierte Eltern im Stadtteil halten und somit die Schulsegregation abschwächen. Klar ist auch: Dieses erweiterte Verständnis von Bildungslandschaften ist nur als übergreifende kommunale Querschnittsaufgabe denkbar. Für einen Fachbereich Stadtentwicklung hieße dies beispielsweise, den Stadtteil nicht nur nach fachüblichen städtebaulichen Kriterien zu betrachten, sondern ihn als Lern- und Aufwuchsraum für Kinder in den Blick zu nehmen. In diesem Kontext wurde das Dialogprojekt angelegt (vgl. Aring 2014; Gutknecht & Rohland 2014).

3 Inklusive Dialoge: ein besonderes Verfahren

Wie bereits angedeutet wurde findet die Bildungsoffensive der Stadt Mannheim auch in der Neckarstadt-West ihren Niederschlag: Kitas und Grundschulen wurden optimiert, flankierende Einrichtungen (z. B. Lesehilfe) unterstützt und insgesamt die Bildungsakteur*innen vernetzt (vgl. Olk & Woide 2014). Die Stadt hatte ein Interesse daran, zur weiteren Stärkung der Bildungslandschaft den Bildungsdiallog trisektoral im Zusammenspiel von Bürger*innen (lebensweltliche Perspektive) sowie institutionellen und intermediären Akteur*innen (fachlich-professionelle Perspektive) durchzuführen.

Der vhw übernahm in diesem Zusammenhang die Aufgabe, diesen Dialog im Rahmen seines Städtenetzwerkes zur Stärkung der lokalen Demokratie zu organisieren und zu begleiten. Das Anliegen des Städtenetzwerkes war, inklusive Bürgerdialoge nach deliberativen Prinzipien durchzuführen. Für das Dialogprojekt in der Neckarstadt-West bedeutete dies: eine breite Beteiligung möglichst aller relevanten Interessen aus der sozial vielfältigen Bürgerschaft vor Ort sowie die Anwendung von Dialogformaten, die einen fairen Diskurs ermöglichen. Mit anderen Worten: Es sollten v. a. auch solche Menschen für die Quartiersentwicklung aktiviert werden, die normalerweise nicht dazu bereit sind.

Neben dieser Verbesserung der Prozessqualitäten sollte auch die inhaltliche Agenda des Bildungsdiskurses erweitert werden. So sollte sich der Dialog nicht nur auf konkrete Situationen im Schul- oder Kitaalltag und die Vernetzung der

Bildungsakteur*innen beziehen, sondern die zukünftigen Lebensperspektiven von Kindern in der Neckarstadt-West als Sozialraum zur Messlatte und zum Orientierungspunkt des Dialogs machen. Praktisch schlug sich dies in einem zunächst offenen Agenda Setting nieder. Im Kern ging es um die umfassende Frage, wie die Bildungslandschaft in der Neckarstadt-West aussehen sollte, damit Familien und Kinder in diesem Stadtteil eine gute Perspektive haben. Daraus ergab sich eine große Vielfalt an Themen, die von der Kommunikation zwischen Eltern und Lehrer*innen und die Aktivierung der Eltern im Hinblick auf den Bildungserfolg ihrer Kinder über das Image und die Stadtteilidentität, die sozioökonomischen Strukturen des Quartiers und das bürgerschaftliche Engagement bis hin zur bildungsfördernden Infrastruktur für Kinder im öffentlichen Raum reichte.

4 Ein gestufter Beteiligungsprozess

Der gesamte Dialogprozess glich einem Eisberg, der weitaus größer ist als der über der Wasseroberfläche sichtbare Teil. So wurde in einer ersten Projektphase die lokale Bildungslandschaft des Stadtteils Neckarstadt-West zunächst aus einer wissenschaftlichen Perspektive untersucht und aufgearbeitet (vgl. Olk et al.; 2013, Olk & Woide 2014), bevor im Anschluss zentrale Zielgruppen identifiziert und mithilfe angepasster Kommunikationsformate zu den verschiedensten Themen der Bildungslandschaft befragt wurden. Die in dieser vorbereitenden Phase gewonnenen Erkenntnisse dienten schließlich als Grundlage, um eine große, offene Bürgerveranstaltung zu konzipieren, umzusetzen und auszuwerten.

4.1 Teildialoge – die Mosaiksteinchen des Beteiligungsprozesses

Der großen, offenen Bürgerveranstaltung, die im September 2014 durchgeführt wurde und einen besonderen Stellenwert sowie eine hohe öffentliche Aufmerksamkeit genoss, war ein umfangreicher, reflexiver, lernender Prozess mit verschiedenen tiefer gehenden Teildialogen vorgeschaltet. In diesen waren die deliberativen Prinzipien besonders gut umzusetzen:

- In Gesprächen mit Vertreter*innen der Kerninstitutionen (z. B. Grundschulen, Kitas, Pädagogische Werkstatt) und einem erweiterten Akteurskreis (z. B. Quartiersmanagement, Wohnungsbaugesellschaft, soziale Träger) wurde der fachlich-professionelle Zugang intensiv erörtert.
- In moderierten Gruppengesprächen mit sechs bis acht Bewohner*innen kamen die wichtigsten Milieus des Quartiers ausführlich zu Wort: Wertkonservative Migrant*innen, „moderne“ Eltern mit Migrationshintergrund sowie

„moderne“ Eltern ohne Migrationshintergrund hatten hier die Möglichkeit, ihren lebensweltlichen Zugang zum Thema zu vermitteln und zu diskutieren.

- Im Laufe des Prozesses wurde klar, dass bestimmte Menschen immer noch nicht erreicht werden konnten. Durch den Einsatz von „Kultur Dolmetscher*innen“, die nicht nur die Sprache der jeweiligen Einwanderergruppe, sondern auch deren Kultur gut kennen, konnten mehr als 20 Menschen zusätzlich in längeren Einzelgesprächen zu Wort kommen und so in den Dialogprozess eingebunden werden. In einer ersten Runde wurden türkische, in einer zweiten Runde bulgarische Mütter aufgesucht, die sich weder an Elternabenden noch an öffentlichen Veranstaltungen beteiligt hatten. Auf diese Art und Weise konnte „den Stummen eine Stimme gegeben“ werden.

Mithilfe dieser unterschiedlichen Beteiligungsformen wurde es möglich, lebensweltliche und fachlich-professionelle Zugänge sowie die besondere sozialräumliche Gemengelage in der Neckarstadt-West inhaltlich miteinander zu verknüpfen. Aus den Gesprächen ergab sich eine Vielzahl von Anregungen und Vorschlägen.

4.2 Zum Umgang mit Zwischenergebnissen

Eine prozessbegleitende Screening-Gruppe mit Vertreter*innen der Stadt, (Bildungs-)Einrichtungen, Bürger*innen und dem vhw und eine ergänzende kleinere Lenkungsgruppe, die das gesamte Verfahren kontinuierlich begleitet haben, diskutierten die Ergebnisse der vorangegangenen Gespräche und Gruppendialoge. In diesem Zusammenhang wurden sechs Themenschwerpunkte identifiziert:

1. Die optimalen Schulen für die Neckarstadt-West
2. Kitas, Begleitung und Unterstützung für einen gelingenden Übergang zur Schule
3. Eltern – Kita – Schule: Miteinander reden!
4. Aufwachsen, Lernen und Leben in der Neckarstadt-West
5. Neckarstadt-West – besonderer Stadtteil, besondere Aufgaben, besonderer Rückhalt?
6. Was ist Bildungserfolg?

Zu diesen sechs Punkten wurden in einem ausführlichen Erläuterungspapier (Aring & Rohland 2014) die vielfältigen Vorstellungen, Forderungen, Maßnahmen und Ideen aus den Teildialogen gebündelt und aufgearbeitet. Dessen wurde eine Einschätzung der aktuellen Situation gegenübergestellt, um zu sehen, wo Bürgerwünsche und Bildungsalltag in die gleiche Richtung streben oder wo die Entwicklung auseinandergeht.

4.3 Große Bürgerveranstaltung – das Finale des Dialogprozesses

Die sechs Themenschwerpunkte bildeten den inhaltlichen Kern der den Dialogprozess abschließenden, großen Bürgerveranstaltung, an der 140 Bürger*innen teilnahmen. Nachdem die vorangegangenen Dialoge bewusst auf Kleingruppen und Einzelgespräche setzten, war es der Anspruch der Bürgerveranstaltung, unterschiedliche Perspektiven zusammenzubringen und milieübergreifende Diskussionen anzustoßen.

Dafür wurden die in den vorherigen Einzel- und Gruppendialogen mit beteiligungsfernen Gruppen gewonnenen Erkenntnisse auf der Veranstaltung präsentiert und zur Diskussion gestellt. Um trotz des großen Rahmens viele und niedrighschwellige Diskussionsmöglichkeiten zu bieten, wurden „Diskussionsinseln“ zu den sechs Themenschwerpunkten angeboten. Um faire Dialoge zu ermöglichen und um die Anregungen aus den Teildialogen einzubringen, wurden im Vorfeld für jede Insel drei Moderatoren aus verschiedenen Bereichen (Stadtverwaltung, Intermediäre, Bürger*innen) gecoach.

Ein eigens für die Veranstaltung produzierter Film, der die zentralen Dialogthemen aufgriff, sorgte für eine anschauliche Rahmung des Dialogs. Die Veranstaltung bot zudem die Möglichkeit, weitere Bürger*innen und lokale Einrichtungen miteinzubeziehen, die bereits erzielten Resultate weiterzuentwickeln und vor allem auch Prioritätensetzungen zu entwickeln. Am Ende wurden die Ergebnisse jeder Diskussionsinsel dem Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, Dr. Peter Kurz, vorgestellt und mit ihm diskutiert.

5 Ergebnisse und Erfolge vor Ort

Auf der offenen Bürgerveranstaltung wurde nicht über das vorangegangene Verfahren geurteilt oder abgestimmt. Ein solcher Schritt war nicht vorgesehen, denn dazu hätte auch keine Legitimation bestanden. Der Zusammenhang zwischen offener Bürgerveranstaltung und vorangegangenen Dialogen konnte nur implizit aus der Übereinstimmung von Grundhaltungen abgeleitet werden. Dabei zeigte sich:

- Die Sechs-Punkte-Agenda zur Weiterentwicklung der Bildungslandschaft der Neckarstadt-West traf auf breite Zustimmung. Alle Teilaspekte wurden für wichtig erachtet. Das Thema „Was ist Bildungserfolg?“ war dabei operativ am schwierigsten zu diskutieren und schwebte mit dem Stichwort „Lebensperspektiven der Kinder“ als Messlatte für Maßnahmen über allen Diskussionen.

- Die Bürger*innen wollten die sechs Schwerpunkte nicht isoliert sehen, sondern sie im Verbund betrachten. Das konnte als implizites Plädoyer für eine „Politik der integrierten Bildungslandschaft“ verstanden werden.
- Daraus leitete sich der Wunsch nach einer umfassenden Handlungsstrategie ab, die alle sechs Schwerpunkte umfassen und verknüpfen sollte. Dabei vermitteln diese Schwerpunkte die Weite des Handlungsfeldes und die Handlungsrichtung. Die Umsetzung muss hingegen über ein Mosaik einzelner Maßnahmen und Aktivitäten erfolgen. Teilweise geht es dabei um die Stärkung und Weiterentwicklung des Vorhandenen, teilweise um Neues. Zur Koordination eines solchen Vorgehens könnten in zweijährlichem Abstand Fortschrittskonferenzen organisiert werden.

Neben diesen grundsätzlichen Anregungen wurden auf der Bürgerveranstaltung auch viele konkrete Ideen und Forderungen für eine Bildungslandschaft in der Neckarstadt-West aufgegriffen und diskutiert (vgl. Tab. 1).

Tabelle 1: Diskursthemen im Bürgerdialog

- | |
|---|
| <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausweitung angepasster Lernarrangements: Stärkung der individuellen Förderung von Kindern unter Berücksichtigung ihrer Neigungen, Potenziale oder Lernwege, ▪ Ergänzungen des schulischen Angebots durch Förderungs- und Unterstützungsmaßnahmen, z. B. bei der psychologischen, sozialen und medizinischen Betreuung, ▪ Schaffung besserer Voraussetzungen für die Elterneinbindung (Transparenz), ▪ Erleichterung des Übergangs von der Kita zur Schule, z. B. durch Partnerschaften zwischen Schul- und Kitakindern, ▪ verstärkte Förderung von Sprachkompetenzen, z. B. durch muttersprachliche Erzieher, ▪ Schaffung eines Raums für Kommunikation zwischen Eltern und Lehrkräften, ▪ Schaffung einer gemeinsamen Stadtteilidentität zur Stärkung des Verantwortungsbewusstseins, ▪ Unterstützung der zahlreichen Stadtteilinitiativen und Netzwerke, ▪ Verbesserung bildungsfördernder Infrastruktur im öffentlichen Raum, die Ermöglichung kindgerechter Spielplätze und sicherer Schulwege oder ▪ Einrichtung eines Ombudsmanns, der die Interessen des Quartiers und seiner Nachbarschaften z. B. gegenüber der Stadtverwaltung vertritt. |
|---|

Quelle: eigene Darstellung

Diese und weitere Ergebnisse wurden in einem Endbericht festgehalten (Aring & Rohland 2015). Die Stadtverwaltung hat auf der Basis der Projektergebnisse eine Beschlussvorlage für den Hauptausschuss erarbeitet, durch die die Verwaltung beauftragt wird, die Ergebnisse des „Dialogs Bildungslandschaft Neckarstadt-West“ in ihrem Handeln zu berücksichtigen. Neben den politischen Gremien sind auch das Quartiersmanagement sowie lokale Institutionen und zivilgesellschaftliche Akteur*innen als Adressat*innen für die Etablierung und Ausdifferenzierung der Bildungslandschaft in der Neckarstadt-West gefragt.

6 Externe Evaluation: Impulse zur Weiterentwicklung der Dialoge

In einer parallel durchgeführten wissenschaftlichen Evaluation (Schaal 2015) ging es u. a. um die Fragen der Inklusion und Aktivierung sowie um die Deliberationsqualität. In der Evaluation wurde also gefragt, inwieweit es gelungen ist, Bürger*innen aus der Neckarstadt-West zu aktivieren, die sich typischerweise nicht in Prozesse von Politik und Beteiligung einbringen. Darüber hinaus stand die Frage im Raum, ob faire Diskursstrukturen auf Augenhöhe erreicht wurden. Insgesamt kommt die Evaluation im Hinblick auf das Gesamtverfahren und dessen Pilotcharakter zu einem positiven Ergebnis. Sie würdigt besonders die frühe Phase der Teildialoge, die ein Maß an Inklusion erreichte, welches übliche politische Beteiligungsprozesse nicht erreichten.

Als Herausforderungen bleiben nach wie vor die Verknüpfung der verschiedenen Dialogformate untereinander und vor allem die Integration der vorausgegangenen Gespräche in die große Bürgerveranstaltung. Eine stärkere begleitende Öffentlichkeitsarbeit wäre für ein künftiges Projekt wünschenswert, nicht zuletzt, um für den Dialogprozess und die Teilnahme der Bürger*innen an ihm zu werben. Die Anregungen und Vorschläge konnten im Dialogverfahren außerdem nur ansatzweise auf ihre Kompatibilität mit den existierenden Strukturen und Leitvorstellungen geprüft werden. Im Dialogprojekt wurde deshalb bewusst vermieden, von „verabschiedungsfähigen Ergebnissen“ zu sprechen. Vielmehr wurde der Abschlussbericht mit „Thesen und Themen“ übertitelt und als „Materialsammlung aus der Dialogphase“ bezeichnet. Er spricht die Punkte an, die im Bürgerdialog als wichtig erachtet wurden, ohne jedoch politische und fachliche Bewertungen vorwegzunehmen. Gerade diese Offenheit erlaubte es, das Papier zur Grundlage der weiteren politischen Prozesse zu machen. Dass der Ergebnisbericht des vhw von der Verwaltung unverändert an die Politik weitergeleitet wurde, wurde in der Evaluation als „sehr bemerkenswert, mutig und [...] der Leitidee einer gestärkten Bürgerbeteiligung“ folgend herausgestellt (Schaal 2015: 33). Dass das Dialogprojekt durch einen Beschluss des Hauptausschusses auf den Weg gebracht wurde und damit von Anfang an auch die Aufmerksamkeit der Verwaltung und Politik

hatte, war ein zentraler Erfolgsfaktor. Die ersten Schritte zur Rückbindung des Outputs an Politik und Verwaltung wurden noch während des Dialogprozesses unternommen: Die Mitwirkung des Oberbürgermeisters an der offenen Bürgerveranstaltung und die Vorstellung der Ergebnisse vor dem Quartiersforum – der Stadtteilsitzung der Neckarstadt-West als niedrigschwelligem Forum für die engagierte Bürgerschaft – sowie dem Bezirksbeirat entfalteten ihre Wirkung.

7 Fazit

Insgesamt hat sich also gezeigt: Mit geeigneten Verfahren können die Bewohner*innen auch in Quartieren mit geringer politischer Teilhabe in die Stadtentwicklung einbezogen und für ein aktives Engagement gewonnen werden. In einer offenen Atmosphäre auf Augenhöhe sind gerade diejenigen, die sonst oft am Rande stehen, alles andere als stumm – mehr noch: Sie stellen eine Bereicherung für die Stadtentwicklung dar!

Es bleiben aber auch Herausforderungen, denen bei künftigen Projekten eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist. Dazu gehört immer wieder der Anspruch, Inklusion sicherzustellen, die Ergebnisse wirkungsvoll an die Politik rückzukoppeln sowie Prozess und Inhalt zu verknüpfen, ohne die Beteiligten zu überfordern. Denn ein Bürgerdialog, der deliberative Prinzipien umsetzt, ist ein wichtiger und zeitgemäßer Baustein demokratischen Handelns. Doch gestärkt wird die lokale Demokratie letztlich nur, wenn sich demokratische Teilhabe mit sozialer Teilhabe verbindet. Beteiligung wird heutzutage nicht nur gewährt, sondern ist ein Zeichen von Engagement. Und Engagement will Resultate sehen. Schließlich sind Beteiligungsprozesse generell Teil eines öffentlichen Diskurses. Deshalb bedarf es einer begleitenden Öffentlichkeitsarbeit, die kontinuierlich informiert, einlädt und so demokratische Mitwirkung erleichtert. Dies ist jedoch nicht einfach angesichts der Pluralisierung von Lebensstilen, des Bedeutungsverlustes traditioneller Medien und des gleichzeitigen Auftretens neuer Kommunikationskanäle.

Literatur

- Aring, J. (2014): Integration hoch zwei – Bildungslandschaften und Stadtentwicklung verknüpfen. *Forum Wohnen und Stadtentwicklung*: 115-120.
- Aring, J. & Rohland, F. (2014): Thesen und Themen aus dem Dialog Bildungslandschaft Neckarstadt-West. Materialsammlung aus der Dialogphase Sommer 2013 bis Sommer 2014. Berlin: vhw.
- Aring, J. & Rohlan, F. (2015): Projektfazit/Schlussfolgerungen: Dialog Bildungslandschaft Neckarstadt-West. Berlin.

- Aring, J. & Rohland, F. (2016): Bildung gemeinsam gestalten – der Dialog „Bildungslandschaft Neckarstadt-West“ in Mannheim. Ein Projekt im vhw-Städtenetzwerk zur Stärkung der lokalen Demokratie. vhw werkSTADT Nr. 1. Berlin.
- Bauder-Zutavern, B. (2014): Der Alltag an deutschen Schulen? Neue Herausforderungen für Schulen in Quartieren mit sozialen Problemlagen. Forum Wohnen und Stadtentwicklung: 149-152.
- Gutknecht, S. & Rohland, F. (2014): Teilhabe am Bildungsdiskurs ermöglichen – Ergebnisse und Erkenntnisse aus den Gruppendiskussionen in der Neckarstadt-West in Mannheim. Forum Wohnen und Stadtentwicklung: 143-148.
- Jahre, L. & Myrczik, P. (2014): „Wir dürfen es nicht dem Zufall überlassen, welche Gruppen wir erreichen“ (Interview). Forum Wohnen und Stadtentwicklung: 153-155.
- Referat Strategische Steuerung der Stadt Mannheim (Hrsg.) (2015): Das Modell Mannheim – Ziele für eine moderne Großstadt. Mannheim.
- Fachbereich Rat, Beteiligung und Wahlen der Stadt Mannheim (Hrsg.) (2017a): Bürgerbeteiligung in Mannheim – Der Mannheimer Weg. Mannheim.
- Fachbereich Rat, Beteiligung und Wahlen der Stadt Mannheim (Hrsg.) (2017b): Demokratie stärken – Gemeinsam gestalten. Regelwerk Bürgerbeteiligung. Mannheim
- Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim (Hrsg.) (2017c): Statistische Daten 2017 – Neckarstadt-West. Mannheim.
- Fachbereich Bildung der Stadt Mannheim (Hrsg.) (2018): Schulentwicklungsbericht. Schulstatistik Schuljahr 2017/2018. Mannheim.
- Olk, T. Somborski, I. & Woide, C. (2013): Ergebnisbericht zum Forschungsprojekt Educational Governance – Kommunale Bildungslandschaften. Unveröffentlichter Ergebnisbericht für die Stadt Mannheim. Halle (Saale).
- Olk, T. & Woide, C. (2014): Educational Governance vor Ort - mehr Bildungsgerechtigkeit durch „vernetzte Bildung“? Forum Wohnen und Stadtentwicklung: 121-124.
- Schaal, G. (2015): Evaluationsbericht „Dialog Bildungslandschaft Neckarstadt-West“. Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Hamburg.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





Lagerplatz Winterthur

Benjamin Zemann, Barbara Buser

1 Einleitung

Das Lagerplatzareal in Winterthur, Schweiz, eignet sich im besonderen Maße als gutes Beispiel für eine Arealentwicklung mit Einbezug der Mieter*innen. Mit der Entwicklung der gesamten Konversionsflächen des ehemaligen Sulzerkonzerns entwickelte sich auf dem Lagerplatz eine spezielle Kultur. Die klassischen Normative und Gesetze der Immobilienökonomie wurden verändert oder sogar außer Kraft gesetzt. Das rund 50.000 m² große Teilareal wurde 2009 von der Sulzer Immobilien AG an eine Pensionskasse, die Stiftung Abendrot aus Basel, verkauft. Dies gelang auf Initiative der damaligen, in einem Arealverein organisierten Zwischennutzer*innen mit zeitlich beschränkten Verträgen. Mit dem Verkauf an die Stiftung Abendrot wurde der Grundstein für eine nachhaltige Entwicklung des gesamten Areals gelegt. Gemeinsam mit dem Arealverein formulierte die Eigentümerin Perspektiven der zukünftigen Entwicklung. Heute, rund zehn Jahre später, ist ein großer Teil der beschlossenen Entwicklungsmaßnahmen Realität. Das Lagerplatzareal hat sich zu einem lebendigen Stadtquartier entwickelt, dessen Ausstrahlung weit über die Stadtgrenzen hinausreicht.

Der vorliegende Beitrag ist ein Praxisbericht und möchte auch als solcher verstanden werden. Der Schwerpunkt liegt in der Erläuterung der Entwicklung im Kontext partizipativer Entscheidungsmechanismen. Dass die Entwicklung auch unter ökonomischen Aspekten als sehr erfolgreich angesehen werden kann, mag im ersten Augenblick erstaunen.

2 Sulzerareal Mitte

Winterthur ist mit gut 100.000 Einwohner*innen eine kleine „Großstadt“ in der Schweiz. Die geschichtliche Entwicklung reicht bis ins Römische Reich zurück. Im 19. Jahrhundert entwickelte sich Winterthur rasch zu einem klassischen Industriestandort. Mit den Firmen Sulzer und Rieter entstand eine metallverarbeitende Industrie, die ihre Produkte in die ganze Welt lieferte. Rieter und v. a. Sulzer prägten von 1950 an das Stadtbild auch mit gezielter Wohnbauförderung. Es entstanden im gesamten Stadtgebiet viele noch heute wertvolle Quartiere.

Die Ölkrise Mitte der 1970er-Jahre traf auch die Traditionsunternehmen in Winterthur. Mit verschiedenen Reorganisationsen und Diversifizierungen des Wertschöpfungsangebots versuchten die Firmen, den drohenden Abbau zu vermeiden. Gelungen ist dies nicht wirklich. Arbeitsplätze wurden ins günstigere Ausland verlegt. Insbesondere Sulzer wurde zu einem Spielball von Finanzinvestoren. Der Entscheid, auf die Produktion von schwerindustriellen Gütern zu verzichten, fiel Ende der 1980er-Jahre.

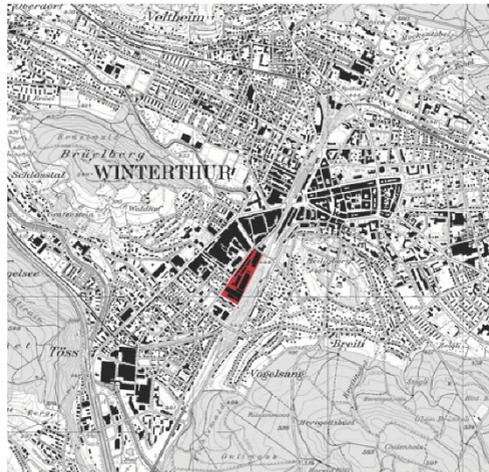


Abbildung 1: Lage Lagerplatzareal

Quelle: Nutzungskonzept Lagerplatz 2010, Arealverein Lagerplatz, S. 31.

Das gesamte Sulzerareal Mitte (vgl. Abb. 1) umfasst ca. 22 ha Land und ist damit fast gleich groß wie die historisch gewachsene Innenstadt von Winterthur.

Auf den Entscheid, die Produktionsstandorte in der Stadt aufzugeben, folgten Jahre der Ideensuche und Planung. Die einst „verbotene Stadt“ sollte sich öffnen. Zu Beginn wollte die Sulzer Immobilien AG, Eigentümerin der Areale, das gesamte Gebiet in einem Wurf neu planen und in eigener Regie überbauen. Ein international ausgeschriebener Architekturwettbewerb wurde von den renommierten Architekten Jean Nouvel, Emanuel Cattani et Associés gewonnen. Einsprachen gegen das Vorhaben verzögerten die Umsetzung. Die Rezession und Immobilienkrise Ende der 1990er-Jahre zwang die Eigentümerin zu einem radikalen Umdenken. 2001 entschied Sulzer Immobilien, keine eigenen Projekte mehr zu entwickeln. Stattdessen wurde das gesamte Areal in vier Teilareale, darunter auch den Lagerplatz, aufgeteilt. Sulzer Immobilien beschränkte sich auf die Aufberei-

tung der Teilareale und verkaufte diese Schritt für Schritt an zahlungskräftige Investor*innen.

Mit diesem grundlegenden Entscheid ermöglichte die Eigentümerin eine langsamere und bedarfsgerechte Entwicklung der einzelnen Areale. Die Politik und breit abgestützte Initiativen verschiedener Interessengruppen unterstützten den Entscheid. So entstand mitten im Herzen von Winterthur ein Laboratorium für Stadt- und Arealentwicklung. Heute, fast 20 Jahre nach jenem Grundsatzentscheid, ist das Sulzerareal Mitte in Winterthur ein weit über die Kantongrenzen hinaus bekanntes Beispiel für eine gelungene Arealentwicklung. Es ist ein lebendiges Stadtquartier entstanden, welches sich nach den Bedürfnissen und durch die unterschiedlichen Aktivitäten der Nutzer*innen stetig weiterentwickelt.

3 Entwicklung des Lagerplatzareals

Das Lagerplatzareal als Teil des Sulzerareals Mitte lässt sich eindeutig abgrenzen: Die Eisenbahngleise im Norden und die Tössfeldstraße im Süden trennen das Lagerplatzareal vom restlichen Areal Sulzer Mitte. Diese geografischen Voraussetzungen begünstigten eine eigenständige Entwicklung.

Mitte der 1990er-Jahre kaufte die Schweizerische Post einen Teil des Areals mit dem Ziel, ein großes Paketverteilzentrum zu bauen. Nach Jahren des Abwägens entschied sich die Post für einen anderen, zentraler gelegenen Standort. Währenddessen beschloss die Sulzer Immobilien, entgegen ihrer ursprünglichen Absicht, Zwischennutzungen zuzulassen. So entstand innerhalb kürzester Zeit ein buntes Neben- und Durcheinander von Werkstätten, Atelierräumen, Lagern und Freizeitaktivitäten unterschiedlichster Art. Im Jahr 2006 schlossen sich die Zwischennutzer*innen zum Arealverein Lagerplatz zusammen.

2007 beauftragten Sulzer Immobilien und die Stadt Winterthur eine Testplanung. Eine Zonenänderung sollte möglichst viel Wohnfläche erlauben, um das Grundstück gewinnbringend veräußern zu können. Diese Testplanung löste eine heftige Debatte auf verschiedenen Ebenen aus. Insbesondere der neu gegründete Arealverein wollte sich nicht einfach mit der Situation abfinden.

4 Eigeninitiative auf dem Lagerplatz

Im Nachhinein sollte sich die Gründung des Arealvereins als Initialzündung für die heutige Entwicklung des Lagerplatzareals herausstellen. Mit der Testplanung und dem Verkauf des Areals drohten die bisherigen Nutzer*innen ihre inzwischen etablierten Räume zu verlieren. Das wollten sie verhindern. Mit tatkräftiger Unterstützung durch den Stadtrat machte sich der Arealverein auf die Suche nach

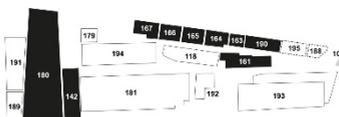
möglichen Investor*innen. Über das Gundeldinger Feld und die Kantensprung AG in Basel gelangten sie an die Stiftung Abendrot, eine nachhaltige Pensionskasse mit einschlägiger Erfahrung in der Entwicklung von Industriebrachen. Das Gundeldinger Feld ist ein ehemaliges Industrieareal in Basel, welches vor rund 20 Jahren umgenutzt wurde. Heute wird das Gundeldinger Feld oft als gelungenes Beispiel für eine Umnutzung dargestellt. Die Kantensprung AG ist Eigentümerin des Gundeldinger Felds und die Initiatorin der Entwicklung Gundeldinger Feld. Die Stiftung Abendrot und die Kantensprung AG verbindet seit jeher eine enge Zusammenarbeit. Es gelang Abendrot, 2009 einen Kaufvertrag für den gesamten Lagerplatz auszuhandeln.

Mitwirken heißt gleichzeitig auch Verantwortung übernehmen. Die Initiative des Arealvereins, aktiv auf die Suche nach Investor*innen zu gehen, war für den Lagerplatz ein erster wichtiger Schritt. Aus der Perspektive der Stiftung Abendrot war das ein Zeichen, dass die bestehenden Mieter*innen auch in Zukunft auf dem Lagerplatz bleiben wollten.

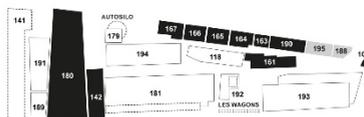
Die Stiftung Abendrot setzte eine vierköpfige Projektsteuerung ein, welche die Entwicklung planen und schrittweise realisieren sollte. Ein erster Schritt nach der Eigentumsübertragung war es, die zeitlich begrenzten Mietverträge in unbefristete Mietverträge umzuwandeln. Damit wurde ein deutliches Zeichen gesetzt: Die Zwischennutzung war Vergangenheit; die Mieter*innen konnten in ihren Räumen bleiben. In einem nächsten Schritt organisierte die Projektsteuerung eine Zukunftswerkstatt zusammen mit dem Arealverein, der Nachbarschaft, den Behörden und anderen Interessierten. Das Ergebnis dieser Zukunftswerkstatt war ein Nutzungskonzept, das die Stoßrichtung der Arealentwicklung definierte. Die bestehenden Gebäudevolumina sollten erhalten und durch sorgfältige Planung ergänzt werden. Notwendige Sanierungen und Renovationen wurden zügig in die Hand genommen (vgl. Abb. 2).

Damit die Stiftung Abendrot ihre Kernaufgabe wahrnehmen kann, muss sie die ihr anvertrauten Pensionskassengelder so anlegen, dass zukünftige Rentenansprüche gedeckt sind und ausbezahlt werden können. Diese Grundvoraussetzung wurde in allen Mitwirkungsprozessen nie infrage gestellt. Dementsprechend wurde der Grad der Mitwirkung insbesondere bei einzelnen Mieter*innen definiert. Als Eigentümerin des Lagerplatzareals trägt die Stiftung Abendrot grundsätzlich jegliche Verantwortung. Das Geschäftsmodell von Abendrot sieht jedoch vor, bestehende und zukünftige Mieter*innen in Entscheidungsprozesse einzubinden. So werden z. B. Renditeerwartungen immer offengelegt und verhandelt. Die finanziellen Auswirkungen auf die Mieten sind so transparent. Dieses Aushandeln zwischen baulichen Maßnahmen und Auswirkungen auf die zukünftigen Mieten ist ein wesentlicher Bestandteil der Mitwirkung und der Übernahme von Verantwortung auf der Seite der Nutzer*innen.

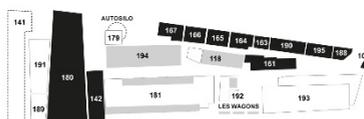
2010/11



2012/13



2014/15



schaft Übersicht und Klärung. Viel mehr ist auf dem Lagerplatz nicht notwendig, um wirkungsvolle Partizipation zu leben.

Tabelle 1: Verantwortlichkeiten Lagerplatz

Themen	Bereich A Stiftung Abendrot	Bereich B Mitsprache Arealverein	Bereich C Mitsprache Mieterinnen und Mieter
Finanzierung	•		
Nutzung	•	Vorschlagsrecht	Vorschlagsrecht pro Gebäude
Mieterwahl	•	Vorschlagsrecht	Vorschlagsrecht für Gebäude
Verwaltung	•		
Aussenraum		•	
Verkehr, Erschliessung		•	
Kommunikation		•	
Energie		•	
Sanierung der Altlasten	•		
Technische Infrastruktur	•		Vorschlagsrecht pro Gebäude
Bauliche Massnahmen	•		

Quelle: Nutzungskonzept Lagerplatz 2010, Arealverein Lagerplatz, S. 22.

5 Akteur*innen

Die wichtigsten Akteur*innen in der Erfolgsgeschichte des Lagerplatzes waren und sind die damaligen Zwischennutzer*innen. Seit 2000 hatten sie mit ihrer aktiven Präsenz und fantasievollen Umnutzung einzelner Gebäude ein kreatives Biotop geschaffen, das vielen erhaltenswert erschien.

Eine wichtige Rolle spielte auch die Kantensprung AG, die mit ihrem Leuchtturmprojekt Gundeldinger Feld, ebenfalls einer ehemaligen Sulzerfabrik, bereits bewiesen hatte, dass eine neue, gemischte Nutzung der bestehenden Gebäude auch wirtschaftlich rentabel gestaltet werden kann.

Die Stiftung Abendrot kannte als Investorin im Gundeldinger Feld die finanziellen Perspektiven und engagierte sich deshalb auch im Lagerplatz, als alle anderen Investor*innen noch Angst vor solchen Entwicklungen hatten. Dank dem

Erwerb des Areals durch die Stiftung Abendrot konnten alle Zwischennutzer*innen zu regulären Mieter*innen werden.

Sowohl der Arealverein Lagerplatz als auch der Gesamtstadtrat mit Ernst Wohlwend besuchten innerhalb kurzer Zeit das Gundeldinger Feld in Basel und überzeugten sich von der Machbarkeit der Umnutzung des Bestandes mit sanfter Renovation. So spielte die öffentliche Hand eine große Rolle im Prozess der Vermittlung zwischen Verkäuferin, Käuferin und Nutzer*innen, ohne sich finanziell engagieren zu müssen.

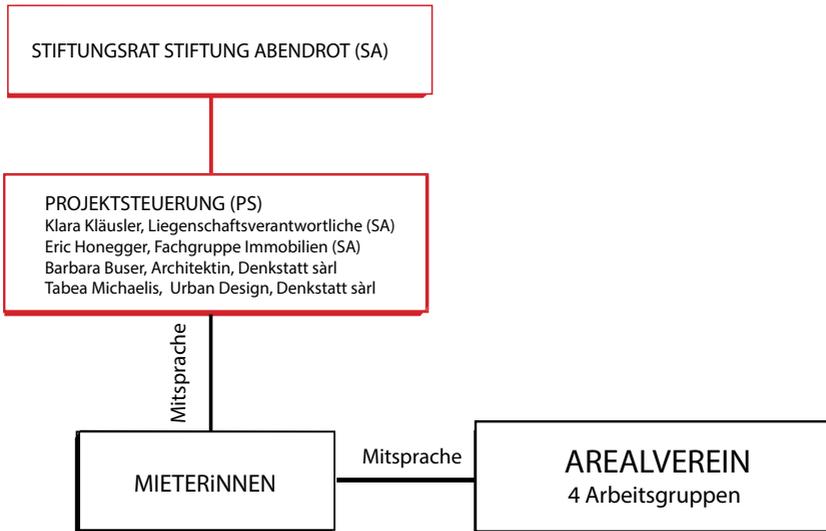


Abbildung 3: Organigramm

Quelle: http://www.lagerplatz.ch/files/243/Lagerplatz_Organigramm-tm.pdf (letzter Zugriff: 20.09.2018), Arealverein Lagerplatz.

Nach dem Vorbild des Gundeldinger Felds schlug der Arealverein vor, das Areal nach dem Kauf im Baurecht zu übernehmen. Die Käuferin Abendrot beschloss aber, das Areal direkt selbst zu bewirtschaften und kein Baurecht zu vergeben. Bei den Verantwortlichen war die Enttäuschung groß, nach dem ersten Schock machte sich aber auch Erleichterung breit. Um die künftige Zusammenarbeit zu definieren, wurde von September bis November 2009 eine Zukunftswerkstatt einberufen. In deren Rahmen wurde auch die zukünftige Mitsprache des Arealvereins definiert (vgl. Abb. 3).

5.1 *Stiftung Abendrot*

Die Stiftung Abendrot wurde 1984 gegründet und versichert heute über 1.300 Unternehmen, vom kleinen Produktionsbetrieb bis zum großen Dienstleistungsunternehmen. Sie investiert mit Vorliebe in Immobilien, weil diese auch bei Börsenturbulenzen eine stete Rendite garantieren und weil in ihnen die Nachhaltigkeitsvorstellungen von Abendrot eins zu eins umgesetzt werden können. Ihr besonderes Engagement gilt Spezialimmobilien im urbanen Spannungsfeld: der nachhaltigen und stufengerechten Entwicklung und Umnutzung von Industriebrachen, Gewerbebauten und gemischt genutzten Objekten mittels spezifischer Nutzungskonzepte, welche die Quartiersstrukturen, Synergien und einen schonenden Umgang mit Ressourcen fördern.

Als Eigentümerin nimmt die Stiftung Abendrot eine wesentliche Rolle im Partizipationsprozess ein. Sie lässt die Mitwirkung nicht nur zu, sondern hat erkannt, dass diese essenziell zum Erfolg einer Entwicklung beiträgt.

5.2 *Arealverein*

Der Arealverein wurde 2006 von den damaligen Zwischennutzer*innen des Sulzerareals Lagerplatz in einer Notsituation gegründet: Das Areal war zum Verkauf ausgeschrieben worden. Je nach Käufer*in würde die Zwischennutzung früher oder später beendet und die Mieter*innen müssten sich neue Arbeitsorte suchen.

Das Beispiel des Gundeldinger Felds zeigte jedoch auf, dass es auch anders geht: Auch eine sanfte Umnutzung mit einer bunten Mischung verschiedenster Mieter*innen kann wirtschaftlich rentabel sein.

Der Arealverein vereinigt ca. 80 % der Mieter*innen und ist damit als Vertreter der Mieterschaft legitimiert. 2006 wurde eine „Kriegskasse“ geöffnet, um ein professionelles Dossier mit einer alternativen Sicht der Entwicklungsperspektive des Lagerplatzareals zu erstellen. Dies erleichterte die Suche nach einem alternativen Investor bzw. einer alternativen Investorin.

Der Arealverein hat die Grundlage für die Entwicklung auf dem Lagerplatz gelegt. Seine Mitglieder sind die Initianten des sozialen und physischen Gebildes „Lagerplatz“. Sie hatten und haben noch heute den Mut, Ideen neu zu denken, sich vorzustellen, was sein könnte. Aber auch die gegenwärtigen, vielfach organisatorischen Aufgaben gehören zu den Aufgabenfeldern des Arealvereins. Er ist Mittler zwischen den Mieter*innen sowie der Stiftung Abendrot.

5.3 Mieter*innen

Mieter*innen sind, wie bereits mehrfach erwähnt, die wichtigsten Beteiligten an der erfolgreichen Entwicklung des Lagerplatzareals. Im Folgenden werden einige ausgewählte Beispiele dargestellt und kurz erläutert. Damit soll auch die Vielfalt der Nutzungen aufgezeigt werden.

- *Beispiel Portier*

Die ehemalige Portierloge war zu einem schmutzigen Kiosk verkommen. Um sowohl den Neubeginn als auch den Eingang zum Areal zu markieren, wurde der wunderschöne, elegante Baukörper mit dem geschwungenen Dach zu einem kleinen, aber feinen Café ausgebaut (vgl. Abb. 4). Die Cafébetreiber*innen übernehmen die Funktion einer Auskunft- und Anlaufstelle für das Areal. Sie wissen Bescheid über die Adressen der Mieter*innen und können Besucher*innen einen Arealplan geben. Der Portier ist auch der Treffpunkt für Arealführungen.



Abbildung 4: Portier

Foto: Lagerplatz Winterthur Foto: Stiftung Abendrot, Vanessa Püntener, Winterthur.

Um die ehemalige Portierloge zu der kleinen Perle zu entwickeln, waren gute Ideen und viel Kreativität gefragt. Die Betreiber*innen waren stark in diesen Prozess mit eingebunden; die Gestaltung des Innenraums haben sie selbstständig geplant und eigenhändig ausgeführt.

- *Beispiel Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (zhaw)*

Die Umnutzung der ehemaligen Kesselschmiede in der Halle 180 zu einer Architekturhochschule war 1990 einer der ersten Transformationsschritte auf dem Areal (vgl. Abb. 5). Generationen von Architekt*innen wurden seither in der alten Industriehalle ausgebildet. 2012 wurden die Verträge um 20 Jahre verlängert; zusätzlich wurde der Ausbau der Hallen 189/191 für die zhaw beschlossen. Auch der Neubau 141 wird nach seiner geplanten Fertigstellung im 2020 zur Hälfte von der zhaw genutzt.

Die zhaw ist eine wichtige Mieterin verschiedener Gebäude auf dem Lagerplatzareal. Sie wurde als Nutzerin unterschiedlich in die Entscheidungsprozesse eingebunden. Bei den Bauten LP 189/191 und dem Neubau LP 141 war die zhaw von Beginn weg in den Baukommissionen als mitentscheidende Partei vertreten.



Abbildung 5: Mensa zhaw

Foto: Stiftung Abendrot, Vanessa Püntener, Winterthur.

- *Beispiel Kraftfeld*

Seit 2005 ist das Kraftfeld der kulturelle Treffpunkt des Lagerplatzes (vgl. Abb. 6). Der Club organisiert ein umfangreiches Musikprogramm sowie das jährliche Sonnwendefest. Im Sommer belebt eine Boulebahn den Platz vor dem Feld. Und auch das Bier wird extra für das Kraftfeld gebraut.

Das Kraftfeldteam mietet das Gebäude 161. Dieses befindet sich quasi noch im Urzustand. Auf Wunsch der Mieter*innen beschränkt sich Abendrot auf die normalen Unterhaltsarbeiten und plant keine Gesamtanierung der Hülle. So bleibt auch die Miete sehr günstig.



Abbildung 6: Kraftfeld

Foto: Stiftung Abendrot, Vanessa Püntener, Winterthur.

- *Valerie Waibel*

Die Architektin Valerie Waibel hatte sich als Präsidentin des Arealvereins mit aller Kraft für den Erhalt des Lagerplatzes eingesetzt. Ihr Büro hat sie seit 2005 am Lagerplatz 6. Im selben Gebäude richtete sie für die Projektsteuerung ein Büro ein, im obersten Stock, direkt neben dem Liftmotorenraum, mit Rundumsicht über das Areal. Als nächstes wurde Valerie Waibel mit dem Umbau der kleinen Portierloge in ein Café beauftragt und danach mit der Aufgabe, das Backpacker Hostel oberhalb des Australian Outback einzubauen. Später wurde sie dann damit betraut, die Sanierung der Halle 193 zum Skillspark zu planen und zu realisieren.

Auch Valerie Waibel gehörte zu den Pionier*innen des Lagerplatzes und war als langjährige Präsidentin des Arealvereins maßgeblich an dessen Entstehung und Entwicklung beteiligt. Mit ihrem Architekturbüro bearbeitet sie kleine und größere Projekte auf dem Lagerplatz, immer in enger Zusammenarbeit mit den Mieter*innen, die dabei ein Mitbestimmungsrecht haben. Denn die Miete steigt und fällt mit den Ansprüchen bzw. den gewünschten baulichen Maßnahmen.

▪ *Beispiel Les Wagons*

Im November 2015 eröffnet, ist das Restaurant *Les Wagons* ein Nachfolgeprojekt des Café Portier. Die Gleise entlang des Arealplatzes riefen geradezu nach einer neuen arealgerechten Nutzung. Die Idee, drei alte Wagen der Uetlibergbahn als Bistro auf dem zentralen Arealplatz einzurichten (vgl. Abb. 7), kam wie gerufen. In liebevoller Kleinarbeit restaurierten Anja Holenstein und Florian Moser-Dubs die Wagen und bauten sie zu einem Restaurant um. Sie ergänzten die „Station Lagerplatz“ mit einem Perron und dem Dach, das auf dem Areal bereits vorhanden war und umplatziert werden musste. Die Zugkomposition bildet einen stimmigen Abschluss des Platzes zum Gleisfeld hin.



Abbildung 7: Les Wagons

Foto: Stiftung Abendrot, Vanessa Püntener, Winterthur.

Zur Realisierung des ungewöhnlichen Vorhabens war eine enge Zusammenarbeit zwischen Les Wagons und der Stiftung Abendrot nötig. Für die Bahn wurde ein langfristiger Mietvertrag über die Standfläche der Bahn abgeschlossen. Baugesuch

und Gastrobewilligung wurden von Les Wagons selbst beantragt. Die Restauration der Wagen und deren Umbau zum Bistro wurde ebenso vollständig von den Initiant*innen getragen.

- *Beispiel Skillspark*

Roger Rinderknecht und seine Partnerin Edina Banyowski träumten von einer großen Trendsporthalle mit einem breiten Bewegungsangebot für Menschen von einem bis 100 Jahren. Es erwies sich, dass die Halle 193 dafür sehr gut geeignet wäre. Bald konnte mit Abendrot eine Absichtserklärung für den Ausbau der Halle 193 zum Skillspark unterschrieben werden.

Der Skillspark bietet eine BMX-Absprungrampe, 34 Trampoline, Skaterpark, Skaterbowl, Krafttraining und vieles mehr. Das Selbstbedienungsrestaurant mit seinen frisch gekochten Menüs wird von allen Mieter*innen auf dem Lagerplatz geschätzt. Vom Eröffnungstag an wird der Skillspark von Besucher*innen so überrannt, dass die Parkplatzaufsicht massiv verstärkt werden musste.

Der Skillspark ist eines der großen Projekte auf dem Lagerplatz. Von Beginn an waren Edina und Roger gleichberechtigte Mitglieder in der Baukommission und konnten über die Gestaltung, die Materialwahl und die Farbgebung mitbestimmen. Da sich die Miete aus einer Grundmiete für die Halle im Ist-Zustand sowie der Verzinsung der Umbaukosten zusammensetzt, führen Einsparungen direkt zu Mietreduktionen. So wurden dank der Mitbestimmung kostengünstige Lösungen gewählt, die ohne Absprache für die zukünftigen Mieter*innen nicht akzeptabel wären. Die Miete wurde erst nach Genehmigung der Bauabrechnung definitiv festgelegt.

- *Beispiel Zusammen_h_alt*

Schon 2012 kam eine Delegation der Genossenschaft Zusammen_h_alt auf die Stiftung zu und erkundigte sich nach den Möglichkeiten eines Wohnungsprojektes auf dem Lagerplatz. Gleichzeitig meldete die bisherige Mieterin zhaw weiteren Platzbedarf an. So entstand die Idee, auf dem einzigen noch un bebauten Baufeld einen kombinierten Schul- und Wohnhausbau zu realisieren, dies auch als Übergang zum sich anschließenden Wohnquartier.

Die Vorstellungen wurden konkretisiert und die Stiftung Abendrot schrieb einen Architekturwettbewerb aus, den Beat Rothen Architekten gewannen. Der Spatenstich fand 2017 statt; 2020 soll der Neubau bezugsbereit sein: Über einem zweistöckigen Sockel von Labors und Schulzimmern entstehen 80 altersgerechte Wohnungen mit großen, gemeinsam nutzbaren Räumen und Terrassen.

Die Mietverträge mit der zhaw und mit Zusammen_h_alt wurden vor Baubeginn unterschrieben. Die Genossenschaft erhielt einen Globalmietvertrag für die 80 Wohnungen auf 20 Jahre. Die Berechnung der Mieten aufgrund der Baukosten

und des Landwertes ist transparent und wurde von allen Partner*innen akzeptiert. Sowohl die zhaw als auch die Zusammen_halt sind gleichberechtigte Mitglieder der Baukommission: Sie entscheiden mit über die Gestaltung, Materialisierung, Farbgebung etc. und tragen auch die finanziellen Konsequenzen der Entscheide in Form von höheren oder niedrigeren Mieten.

6 Bedeutung für das Quartier

Die Auswirkungen lassen sich in vier Themenbereiche gliedern:

6.1 Soziale Plastik

Für die Stiftung Abendrot ist die Realisierung des Lagerplatzareals eine wichtige Investition, um ihre eigentliche Kernaufgabe, die Verwaltung von Pensionskassengeldern und die Auszahlung zukünftiger Rentenansprüche, zu gewährleisten. Die Eigeninitiative der damaligen Zwischennutzer*innen und die Übernahme von Verantwortung durch die Mieter*innen in verschiedenen Bereichen machen den Lagerplatz zu einer nachhaltigen Investition. Das Areal ist aber nicht nur ein nachhaltiges Bauwerk, sondern auch – frei nach Joseph Beuys – eine „soziale Plastik“, denn die soziale Struktur, die der physischen, baulichen Struktur überlagert ist, ist gleichzeitig wiederum deren Basis.

6.2 Bauliche Maßnahmen

Für die Mieter*innen konnten Räumlichkeiten geschaffen werden, welche den Bedürfnissen derselben entsprechen. Die Zufriedenheit der Mieter*innen äußert sich in geringen Leerstandsquoten und wenig Mieterwechseln. Auch hier steht die Langfristigkeit im Vordergrund. Trotzdem verändern sich Gebäude und das Areal im Laufe der Zeit. Neue Ansprüche und unterschiedliche Vorstellungen müssen diskutiert, Lösungen gefunden werden. Dies geschieht in monatlichen Sitzungen der Projektsteuerung mit dem Arealverein.

Ein Beispiel für eine konstruktive Lösungsfindung ist die Fenstersanierung des Gebäudes LP 190 (vgl. Abb. 8).



Abbildung 8: Fassadenausschnitt Gebäude LP 190

Foto: Stiftung Abendrot, Vanessa Püntener, Winterthur.

Die rund 60 Fenster des Gebäudes mussten saniert werden. Gemäß Mitspracheregung konnten die Mieter*innen des Gebäudes bei der Gestaltung mitreden. Die verschiedenen Architekten konnten sich jedoch nicht auf eine Form einigen. Die Projektsteuerung entschied deshalb, dass jedes Büro die Fenster bekommen soll, die es wünscht. Und auch die Farbe der Rafflamellenstoren konnte jede Mieterin und jeder Mieter individuell aus einem Farbfächer auswählen. Kaum eine Passantin und kaum ein Passant realisiert, dass diese architektonisch strenge Fassade durch die verschiedenen Wünsche der Mieter*innen in Form und Farbe aufgelockert wurde!

6.3 Substanzerhalt

Eine wesentliche Wirkung der verfolgten Ziele ist der möglichst umfassende Erhalt der bestehenden Bausubstanz. Die ökonomische Bilanz diesbezüglich ist sowohl für die Stiftung Abendrot (langfristige und stabile Rendite) wie auch für die Mieter*innen (kostengünstige Mieten) positiv. Durch den Erhalt der bestehenden Bausubstanz werden riesige Mengen an grauer Energie erhalten und Ressourcen geschont sowie die immateriellen Werte aktiviert. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass die Ansprüche an die Flächen und die Nutzung dem jeweiligen Gebäude angepasst werden. Dieses Konzept verlangt viel Flexibilität im Denken sowohl bei den zukünftigen Nutzer*innen als auch bei den Eigentümer*innen.

6.4 Entwicklung und Belebung

Das Lagerplatzareal wird als sehr positives Beispiel von Stadtentwicklung wahrgenommen. Während sich bei weitgehend neu gebauten Quartieren die Belebung

erst nach Dekaden einstellt, konnte das Lagerplatzareal von Beginn an einen lebendigen Charakter entwickeln und behalten. Nutzer*innen blieben auch während der Baumaßnahmen auf dem Areal. Sorgfältige Planung und Kommunikation der einzelnen baulichen Interventionen förderten die Inanspruchnahme.

Ebenfalls erwähnenswert ist die außerordentlich hohe Geschwindigkeit der Entwicklung: Nach nur zehn Jahren ist das Areal umstrukturiert, voll vermietet und belebt. Die Entwicklung soll aber nicht abgeschlossen sein: Neue Anforderungen, Wünsche und neue Gesetze sorgen weiterhin für einen stetigen Wandel.

7 Partizipation als Erfolgsfaktor

Die Erfahrungen mit dem Lagerplatzareal haben gezeigt, dass die Mitsprache/Partizipation ein wichtiger Erfolgsfaktor für jede Umnutzung ist. Durch die Mitsprache kommt das ganze Wissen der Anwohner*innen und Interessent*innen, den Expert*innen des Alltags, zusammen und kann für das Projekt fruchtbar gemacht werden. Das Widerstandspotenzial, das bei jeglicher Änderung aktiviert wird, kann beträchtlich reduziert werden. Die Beteiligten können ihre Bedenken äußern und diese werden wahrgenommen. So können Ängste abgebaut werden. Die Eigenleistung und Kreativität der Beteiligten werden gefördert. So entsteht eine lebendige, diversifizierte Umgebung, die so nie geplant werden könnte. Der Genius Loci lässt grüßen! Die Mitsprache bei einem Projekt fördert auch die Eigenverantwortung der Mieter*innen/Akteur*innen: Wer eine Idee selbst vorschlägt, steht auch ganz anders dahinter. Nicht zuletzt ergibt sich ein besserer Zusammenhalt unter Mieter*innen, wenn sie gemeinsam die Mitsprachemöglichkeit wahrnehmen.

Es ist von Vorteil, wenn sowohl die Eigentümer*innen als auch die Projektsteuerung und die Mieter*innen bereits Erfahrung mit Umnutzungen haben. So können Fehler vermieden werden und das Projekt kommt schneller vorwärts. Wichtig ist es auch, der Mitsprache einen klar definierten zeitlichen und finanziellen Spielraum zu gewähren. Die Prozesse folgen nicht unbedingt den vorgegebenen Abläufen.

Es sind unzählige Faktoren, welche den partizipativen Prozess im Zuge einer Arealentwicklung beeinflussen. Für die positive Entwicklung des Lagerplatzes können sechs besonders wichtige Erfolgsfaktoren benannt werden:

- klare Regeln der Mitsprache,
- Verbindlichkeit der Eigentümerin in Bezug auf die Partizipation,
- Entschädigung für Freiwilligenarbeit,
- strukturierte, effiziente Besprechungen,
- demokratische Entscheidungskultur sowie
- positive, faire Konfliktkultur.

Welche Erfolgsfaktoren letztendlich relevant sind, hängt im Wesentlichen von der bestehenden und zukünftigen Mieterstruktur ab. Letztendlich ist es eine Mischung aus Erfahrungen vergleichbarer Entwicklungen und dem gegenseitigen Aushandeln von Vereinbarungen.

8 Fazit

Das Wichtigste vorweg: Die Stiftung Abendrot hätte den Lagerplatz ohne die Initiative des Arealvereins und des Stadtpräsidenten nicht gekauft. Und ohne das konkrete Beispiel des Gundeldinger Felds hätte niemand an die Möglichkeit geglaubt, dass eine solche bunt gemischte Nutzung wirtschaftlich rentabel sein könnte.

Immer wieder wird die Frage gestellt, ob sich dieses Modell auch für andere Arealentwicklungen adaptieren ließe oder ob das Lagerplatzareal einfach ein gelungener Einzelfall sei.

Diese Frage lässt sich einfach beantworten: Das Modell ist erfolgreich adaptierbar, wenn alle Beteiligten das Gleiche wollen und transparente Prozesse vereinbart werden. Selbstverständlich muss das Modell an die jeweilige spezifische Situation angepasst werden. In jeder Stadt, in jeder Gemeinde gibt es brachliegende Gewerbebauten, die nach einer Umnutzung rufen. Sie haben eine Geschichte, man sieht und spürt die Spuren des Gebrauchs, sie sind Identifikationsobjekte der lokalen Bevölkerung. Eigentlich braucht es in jeder Stadt ein Gundeldinger Feld bzw. einen Lagerplatz!

Erfolg hatte dieser dialogische Prozess dadurch, da sich die Architektur den Nutzungen anpasste und nicht die Nutzungen der architektonischen Form. „Form follows function“ meint hier, dass das enge An- und Einbinden der Akteur*innen und von deren Bedürfnissen erst die Reaktion und Adaption der lokalspezifischen Strukturen erlaubt. Die Nutzer*innen, verstanden als lokale Expert*innen des Alltags, spielen in diesen Transformationsprozessen eine wichtige Rolle und bieten zeitgleich eine große Ressource an verschiedenen Fähigkeiten und Talenten.

Dass der/die Planer in diesen Prozessen eine moderierende und vermittelnde Rolle zwischen den Beteiligten und den gebauten Strukturen spielen, ist im ersten Moment ungewohnt – zeigt aber in der heutigen Praxis, dass sich in den bauenden Disziplinen neue Aufgaben und Handlungsfelder eröffnen.

Investor*innen wie die Stiftung Abendrot haben den Mehrwert dieser Entwicklungen erkannt. Vermehrt versuchen auch klassisch ausgerichtete Investor*innen partizipative Prozesse zu implementieren, oft mit mäßigem Erfolg. Partizipation muss konsequent geplant und umgesetzt werden. Wenn für alle Beteiligten Win-win-Situationen angestrebt werden und die Anforderungen mit Augenmaß behandelt werden, gelingt Partizipation. Andernfalls wird es sehr schwierig.

Literatur

Arealverein Lagerplatz (2010): Nutzungskonzept Lagerplatz. Abrufbar unter: http://www.lagerplatz.ch/entwicklung_245D.html. Letzter Zugriff: 25.3.2018.

Stiftung Abendrot/Projektsteuerung Lagerplatz (2015): Lagerplatz Winterthur (ein Industriequartier im Wandel). Edition Denkstatt. Basel. Abrufbar unter: <https://www.denkstatt-sarl.ch/editions>. Letzter Zugriff: 25.3.2018.

Kantensprung AG (2015): Gundeldinger Feld (Dornacherstrasse Basel, Eine Maschinenfabrik im Wandel). Edition Denkstatt. Basel.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





Der PlanBuden-Prozess: das Interesse des Stadtteils als Grundlage von Planung

Renée Tribble, Patricia Wedler

1 Zwischen hipper Wohnlage und touristischem Ballermann

Dem PlanBuden-Prozess geht ein ziviler Protest eines emanzipierten Stadtteils voraus, der 1989 noch „der mit Abstand finanziell ärmste Stadtteil“ (Manos 1989: 11, in Wischmann 2016: 30) in Hamburg war: St. Pauli. Jedoch ist seit Ende der 1990er-Jahre vermehrt ein Zuzug an Akademiker*innen und Haushalten mit höheren Einkommen zu verzeichnen und damit verbunden auch eine erhebliche Mietpreissteigerung. Im Vergleich zum Jahr 2000 lagen die Angebotsmieten infolge von Investitionen und Modernisierungen 2011 um 51 % höher (Wischmann 2016: 24). Auch die Preise für Eigentumswohnungen weisen eine rasante Steigerung auf. 2004 kostete der Quadratmeter bei Eigentumswohnungen 1.912 € (Hamburg: 2.026 €, Statistikamt Nord 2004: 18), 2016 bereits 4.652 € und damit knapp 700 € mehr als der durchschnittliche Eigentumspreis für Wohnungen in Hamburg (3.965 €, vgl. Statistikamt Nord, Stadtteilprofile 2018: 29). Damit orientieren sich die Preise an den Preisen in guter bis sehr guter Wohnlage, etwa in den Gründerzeitvierteln rund um die Alster, die bei ca. 5.000 € pro Quadratmeter liegen. Dennoch ist St. Pauli immer noch ein Rotlichtbezirk, stark beworbene Ausgehmeile und Touristenattraktion, vom Hamburger Stadtmarketing als „der wahrscheinlich bekannteste Stadtteil Hamburgs“ (Otremba 2018) betitelt.

Der Widerspruch zwischen begerhter, hipper Wohnlage und touristischer Ballermann-Realität hat seine Folgen. Ein- und Auszüge sind häufig; viele neu Zugezogene verlassen den Kiez binnen zwei Jahren. Die hohe Fluktuation trägt wiederum ihren Teil zu steigenden Mieten bei: „91% der zwei Jahre alten Mietverhältnisse liegen über dem Mittelwert des Mietspiegels 2009“ (Bezirksamt Hamburg-Mitte 2011: 7). Alteingesessene Mieter*innen finden bei Verlust der Wohnung nur schwer eine neue im Quartier. Eine große Sorge der Nachbarschaft ist, dass der Zusammenhalt untereinander verloren gehen könnte. Bislang ist der Austausch in der Nachbarschaft hoch (siehe Abb. 1).



Abbildung 1: Auswertung PlanBude: Auf eine Tasse Kaffee – wie ist es in Ihrer Nachbarschaft?

Quelle: tumulti.

Die Politik reagierte auf diese Entwicklung mit dem Versuch eines Milieuschutzes. Nachdem die drei Sanierungsgebiete im nördlichen St. Pauli (St. Pauli-Nord S 1/Schilleroper (1980–2014), St. Pauli Nord S 3/Karolinenviertel (1988–2012) und St. Pauli S 5/Wohlwillstraße (1997–2014)) alle ausgelaufen waren, wurde für sämtliche Wohngebiete des Stadtteils im Februar 2012 eine soziale Erhaltungsverordnung aufgestellt. Durch die soziale Erhaltungsverordnung soll die Umwandlung zu Eigentumswohnungen erschwert werden und die Mietsteigerung moderat bleiben – in der Realität erweist sich diese Maßnahme jedoch als wenig wirksam, es finden sich Mittel und Wege dies zu umgehen, denn die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt insbesondere in den zentralen Lagen ist in Hamburg nach wie vor hoch.

2 Eine Nachbarschaft organisiert sich

Als 2009 die Esso-Häuser, ein Gebäudekomplex aus den 1960er-Jahren, prominent an der Reeperbahn gelegen und bestehend aus Gewerbeeinheiten, Mietwohnungen und einer namensgebenden Tankstelle, den Eigentümer wechseln und kurz danach den ca. 100 Mietparteien Schreiben für neue Mietverträge zugehen, sind

einige Bewohner*innen aufmerksam. Nach Rücksprache mit dem „Mieter-helfen-Mietern“-Anwaltsverein ist schnell klar: Wer die neuen Verträge unterschreibt, verliert seine Ansprüche, v. a. als langjährige Mieterin bzw. langjähriger Mieter. Im Fall einer Kündigung keine gute Ausgangslage – zumal die neue Eigentümerin, die Bayerische Hausbau, von Abriss und Neubauplänen spricht.

Mithilfe der Gemeinwesenarbeit (GWA) St. Pauli werden sämtliche Mieter*innen informiert; die Initiative Esso-Häuser aus Bewohner*innen, Nachbar*innen und Gewerbetreibenden gründet sich im Jahr 2010 (vgl. Initiative Esso Häuser 2010). Ihr langjähriger Kampf gegen den Abriss und für eine Sanierung der Häuser endet abrupt mit der plötzlichen Evakuierung der Gebäude im Dezember 2013. Ein Wackeln der Wände sei spürbar gewesen, melden zwei Bewohner telefonisch der Polizei; ein paar Stunden später ist das gesamte Ensemble inklusive Clubs, Bars und Hotel evakuiert. Die Bewohner*innen werden mit Bussen zu einer Notunterkunft gebracht. Kurz danach wird eine Recht-auf-Stadt-Demonstration von der Polizei gestoppt und es kommt auf der Reeperbahn unmittelbar vor den Esso-Häusern, die zum Symbol der Gentrifizierungsprozesse auf St. Pauli werden, zu Ausschreitungen. Trotz fast täglicher Demonstrationen, auch vor den Esso-Häusern, wird dem Abriss-Antrag, der bereits im August 2013 von der Bayerischen Hausbau eingereicht worden war (vgl. Hagn 2013), am 21. Januar 2014 (Bezirksamt Hamburg-Mitte 2014a) stattgegeben.

Aufgrund der prekären Situation laden Initiativen aus dem Stadtteil zu einer Stadtteilversammlung im Ballsaal des Millerntorstadions ein. Aus der Versammlung mit mehr als 400 Teilnehmer*innen geht die Ballsaalresolution hervor, die zu den Esso-Häusern fordert:

„Es gibt einen von unten organisierten, demokratischen Planungsprozess. St. Pauli hat längst gezeigt, dass das lokale Know-How interessante, soziale städtebauliche Lösungen entwickeln kann, die der hervorgehobenen Bedeutung des Geländes am Spielbudenplatz gerecht werden. Der Runde Tisch zu Park Fiction 1997/98 unter Senator Mirow belegt, dass das möglich ist – wenn der politische Wille da ist. [...] Wir laden alle Anwohner_innen und Interessierten dazu ein, ihr Wissen und ihre Ideen in diesen Prozess einzubringen – und werden umgehend damit beginnen, die Planung selbst in die Hand zu nehmen“ (St. Pauli Selber Machen 2014).

Die aus der Stadtteilversammlung entstehende Planungs-AG wird Ausgangspunkt der „PlanBude“. Die PlanBude ist zunächst ein Konzept der Planungs-AG, welches dem Bezirksamtsleiter im Rahmen eines von ihm ausgegangenen Gesprächsangebots vorgestellt wird. Das Konzept sieht vor, dass mehrere Container am Standort für ein Jahr einen Ort schaffen sollen, an dem der Stadtteil selbst den Planungsprozess für einen Neubau der Esso-Häuser durchführt. Sherry Arnsteins „eight rungs of a ladder of participation“ stehen symbolisch für den anvisierten

Prozess (vgl. Arnstein 1969). In ihrer Pressekonferenz, in der sie im April 2014 die Mitsprache des Stadtteils an der Planung fordert (siehe Abb. 2), fordert die Planungs-AG zivilgesellschaftliche Macht („Degrees of Citizen Power“) statt Alibi-Beteiligung („Degrees of Tokenism“). In weiteren Gesprächen mit Vertreter*innen der Planungs-AG und des Bezirks konkretisiert sich das Konzept. Im Sommer 2014 wird schließlich der offizielle Beteiligungsprozess als frühzeitige Beteiligung an die eigens dafür gegründete PlanBude GbR vergeben.



Abbildung 2: Entscheidungsmacht statt Alibibeteiligung! Pressekonferenz der Planungs-AG mit der „Ladder of Participation“ im April 2014

Foto: M. Czenki, 2014

3 Die Carte blanche ausspielen

Gegenüber formeller Beteiligung in Bebauungsplanaufstellungsverfahren ist der Zeitpunkt der Beteiligung im PlanBuden-Prozess in der Tat frühzeitig. Der Beteiligungsprozess geht den weiteren Planungsschritten, einem städtebaulichen Wettbewerb, gefolgt von einem hochbaulichen Gutachterverfahren und der Aufstellung eines neuen Bebauungsplans, voraus. „Der Stadtteil [soll] in einem breit angelegten Mitwirkungsprozess einbezogen werden und wichtige Grundlagen für den anschließenden Wettbewerb liefern“ (Bezirksamt Hamburg-Mitte 2014b). Der damalige Bezirksamtsleiter Andy Grote stellt auf der Pressekonferenz im Juli 2014 die Anforderungen an den angestrebten Prozess heraus:

„[...] Auf dem Grundstück soll ein echtes, unverwechselbares Stück St. Pauli entstehen. Damit das gelingt, wollen wir gerade an diesem umkämpften und symbolträchtigen Vorhaben eine neue Qualität von Beteiligungskultur erproben. Eine vergleichbar

frühzeitige, umfassende und eng am Stadtteil ausgerichtete Beteiligung hat es bisher in Hamburg nicht gegeben“ (ebd.).

Die entscheidende Formulierung ist jedoch in der Präambel des zwischen der PlanBude und dem Bezirksamt Hamburg-Mitte geschlossenen Vertrags festgehalten:

„Um dieses zu erreichen, beabsichtigt das Bezirksamt einen Planungsprozess durchzuführen, der vom Stadtteil intensiv begleitet und mitgestaltet wird. Die Bedarfe und Interessen des Stadtteils sollen in den Planungsprozess einfließen und im Rahmen der Abwägung der verschiedenen Belange innerhalb der planerischen Gestaltungsspielräume ein eigenes Gewicht erhalten“ (FHH 2014).

Die explizite Formulierung, dass die Interessen des Stadtteils ein eigenes Gewicht erhalten sollen, ist zum einen die Voraussetzung, um die unterschiedlichen Interessen der drei Akteurssphären der Stadtentwicklung – Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft (Selle 2013) überhaupt verhandeln zu können, und zum anderen Garant für die Glaubwürdigkeit des Prozesses. Die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses können und sollen Grundlage der weiteren Planung werden, ebenso wie die wirtschaftlichen Interessen der Eigentümerin und Investorin Bayerische Hausbau eine Rolle spielen werden. Häufig wird jedoch das Interesse nur einseitig ermittelt, wenn es z. B. in Form eines konkreten Bebauungsvorschlags vonseiten des Investors vorliegt. Im Fall des PlanBuden-Prozesses wird das Stadtteilinteresse jedoch zu einem Zeitpunkt ermittelt, in dem aus politischer Sicht noch eine Carte blanche besteht. Denn es gibt zwar städtebauliche Studien, die die mögliche bauliche Ausnutzung, wie viel auf dem Grundstück gebaut werden könnte, nachweisen; für die Umsetzung ist aber ein neuer Bebauungsplan erforderlich – und dieser benötigt eine positive politische Entscheidung. Im PlanBuden-Prozess erfolgt die Entscheidung über die Aufstellung eines neuen Bebauungsplans erst sechs Monate nach dem hochbaulichen Gutachterverfahren im Februar 2016 (Bezirksamt Hamburg-Mitte 2016) und damit erst, nachdem das Interesse des Stadtteils ermittelt, übersetzt, verhandelt und als Grundlage in die Aufgabenstellung des Wettbewerbs geflossen ist.

4 Das Interesse des Stadtteils formulieren

Im Vergleich mit anderen informellen Verfahren sticht die Dauer und Intensität des Beteiligungsprozesses heraus. Die PlanBude hatte viereinhalb Monate jeweils sechs Tage die Woche von 16 bis 21 Uhr geöffnet. Allein dieser Zeitraum stellt eine Besonderheit dar. Die Präsenz und unmittelbare Zugänglichkeit vor Ort in Form der Container mit Dachterrasse trug zum einem zum Vertrauen des Stadtteils in den Prozess bei und zum anderen wurde diese Möglichkeit des Zugangs zu einer

Gelegenheit des Alltags. Die Selbstverständlichkeit, mit der die zwei PlanBuden-Container im Stadtraum platziert sind, – auf der einen Seite zum Touristenstrom der Reeperbahn, auf der anderen zum Alltagsweg der Bevölkerung und unmittelbar am Ort der ehemaligen Esso-Häuser – versinnbildlicht die Forderung der Ballsaalresolution sprichwörtlich. Das am Fenster platzierte Wunschartiv zeigt zudem den Fortschritt des Prozesses an – im Vorbeigehen lässt sich mit einem Blick auf das Archiv der zunehmende Füllstand wie ein Barometer ablesen. Die Inbesitznahme des Ortes bei gleichzeitiger andauernder Sichtbarkeit führt dazu, dass die Container mittlerweile symbolisch für die Absicherung des Stadtteilinteresses im weiteren Planungsprozess stehen.

Die vom PlanBuden-Team (siehe Abb. 3) entwickelten Tools, die Workshops zu verschiedenen Themensträngen wie „Günstig bauen – günstig wohnen“, zur sozialen Frage, wer eigentlich verdrängt wird, zu aktuellen Formen des Wohnens wie „Mehr haben durch teilen“ oder auch zur Musik- und Sexkultur sowie aktivierende Haustürgespräche und der an alle Haushalte St. Paulis versandte Fragebogen diversifizieren die Möglichkeiten, sich einzubringen, und erreichen darüber hinaus eine breite und hohe Zahl an Anwohner*innen. Ein Ziel des PlanBuden-Prozesses war es, „diejenigen [zu] erreichen, die von der Gestaltung der Stadt am meisten ausgeschlossen sind“ (PlanBude o. J.). Die unterschiedlichen Formate der PlanBude versuchen, durch Vielfalt, Detaillierung und gleichzeitige Offenheit eine möglichst große Bandbreite an Themen für die Neuentwicklung des Areals abzudecken – und gleichzeitig der eigenen Kreativität nicht nur Freiraum zu lassen, sondern explizit dazu einzuladen und anzuregen, diese einzusetzen – egal ob geschrieben, gemalt, gezeichnet, gebaut oder in Gesprächen am großen Tisch formuliert. Einige Prämissen der Arbeitsweise fasst PlanBude in ihrem in *dérive* 2015 veröffentlichten Artikel zusammen: „Sei neugierig [...] Sei vor Ort (verräumliche Dein Begehren) [...] Sei offen [...] Rede mit allen [...] Sei ernst. Sei verspielt. Erfinde neue Methoden. [...] Sprich mit vielen unterschiedlichen Stimmen“ (Schäfer et al. 2015: 37 ff.).

Im Kern ist der Beteiligungsprozess der PlanBude eine Wunschproduktion, die „utopischen Überschuss“ produziert, sich von Deleuze und Guattari ableitet und erstmals im Kunstprojekt im öffentlichen Raum Park Fiction stattgefunden hat (vgl. PlanBude & Petruschat 2016: 368). Dieses erfolgreich realisierte Projekt hat auch zu dem Mut beigetragen, sich auf einen solchen Prozess wie den der PlanBude mit offenem Ausgang einzulassen – sowohl vonseiten des Stadtteils als auch vonseiten des Bezirks. Durch die Wunschproduktion wird das eingeschriebene Erfahrungswissen vor Ort für alle sichtbar und für jede*n nutzbar – denn der von Anwohner*innen geplante Park Fiction ist gebaut.

„Die PlanBude ist ein trans-disziplinäres Team aus den Feldern Kunst, Architektur, Urbanistik, sozialer Stadtteilarbeit, Musik und Kulturwissenschaft. Die PlanBude wurde 2014 aus einer unabhängigen Stadtteilversammlung „St. Pauli selber machen“ im Ballsaal des FC St. Pauli heraus gegründet, um die Wunschproduktion für die neuen Esso-Häuser zu organisieren – und damit einen neuen Ansatz zu entwickeln, wie Stadt anders geplant und gebaut werden kann und muss. Der Großteil des [...] Teams lebt auf St. Pauli. [...] im Auftrag des bezirklichen Baudezernats [...] öffnete die PlanBude ihre Türen direkt am Bauplatz, im Herzen St. Paulis, direkt an Reeperbahn und Spielbudenplatz.

[...] das Team [hat] eine breite Palette an Zugängen zum Planungsprozess entwickelt: Von Haustürgesprächen und flächendeckend verteilten Fragebögen in fünf Sprachen, zum vor Ort installierten Planungscontainer, bis zu anregenden, künstlerischen und anspruchsvollen Tools wie das Knetmodell (M 1:500), das Legomodell (M 1:150), Nachkarten, Lesungen und Workshops in den umliegenden Kneipen, Lokalen, sozialen Einrichtungen und Kaschemmen.

Die ungewöhnliche Herangehensweise der PlanBude zeigt ein neues Rollenmodell an: Kunst, Architektur, Planung und Soziale Arbeit, die sich in enger Zusammenarbeit inhaltlich, nachbarschaftlich und politisch positionieren und so die Grundlage und Methodik entwickeln, damit das Wissen der Vielen die Stadt gestalten kann. Dabei unterscheiden sich die von der PlanBude ermittelten Ergebnisse stark von dem, was in der Politik befürchtet wurde: Hohe Dichte wurde akzeptiert, wenn dafür langfristig abgesicherter Wohnraum im Zentrum entsteht; kein monolithischer Block, sondern lieber ein paar hohe Häuser und dafür mehr Varianz; wenn die Dichte so hoch ist, sollte es zum Ausgleich benutzbare Dächer, Dachlandschaften geben, die unterschiedlich nutzbar sind; ein zugänglicher, für alle benutzbarer urbaner Sockel voller Läden, Einrichtungen und mit subkulturellem oder sozialem „Mehrwert“ für das Viertel; Orte zum „St. Pauli selber machen“.

Abbildung 3: PlanBude (o. J.)

Im Fall des PlanBuden-Prozesses wird der aus den über 2.300 entstandenen Beiträgen abgeleitete St. Pauli Code zum Ausdruck des Erfahrungswissens. Das geballte Wissen – in Zeichnungen, Zitaten, Fragebögen, Modellen etc. ausgedrückt und festgehalten – wird zunächst vom Team der PlanBude ausgewertet, geclustert, in mehreren Hundert Folien zusammengestellt und im Stadtteil präsentiert. In einem zweiten Schritt werden die Aussagen kondensiert und zu einer Position des Stadtteils zugespitzt. Diese bildet die Grundlage für die Verhandlungswshops mit Eigentümerin und Bezirk, in denen nun die Interessen aller drei an Stadtentwicklung beteiligten Akteurssphären – Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft (Selle 2013) – einander gegenüberstehen. In dem daraus hervorgegangenen Eckpunktepapier sind die mit Eigentümerin und Bezirk vereinbarten Leitlinien für die Neubebauung festgehalten.

5 Geteilte Verantwortung: von der Übersetzung zur Verankerung in der Stadt

Nach der Übersetzung in eine mit der Eigentümerin und dem Bezirk abgestimmte Auslobung zeugt der einstimmige Beschluss der Jury im September 2015 für den städtebaulichen Gewinnerentwurf von der Überzeugungskraft, die durch diesen Prozess entstanden ist. Dem Entwurf von NL Architecture und BeL Sozietät für Architektur gelingt es, die unterschiedlichen und teils widersprüchlichen Interessen städtebaulich zu integrieren. Die im St. Pauli Code enthaltenen Kriterien wie z. B. Kleinteiligkeit, Widersprüchlichkeit, urbaner Sockel und Freiräume ohne Konsumzwang spiegeln sich in der räumlichen Übersetzung des städtebaulichen Entwurfs mit zwölf unterschiedlichen Gebäuden von drei bis 13 Geschossen, öffentlich zugänglicher Dachlandschaft und einer neuen Passage, die das Erdgeschoss um weitere Schnittstellen zum öffentlichen Raum bereichert, wider (siehe Abb. 4).



Abbildung 4: Der überarbeitete und weiterentwickelte hochbauliche Entwurf für den Neubau der Esso-Häuser

Quelle: PlanBude, Renée Tribble.

Ein Teil der Prozessergebnisse ist damit baulich-räumlich übersetzt; ein weiterer großer und bedeutender Teil muss politisch festgesetzt und gesichert werden – im Rahmen eines städtebaulichen Vertrags, der dem neuen Bebauungsplan vorausgehen wird. Auch in der Realisierung wird es den ausgesprochenen Willen aller Beteiligten erfordern, um die Herausforderungen zu meistern, die mit der ausgespro-

chen hohen Dichte, derutzungsgemischten Bebauung, den wirtschaftlichen Interessen und den Normen der Gesetze einhergehen.

Bislang finden sich alle Akteur*innen mit ihren Interessen im Projekt wieder – und zugleich wurde jeweils gegenüber der eigenen Sphäre die Verantwortung übernommen, dass sich diese auch in den realisierten Gebäuden und in der tatsächlichen Nutzung wiederfinden werden. Bislang, so scheint es, ist dies der Kitt, der den Prozess zusammenhält.

Im Rückblick erscheinen für die Verankerung des Stadtteilinteresses im Planungsprozess folgende Punkte wesentlich:

- frühzeitiger Beteiligungsprozess, solange noch Entscheidungsmacht besteht,
- Zusicherung der Relevanz der Ergebnisse des Beteiligungsprozesses in der weiteren Planung,
- Dauer und Tiefe des Beteiligungsprozesses,
- gleichberechtigte Stellung des Stadtteilinteresses neben den Interessen von Planung und Politik sowie Eigentümer*innen und Investor*innen,
- Ableitung von grundsätzlichen Prinzipien und damit prüfbarer Kriterien für die zukünftige Entwicklung.

Dafür braucht es hohes Engagement und sowohl Übernahme als auch Abgabe von Verantwortung durch die bzw. von den beteiligten Akteur*innen. So war die PlanBude in der Phase des Beteiligungsprozesses in der Verantwortung; der Bezirk dagegen nahm eine kommentierende Rolle und die Eigentümerin und Investorin eine beobachtende Rolle ein. D. h., sie war ohne Einfluss auf den von der PlanBude konzipierten und durchgeführten Beteiligungsprozess. Die Zivilgesellschaft hat in dieser Phase einen Rahmen erhalten, um ihre Interessen zu artikulieren und diese – zugespielt und übersetzt durch die PlanBude – in den Planungsprozess einzubringen. Erst anschließend, nachdem sämtliche Beiträge ausgewertet, übersetzt und im Stadtteil vorgestellt und diskutiert worden waren, erfolgte die Auseinandersetzung und Verhandlung mit dem Bezirk und der Eigentümerin. Dieser Moment ist wesentlich für ernst gemeinte Teilhabe, damit Beteiligung nicht zur Alibihandlung wird (vgl. Abb. 2 oben). Dafür müssen Prozesse, Zeiträume und Akteur*innen gefunden werden, die diese notwendige und intensive Auseinandersetzung mit einer städtebaulichen Entwicklung, die ein Quartier wesentlich prägt, überhaupt ermöglichen.

Als „Good-Practice“-Beispiel wirft der PlanBuden-Prozess die Frage auf: Was ist davon auf andere Projekte übertragbar?

Personelle Hintergründe und Erfahrungswissen sind stets individuell, persönliche Betroffenheit und die Identifikation mit dem Stadtteil zählen jedoch zu den typischen quartiersbezogenen Faktoren, die auch an anderen Orten mit hoher lokaler Identifikation und bestehenden und gut funktionierenden Netzwerken als an

den Stadtteil geknüpft, nicht aber als einzigartig für St. Pauli bezeichnet werden können. Die Motivation des Engagements ist jedoch nicht nur mit dem Stadtteil, sondern auch eng mit der Historie des Projekts und dessen symbolhaftem Charakter verbunden. Die Hoheit über einen neu aufzustellenden oder zu verändernden Bebauungsplan und damit die Entscheidungsmacht obliegt unabhängig von der Vorgeschichte immer gewählten und demokratisch legitimierten Politiker*innen. Die Prinzipien der Frühzeitigkeit, der Intensität des Beteiligungsprozesses und der Relevanz der Ergebnisse können ebenfalls in anderen Situationen zur Geltung gebracht werden, vorausgesetzt die beteiligten Akteur*innen haben den Mut dazu. Denn dazu gehört auch ein großes Vertrauen, dass mit dem Wissen der Vielen und dem Alltagserfahrungswissen nicht nur eine lokale Spezifik verbunden ist, sondern auch etwas, was nicht nur den partikularen Interessen einzelner Akteur*inne, sondern dem ganzen Stadtteil entspricht. David Harvey beschreibt dies mit dem „positive moment“ (Harvey 1996: 236):

„In other words, in this view foundational values and beliefs were discovered in particular struggles and then translated onto a broader terrain of conflict. It seems to me that the notion of community, viewed in this way, can be a positive moment within a political process. However, it is only a positive moment if it ceases to be an end in itself, ceases to be a thing which is going to solve all of our problems, and starts to be a moment in this process of broader construction of a more universal set of values which are going to be about how the city is going to be as a whole.“

Ein kritischer Punkt wird also sein, ob es gelingt, zu universellen Werten für die zukünftige Stadtentwicklung zu kommen, auf die man sich in einem politischen Prozess verständigen kann. Aber auch wenn es gelingt, über Partikularinteressen – zu denen auch wirtschaftliche Interessen von Projektentwickler*innen zählen – hinauszugehen und eine auf der Basis eines breiten Verständnisses durch eine tiefgehende Beteiligung erarbeitete Vorstellung von Stadt in Stadtentwicklung einzuschreiben, so bleiben weitere wesentliche Aspekte offen, für die praxistaugliche Lösungsansätze wünschenswert sind: Wie können die asymmetrischen Machtverhältnisse ausgeglichen werden, die z. B. durch die unterschiedliche ökonomische Macht der Akteur*innen entstehen? Müssen die wirtschaftlichen Interessen nur dann zurückstehen, wenn es zivilgesellschaftliches Engagement vor Ort gibt? Was ist, wenn dieses noch nicht vorhanden ist? Und wie kann man in anderen Prozessen von außen aktivieren, ohne jemanden zu bevormunden? Ein wesentlicher Aspekt wird allzu oft bei der Frage nach Übertragbarkeit vergessen: „[P]ersonal engagement is not a service“ (PlanBude & Brahm 2018: 117) – dies zu verstehen, wird grundlegend für zivilgesellschaftliche Prozesse in der Stadtentwicklung sein. Wenn auch an dieser Stelle nicht alle Fragen beantwortet werden können, so können Beteiligungsprozesse, die auf „Citizen Power“ zielen, doch auch wieder zu

mehr Vertrauen in das kollektive Wissen und dessen Verankerung in Stadtentwicklungsprozessen beitragen.

Literatur

- Arnstein, S. R. (1969): A Ladder of Citizen Participation. In: JAIP (35) 4: 216-224.
- Bezirksamt Hamburg-Mitte, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt, Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung (2011): BEGRÜNDUNG zum Erlass einer Sozialen Erhaltungsverordnung gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch für St. Pauli. Abrufbar unter: <http://www.hamburg.de/contentblob/6115380/83950d5d08d5d8bfadd94ed5ec8ba594/data/sozerhalt-stpauli-beg-dl.pdf>. Letzter Zugriff: 21.4.2018.
- Bezirksamt Hamburg-Mitte, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt, Fachamt Bauprüfung (2014a): Abbruch aller Gebäude auf dem Grundstück Kastanienallee 14, Spielbudenplatz 5, 5a, 5b, 5c, 7, 9, 11, 13, Taubenstraße 22, einschließlich der gesamten Tiefgarage. Transparenzportal Hamburg, Genehmigung nach HBauO. Abrufbar unter: <http://transparenz.hamburg.de/>. Datenlizenz Deutschland – Namensnennung – Version 2.0. Letzter Zugriff: 20.4.2018.
- Bezirksamt Hamburg-Mitte (2014b): Bürgerbeteiligung Grundstück Esso-Häuser startet. Pressemitteilung vom 22.07.2014. Abrufbar unter: <http://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/4346988/buergerbeteiligung-esso-haeuser/>. Letzter Zugriff: 20.4.2018.
- Bezirksamt Hamburg-Mitte, Bezirksversammlung, Stadtplanungsausschuss (2016): Bebauungsplan-Entwurf St. Pauli 45 (Spielbudenplatz 5-13) Zustimmung zur Einleitung des Bebauungsplanverfahrens. Drucksache 21-1909 vom 15. Februar 2016. Abrufbar unter: <https://sitzungsdienst-hamburg-mitte.hamburg.de/bi/vo021.asp?VOLFDNR=1007257>. Letzter Zugriff: 20.4.2018
- Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) vertreten durch das Bezirksamt Mitte. 7.11.2014, Vertrag mit PlanBude GbR, Präambel.
- Hagn, S. (2013): Die Bayerische Hausbau bekräftigt ihr Angebot für die Mieterinnen und Mieter am Spielbudenplatz. Pressemitteilung Bayerische Hausbau vom 14. August 2013. Abrufbar unter: http://www.wohnen-am-spielbudenplatz.de/fileadmin/user_upload/presse/130814_Die_Bayerische_Hausbau_bekraeftigt_ihr_Angebot_fuer_die_Mieterinnen_und_Mieter_am_Spielbudenplatz.pdf. Letzter Zugriff: 20.4.2018
- Harvey, D. (1996). Contested Cities: Social Process and Spatial Form. In F. LeGates, Richard T.; Stout (Ed.), *The City Reader* (5th). Routledge: 230-237.
- Initiative Esso Häuser (2010): Wichtige Mitteilung an alle BewohnerInnen von St. Pauli. Abrufbar unter: <http://www.initiative-esso-haeuser.de/>. Letzter Zugriff: 20.4.2018.
- Otremba, M. (2018): Das ist Hamburg. Hamburg Marketing GmbH. Abrufbar unter: <https://marketing.hamburg.de/das-ist-hamburg.html>. Letzter Zugriff: 21.4.2018
- Manos, H. (1989): Soziale Lagen und soziale Fragen im Stadtteil Sankt Pauli. Hamburg: Ergebnisse.
- PlanBude Hamburg: Czenki, M. Katthagen, V. Röthig, C., Schäfer, C., Tribble, R. & Zander, L. (o. J.): PlanBude – Intro – D. Abrufbar unter: <http://planbude.de/planbude-intro/>. Letzter Zugriff: 30.3.2018.

- PlanBude Hamburg: Czenki, M. Katthagen, V. Röthig, C., Schäfer, C., Tribble, R. & Zander, L. (o. J.): PlanBude Konzept. Abrufbar unter: <http://planbude.de/planbude-konzept/>. Letzter Zugriff: 3.4.2018.
- PlanBude, Petruschat, J. (2016): Wunschproduktion in und gegen die Realität: In: Fezer, J. & Studio Experimentelles Design (Hrsg.): Öffentliche Gestaltungsberatung – Public Design Report 2011–2016. Berlin.
- PlanBude Hamburg (2018): PlanBude im Gespräch mit Daniela Brahm, Exrotaprint. In: Koch, M., Rost, A., Siegmund, Y., Tribble, R. & Werner, Y. (Hrsg.): New Urban Professions – A Journey through Practice and Theory. Perspectives in Metropolitan Research 5. Berlin.
- Schäfer, C.; Tribble, R.; Wedler, P.; Zander, L.; Czenki, M.; Rothig, C. (2015): „Wir nennen es PlanBude“, *dérive – Zeitschrift für Stadtforschung* (61): 37-40.
- Selle, K. (2013): Über Bürgerbeteiligung hinaus. Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe? Analysen und Konzepte. Detmold.
- St. Pauli Selber Machen (2014): Ballsaalresolution vom 08. Februar 2014. Abrufbar unter: http://www.st-pauli-selber-machen.de/?page_id=434. Letzter Zugriff: 3.4.2018.
- Statistikamt Nord (2004): Hamburger Stadtteil-Profile 2004 und Umland-Profile. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig Holstein. Hamburg/ Kiel. Abrufbar unter: https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/NORD.regional/Stadtteil_Profile2004.pdf. Letzter Zugriff: 21.4.2018.
- Statistikamt Nord (2018): Hamburger Stadtteil-Profile Berichtsjahr 2016. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig Holstein. Hamburg. Abrufbar unter: https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/NORD.regional/NR19_Statistik-Profile_HH_2017.pdf. Letzter Zugriff: 21.4.2018.
- Wischmann, K. (2016): Städtische Visualität und Materialität : Untersuchung stadtteilpolitischer Diskurse am Beispiel von Hamburg-St. Pauli. Wiesbaden.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.



Autor*innen

Aring, Jürgen, Prof. Dr., Dipl.-Geograph und Stadtplaner, ist seit 2015 Vorstand des vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. in Berlin. Zuvor war er von 1989 bis 2002 bei empirica Struktur- und Stadtforschung tätig und gründete 2002 das Büro für Angewandte Geographie. Von 2005 bis 2012 hatte er eine Professur am Lehrstuhl für Stadt- und Regionalplanung an der Universität Kassel inne, verbrachte das Jahr 2011 als Gastwissenschaftler an der ETH Zürich und übernahm von 2012 bis 2014 eine Vertretungsprofessur am Lehrstuhl für Raumwirtschaftspolitik an der TU Dortmund.

Beck, Sebastian, Dipl.-Sozialwissenschaftler, Studium der Sozial- und Medienwissenschaften an der Universität Hannover und der Hochschule für Musik und Theater Hannover. Nach 3 Jahren Research und Consulting in der Milieuforschung bei Sinus Sociovision ist er seit 2007 für den vhw-Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung tätig und koordiniert dort als Senior-Wissenschaftler das vhw-Sub-Cluster Akteurs- und Governanceforschung. Im Fokus seiner Arbeit steht die Auseinandersetzung mit Stadtmacher*innen (www.stadtmacher.info). Seine Forschungsprojekte sind so angelegt, dass sie auch zum Empowerment der untersuchten Akteure beitragen können: etwa über Workshops, Leitfäden, Erfahrungsaustausch, Vernetzung etc. Zudem begleitet er seitens des vhw kooperative Stadtentwicklungsprozesse in Hamburg und Berlin zu Themen wie lokalen Bildungslandschaften oder der kokreativen Gestaltung von internationalen städtebaulichen Wettbewerbsverfahren.

Buser, Barbara, Dipl. Architektin ETH, NDS Energie, nach dem Architekturstudium an der ETH Zürich arbeitete sie zunächst 10 Jahre in der Entwicklungszusammenarbeit im Südsudan und in Tanzania. Zurück in der Schweiz gründet sie 1995 *Bauteilbörse* und *Bauteilnetz*. 1998 gründet sie in Basel zusammen mit Eric Honegger das *baubüro Mitte* für die Umnutzung der ehemaligen Volksbank, 2000 die *Kantensprung AG*, die als Baurechtnehmerin die Maschinenfabrik Sulzer Burckhardt zum Quartierzentrum Gundeldinger Feld transformiert, sowie die *Denkstatt sàrl*, die sich auf partizipative Projektentwicklung spezialisiert, und im Mandat verschiedene weitere Areal-Transformationen wie *Walzwerk*, *HANRO* und *Lagerplatz* realisiert.

Drilling, Matthias, Dr., leitet das Institut Sozialplanung, Organisationaler Wandel und Stadtentwicklung an der Hochschule für Soziale Arbeit in Basel/CH. Er ist Co-Sprecher des Arbeitskreises „Quartiersforschung“ der Deutschen Gesellschaft für Geographie. Seine Forschungsschwerpunkte: Soziale Ungleichheit und Raum, Professionalisierung Sozialer Arbeit in Bezug auf ihre räumlichen Handlungskontexte, Normativität und Gestaltungsparadigmen (z. B. „Aging in Place“, „Nachbarschaft“).

Fugmann, Friederike, M. Sc. Architektur, ist seit 2015 am Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung der RWTH Aachen lehrend und forschend tätig. Ihre Schwerpunkte sind öffentliche Räume sowie die Kommunikation zwischen den an ihrer Entwicklung beteiligten Akteuren.

Ginski, Sarah, Dipl.-Ing. Architektur/Stadtplanung, forscht seit 2010 am Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung zum Thema Kommunikation und Partizipation in Stadtentwicklungsprozessen – und sammelte dazu vielfältige praktische Erfahrungen. Sie betreut das Online-Magazin pnd | online inhaltlich und redaktionell.

Haubrich, Dominik, Dr., ist Geschäftsführer und Mitgründer der gemeinnützigen Organisation interkular gGmbH, die in Berlin lokale Strategien der Integration von Migrantinnen in den städtischen Raum konzipiert und umsetzt. Er promovierte 2014 an der Universität Kiel. 2012 bis 2014 arbeitete und forschte er zu öffentlicher Sicherheit und Stadtpolitiken in São Paulo, Madrid und Kiel. Seine Doktorarbeit, aus der Reihe *Urban Studies* des transcript Verlages, trägt den Titel: „Sicher unsicher. Eine praktikentheoretische Perspektive auf die Un-/Sicherheiten der Mittelschicht in Brasilien“. Er lehrt zu Fragen der Geographien der Integration, urbaner Diversität und Herausforderungen der kommunalen Integrationspolitik an den Universitäten Halle und Kiel. Sein aktuelles Forschungsinteresse gilt den Innovationsprozessen der Kommunalpolitik und Verwaltung unter besonderer Berücksichtigung der Herausforderungen der Governance der Integration.

Kuder, Thomas, Dr.-Ing., hat Stadt- und Regionalplanung an der TU Berlin studiert. Nach seinem Diplomabschluss arbeitete er für fünf Jahre als kommunaler Stadtplaner in Berlin (Bezirk Tiergarten). 1994 wechselte er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an die TU Berlin und promovierte dort 2002 zum Dr.-Ing. der Stadt- und Regionalplanung. 2003 bis 2009 war er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung tätig, leitete die Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz und befasste sich mit Schrumpfungs- und Transformationsforschung. Seit 2009 arbeitet er beim vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. in Berlin, zuletzt als

Seniorwissenschaftler und Clusterkoordinator im Forschungsbereich Lokale Demokratie. Seine Arbeitsschwerpunkte sind: Integrierte Stadtentwicklung und Governance.

Krüger, Kirsten, M.A., Studium der Angewandten Kulturwissenschaften an der Leuphana Universität Lüneburg und der Universität in Bergen, Norwegen, ist seit 2011 für den vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. in Berlin als Forschungsassistentin tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Vielfalt und lokale Demokratie.

Leitner, Johanna, Soziologin, ist seit November 2016 Mitarbeiterin an der Hochschule für Soziale Arbeit FHNW, Institut Sozialplanung, Organisationaler Wandel und Stadtentwicklung. Zuvor hat sie wissenschaftlich in Forschungsprojekten zu Stadt- und Umweltgeschichte sowie Wohnbauforschung mitgewirkt und war beim Verein Surprise in Basel tätig. Ihre Lehr- und Forschungsschwerpunkte an der Fachhochschule umfassen folgende Themen: Sozialer Wandel, soziale Sicherheit, Armut und Alter, soziale Ungleichheit, Geschlecht, Raum und Gesellschaft; methodische Schwerpunkte: Sozialraumanalyse, quantitative Sozialforschung.

Niermann, Oliver, Dipl.-Geogr., ist Stadt- und Sozialgeograph. Nach seinem Studium der Geographie, Politik- und Kommunikationswissenschaften an der Universität Münster und Stationen als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Innsbruck, der NRW.BANK in Düsseldorf und als wissenschaftlicher Berater im Landtag NRW arbeitet er nun als Referent beim Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen mit den Schwerpunkten Wohnraumförderung, Wohnungspolitik und -statistik. Interessensschwerpunkte neben der Stadt- und Quartiersforschung sind handlungsorientierte Raumtheorien, Geographies of Gender, Neue Wohnformen und Schrumpfungsräume.

Rausch, Günter, Prof. Dr., war von 1996 bis 2018 Professor für Gemeinwesenarbeit und Sozialmanagement an der Evangelischen Hochschule in Freiburg. Er ist emeritiert, übt aber weiter Lehraufträge an verschiedenen Hochschulen aus. Seit April 2017 ist er einer der Sprecher der Sektion Gemeinwesenarbeit der Deutschen Gesellschaft für Sozialarbeit (DGSA). Als gelernter Verwaltungsfachmann hat er über den zweiten Bildungsweg Soziale Arbeit studiert und war 15 Jahre in der Praxis der Gemeinwesenarbeit in sozialen Brennpunkten unterwegs. Daneben studierte er Erziehungswissenschaften und erwarb die akademischen Grade des Diplompädagogen und des Doktor der Pädagogik. Seit 1970 setzte er sich mit und für Menschen mit Migrationshintergrund ein. In unterschiedlichen

Rollen und Bereichen engagierte er sich auch in zivilgesellschaftlichen Kontexten für Demokratieentwicklung und gegen die Gefahren des Rechtspopulismus und -extremismus.

Milena Riede, Prof. Dr., ist Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlerin mit den Schwerpunkten auf sozialer, nachhaltiger Stadtentwicklung und innovativen Formen des solidarischen Miteinanders im Gemeinwesen. Seit September 2017 ist sie Professorin für Soziale Arbeit und Sozialpädagogik an der Hochschule für angewandte Pädagogik (HSAP) in Berlin. Sie verfügt über umfassende praktische Erfahrung und theoretische Expertise in den Bereichen Gemeinwesenarbeit und partizipative Verfahren und ist Mitglied im Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V.

Rohland, Fabian, Dipl.-Volksw. an der Universität Mannheim und Immobilienökonom an der IREBS Immobilienakademie in Berlin. Seit 2011 arbeitet er als Wissenschaftler für den vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen zum einen in der Erforschung und Umsetzung von lokalen Governance- und Partizipationsprozessen im Rahmen integrierter Stadtentwicklung, zum anderen bei wohnungs- und immobilienwirtschaftlichen Themenfeldern. Sein aktuelles Forschungsinteresse gilt hier dem wohnungspolitischen Diskurs über die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum in den wachsenden Stadtregionen. Hierzu zählt die Auseinandersetzung mit wohnungspolitischen Grundorientierungen und institutionellen Rahmenbedingungen, Akteurs- und Marktanalysen sowie der Theorie und Praxis der Milieuforschung im Kontext „Wohnen“.

Sandholzer, Fabian, absolvierte das Masterstudium Geographie: Globaler Wandel - regionale Nachhaltigkeit an der Universität Innsbruck. Vertiefend befasste er sich mit aktuellen Dynamiken im Alpentourismus, der Resilienz städtischer Nachbarschaften in Bezug zu Naturgefahren in Indonesien und dem Beitrag von subkulturellen Bewegungen zu Stadtentwicklungsprozessen. Im Rahmen seiner Masterarbeit setzte er sich mit dem Do-It-Yourself-Skatepark „Alm-DIY“ und dessen Relevanz für aktuelle Diskussionen in der Stadtforschung auseinander.

Schnur, Olaf, Dr., leitet seit 2016 als Geograph und Stadtforscher den Wissenschaftsbereich im vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. in Berlin. Er arbeitete u. a. bei empirica, vertrat nach Promotion und Habilitation Professuren für Human- und Stadtgeographie in Berlin, Potsdam und Tübingen und war Gastwissenschaftler am Institut Sozialplanung und Stadtentwicklung der Hochschule für Soziale Arbeit in Basel (Schweiz). Er ist Sprecher des Arbeitskrei-

ses „Quartiersforschung“ der Deutschen Gesellschaft für Geographie. Weitere Infos: www.quartiersforschung.de, www.olaf-schnur.com, www.vhw.de.

Thissen, Fee, Dr.-Ing. Architektur, ist seit 2015 am Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung der RWTH Aachen lehrend und forschend zu Partizipation, Kommunikation und Redevelopment tätig. Seit 2007 bearbeitet sie architektonische und städtebauliche Aufgaben (u. a. bei cometti+truffer architekten, scheu-vens+wachten plus und NetzwerkStadt).

Tribble, Renée, Dipl.-Ing. Architektur, ist seit 2014 Gründungsmitglied und Gesellschafterin der PlanBude Hamburg und freiberufliche Planerin. Seit ihrem Diplom an der Bauhaus-Universität Weimar (2005) ist sie freiberuflich in Architektur- und Planungsbüros tätig. Ihre Schwerpunkte liegen in informeller Planung, Prozessgestaltung, Verfahrensmanagement und Beteiligungsprozessen. Sie promoviert über künstlerische urbane Praxis als Quartiersentwicklung und war wissenschaftliche Mitarbeiterin in Städtebau und Quartierplanung an der HafenCity Universität Hamburg (2008–2014).

Wedler, Patricia, M.A. Angewandte Kulturwissenschaften, gehörte von 2014-2017 zum festen Team der Planbude Hamburg. Seit 2015 arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Dozentin an der Leuphana Universität Lüneburg in den Forschungsprojekten „Stadt als Möglichkeitsraum“ und „Critical Art(ist’s) and Urban Development“ (in Kooperation mit der Hebrew University Jerusalem). Ihre Schwerpunkte liegen im Verhältnis von Kultur und Stadtentwicklung, kooperativer Stadtproduktion und Teilhabe. Sie promoviert über „Reale Utopien zwischen Kultur- und Sozialkritik als Entwürfe zukünftiger Stadtgesellschaft“ an der Leuphana Universität.

Weiss, Stephanie, Dr. des., Studium der Kulturanthropologie und Publizistik an der Universität Mainz, Promotion an der Universität Tübingen 2018 im Fach Geographie zum Thema „Quartiere für Alle – Städtebauliche Strategien sozialer Inklusion in der Planung von Wohnquartieren“, 2006-2009 wissenschaftliche Assistentin am ETH Wohnforum – ETH CASE der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich, 2009-2018 wissenschaftliche Mitarbeiterin und Dozentin an der Fachhochschule Nordwestschweiz in Basel an den Hochschulen für Soziale Arbeit und Architektur. Seit 2018 Dozentin, Projektleiterin und Co-Studienleiterin des MAS-Studiengangs Gemeinde-, Stadt- und Regionalentwicklung am Institut für Soziokulturelle Entwicklung der Hochschule Luzern, Soziale Arbeit. Themenschwerpunkte: soziale Nachhaltigkeit in der Stadt- und Quartiersentwicklung, Wohnen im Kontext von Biographie und Lebenslage sowie Design für Alle und Inklusion im Städtebau und in der Quartiersentwicklung.

Zemann, Benjamin, Dipl.-Ing. FH BauProzessManagement, M. Sc. in Urban Management, MRICS, nach der Lehre als Hochbauzeichner und einer kurzen Zeit als Angestellter arbeitete er seit 1990 als Selbständiger Baufachmann im In- und Ausland. 2004 begann er mit einem Vollzeitstudium an der FH Brugg/Burgdorf. 2008 bis 2011 studierte er an der Universität Leipzig Urban Management. 2015 gründete er zusammen mit Manuel Knuchel das Büro cadura Knuchel Zemann. Cadura beschäftigt sich hauptsächlich mit Projektsteuerung und Bauherrenvertretung, und das vor allem für Genossenschaften und gemeinnützige Institutionen. Ebenfalls seit 2015 ist er Vorstandsmitglied der Gesewo (Genossenschaft für selbstverwaltetes Wohnen) in Winterthur.